

# WORKING PAPER-REIHE DER AK WIEN

## ÖKOSOZIALE STEUERREFORM: AUFKOMMENS- UND VERTEILUNGSWIRKUNGEN

**Stefan Humer**  
**Vanessa Lechinger**  
**Eva Six**

207 |



WIEN

MATERIALIEN ZU WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

Materialien zu Wirtschaft  
und Gesellschaft Nr. 207  
Working Paper-Reihe der AK Wien

Herausgegeben von der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik  
der Kammer für Arbeiter und Angestellte  
für Wien

# **Ökosoziale Steuerreform: Aufkommens- und Verteilungswirkungen**

Stefan Humer, Vanessa Lechinger, Eva Six



Jänner 2021

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei  
der Deutschen Bibliothek erhältlich.

ISBN 978-3-7063-0852-6

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien  
A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22, Tel: (01) 501 65, DW 12283

# Zusammenfassung

## *Besteuerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen*

- Jede CO<sub>2</sub>-Besteuerung beziehungsweise auch jede ökosoziale Steuerreform (dabei wird das generierte Aufkommen über Entlastungsmaßnahmen rückgeführt) steht vor der Herausforderung, einerseits über eine Erhöhung der Preise von CO<sub>2</sub>-Emissionen eine Veränderung des Verbrauchs bzw. des Verhaltens zu erreichen und dabei aber gleichzeitig auch Personengruppen, die von kurzfristigen Neuanschaffungen von Elektroautos oder umweltfreundlichen Heizsystemen finanziell überfordert wären, nicht *über Gebühr* zu belasten.
- Das Bekenntnis der Bundesregierung, Kostenwahrheit bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen herzustellen, wurde noch nicht konkretisiert. In diesem Bericht werden exemplarisch die Aufkommens- und Verteilungswirkungen von CO<sub>2</sub>-Steuern im Sektor der privaten Haushalte in der Höhe von 50€ pro Tonne CO<sub>2</sub> (Richtwert für die Einführung) sowie 150€ pro Tonne (relevant in einem möglichen Anpassungspfad) analysiert.
- Das Aufkommen der Steuer in der Höhe von 50€ /tCO<sub>2</sub> unterscheidet sich maßgeblich ob nur Treib- (450 Mio. €) oder Heizstoffe (470 Mio. €) oder beide Bereiche (920 Mio. €) herangezogen werden. Diese Werte setzen sich aus den Beträgen der CO<sub>2</sub>-Steuer sowie der durch die Erhöhung der Nettopreise gesteigerten Einnahmen aus der Umsatzsteuer zusammen. Ein höherer Steuersatz resultiert unmittelbar in einem proportional höheren Steueraufkommen, mittelfristig würde ein höherer Preis für CO<sub>2</sub>-Emissionen jedoch die Wahrscheinlichkeit für eine Verhaltensänderung entsprechend erhöhen.
- Die Schlussfolgerungen bezüglich der Verteilungswirkungen der CO<sub>2</sub>-Steuer hängen davon ab, ob man eine absolute oder eine relative Betrachtungsweise in den Vordergrund stellt. Die absoluten Beträge steigen über die Einkommensverteilung an (200 Mio. € im untersten Viertel vs. 260 Mio. € im obersten Viertel). Da die CO<sub>2</sub>-Emissionen aber gleicher verteilt sind als die verfügbaren Einkommen, sinkt die relative Betroffenheit durch die CO<sub>2</sub>-Steuer merklich (2,4% im untersten Viertel vs. 0,3% im obersten Viertel der individuellen Einkommen).

- Von einer Besteuerung der Emissionen von Treibstoffen wären ca. zwei Drittel aller Haushalte betroffen. Im Bereich der Heizstoffe ist es knapp mehr als ein Drittel, die Gas oder Heizöl als Energieträger verwenden. Unterstellt man auch für die Fernwärme eine dem Energiemix entsprechende CO<sub>2</sub>-Intensität, erhöht sich der betroffene Personenkreis auf über die Hälfte der Bevölkerung.
- In Folge der heterogenen Konsummuster ergibt sich auch eine starke Variation in der Belastung einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Dies wird in der kombinierten Besteuerung von Treib- und Heizstoffen besonders deutlich. Knapp mehr als 10% werden gar nicht belastet, die Hälfte der Haushalte wären entweder nur von der Besteuerung von Treib- oder Heizstoffen betroffen (durchschnittlich 80-90€ pro Jahr), die verbleibenden 40% würden sowohl von der Besteuerung von Treib- und Heizstoffen belastet (im Durchschnitt 180€ pro Jahr).
- Hinter diesen Durchschnittswerten verbirgt sich eine ausgeprägte Streuung. Im Szenario von 50€ /tCO<sub>2</sub> würden circa 1% der Grundgesamtheit (35 000 Haushalte) mehr als 1 000€ an CO<sub>2</sub>-Steuer bezahlen. Bei einem Steuersatz von 150€ /tCO<sub>2</sub> würde dies auf über 25% der Grundgesamtheit (1 000 000 Haushalte) ansteigen.
- Die Analyse der weiteren soziodemografischen Merkmale ergibt folgende Charakterisierung: Haushalte in Gemeinden mit weniger als 10 000, Einwohnern, Paare, Familien mit Kindern und Mehrgenerationenhaushalte wären tendenziell deutlich stärker betroffen als Singlehaushalte und AlleinerzieherInnen in urbanen Bereichen.

## Rückvergütungsmaßnahmen

Im Rahmen dieses Berichtes werden die folgenden Entlastungsmaßnahmen diskutiert: (1) die Einführung eines pauschalen und einkommensabhängigen Ökobonus mit Kinderzuschlag, (2) Erleichterungen im Sozialversicherungssystem durch die Senkung des KV-Beitragsatzes, (3) Erleichterungen im Bereich Lohn- und Einkommenssteuer durch die Senkung der ersten beiden Steuertarifsätze und einer Anhebung der Negativsteuer, oder einer alleinigen Tarifsenkung (4) die Umgestaltung der Pendlerentlastung durch eine Ausweitung des großen Pendlerpauschales und einer Umwandlung der Freibeträge für PendlerInnen in Absetzbeträge und (5) die Einführung eines bundesweiten Heizkostenzuschusses.

### Ökobonus

- Ein Pauschalbetrag, der für alle erwachsenen Personen gleich hoch ist (der klassische “Ökobonus”), kann der potentiell regressiven Wirkung einer CO<sub>2</sub>-Steuer gegensteuern. Besonders profitieren davon Haushalte mit mehreren erwachsenen Personen, wie etwa Mehrgenerationenhaushalte oder Familien mit erwachsenen Kindern.
- Bei einer Version des Ökobonus mit Kinderzuschlag könnten auch die Mehrbelastungen von Familien mit minderjährigen Kindern und insbesondere von alleinerziehenden Personen berücksichtigt werden. Bei einer aufkommensneutralen Version bedeutet dies jedoch, dass andere Gruppen, wie etwa Singlehaushalte oder PensionistInnen, weniger profitieren.
- Ein potenzieller Nachteil des klassischen Ökobonus ist, dass nicht nach Einkommen differenziert wird. Dadurch steigt zwar die politische Durchsetzbarkeit, dies bedeutet aber auch, dass man einen Teil der generierten Steuermittel an Haushalte verteilt, die eventuell gar keiner Entlastung bedürfen. Dadurch ist dieses Instrument als relativ *teuer* einzustufen.
- Eine Möglichkeit diesen Problemen entgegenzuwirken ist die Implementierung eines einkommensabhängigen Ökobonus, welcher nur bis zu einer gewissen Einkommensgrenze ausbezahlt wird. Dadurch können etwa GeringverdienerInnen, Nicht-Erwerbstätige und Personen mit Teilzeitbeschäftigung oder PensionistInnen mit niedrigen Einkünften vermehrt profitieren und es ergibt sich eine progressivere Wirkung als bei einem klassischen Ökobonus. Durch die Einführung eines pauschalen Kinderzuschlages kann zudem der Mehrbelastung von Familienhaushalten Rechnung getragen werden. Da auch diese Version des Ökobonus einzelnen Individuen zugerechnet wird und einkommensschwächere Personen oftmals mit einkommensstärkeren Personen zusammenleben, ent-

hält die Betrachtung der Haushaltsebene jedoch eine etwas weniger progressive Wirkung als die Individualebene.

### **Sozialversicherung**

- Änderungen bei der Sozialversicherung, wie zum Beispiel die Senkung der KV-Beiträge, hat positive Auswirkungen auf das verfügbare Nettoeinkommen, verstärkt jedoch die regressive Wirkung der CO<sub>2</sub>-Steuer. Besonders geringe und mittlere Einkommen werden durch eine Reduktion der SV-Abgaben allein nicht ausreichend entlastet. Personen die keine SV-Beiträge bezahlen (bspw. Arbeitslose) erhalten keinerlei Entlastung.
- Hohe Einkommen profitieren stark von einer Senkung der KV-Beiträge (die mit steigendem Einkommen bis zur Höchstbeitragsgrundlage höher werden), zudem kann so die Belastung einer CO<sub>2</sub>-Steuer zum Großteil ausgeglichen werden. Dies schmälert potentielle Lenkungseffekte im Hinblick auf den Konsum von CO<sub>2</sub>-intensiven Gütern.
- Einkommensausfälle der Sozialversicherung müssen durch andere Einnahmequellen gedeckt werden, was die Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger einschränkt.

### **Einkommensteuer**

- Durch Entlastungen im Steuertarif werden besonders mittlere und hohe Einkommenschichten begünstigt und dadurch die tendenziell eher regressiven Effekte der CO<sub>2</sub>-Steuer weiter verstärkt. Die Progression des Steuersystems geht tendenziell zurück und die Belastung durch eine CO<sub>2</sub>-Steuer trifft besonders untere Einkommensdezile.
- Auch eine weitere Erhöhung der Negativsteuer ist durch die Summe der geltenden Absetzbeträge im Vergleich zur Steuerlast begrenzt. Daher profitieren hier besonders mittlere Einkommen, die in Kombination mit anderen Absetzbeträgen (speziell Familienbonus Plus) von einer Ausweitung der Negativsteuergrenzen profitieren.
- GeringverdienerInnen werden zwar ebenfalls besser gestellt, können im Vergleich zu den mittleren Einkommen die Belastungen einer eingeführten CO<sub>2</sub>-Steuer aber nicht ausgleichen. Besonders das 1. bis 3. Einkommensdezil sind davon betroffen.
- Tarifsenkungen ohne gleichzeitige Erhöhung der Negativsteuer wirken, zusätzlich zum regressiven Verlauf der Konsumsteuer, ungleich auf die Einkommensverteilung ein.
- Rückläufige Einnahmen der Konsumsteuer durch potentielle Lenkungseffekte stellen mögliche Finanzierungsengpässe der Tarifsenkung und der Negativsteuer dar und müssen mittelfristig aus anderen Quellen ausgeglichen werden.

## **Pendlerentlastung**

- PendlerInnen sind eine Personengruppe die stark durch die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer belastet werden würde. Das Instrument der Pendlerentlastung in Form der Ausweitung des großen Pendlerpauschales oder der Umwandlung der Freibeträge für PendlerInnen in Absetzbeträge mit einem Grenzsteuersatz von 48% kann dazu dienen, einen Teil dieser Gruppe zu entlasten und zu hohe Kosten abzufedern.
- Durch die Simulationen wird ersichtlich, dass Pendlerhilfen insbesondere mittlere und höhere Einkommen mit weiten Pendelstrecken (in mehrheitlich ruralen Gebieten) fördern, während Nicht-PendlerInnen keine Begünstigungen erhalten.
- Bei einer expliziten Förderung von langen Pendelstrecken und oberen mittleren Einkommen stellt sich daher die Frage, ob die erwünschten Anreizwirkungen, welche im Rahmen einer sozialökologischen Steuerreform erzielt werden sollen, noch gegeben sind.

## **Heizkostenzuschuss**

- Ohne Gegensteuerung könnte eine CO<sub>2</sub>-Steuer das Problem von Energiearmut für Haushalte, die mit fossilen Brennstoffen heizen, verschärfen. Die Ausweitung eines bundesweit einheitlichen Heizkostenzuschusses könnte insbesondere ärmere Haushalte entlasten und schützen.
- Da in diesem Szenario nur jene Haushalte anspruchsberechtigt sind, deren Einkommen unter der Mindestsicherungsgrenze liegt, profitieren nicht unbedingt Haushalte die ein stark besteuertes Heizsystem haben, sondern jene die sich durch eine Besteuerung von fossilen Heizstoffen eventuell ihre Heizkosten nicht mehr leisten könnten.
- Da vergleichsweise wenige Haushalte von einem Heizkostenzuschuss profitieren können, sollte dieses Instrument im besten Fall im Rahmen eines Maßnahmenmix ange-dacht werden. Eine mögliche Ergänzung wären beispielsweise Investitionszuschüsse für den Umbau von Heizungssystemen.

# Executive Summary

## *Taxation of CO<sub>2</sub> emissions*

- The challenge of every carbon tax implementation or green tax reform (where the generated tax revenue is returned back via relief measures) is, on the one hand, changing people's consumption behaviour through an increase in the price of CO<sub>2</sub> emissions and, on the other hand, mitigating impacts on people who would be financially overburdened by more environmentally friendly consumption choices.
- The Austrian government has committed itself to introduce a carbon pricing system, which reflects the 'true' costs of carbon emissions. The details of this endeavour are not yet publicly known. This report analyses the revenue and distributional effects of CO<sub>2</sub> taxes in the Austrian household sector at the level of 50€ per ton of CO<sub>2</sub> emissions (which could serve as an initial value) and 150€ per ton (relevant in a possible adjustment path).
- The tax revenue from a carbon tax of 50€ /tCO<sub>2</sub> differs significantly, depending on whether either petrol and diesel (450 million €) or heating fuels (470 million €) are taxed, or if the carbon tax includes both categories (920 million €). These values include the revenue from the carbon tax as well as from the resulting increase in the sales tax. Short-term effects of a higher tax rate lead to proportionally higher tax revenues, but in the medium term, a higher price for CO<sub>2</sub> emissions might lead to accelerated changes in consumer behaviour and thus to a drop in tax revenue.
- The conclusions about the distributional outcomes of the CO<sub>2</sub> taxation depend on whether you opt for an absolute or relative perspective. The total tax load for Austrian households increases across the income distribution (200 million € in the lowest quartile vs 260 million € in the top quartile). However, the relative impact of the CO<sub>2</sub> tax decreases noticeably with rising income (2.4% in the lowest quartile vs 0.3% in the highest quartile), as carbon emissions are more equally distributed compared to disposable incomes.

- About two-thirds of the households would be affected by a CO<sub>2</sub> tax on petrol and diesel fuel emissions. In contrast, just over one-third of households use gas or heating oil as their primary energy source. However, suppose CO<sub>2</sub> emissions from district heating are also taken into account. In that case, the group of people affected by such a more comprehensive tax on heating fuels encompasses more than half of the population.
- Due to different consumer preferences, the burden of a CO<sub>2</sub> tax varies substantially between households. This is particularly evident in the combined taxation of fuels used for mobility *and* heating. Just over 10% of Austrian families are not affected at all, half of the households would be affected by either fuel or heating fuel taxation only (80-90€ per year on average), and the remaining 40% would be burdened by fuel *and* heating fuel taxation (180€ per year on average).
- These average numbers conceal a profound dispersion of the tax load between individual households. In the 50€/tCO<sub>2</sub> scenario, about 1% of the population (35,000 households) would pay more than 1,000€ CO<sub>2</sub> tax per year. At a tax rate of 150€/tCO<sub>2</sub>, this share would rise to over 25% of the population (1,000,000 households).
- Compared to single households and single parents in urban areas, households in small municipalities with fewer than 10,000 inhabitants, couples, families with children and multigenerational households would be significantly more affected by such a new carbon tax.

## *Reimbursement and relief measures*

We analyse the following revenue recycling strategies: (1) the introduction of a ‘classic’ and income-dependent per capita transfer with additional child benefits, (2) reforms in the social insurance system by lowering the health insurance rate, (3) reforms in the income tax system by solely reducing the tariff rates or additionally raising the ‘negative income tax’ benefits, (4) the restructuring of commuter relief measures by extending the ‘large commuter allowance’ and converting the allowances for commuters into deductions, and (5) the introduction of a nationwide heating cost allowance.

### **Transfers on a per capita basis: ‘eco bonus’**

- The classic version of an ‘eco bonus’ in the form of a lump sum for all adults can counteract the potentially regressive effect of a CO<sub>2</sub> tax. Households with several adults, such as multigenerational households or families with adult children, would particularly benefit from this instrument.
- A possible extension to this classic eco bonus is the introduction of an additional child benefit amount to decrease the financial burden of families with minor children and, in particular, single parents. However, if this instrument is revenue-neutral (only revenues from the carbon tax are reimbursed), other groups, such as single households or pensioners, benefit less.
- The classic per capita transfer does not depend on an individual or household’s current income situation. While this increases political enforceability, it also implies that part of the generated tax revenue is distributed to higher-income individuals. As a result, this instrument might be considered as relatively ‘expensive’.
- An alternative is the implementation of an income-dependent transfer for individuals up to a certain income threshold. In this more progressive scenario, low-income earners, non-employed individuals, people who work part-time or pensioners with low retirement income would benefit more. An additional child benefit amount would also take into account the higher financial burden of family households. However, since lower-income individuals often live together with higher-income individuals, an income-dependent eco bonus shows a slightly less progressive effect on the household level than on the individual level.

## **Social insurance**

- Changes in the social insurance system, such as a reduction in paid health insurance rates (HIR), positively affect net disposable income but reinforce the regressive effect of a CO<sub>2</sub> tax. Especially low and medium incomes are not sufficiently relieved by a reduction in social insurance contributions alone. Persons who do not pay any social insurance contributions (e.g. unemployed persons) do not receive any financial relief.
- High incomes benefit substantially from a reduction in HIR (which increase with rising incomes up to the maximum contribution base), thus largely offsetting the burden of a CO<sub>2</sub> tax. This might reduce the incentives of high-income individuals to change their consumption behaviour in relation to CO<sub>2</sub>-intensive goods.
- A potential problem for social security agencies is that a cut in social security revenues must be covered by other sources of revenue, which might limit the self-governance principle of these agencies.

## **Income taxation**

- Reliefs in the income taxation scheme particularly benefit individuals in the middle- and high-income brackets, which reinforces the regressive effects of the carbon tax. The degree of progression within the individual tax system tends to decline, and the burden of a CO<sub>2</sub> tax affects lower-income groups in particular.
- Gains from (further) increases in the so-called 'negative tax' (German: *Negativsteuer*), which are specific tax credits, are limited by the sum of the applicable deductions compared to the individual tax burden. Therefore, especially middle-income earners benefit from extended expansions of the negative tax instrument, as they qualify for higher deductions (especially the '*Familien Bonus Plus*') regarding their tax load.
- Although low-income earners benefit as well, they are not able to offset the burdens of a carbon tax as well as middle-income earners. The lowest three income deciles are particularly affected.
- In the medium term, declining CO<sub>2</sub> tax revenues (due to the intended behavioural adjustments) may lead to financing risks for the discussed relief measures. This must be anticipated and potentially compensated by other governmental resources.

## **Commuter relief**

- Commuters are strongly affected by the introduction of a CO<sub>2</sub> tax. Possible financial reliefs for commuters are the expansion of the 'large commuter allowance' (German:

*Großes Pendlerpauschale*) and/or converting the allowances for commuters into deductions (German: *Pendlerabsetzbeträge*) with a marginal tax rate of 48%. This approach benefits the majority of commuters and mitigates high costs.

- It becomes apparent that commuting reliefs particularly benefit middle and high-income individuals with long commuting distances to their workplaces (often from rural areas to cities). At the same time, non-commuters with cars (who might also live in rural areas) receive no benefits at all.
- The introduction of subsidies for long-distance commuters (and therefore predominantly upper and middle-income individuals) might contradict the desired consumption incentives of a green tax reform.

### **Heating allowance**

- Without counteractive measures, a CO<sub>2</sub> tax could aggravate the problem of energy poverty for households that heat with fossil fuels, such as gas, coal or heating oil. The expansion of a nationwide uniform heating allowance (German: *Heizkostenzuschuss*) could protect poorer households in particular.
- In this scenario, all households with income below the minimum income threshold (German: *Mindestsicherungsgrenze*) are eligible for an expanded heating allowance, independent of their primary heating source. Consequently, it is possible that the households benefiting from this measure, might not be actually affected by a CO<sub>2</sub> tax. Yet, this group is particularly prone to the risk of poverty and would thus be benefiting greatly from this kind of financial support.
- This instrument is not revenue-neutral, as only relatively few households can benefit from this kind of heating allowance. Ideally, it should be considered as part of a mix of relief measures. A possible complementary instrument could be an investment subsidy for the replacement of environmentally harmful heating systems.

# Inhaltsverzeichnis

<b>I. Grundlagen &amp; Methoden</b>	<b>1</b>
<b>1. Einführung</b>	<b>2</b>
1.1. Ökosoziale Steuerreform . . . . .	2
1.2. Fragestellung und Forschungsgegenstand . . . . .	4
<b>2. Datengrundlagen</b>	<b>6</b>
2.1. Konsumerhebung, Lohnsteuerstatistik und EU-SILC . . . . .	6
2.2. Berechnung der Mengen und Emissionsfaktoren . . . . .	9
2.3. Gewichtung . . . . .	12
<b>3. Modellierung</b>	<b>14</b>
3.1. Mikrosimulationsmodell <i>TAXSIM</i> . . . . .	14
3.2. Darstellung der Mikrosimulationsszenarien . . . . .	15
3.2.1. Linke Outputseite . . . . .	16
3.2.2. Rechte Outputseite . . . . .	19
<b>II. Ergebnisse</b>	<b>24</b>
<b>4. CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Sektor der privaten Haushalte</b>	<b>25</b>
4.1. CO <sub>2</sub> -Bepreisung nur auf Treibstoffe . . . . .	26
4.1.1. Beschreibung des Szenarios . . . . .	26
4.1.2. Analyse der Simulationsergebnisse . . . . .	27
4.2. Abschaffung des Dieselprivilegs . . . . .	34
4.2.1. Beschreibung des Szenarios . . . . .	34
4.2.2. Analyse der Simulationsergebnisse . . . . .	34
4.3. CO <sub>2</sub> Bepreisung nur auf Heizstoffe . . . . .	38
4.3.1. Beschreibung des Szenarios . . . . .	38
4.3.2. Analyse der Simulationsergebnisse . . . . .	38

4.4.	CO <sub>2</sub> Bepreisung auf Treib- und Heizstoffe . . . . .	44
4.4.1.	Beschreibung des Szenarios . . . . .	44
4.4.2.	Analyse der Simulationsergebnisse . . . . .	44
<b>5.</b>	<b>Entlastungsmaßnahmen</b>	<b>50</b>
5.1.	Ökobonus . . . . .	52
5.1.1.	Ökobonus für alle Erwachsenen . . . . .	52
5.1.2.	Ökobonus mit Kinderzuschlag . . . . .	60
5.1.3.	Einkommensabhängiger Ökobonus mit Kinderzuschlag . . . . .	68
5.2.	Entlastungen im Bereich Sozialversicherung . . . . .	76
5.2.1.	Senkung des KV-Beitragssatzes . . . . .	76
5.3.	Entlastungen im Bereich Lohn- und Einkommenssteuer . . . . .	84
5.3.1.	Senkung der 1. und 2. Steuerstufe inkl. Erhöhung der Negativsteuer . . . . .	84
5.3.2.	Tarifsenkung ohne Erhöhung der Negativsteuer . . . . .	92
5.4.	Umstellung der Entlastungsstruktur von PendlerInnen . . . . .	98
5.4.1.	Erhöhung des großen Pendlerpauschales . . . . .	99
5.4.2.	Umwandlung Freibeträge in Absetzbeträge . . . . .	106
5.5.	Erhöhung des Heizkostenzuschusses . . . . .	112
5.6.	Maßnahmenmix . . . . .	120
5.7.	Übersicht Entlastungsmaßnahmen . . . . .	129

**III. Appendix: Szenarien mit 150€ /t CO<sub>2</sub>** **133**

**Teil I.**

**Grundlagen & Methoden**

# 1. Einführung

## 1.1. Ökosoziale Steuerreform

Das Jahr 2020 steht weltweit im Zeichen der Corona Pandemie. Die Ausbreitung und Auswirkungen des Virus mit der Bezeichnung SARS-CoV-2 bindet substantielle Ressourcen und die Aufmerksamkeit der politischen EntscheidungsträgerInnen sowie der interessierten Öffentlichkeit. In diesem Zusammenhang ist aktuell auch die Diskussion rund um die Maßnahmen zur Eindämmung der Erderwärmung ein wenig aus dem Blickpunkt des Interesses gerückt. Zum jetzigen Zeitpunkt liegt vieles im Unklaren: Wie schnell ist eine Impfung für einen signifikanten Teil der Bevölkerung verfügbar? Sind bis dahin noch weitere Lockdowns und die damit verbundenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beschränkungen notwendig? Was sind die mittelfristigen Auswirkungen auf die Einkommen und Ersparnisse der privaten und öffentlichen Haushalte? Nachdem die Krise noch akut und längst nicht ausgestanden ist, kann darüber nur spekuliert werden. Klar ist jedenfalls aber eines: Der Klimawandel und die damit verbundene Erwärmungen bleiben die zentrale Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte und werden weiterhin einen Einfluss auf den wirtschafts- und steuerpolitischen Diskurs ausüben.

Es ist weitgehend unstrittig, dass die Freisetzung von unterschiedlichen Treibhausgasen in die Atmosphäre die zentrale Ursache für diese Phänomene darstellt und in naher Zukunft drastisch reduziert werden sollte. Aus einer ökonomischen Sichtweise und unter der Annahme eines klassischen Verlaufs der Nachfragefunktion, kann die Erhöhung der Preise von fossilen Brennstoffen ein wichtiger Anreiz für einen niedrigeren Verbrauch dieser Güter sein. In die selbe Stoßrichtung zielt die Argumentation, dass der aktuelle Preis nur einen kleinen Teil der mittel- bis langfristig entstehenden gesamtwirtschaftlichen Kosten widerspiegelt. Die externen Effekte sind demnach nur unzureichend internalisiert, der im Moment vorherrschende Preis sendet somit nicht die richtigen Signale an die VerbraucherInnen aus. Eine Lösung für dieses Marktversagen, die im Laufe der Debatten des vergangenen Jahres deutlich an Zustimmung zugelegt hat, ist die wirtschaftspolitisch verordnete Erhöhung der Preise im Form einer

CO<sub>2</sub>-Steuer oder durch die Verknappung der Zertifikate im Rahmen der bestehenden Systeme des Emissionshandels.

Parallel dazu weisen nationale und internationale Institutionen wiederholt darauf hin, dass die Steuerstruktur in vielen OECD Ländern überdacht werden sollte. Gerade auch in Österreich ist die Abgabenbelastung auf Einkommen aus Erwerbstätigkeit und den Beiträgen zur Sozialversicherung relativ hoch. Neben der Umschichtung in Richtung von vermögensbezogenen Steuern werden hier seit vielen Jahren auch umweltbezogene Abgaben ins Treffen geführt. Aus steuerpolitischer Sicht bietet sich somit die Möglichkeit mehrere Ziele gleichzeitig zu erreichen: Die Verteuerung von klimaschädlichen Emissionen und damit der budgetäre Rahmen für eine steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit. Das sollte zumindest kurz- bis mittelfristig gelten. Da von der CO<sub>2</sub>-Bepreisung aber ein klarer Lenkungseffekt ausgehen soll, wäre es ratsam perspektivisch schon jetzt darüber nachzudenken, wie die erforderlichen finanziellen Mittel für die öffentlichen Aufgaben erbracht werden können, nachdem die ökologische Transformation unserer Wirtschaftssysteme abgeschlossen ist.

Das Konzept einer aufkommensneutralen Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer hat jedoch noch einen weiteren Hintergrund. Bei der technischen Infrastruktur, die für den Ausstoß der Treibhausgase verantwortlich ist, handelt es sich in der Regel um langfristige Konsumgüter. Der Sektor der privaten Haushalte ist hier keine Ausnahme. Die Anschaffungskosten eines Autos oder der Heizung können in den seltensten Fällen aus dem laufendem Einkommen bestritten werden. Für die überwiegende Mehrheit der Haushalte handelt es sich dabei um bedeutende Entscheidungen, deren Kosten und Nutzen auf mehrere Jahre verteilt werden. Gerade auch weil Elektroautos und Heizungssysteme auf Basis erneuerbarer Energieträger in der Anschaffung aktuell noch teurer sind als die herkömmlichen Systeme, kann nicht erwartet werden, dass eine kritische Masse an Haushalten ihr Verhalten unmittelbar umstellen können. Bis das Fahrzeug oder das Heizungssystem ersetzt wird, entstehen durch die CO<sub>2</sub>-Bepreisung folglich neue und zusätzliche finanzielle Belastungen für die Haushalte. Wie schnell die politische Akzeptanz einer solchen Maßnahme schweren Schaden nehmen kann, haben nicht zuletzt die Proteste der Gelbwestenbewegung in Frankreich deutlich aufgezeigt. Die politischen EntscheidungsträgerInnen stehen also vor dem Dilemma den Ausstoß von Treibhausgasen spürbar – denn nur dann entfalten sich die notwendigen Lenkungseffekte – zu erhöhen, und andererseits die Durchsetzbarkeit nicht durch mangelnde soziale Abfederung zu gefährden. Die Zweckwidmung des neu generierten Abgabenaufkommens für Entlastungsmaßnahmen im Rahmen einer ökosozialen Steuerreform ist dabei ein ganz wesentliches Element.

## 1.2. Fragestellung und Forschungsgegenstand

Vor diesem Hintergrund geht die vorliegende Studie der Frage nach, welche Aufkommen- und Verteilungseffekte von einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Sektor der privaten Haushalte ausgehen. Wie aus dem aktuellen Regierungsprogramm (Die neue Volkspartei und Die Grünen – Die Grüne Alternative, 2020) abgeleitet werden kann, gehen wir davon aus, dass das durch die CO<sub>2</sub>-Steuer generierte Aufkommen in der selben Höhe wieder an die privaten Haushalte in Österreich ausgeschüttet werden wird. Die Parameter der verschiedenen Rückführungsszenarien werden daher so gewählt, dass die Abgabenquote in einer gemeinsamen Betrachtung unverändert bleibt.

Zur Zeit kann über die Details der Reform nur spekuliert werden. Im Regierungsprogramm sind zwar ambitionierte Schritte angekündigt, deren Ausgestaltung erfolgt jedoch in einer eigens eingerichteten Taskforce zur Ökologisierung des Steuersystems. Darin werden unter Federführung des Finanzministeriums (BMF) und des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) jene Regelungsbereiche erarbeitet, die ab dem Jahr 2022 einen wirksamen Beitrag zur Erreichung der österreichischen Klimaziele leisten sollen.

Vieles ist daher aktuell noch unklar, für die hier vorgenommenen Berechnungen müssen folglich Annahmen getroffen und unterschiedliche Varianten evaluiert werden. Das betrifft nicht zuletzt auch die Höhe der CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Im Regierungsprogramm findet sich dazu folgendes Bekenntnis:

“Herstellung von Kostenwahrheit bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen in den Sektoren, die nicht dem EU ETS unterworfen sind” (Regierungsprogramm 2020-2024, S. 79)

Daraus leitet sich die Frage ab: Was ist der richtige Preis für die Emission von einer Tonne CO<sub>2</sub>? Da keine konkreten Werte angegeben sind, ist die Einigung auf die Höhe der volkswirtschaftlichen Kosten von klimaschädlichen Emissionen (“social costs of carbon”, SCC) eine der ersten wesentlichen Aufgaben der Taskforce.

Was kann auf Basis der einschlägigen wissenschaftlichen Literatur erwartet werden? Die Schätzungen der SSC unterscheiden sich je nach Zielwert für das maximale Ausmaß der Erwärmung (2°C vs. 1.5°C), der verwendeten Annahmen bzw. Methode und dem zeitlichem Horizont deutlich. In der Literatur lassen sich Werte zwischen 50€ und 800€ (Mattauch u. a., 2020) finden. Diese Spannweite beinhaltet jedoch keine Einschätzung der Wahrscheinlichkeiten oder der Qualität der Studien.

Als Anker für unsere Berechnungen scheint sich die Orientierung an den Studien des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2014) bzw. an existierenden Berechnungen für

die Bundesrepublik Deutschland anzubieten (Pothen und Hübler, 2018). Auf dieser Basis kann spekuliert werden, dass der maßgebliche Preis für die *ökosoziale Steuerreform 2022* eingangs nicht höher als 50€ /tCO<sub>2</sub>-Äquivalenten gewählt wird. Sehr wahrscheinlich wird man sich aber auch gleichzeitig auf einen Pfad für die schrittweise Erhöhung der Besteuerung bis zum Jahr 2030 verständigen, beispielsweise in die Richtung von etwa 150€ /tCO<sub>2</sub>-Äquivalenten.

Die zugrundeliegenden Forschungsfragen dieses Berichts lautet daher:

1. Welches Steueraufkommen würde sich durch eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Sektor der privaten Haushalte ergeben?
2. Welche Bevölkerungsgruppen würden von einer aufkommensneutralen ökosozialen Steuerreform profitieren, welche würden finanziellen Spielraum einbüßen und in welchem Ausmaß?
3. Wie würden sich unterschiedliche Politikmaßnahmen dabei auf die Verteilung der verfügbaren Einkommen auswirken?

Die Analyse erfolgt mittels dem am INEQ entwickelten Mikrosimulationsmodells *TAXSIM*, das eigens für diese Studie um Möglichkeiten der Simulation von Konsumsteuern erweitert wurde um mögliche Auswirkungen der Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer abschätzen zu können. Die Datengrundlage von *TAXSIM* ist ein verknüpfter Datensatz der Konsumerhebung 2014/15 und der Lohnsteuerstatistik 2015 der Statistik Austria, sowie aus Einkommensdaten aus dem EU-SILC 2014. Mittels *TAXSIM* soll in einem ersten Schritt der Status Quo des Steuersystems (Regelungen des Jahres 2020 inklusive der bereits beschlossenen Maßnahmen im Zuge des Konjunkturpakets) berechnet werden und deskriptiv gezeigt werden, welche kurzfristige Auswirkungen eine (erhöhte) Steuer auf Benzin, Diesel, Heizöl, Kohle und Gas auf die Verteilung von Einkommen hat. In einem zweiten Teil werden mögliche Rückvergütungsszenarien jenes Aufkommens simuliert, welches durch die Erhebung der CO<sub>2</sub>-Steuer entsteht. Hierzu gehört die Einführung von verschiedenen Varianten eines sogenannten "Ökobonus", Simulationsänderungen im Lohnsteuertarif bzw. der Sozialversicherungsabgaben, einer Entlastung von PendlerInnen und BezieherInnen des Heizkostenzuschusses.

## 2. Datengrundlagen

### 2.1. Konsumerhebung, Lohnsteuerstatistik und EU-SILC

Für die Modellierung des österreichischen Steuer- und Sozialabgabensystems bilden zwei von Statistik Austria erhobene Datenmodule die vorrangige Grundlage: zum einen die sogenannte Konsumerhebung (kurz: KE) aus dem Jahr 2014/15, sowie zugehörige Datenpunkte der Lohnsteuerstatistik jener Jahre. Darüber hinaus wurden zur Simulation der Selbstständigeneinkommen und für Personen ohne unselbstständigem Einkommen Variablen des EU-SILC (*Community Statistics on Income and Living Conditions*) aus dem Jahr 2014 hinzugefügt. Um mit dem Simulationsmodell *TAXSIM* einmalige Änderungen des verfügbaren Einkommens abschätzen zu können die durch eine veränderte Konsumsteuer entstehen, wie z.B. der Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer, wurden vorhandene Merkmale der Konsumerhebung um statistische Aggregate des Mikrozensus korrigiert, um korrekte Werte für die Höhe und das Ausmaß der Steuer festzulegen (mehr dazu unter Kapitel 2.2). Im Folgenden werden in einem ersten Schritt die drei Datensätze vorgestellt, die als verknüpfter Datensatz die Basis der Mikrosimulation bilden. Anschließend werden in Kapitel 2.2 die Besonderheiten der CO<sub>2</sub>-Äquivalenzberechnungen festgehalten und in Kapitel 2.3 die Gewichtung und Wertanpassungen besprochen.

**Konsumerhebung** Seit 1995 wird die Konsumerhebung alle fünf Jahre durchgeführt, wobei die letzte von Oktober 2014 bis November 2015 stattfand (aktuell werden Daten für das Jahr 2020 erhoben). In 52 sich überschneidenden Erhebungswochen beteiligten sich insgesamt 7 162 Privathaushalte mit rund 16 532 Personen am freiwilligen Modul zu einer detaillierten Verbrauchsausgabenerhebung. Jeder Haushalt führte dabei zwei Wochen lang ein elektronisches Haushaltsbuch über sämtliche Ausgaben aus diesem Zeitraum, wobei zusätzlich Fragen über den sozioökonomischen Hintergrund des Haushalts, die darin lebenden Personen und vergangenen Konsum (beispielsweise über größere Anschaffungen außerhalb des zweiwöchigen Moduls), sowie zur Ausstattung des Haushalts beantwortet wurden. Der Fokus der KE liegt dabei auf einer detaillierten Abbildung der Gesamtausgabenstruktur der österreichischen Privathaushalte. Die KE ist somit ein zentrales Kontrollinstrument in der volkswirtschaftlichen

Gesamtrechnung, sowie zur Berechnung der Gewichtung der Verbraucherpreisindizes. Die gewichtete Stichprobe der KE gibt Auskunft über rund 8,5 Millionen ÖsterreicherInnen, genauer 4,3 Millionen Frauen und 4,2 Millionen Männer, und deren Ausgaben- und Einnahmenstruktur. Letztere wird hingegen hauptsächlich in Form des Nettohaushaltseinkommens abgebildet, wobei Güter aus eigener Produktion und die imputierten Mieten zusätzlich berücksichtigt werden. Da die Summe der Einkommen oft untererfasst wird<sup>1</sup>, in der Regel weil die Befragten bei der Auskunft über ihre Einkünfte Sonderzahlungen und Transferleistungen nicht miteinbeziehen, werden die Daten zum Nettoeinkommen mit dem *European Union Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC)* verglichen und Abweichungen statistisch korrigiert. Detailliertere Einkommensmerkmale, insbesondere in Bezug auf Personeneinkommen, sind in der KE von geringerer Bedeutung oder nicht vorhanden.

**Lohnsteuerstatistik** Um die Einkommens- und Lohnabgabenseite besser modellieren zu können, werden die Daten der KE 2014/15 um passende Variablen aus der Lohnsteuerstatistik erweitert. Die Lohnsteuerstatistik ist eine jährlich durchgeführte Vollerhebung der Statistik Austria. Die bezugsauszahlenden Stellen der unselbstständigen Arbeits- und Pensionseinkommen übermitteln die Daten der ausbezahlten Sozialversicherungsabgaben und Lohnsteuer an die entsprechenden Finanzverwaltungen, in Form der ausstellpflichtigen Lohnzettel. Diese werden jährlich von Statistik Austria ausgewertet, wodurch die Anzahl an Steuerpflichtigen, ihren Bezügen und der gesamten Lohnsteuerbelastung errechnet werden kann. Aus dem Namen der Erhebung wird bereits ersichtlich, dass nur lohnsteuerpflichtige Personen in dieser Auswertung vorkommen, nicht aber andere einkommensteuerpflichtige Personen (Selbstständige). Von den rund 16 532 Personen der KE 2014/15 erhielten 10 921 Personen unselbständiges Einkommen oder Pensionszahlungen. Die Lohnzettel enthalten Informationen über die summierten Bruttobezüge, Sozialversicherungsabgaben und einzelnen Lohnsteuerinstrumente (steuerfreien Bezüge, Freibeträge, Pendlerpauschalen, ...), sowie bestimmte Merkmale zur sozioökonomischen Charakterisierung der LohnsteuerzahlerInnen (soziale Stellung, Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung, Anzahl der Kinder, ...). Nachträgliche Änderungen im Volumen des berechneten Lohnsteueraufkommens, wie es durch die Arbeitnehmerveranlagung möglich ist, werden in der Lohnsteuerstatistik nicht berücksichtigt.<sup>2</sup>

**EU-SILC** Mit dem EU-SILC werden jährlich Daten über Einkommen und Lebensbedingungen in allen EU-Mitgliedsländern, sowie Norwegen, Island, der Türkei, der Schweiz, Maze-

<sup>1</sup>[https://www.steuernzahlen.at/pdf/INEQ\\_Gesamtabgabenstatistik\\_Final.pdf](https://www.steuernzahlen.at/pdf/INEQ_Gesamtabgabenstatistik_Final.pdf)

<sup>2</sup>Die Verzerrungen sind jedoch gering, in der Regel werden nicht mehr als 5% der einbehaltenen Lohnsteuer nachträglich an die gesamten LohnsteuerzahlerInnen gutgeschrieben.

donien und Serbien erhoben (jedoch mit unterschiedlichen, nicht unbedingt vollständigen, Zeitverläufen). Wie der Name verrät steht dabei besonders das Einkommen und die Lebensumstände der befragten Haushalte im Vordergrund, insbesondere die Beschäftigungssituation der Haushalte, Ausstattung und Ausgaben der Personen und ihre zugehörigen soziodemografischen Merkmale (Bildung, Gesundheit) und Zufriedenheit. Der EU-SILC wird in Österreich ebenfalls durch die Statistik Austria erhoben. Jedes Jahr werden rund 6 000 Haushalte zur Befragung ausgewählt, die an insgesamt vier Modulen innerhalb eines Jahres teilnehmen.<sup>3</sup> Wie eingangs erwähnt wird der EU-SILC auch von Statistik Austria selbst zur Korrektur der Einkommensangaben aus der Konsumerhebung verwendet. Da die KE allerdings nur Haushaltseinkommen erhebt und die Lohnsteuerstatistik nur auf Personen mit unselbstständigem Einkommen zutrifft, ist besonders für Selbstständige und Personen mit Bezügen aus Sozialleistungen (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Mindestsicherung, etc.) keinerlei Einkommensinformation auf individueller Ebene in diesen Datensätzen vorhanden. Der EU-SILC bietet diese Möglichkeit, da die verschiedenen Einkommensarten auf Personenebene genau und nach den spezifischen sozioökonomischen Merkmalen erhoben werden. Jene Einkommensvariablen (Einkommen aus selbstständiger Arbeit oder Sozialleistungen) wurden zum Zweck dieser Studie mittels *statistical matching* zu dem verknüpften Datensatz der KE und Lohnsteuerstatistik hinzugefügt.

**Verknüpfung der Datensätze als Grundlage von TAXSIM** Die Zusammenführung der KE und der Lohnsteuerstatistik geschieht unter Wahrung der Anonymität durch die Statistik Austria mittels der Verwendung von sogenannten bereichsspezifischen Personenkennzeichen (bPK), die eine Art verschlüsselte ID bilden. Mit der Datenverknüpfung beider Datensätze entsteht ein umfangreiches Abbild der Abgabenstruktur österreichischer Haushalte und Personen, insbesondere mit Hinblick auf die einzelnen Instrumente der direkten Lohnsteuer und durch die detaillierten Konsumausgaben auch des Konsums CO<sub>2</sub>-intensiver Konsumgüter (Benzin, Diesel, Gas, Heizöl, Kohle, Fernwärme). Die von Statistik Austria durchgeführte Zusammenführung und das Entfernen personenbezogener Kennzahlen (wie zum Beispiel Namen- und Adressmerkmale der Lohnzettel) garantiert zum einen die Genauigkeit der Zuordnung von detaillierten Einkommensdaten mit entsprechenden Konsum und demographischen Variablen (der KE), sowie die Anonymität der Personen in der verwendeten Stichprobe. Durch das Fehlen der Daten von Personeneinkommen die nicht als unselbstständiges Einkommen erfasst werden, wurde der verknüpfte Datensatz der Statistik Austria um Einkommensvariablen des EU-SILC ergänzt. Mittels *statistical matching* werden dabei die Personen des EU-SILC nach spezifischen Personenmerkmalen (Einkommen, Beschäftigungssituation,

---

<sup>3</sup>Mehr Informationen zur Erhebung des EU-SILC findet sich auf der Seite von Statistik Austria: [EU-SILC](#).

Geschlecht, Altersklasse, Wohnort) mit möglichst ähnlichen Personen aus der Konsumerhebung verknüpft. Durch das *matching* können Personen aus beiden Datensätzen bestimmte Variablen hinzugefügt werden, für die sie sich, durch die statistische Wahrscheinlichkeit sie zu besitzen, qualifizieren. Im Falle der Erweiterung der KE mit Lohnsteuerstatistik und dem EU-SILC bedeutet das, dass nach der Identifikation der übereinstimmenden Verteilung von Haushaltsnettoeinkommen und unselbständigen Einkommen beider Datensätze, den Personen ohne Einkommen ein Betrag aus selbständigen Einkommen oder Sozialleistungen zugeordnet werden kann (je nach den individuellen Merkmalen). Ziel dabei ist es, die gut dokumentierten Einkommensvariablen der Lohnsteuerstatistik und des EU-SILC mit den umfangreichen Haushaltsindikatoren und Ausgabenbüchern der KE zu verbinden um komplexe Simulationen durchführen zu können.

## 2.2. Berechnung der Mengen und Emissionsfaktoren

Um Simulationen einer Konsumsteuer durchführen zu können und deren Auswirkung auf das verfügbare Nettoeinkommen abzuschätzen, müssen Verbrauch und Preise der zu besteuerten Güter bekannt sein. Grundsätzlich sollten also auch CO<sub>2</sub>-Steuern auf Basis der konsumierten Menge eines Individuums, und nicht etwa auf Basis des Preises, berechnet werden, um preisabhängige Schwankungen zu vermeiden. In der Konsumerhebung werden jedoch nur die Ausgaben der privaten Haushalte festgehalten, weshalb die **Menge** unter der Annahme von homogenen Endverbraucherpreisen berechnet werden muss. Die verwendeten Preise orientieren sich dabei an den aggregierten Verbrauchsangaben des Mikrozensus Energieeinsatz der Haushalte 2017/18, um so ein möglichst genaues Bild über die (von privaten Haushalten) verbrauchte Menge an Benzin, Diesel, Heizöl, Gas, Kohle und Fernwärme zu erhalten (siehe Tabelle 2.1) (Statistik Austria, 2019a). Zu diesem Zweck werden die Ausgaben laut KE durch "fiktive" Preise geteilt, welche so gewählt werden, dass die dadurch berechneten Mengen den Verbrauchsangaben des Mikrozensus entsprechen. Im Rahmen der KE wird nicht genauer zwischen unterschiedlichen Arten von Kohle differenziert, daher wurden die im Mikrozensus angegebenen Mengen für Steinkohle, Braunkohle, Braunkohlenbriketts und Koks addiert. Darüber hinaus stehen in der KE die Ausgaben für Heiz- und Treibstoffe nur auf Haushaltsebene zur Verfügung. Um Analysen auf der Personenebene durchführen zu können, wurden die Ausgaben bzw. konsumierten Mengen (und in einem weiteren Schritt auch die CO<sub>2</sub>-Steuerlast) zwischen den erwachsenen Personen im Haushalt zu gleichen Teilen aufgeteilt.

Zu Kontrollzwecken wurden die berechneten (und somit fiktiven) **Preise** mithilfe anderer Datenquellen verglichen und auf ihre Plausibilität hin geprüft (siehe Tabelle 2.1. Die berechneten Bruttopreise für Benzin, Diesel, Heizöl und Gas entsprechen in etwa den Angaben der Statistik Austria Auswertung “Jahresdurchschnittspreise und -steuern für die wichtigsten Energieträger 2017”<sup>4</sup>, welche zu Vergleichszwecken um die entsprechenden Preissteigerungen laut Energiepreisindex für das Jahr 2018 angepasst wurden (Statistik Austria, 2019b; AEA, 2019). Die Angaben für den Energieträger Kohle divergieren relativ stark, da einerseits in der Konsumerhebung nur sehr wenige Beobachtungen enthalten sind und andererseits die Preise sehr stark von den unterschiedlichen Kohlearten (Stein-, Braunkohle, Briketts etc.) abhängen. Im Bereich Fernwärme stehen leider keine Preisinformationen von Seiten der Statistik Austria zur Verfügung, wodurch kein direkter Vergleich durchgeführt werden konnte. Jedoch deutet eine von der Arbeiterkammer und des Klima- und Energiefonds initiierten Studie über das Nah- und Fernwärmeangebot in Ostösterreich darauf hin, dass die Preise sehr stark - um bis zu 60% pro MWh - zwischen den einzelnen Anbietern variieren (Kreutzer Fischer & Partner Consulting GmbH, 2016). Der Durchschnitt der untersuchten Anbieter in Niederösterreich, Wien und dem Burgenland lag 2016 bei etwa 10 Cent pro Kilowattstunde. Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen laut der *Austrian Energy Agency (AEA)* im Bereich Fernwärme würde dies auf einen durchschnittlichen Preis von ca. 13 Cent im Jahr 2018 in Ostösterreich hindeuten (AEA, 2019). Der mithilfe des Mikrozensus 2017/18 berechnete Preis liegt mit 7 Cent pro Kilowattstunde deutlich unter diesem durchschnittlichen Wert für Ostösterreich. Dieser Umstand könnte einerseits durch die zuvor erwähnten starken allgemeinen Preisunterschiede oder ein niedrigeres Preisniveau in anderen Teilen Österreichs erklärt werden oder aber auf eine Untererfassung des Fernwärmekonsums in der KE hindeuten. Aufgrund des Fehlens von genaueren Daten über die Preispolitik von Fernwärme in Gesamtösterreich kann diese Frage jedoch nicht restlos geklärt werden. Zur Berechnung von Mehrwertsteueränderungen (aufgrund der Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer) wurden die originalen (nicht fiktiven) Preise verwendet.

Für die Berechnung der CO<sub>2</sub>-Steuerbelastung wurden die unterschiedlichen Emissionsfaktoren für Benzin, Diesel, Erdgas und Heizöl des Umweltbundesamtes herangezogen. Die Emissionsfaktoren liegen laut Umweltbundesamt bei 2,14 kg CO<sub>2</sub> pro Liter Benzin, 2,44 kg CO<sub>2</sub> pro Liter Diesel, 2,028 kg CO<sub>2</sub> pro Kubikmeter Erdgas und 2,706 kg CO<sub>2</sub> pro Liter Heizöl (Umweltbundesamt, 2019a). Da durch das Umweltbundesamt keine Informationen über die Emissionsfaktoren von unterschiedlichen Kohlearten zur Verfügung stehen, wurden die Angaben des IPCC übernommen und gemäß den Verbrauchsangaben des Mikrozensus Energieeinsatz der

---

<sup>4</sup>Die Energieabgaben laut Statistik Austria orientieren sich an der Definition der International Energy Agency (IEA) für OECD-Mitgliedsländer.

Haushalte 2017/18 gewichtet<sup>5</sup> (IPCC, 2019; Statistik Austria, 2019a). Diese Vorgehensweise führt zu einem Emissionsfaktor von 2,39 kg CO<sub>2</sub> pro Kilogramm Kohle.

Da auch Fernwärme zum Teil aus fossilen Brennstoffen, wie etwa Erdgas, Öl und Kohl gewonnen wird, wurde auch für diese Heizart ein Emissionsfaktor geschätzt. Im Jahr 2017 setzten sich laut dem Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen (FGW) die Energieträger für die Fernwärmeerzeugung in Österreich aus 47% Biogenen, 26% Erdgas, 7% brennbaren Abfällen, 5% Öl und 5% Kohle zusammen (FGW, 2019). Um die Verwendung von fossilen Brennstoffen in der Fernwärmeerzeugung zu berücksichtigen, wurden die Emissionsfaktoren von Erdgas, Öl und Kohle herangezogen und nach den Angaben des FGW gewichtet. Diese Vorgehensweise führt zu einem Emissionsfaktor von 0,104 kg CO<sub>2</sub> pro Kilowattstunde Fernwärme. Allerdings ist davon auszugehen, dass die Zusammensetzung der Energieträger für die Fernwärmeerzeugung regional variiert. Die Verwendung eines Durchschnittswertes für Gesamtösterreich birgt somit eine gewisse Unschärfe. Aufgrund der fehlenden Daten auf regionaler Ebene (oder Bundesländerebene), kann jedoch keine differenziertere Auswertung vorgenommen werden.

Für die meisten fossilen Brennstoffe bestehen in Österreich bereits Energieabgaben, welche als implizite CO<sub>2</sub>-Steuern angesehen werden können (siehe Tabelle 2.1). Für Erdgas, Heizöl und Kohle bestanden in Österreich im Jahr 2018 Energieabgaben in der Höhe von 11 Cent pro Kubikmeter Erdgas, 7 Cent pro Liter Heizöl und 5 Cent pro Kilogramm Kohle. Darüber hinaus wurden für Benzin und Diesel 49 Cent bzw. 41 Cent pro Liter Mineralölsteuer eingehoben. Dies entspricht beispielsweise einer impliziten CO<sub>2</sub>-Steuer in der Höhe von 228€ /tCO<sub>2</sub> für Benzin und 164€ pro Tonne CO<sub>2</sub> für Diesel. Die unterschiedliche Höhe der Mineralölsteuer auf Benzin und Diesel wird in Österreich auch "Dieselprivileg" genannt. Eine Abschaffung dieser Regelung wird im Rahmen von Kapitel 4.2 diskutiert. Im restlichen Bericht wird von einer Beibehaltung der Energieabgaben ausgegangen und die Einführung einer *zusätzlichen* CO<sub>2</sub>-Steuer simuliert.

Da sich durch die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer die Energieabgaben erhöhen, wird auch die Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer verändert. Die dadurch generierten Mehrbelastungen werden im Rahmen dieser Analyse ebenfalls berücksichtigt.

---

<sup>5</sup>Emissionsangaben laut IPCC für Koks: 107 t CO<sub>2</sub>/ TJ, Braunkohlebriketts: 97,5 t CO<sub>2</sub>/ TJ, Steinkohle: 98,3 t CO<sub>2</sub>/ TJ, Braunkohle: 101 t CO<sub>2</sub>/ TJ.

Tabelle 2.1.

**Berechnung der Mengen und Emissionsfaktoren, 2018**

	Menge (in Mio.)	Einheit (EH)	Preis (berechnet) (€/EH)	Preis (original) (€/EH)	Emissions- faktor (kg CO <sub>2</sub> /EH)	Energie- abgaben (€/EH)	Impl. CO <sub>2</sub> -Steuer (€/t CO <sub>2</sub> )
Benzin	1 252	l	1,54	1,27	2,144	0,49	228,54
Diesel	1 997	l	1,46	1,23	2,443	0,41	164,83
Erdgas	1 773	m <sup>3</sup>	0,49	0,59	2,028	0,11	40,29
Heizöl	1 120	l	0,78	0,80	2,706	0,07	34,52
Kohle	37	kg	1,15	0,27	2,392	0,05	20,91
Fernw.	9 783	kWh	0,07	0,13	0,104	-	-

Quellen: AEA (2019), IPCC (2019), Statistik Austria (2019a), Statistik Austria (2019b) und Umweltbundesamt (2019a)

## 2.3. Gewichtung

Da die Konsumerhebung der Statistik Austria (sowie EU-SILC) eine Stichprobenerhebung ist und nicht wie die Lohnsteuerstatistik eine Vollerhebung, bildet auch der zusammengeführte Datensatz nur einen Teil der Population ab. Innerhalb der KE 14/15 wurden die Daten deswegen entsprechend ihrer Häufigkeit, mit welcher sie in der österreichischen Bevölkerung vorkommen, vorab von Statistik Austria gewichtet. Bei der Gewichtung wird dabei auf sozio-ökonomische Faktoren geachtet, welche für Österreich charakteristisch sind: das Verhältnis von Männern und Frauen, Größe der Altersgruppen, Bevölkerungsdichten, Haushaltszusammensetzungen, etc.. Anders formuliert bedeutet dies, dass eine Person der Stichprobe aufgrund ihrer spezifischen Merkmale (Alter, Geschlecht, Einkommen, ...), mit einem Gewicht versehen wird welches die Häufigkeit dieser Person in Österreich widerspiegelt. Eine einzelne Person in der Stichprobe wird somit zur Referenzperson für beispielsweise 500 Personen die in vergleichbarer Weise leben.

Die Merkmalsmatrix, mit welcher diese Gewichte berechnet werden, kann unterschiedlich zusammengesetzt sein. Die implementierte Gewichtung der Konsumerhebung achtet dabei speziell auf die Zusammensetzung der Ausgabenstruktur in Österreich. Im Gegensatz dazu sind andere Merkmale nicht von vorrangiger Bedeutung, wie zum Beispiel das Aufkommen an Personen die ein Pendlerpauschale beziehen, welches nur in der Lohnsteuerstatistik aufscheint. Insgesamt zählt die gewichtete Stichprobe rund 5,5 Mio. lohnsteuerpflichtige Personen.<sup>6</sup> Von 16 532 Personen aus der Stichprobe sind rund 1 500 lohnsteuerpflichtige PendlerInnen. Der ge-

<sup>6</sup>Zum Vergleich: die Lohnsteuerstatistik des Jahres 2015 zählt rund 6,7 Mio. Lohnsteuerpflichtige. Durch die Zusammenführung der Lohnsteuerstatistik mit Daten der KE und entsprechend berechneten Personengewichten kommt es zu einer Differenz von rund 1 Mio. Personen.

wichtete Gesamtanteil an PendlerInnen beträgt ca. 702 Mio. Personen, im Vergleich dazu geht aus den *Statistischen Nachrichten 3/2019*<sup>7</sup> ein Anteil von offiziell 1,2 Mio. PendlerInnen für das Jahr 2016 hervor. In den Simulationen wird die Anzahl der PendlerInnen demnach deutlich unterschätzt. Das Unterschätzen des Pendleraufkommens und deren genaue Zuordnung ist allerdings ein bekanntes Problem. Besonders die Verteilung der PendlerInnenbezüge der verschiedenen Pendlerpauschalbeträge (kleines/großes Pendlerpauschale, je nach Entfernung und Bezugsdauer) auf Personenebene ist generell nicht gänzlich möglich. Siehe dazu auch die [parlamentarischen Anfrage Nr. 5770/J](#) vom Juli 2015. Man erkennt, dass die Gewichtung der Konsumerhebung demnach nicht genau zu den zu erwartenden Personenaufkommen der Einkommensteuerstatistik passt. Um jedoch die Aufkommen der Konsumsteuer mittels der Ausgabenprotokolle der KE genau abschätzen zu können, wird die ursprüngliche Gewichtung der Personen von Statistik Austria beibehalten. Das bedeutet für die Aufkommensangaben der Einkommensteuersimulationen und der Sozialversicherungsabgaben, dass die simulierten Zahlen einem kleineren Kreis an Personen zugeschrieben werden, bzw. das Aufkommen im Aggregat leicht unterschätzt wird. Dies hat jedoch keinen Effekt auf die grundsätzlichen Aussagen zu den verteilungspolitischen Auswirkungen der Simulationen, sie werden davon nicht wesentlich beeinflusst und stehen bei der Analyse im Vordergrund.

Da sowohl die Konsumerhebung, als auch die Lohnsteuerstatistik und der EU-SILC aus dem Jahr 2014/2015 stammen, wurden alle einkommensbezogenen Variablen (wie zum Beispiel die Summe an Bruttoeinkommen oder Sozialversicherungsabgaben) eingangs an den Anstieg des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) angepasst. Die Annahme dabei ist, dass Lohnanpassungen sich (annähernd) analog zum HVPI entwickeln, wodurch das Lohn- beziehungsweise Preisniveau in den folgenden Simulationen jenes aus dem Jahr 2019 ist.

---

<sup>7</sup>Abrufbar auf [Statistik Austria](#)

# 3. Modellierung

## 3.1. Mikrosimulationsmodell *TAXSIM*

Im vorliegenden Bericht sollen mit Hilfe des Mikrosimulationsmodells *TAXSIM* die Verteilungswirkungen im Hinblick auf die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer und möglicher sozialökologischer Rückvergütungsmechanismen dargestellt werden. Das Modell bildet die Summe der Sozialversicherungsabgaben, die einzelnen Instrumente der Lohnsteuer und implementierte Teile einer Konsumsteuer auf CO<sub>2</sub>-intensive Güter ab. Die Modellierung der Sozialversicherungsabgaben und der Einkommensteuer erfolgen nach den im EStG 1988 festgelegten Prinzipien der Entrichtungsarten und gesetzlich definierten Abfolgen. Durch die Komplexität der Systeme und dafür teilweise unzureichende Datenauskunft, müssen bestimmte Instrumente und Kennzahlen der Lohnabgaben für Unselbstständige vereinfacht bzw. pauschalisiert berechnet werden.<sup>1</sup>

Notwendige Variablen um das Steuersystem abzubilden sind vor allem Personenmerkmale, wie zum Beispiel die Haushalts- und Personen-IDs, das Alter und Geschlecht, der Berufs-, Erwerbs- und Ausbildungsstatus, der Haushaltstyp, die Stellung der Person im Haushalt, Anzahl der Kinder, oder jährliche Bruttoeinkommensbezüge, sowie die soziale Stellung oder Pendlerkilometer. Für Selbstständige werden besonders Einkommensangaben aus dem EU-SILC herangezogen und mittels *TAXSIM* approximiert. Wie für unselbstständig Erwerbstätige wird von den Bruttoeinkünften die Bemessungsgrundlage ermittelt (für Selbstständige hauptsächlich durch den Abzug der Sozialversicherungsabgaben<sup>2</sup>) und anschließend die Steuerschuld berechnet.

Nachdem die Modellierung des Steuer- und Abgabensystems erfolgt ist, werden in einem weiteren Schritt die einkommenswirksamen Ausgaben für bestimmte Güter (inklusive deren simulierter Steuer), im vorliegenden Bericht besonders für Benzin, Diesel, Gas, Heizöl, Kohle und Fernwärme, vom errechneten Nettoeinkommen abgezogen und so ein 'neues' verfügba-

---

<sup>1</sup>Beispiele dafür sind die Summe der Sonderausgaben (abzugsfähige Topf-Sonderausgaben) oder die Summe der außergewöhnlichen Belastungen.

<sup>2</sup>Die Ermittlung der Bruttoeinkünfte erfolgt aus dem EU-SILC, die Komplexität der abzugsfähigen Ausgaben für Selbstständige können mit *TAXSIM* nicht extra dargestellt werden.

res Nettoeinkommen berechnet. Die Veränderung des verfügbaren Nettoeinkommens steht für die Frage nach den Verteilungswirkungen einer CO<sub>2</sub>-Steuer besonders im Fokus der später folgenden Outputseiten.

## 3.2. Darstellung der Mikrosimulationsszenarien

Jeder Simulation werden im Folgenden zur Veranschaulichung der Auswirkungen zwei standardisierte *Outputseiten* hinzugefügt. Auf diesen Outputseiten werden die Effekte der Simulation für die Gesamtheit der Population, spezifischer Fokusgruppen auf Individualebene, sowie Haushaltsebene in Zahlen und grafischer Form veranschaulicht. Ebenso erfolgt die Klassifizierung nach Gütern (Konsumsteuer) und sogenannten *Gewinnern* und *Verlierern*. An dieser Stelle soll nun exemplarisch eine Simulationsauswertung genauer beschrieben werden. In diesem Beispiel werden die Veränderungen des Steuersystems 2020 mit dem Ausgangsszenario des Einkommenssteuersystems 2019 verglichen. Innerhalb dieser Periode hat sich folgendes geändert:<sup>3</sup>

- Anpassung der Geringfügigkeitsgrenze und Höchstbemessungsgrundlage für die Sozialversicherungsbeiträge
- Senkung des Eingangssteuersatzes von 25% auf 20% (rückwirkend geltend)
- Erhöhung des Verkehrs- und Pensionistenabsetzbetrages, inklusive angepasster Einschleifregelungen des Verkehrsabsetzbetrages
- Erhöhung der Negativsteuer (SV-Rückerstattung) für PensionistInnen und Erwerbstätige im Rahmen der Erhöhung der entsprechenden Absetzbeträge durch:
  - Erhöhung des Prozentsatzes der rückerstattbaren Sozialversicherungsbeiträge für PensionistInnen (von 50% auf 75%)
  - Erhöhung der Maximalbeträge der SV-Rückerstattung (“Deckelung”) für ArbeitnehmerInnen auf 800€ (statt 400€)<sup>4</sup> wenn das Einkommen unter 15 500€ liegt (und bis 21 500€ analog zum Verkehrsabsetzbetrag eingeschliffen), für PensionistInnen auf 300€ (statt 110€)
- Senkung des Krankenversicherungsbeitragssatzes für Selbstständige von 7,65% auf 6,8%
- Zuschlag zur Familienbeihilfe für Kinder bis 24 Jahre um 360€ (einmalig für 2020)

---

<sup>3</sup>Abschätzungen aller Maßnahmen der verschiedenen Corona-Hilfsfonds können für diesen Bericht nicht analysiert werden, sind aber für die individuelle Lage von Personen von großer Bedeutung.

<sup>4</sup>Für PendlerInnen jeweils 900€ (statt 500€)

Es erfolgt nun die genaue Beschreibung der Auswirkungen dieser Änderungen auf den folgenden Seiten, die sogenannten Outputseiten befinden sich auf Seite 30 und 31.

### 3.2.1. Linke Outputseite

**Erster Abschnitt: Aggregate und Aufkommen** Im ersten Teil der Outputseiten befindet sich eine Tabelle zu den Aufkommens- und Aggregatzahlen der Simulation des Status Quo 2020 im Vergleich zu den Veränderungen die seit dem Jahr 2019 in Kraft getreten sind. Die erste Spalte gibt dabei Auskunft über das gesamte Aufkommensaggregat der Bruttoeinkommen aller einkommensteuerpflichtigen Personen. Rund 5,5 Millionen Lohnsteuerpflichtige und 785 Mio. Selbstständige erzielen dabei ein Gesamtvolumen von rund 210 Mrd. Euro an Bruttoeinkommen im Jahr 2020. Männer verdienen dabei einen deutlich größeren Anteil dieser Bruttoeinkommen und zwar 132 Mrd. Euro im Gegensatz zu 77 Mrd. Euro der Frauen (Zeile 2 und 3). Wenn man sich die Einkommensverteilung nach Quartilen ansieht (Zeile 4 bis 7 im dritten horizontalen Abschnitt dieser Tabelle) erkennt man, dass das unterste Quartil der Verteilung folglich auch den geringsten Anteil der gesamten Bruttoeinkommen verdient. Der Anteil erhöht sich mit steigenden Quartilen substantiell. Das obere Viertel der Verteilung verdient mehr als die unteren 75% der Bruttoeinkommen zusammen, nämlich 118 Mrd. Euro zu 92 Mrd. Euro bzw. 20 Mal so viel wie die ärmsten 25% der Bruttoeinkommensverteilung.

Die zweite Spalte weist die Sozialversicherungsabgaben aus, welche in Summe rund 29,1 Mrd. Euro ausmachen. Neben dem Aggregatwert jeder Spalte gibt es für die zweite bis fünfte Spalte jeweils zusätzlich zwei weitere Indikatoren welche die Simulation beschreiben. Das erste Deltasymbol ( $\Delta$ ) beschreibt die absolute Veränderung des Aggregats im Vergleich zum Status Quo vor der Variation. In diesem Fall beschreibt es die Veränderungen zum Jahr 2019: die SV-Abgaben sind im Jahr 2020 um ca. 10 Mio. Euro gestiegen im Vergleich zum Vorjahr (0,01 Mrd. Euro). Sieht man sich die implementierten Veränderungen an, wird dies hauptsächlich durch die Valorisierung der Geringfügigkeitsgrenze und der Höchstbemessungsgrundlage verursacht. Neben dieser Subspalte wird die Veränderung zusätzlich auch in Prozent angegeben ( $\Delta(\%)$ ). Im Falle der SV-Veränderung bedeuten die 10 Mio. Euro keine nennenswerte Abweichung.

Im dritten vertikalen Abschnitt ist anschließend das Aggregat der Einkommensteuer abgebildet, welches 2020 ca. 31,5 Mrd. Euro ausmacht. Die Veränderung des Steuersystems 2020 verursacht dabei eine Reduktion der Einnahmen von 1,8 Mrd. Euro, was einer relativen Veränderung von 5,4% entspricht. Den größten Anteil dieser Veränderung verursacht die Tarifsenkung des Eingangssteuersatzes, sowie die angehobenen Absetzbeträge der ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen und die angepasste Rückerstattung der Sozialversicherungsbeiträge

für NiedrigverdienerInnen (“Negativsteuer”). Dies wird besonders sichtbar, wenn man die Einkommensteuerabgaben nach Quartilen getrennt analysiert: die ärmsten 25% der Bevölkerung erhalten durch die Negativsteuer eine zusätzliche Gutschrift von 60 Mio. Euro, das zweite Quartil muss nun fast 50% weniger Steuern zahlen als im Jahr zuvor, dank Steuererleichterungen im Tarif und Anhebung der Negativsteuer.

Die Verbrauchsteuern des vierten Spaltenabschnitts stellen das Aufkommen aus Steuern des Konsums von Benzin, Diesel, Kohle, Heizöl, Gas und Fernwärme der Personen dar. Das Volumen an Mehrwertsteuern und bestehenden Energieabgaben für jene Güter (z.B. Mineralölsteuer oder anderen Energieabgaben) beträgt ca. 3,5 Mrd. Euro. Da keine Konsumänderungen gemessen werden können und sich die Steuern demnach nicht verändert haben, bleiben die Veränderungen zwischen 2019 und 2020 in diesem Vergleich genau Null.

In der fünften Spalte wird das verfügbare Nettoeinkommen aller Personen angegeben. Hier sind nicht nur erzielte Markteinkommen abzüglich der Sozialabgaben und Einkommenssteuern ausgewiesen (Bruttoeinkommen minus SV und EkSt), sondern auch Sozialleistungen, wie zum Beispiel das Arbeitslosengeld, hinzugerechnet. Anschließend werden in einem letzten Schritt die Konsumausgaben der Personen abgezogen.<sup>5</sup> Für Österreich ergibt das im Jahr 2020 ein berechnetes Aufkommen von rund 168 Mrd. Euro, eine um fast 2,4 Mrd. Euro höhere Summe als noch im Jahr 2019. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die vielen kleinen Maßnahmen in einer Gesamtbetrachtung eine große Auswirkung haben.

**Zweiter Abschnitt: Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen** Im Abschnitt der durchschnittlichen Veränderungen und Verteilungswirkungen finden sich verschiedene Indikatoren zur Messung der Durchschnittsbelastung beziehungsweise der Ungleichheit der (Einkommens-)Verteilung wieder. Unterschieden wird hierbei zwischen Individual- und Haushaltsebene. In der linken Tabelle werden die durchschnittlichen Entlastungen pro Kopf und Jahr auf Haushaltsabene angegeben, genauer der Mittelwert, der Median und der Mittelwert für Betroffene (das heißt, ohne Werte gleich Null). In der rechten Tabelle finden sich die Verteilungsindikatoren wieder. Hier wird in der ersten Zeile der sogenannte Gini-Koeffizient der Bruttoeinkommen und des verfügbaren Nettoeinkommens angegeben. Zur Berechnung des Gini-Koeffizienten wird mittels der Lorenzkurve, welche das Verhältnis aus den Anteilen der Bevölkerung an der Verteilung der jeweiligen Einkommen beschreibt, ein Flächenwert zwischen 0 (gleichmäßige Verteilung) und 100 (ungleichmäßige Verteilung) berechnet. Das bedeutet, je gleichmäßiger die Verteilung der Einkommen ist (“jede Person besitzt gleich viel Einkommen”), umso näher befindet sich der Wert bei null, umgekehrt bezeichnen

<sup>5</sup>Bei den späteren Simulationen der Rückvergütungsmaßnahmen werden außerdem noch allfällige Pauschalzahlungen, wie zum Beispiel der “Ökobonus”, hier direkt hinzugerechnet.

Werte nahe 100 eine konzentriertere Verteilung. Der Gini-Koeffizient beläuft sich für die Bevölkerung Österreichs dabei auf einen Wert um 52 für die Bruttoeinkommen und ca. 40,3 für die verfügbaren Nettoeinkommen auf Individualebene. Das spricht für eine Umverteilung (weniger Ungleichheit) durch die Anwendung des Sozial- und Steuersystems. Die veränderten Maßnahmen von 2019 zu 2020 bewirken, dass der Gini-Koeffizient abermals sinkt, aber nur sehr schwach. Auf Haushaltsebene (erste Zeile, zweiter Abschnitt dieser Tabelle) sind die Einkommen bereits anfangs gleicher verteilt, der Gini-Koeffizient sinkt zwischen 2020 und 2019 abermals nur schwach. In den Spalten vier und fünf ist die genaue Veränderung in Prozentpunkten und Prozent angegeben ( $\Delta$  und  $\Delta(\%)$ ).

In der zweiten Zeile wird das Verhältnis vom Mittelwert (MW) zum Median der Einkommensverteilung (P50) angegeben. Wenn der Mittelwert über dem Median der Verteilung liegt, also über dem Punkt an welchem 50% der Beobachtungen sich darüber und 50% darunter befinden, führt dies zu einem Verhältnis  $> 1$ . Das durchschnittliche Einkommen ist demnach höher als das Einkommen einer Person, welche sich in der Mitte der Beobachtungen befindet. Ungleiche (viele niedrige und wenige hohe) Einkommen, verschieben den Durchschnitt dabei über den Median. Auch hier erkennt man dieselbe Dynamik wie zuvor: Einkommen sind nach dem Eingreifen des Staates gleicher verteilt, die Maßnahmen haben allerdings keinen großen Effekt auf die allgemeine Progressivität.

In der dritten Zeile wird das sogenannte *Quintile Share Ratio* (QSR), oft auch S80/S20 abgekürzt, abgebildet. Es gibt Auskunft über das Verhältnis des Einkommensanteils der reichsten 20% der Einkommensverteilung (des reichsten Quintils) zu den ärmsten 20% der Einkommensverteilung. Nimmt der Quotient der Einkommensquintile zu, lässt dies auf eine stärkere Ungleichverteilung schließen beziehungsweise eine stärkere Konzentration der Einkommen im oberen Bereich der Einkommensverteilung. Der Vergleich von Brutto- und Nettoeinkommensverteilung zeigt, dass im Status Quo eine Umverteilung zu Gunsten der niedrigeren Einkommen stattfindet.

**Dritter Abschnitt: Grafiken auf Individualebene** Die Effekte auf Individual- und Haushaltsebene können überdies auch noch grafisch dargestellt werden. Auf der ersten Outputseite finden sich vier personenbezogene Grafiken, abgekürzt mit I1 bis I4. Grafik I1 zeigt die Veränderungen des verfügbaren Nettoeinkommens nach verschiedenen Erwerbstypen an: Angestellt (ArbeiterInnen und Angestellte), Ausbildung, Nicht Erwerbstätig, Pension und Selbstständig. Die farbigen Boxplots geben dabei Auskunft über die Verteilung des Nettoeinkommens: der mittlere hervorgehobene Strich bildet den Median ab, die Box stellt den Interquartilsbereich der mittleren 50% dar. Das untere Ende ist demnach die 25%-Quantilsgrenze, die

obere Grenze das 75%-Quantil der Daten. Die vertikalen Striche am Rande der Boxen, sogenannte "Whiskers", stellen den 1,5-fachen Abstand des Interquartilsabstands dar und belegen die Streuung der restlichen oberen bzw. unteren Datenpunkte. Die Breite der Boxen steht im Verhältnis zum Anteil an Betroffenen, weswegen der grüne Boxplot (Angestellte) breiter ist als jener der Selbstständigen (lila Boxplot). Im Falle dieser Simulation erkennt man, dass Angestellte im Median ein um knapp über 300€ höheres verfügbares Nettoeinkommen als im Status Quo 2019 haben, bei Selbstständigen ist der Median sogar über 500€ . Bei den Angestellten liegt der Median jedoch am unteren Rand der Box, die unteren 50% sind also weniger stark gestreut als die oberen Datenpunkte.

Selbes Bild sieht man auch bei Grafik **I3**, welche Veränderungen des verfügbaren Nettoeinkommens nach Pendlertypen anzeigt: Nein (ist kein/e PendlerIn), Ja (ist PendlerIn), Unbekannt (weil Pendlerklassifikation nicht zutrifft, z.B. Selbstständige). Die Grafiken **I2** und **I4** sollen Auskunft über die absolute und die relative Veränderung der Jahresnettoeinkommen nach Implementation eines modifizierten Status Quo geben. Ähnlich den Boxplots ist die Streuung in beiden Abbildungen sehr breit und geht für einzelne Personen bis über 1 000€ . Die Senkung des Eingangssteuersatzes auf 20% macht einen großen Teil dieser Effekte aus. Aufgrund des angeführten Mix an Steuererleichterungen und Sonderzahlungen (insbesondere der Erhöhung der Absetzbeträge, Negativsteuer und Familienbeihilfe) wird das verfügbare Einkommen aber nicht nur für Steuerpflichtige erhöht, sondern auch für Einkommen unter 11 000€ , in einigen Fällen bis zu über 15%. Diese Erhöhungen verursachen zudem die breite Streuung der individuellen Nettoeinkommenseffekte.

### 3.2.2. Rechte Outputseite

**Erster Abschnitt: Grafiken Haushaltsebene H1 bis H4** Die Effekte auf Haushaltsebene sind in acht Grafiken von H1 bis H8 dargestellt. Die ersten vier Grafiken teilen die Effekte der Simulation auf das verfügbare Haushaltseinkommen in Gemeindegrößen (H1), nach Heizungsart (H3) und in "Gewinner und Verlierer" (H2 und H4) ein. Erstere sind Boxplots, die analog zu jenen auf Individualebene funktionieren, nun aber die betroffenen Haushalte darstellen. Grafik **H1** veranschaulicht in dieser Simulation, dass besonders Haushalte in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern profitieren, der Median liegt knapp über 600€ . Wie auch die Personen aus größeren Gemeinden profitieren sie besonders aus der Tarifsenkung der ersten Steuerstufe. Zudem werden Familien mit Kindern stärker durch die erhöhte Familienbeihilfe begünstigt. Haushalte in ruralen Gebieten scheinen demnach einen leichten Vorteil (auf Grund der Einkommens- und Familiensituation) zu haben. Dazu ist auch zu sagen, dass der größte Anteil der österreichischen Bevölkerung in solchen Gemeinden lebt, viel klei-

nerer Anteile in größeren Städten und Wien, das als einzige Metropole einen größeren Anteil ausmacht. Grafik **H3** beschreibt die überwiegend benutzte Heizungsart des Haushalts, was erst für spätere CO<sub>2</sub>-Steuersimulationen interessant wird.

Die "Gewinner und Verlierer"-Grafiken **H2** und **H4** sind in Einkommensdezile und nach Heizungsarten getrennt und sollen anhand von H2 erklärt werden. Auf der Abszisse werden Haushalte in die Dezile ihres verfügbaren äquivalisierten Nettoeinkommens geteilt, wobei D1 die ärmsten 10% der Haushalte und D10 das reichste Dezil beschreibt. Auf der Ordinate wird angezeigt, wie viel Prozent des Dezils einen Einkommengewinn (in grün markiert) oder einen Einkommensverlust (in rot markiert) durch eine bestimmte Simulation erfahren haben. Die Definition von Gewinn und Verlust wird dabei an absoluten Eurogrenzen festgemacht, wie in der Legende erklärt. Ab einer positiven (negativen) Differenz zum verfügbaren Nettohaushaltseinkommen vor Variation um mehr als 10€ gehört der Haushalt zu den "Gewinnern" ("Verlierern") der Simulation. Je dunkler der Farbton umso höher der absolute "Gewinn" ("Verlust"), wobei die weiteren Grenzen gleich >250€ und >750€ (bzw. <250€ und <750€) sind. Der Anteil an Haushalten bei denen die Einkommenschwankungen jährlich unter 10€ betragen, zählen als "neutral" Betroffene (in grau markiert). In dieser Simulation kann man erkennen, dass es durch die Veränderungen im Jahr 2020 zu einem überwiegenden Teil 'Gewinner' gibt. Im ersten Dezil sind ca. 35% der Haushalte nicht betroffen (grau), einige können einen Gewinn von 10 bis 250€ verzeichnen (hellgrün), ca. 20% einen Gewinn von über 250€ (mittelgrün) und ein kleiner Anteil sogar einen Gewinn über 750€ (dunkelgrün). Durch die Tarifsenkung ab 11 000 € Bemessungsgrundlage nimmt der Anteil an Gewinnerhaushalten ab dem 2. Dezil mind. 75% ein und steigt stetig bis ins 10. Dezil. Zusammenfassend kann also geschlussfolgert werden, dass durch die Veränderungen im Jahr 2020 besonders mittlere und höhere Einkommen - in Betrachtung der absoluten Einkommensänderungen - profitieren können.

**Zweiter Abschnitt: Grafiken Haushaltsebene H5 bis H8** Die Grafiken H5 bis H8 sind ähnlich den Grafiken auf Individualebene zu interpretieren, nur konzentrieren sie sich auf Haushaltstypen und -einkommen. In Grafik **H5** erkennt man, dass besonders Paarhaushalte mit Kindern von den Veränderungen im Vergleich zum Jahr 2019 profitieren. Steuererleichterungen im Tarif und die erhöhte Familienbeihilfe sind hier die treibenden Ursachen. So erfahren auch AlleinerzieherInnen im Median eine höhere Entlastung als Single-Haushalte und Paare ohne Kinder. Die Kategorie 'Andere', in welcher zum Beispiel Mehrgenerationenhaushalte, Familien mit erwachsenen Kindern oder WGs zu finden sind, erfährt ebenfalls höhere Entlastungen, da hier die Haushaltseinkommen durch mehrere Verdienste in der Regel höher ausfallen. Grafik **H7** veranschaulicht die durchschnittliche Entlastung in Relation zum Netto-

haushaltseinkommen anhand von Boxplots für jedes Quartil der Äquivalenzeinkommensverteilung. Die untersten 25% der Verteilung erfahren im Median eine Entlastung von ca. 2% des durchschnittlichen Einkommens dieses Quartils, die Streuung der Haushalte rund um den Median dieses Quartils (Höhe der Box) reicht jedoch von knapp 0 bis 3%. Besonders hier erkennt man eine starke Streuung der Entlastungen, bei der ein Viertel der Haushalte im ersten Dezil fast keine relative Änderung erfährt, das obere Viertel sogar über 3%. Je höher das Einkommensquartil umso kleiner die relative mediane Entlastung (trotz oder gerade wegen höherer Haushaltseinkommen) und geringer die relative Streuung.

Allgemein bedeuten die Veränderungen des Steuersystems 2020 also für einen Großteil der Bevölkerung eine Verbesserung der Nettoeinkommen, wobei der absolute Gewinn mit Kindern im Haushalt und mit zunehmendem Einkommen deutlich ansteigt.

# Status Quo vs. Regelungen des Jahres 2019

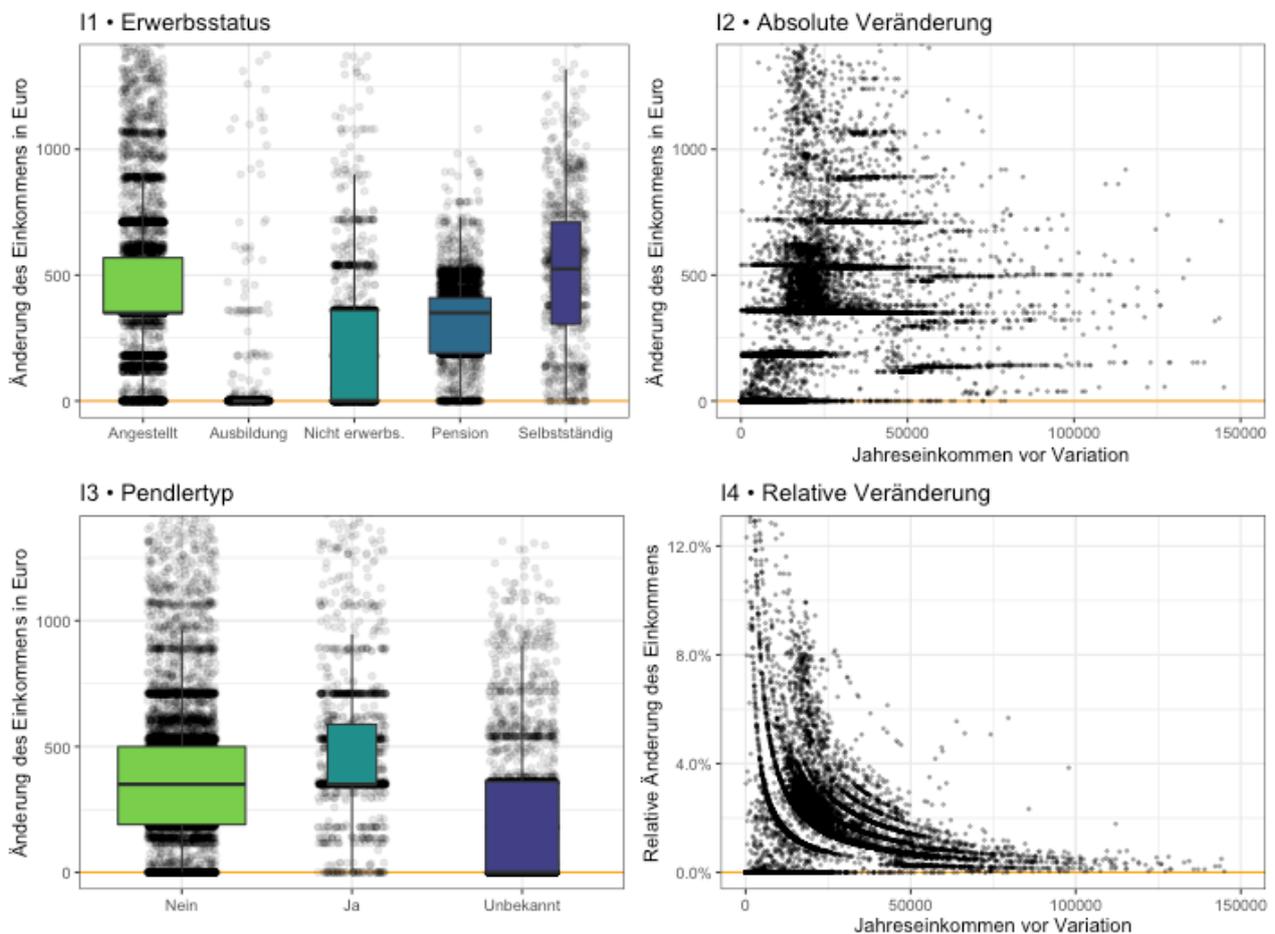
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung			Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen		
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.01	0.0%	31.5	-1.80	-5.4%	3.5	0.00	0.0%	168.0	2.44	1.5%
Männer	132	18.6	0.03	0.1%	23.2	-0.98	-4.1%	1.7	0.00	0.0%	99.9	1.25	1.3%
Frauen	77	10.6	-0.02	-0.2%	8.4	-0.82	-8.9%	1.8	0.00	0.0%	68.1	1.18	1.8%
P0-25	6	0.7	-0.01	-1.6%	-0.1	-0.06	104.4%	0.8	0.00	0.0%	8.2	0.18	2.3%
P25-50	29	3.7	-0.03	-0.8%	0.6	-0.51	-47.0%	0.8	0.00	0.0%	29.5	0.68	2.4%
P50-75	57	8.2	-0.03	-0.4%	6.1	-0.58	-8.8%	0.9	0.00	0.0%	46.9	0.77	1.7%
P75-100	118	16.6	0.08	0.5%	25.0	-0.65	-2.6%	1.0	0.00	0.0%	83.5	0.81	1.0%

## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

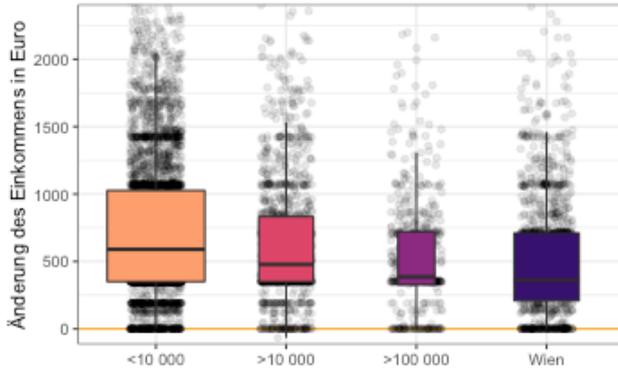
Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	288	284	303	Gini	51.90	40.28	40.01	-0.27	-0.01
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.11	1.10	-0.01	-0.01
Single	288	350	355	QSR	1079.34	16.34	16.05	-0.30	-0.02
Paar o.Kind.	283	270	301	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	301	281	301	Gini	42.40	27.00	26.72	-0.28	-0.01
Alleinerz.	295	275	295	MW/P50	1.20	1.10	1.09	0.00	0.00
Andere	272	268	277	QSR	16.71	4.11	4.05	-0.06	-0.01

## Effekte auf Individualebene

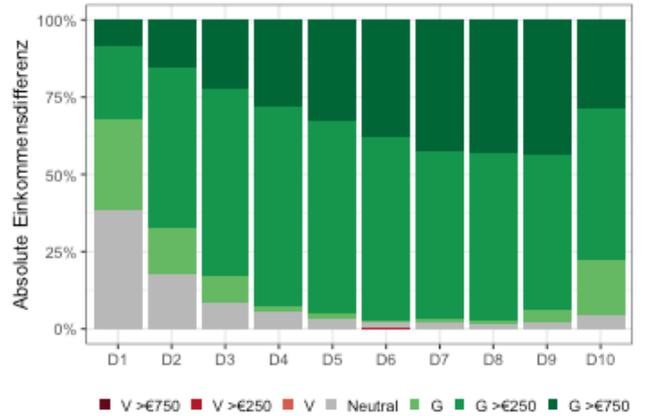


# Effekte auf Haushaltsebene

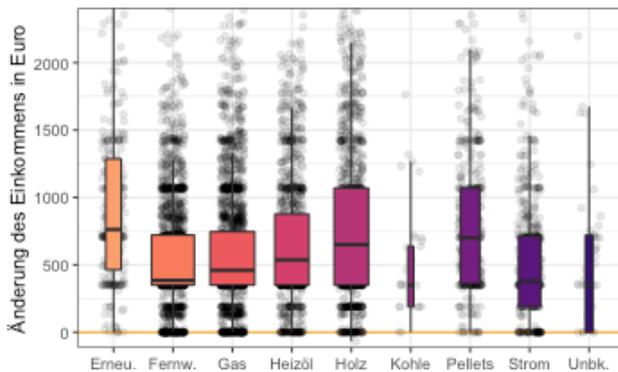
H1 • Gemeindegröße



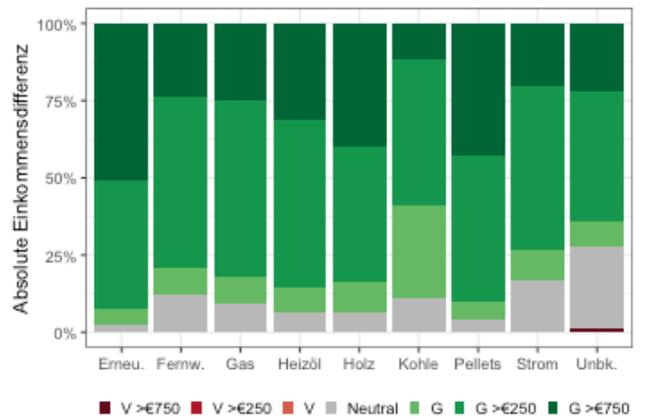
H2 • Gewinner & Verlierer: Einkommen



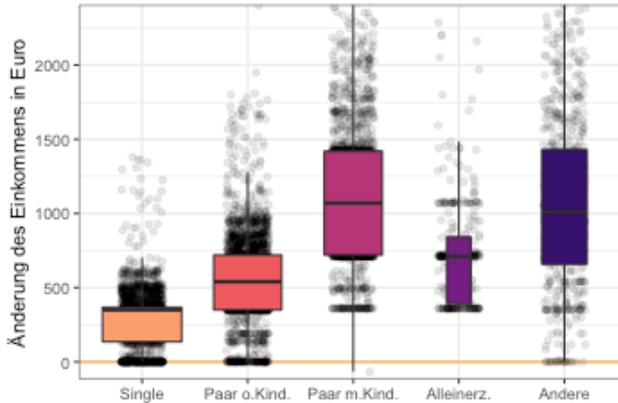
H3 • Heizungsart



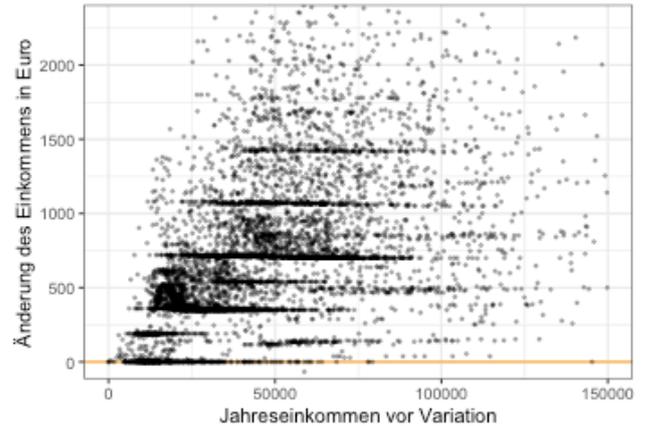
H4 • Gewinner & Verlierer: Heizungsart



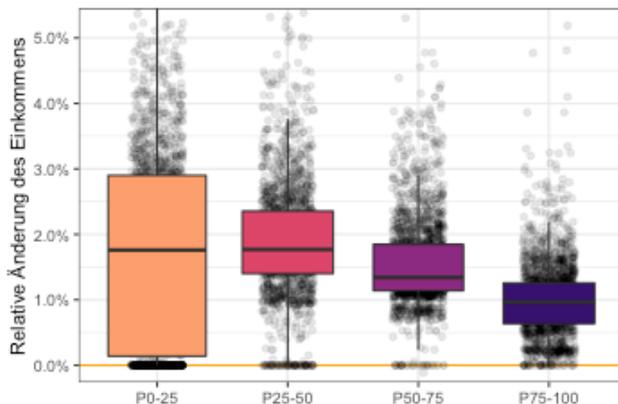
H5 • Haushaltstyp



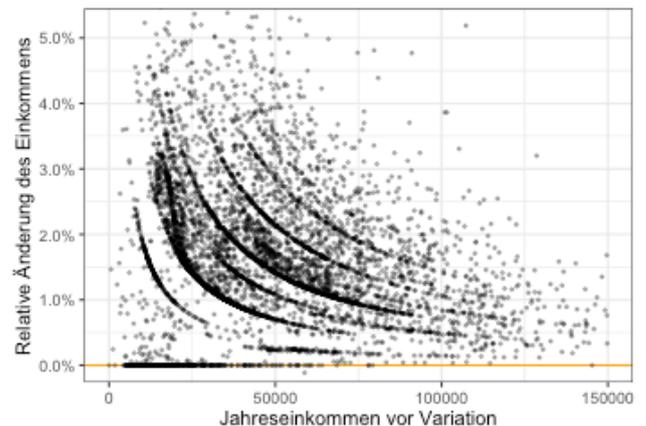
H6 • Absolute Veränderung



H7 • Relative Veränderung nach Quartilen



H8 • Relative Veränderung



# **Teil II.**

## **Ergebnisse**

## 4. CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Sektor der privaten Haushalte

In diesem Abschnitt werden verschiedenen Varianten einer CO<sub>2</sub>-Steuer modelliert und deren Aufkommen- und Verteilungswirkungen analysiert. Wie schon in Abschnitt 2 dargelegt, setzt sich die Berechnungsbasis aus privaten Haushalten mit Wohnsitz innerhalb Österreichs zusammen. Das Aufkommen und die Betroffenheit des Unternehmenssektors ist somit ebenso ausgenommen, wie der Treibstoffkauf von ausländischen Personen in Grenznähe oder bei der Durchreise durch Österreich. Es werden exemplarisch zwei Besteuerungshöhen betrachtet:

**50€ pro tCO<sub>2</sub>** Das ist jene Höhe die unserer Ansicht nach für Debatte der kommenden Monate in Hinblick auf eine Einführung einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung mit Beginn des Jahres 2022 relevant sein könnte.

**150€ pro tCO<sub>2</sub>** Entspricht dem Wert der in einer schrittweisen Erhöhung der CO<sub>2</sub> Bepreisung beispielsweise im Jahr 2030 angestrebt werden könnte.

Da neben der Höhe der Besteuerung auch die Bemessungsgrundlagen bzw. deren Anknüpfungspunkte unbekannt sind, analysieren wir inwiefern sich Unterschiede durch eine abweichende Behandlung von Treib- und Heizstoffen ergeben würden.

**A1a)** CO<sub>2</sub>-Bepreisung nur auf Treibstoffe zusätzlich zur bereits bestehenden Mineralölsteuer

**A1b)** Abschaffung der begünstigten Besteuerung von Diesel

**A2)** CO<sub>2</sub>-Bepreisung nur auf Heizstoffe

**A3)** CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf Treib- und Heizstoffe zusätzlich zur bereits bestehenden Mineralölsteuer

## 4.1. CO<sub>2</sub>-Bepreisung nur auf Treibstoffe

### 4.1.1. Beschreibung des Szenarios

Österreich liegt in der Mitte Europas, es fungiert in verschiedenen Bereichen als Brückenkopf zwischen den west- und osteuropäischen Ländern. Auch in Bezug auf die Treibstoffpreise ist ein deutlicher Unterschied zwischen den beiden Ländergruppen zu erkennen. Während in den westlichen Nachbarländern Deutschland, Schweiz und Italien die durchschnittlichen Preise für einen Liter Benzin zumindest 30 Cent über dem österreichischen Durchschnitt liegen, kostet er in Tschechien, Ungarn und Slowenien in etwa ähnlich viel wie in Österreich. Im Verhältnis zu unseren westlichen Nachbarn sind die heimischen Treibstoffpreise also als durchaus moderat einzustufen.

Dies begünstigt nicht nur die inländische Nachfrage nach Benzin und Diesel sondern auch den sogenannten *Tanktourismus*. Die Vor- und Nachteile, die sich daraus ergeben, werden teils recht kontroversiell diskutiert. Klarerweise trägt er zum Geschäft der Tankstellenbetreiber bei, er führt über die Mineralöl- und Umsatzsteuer auch zu einem beträchtlichen Steueraufkommen. Andererseits werden die CO<sub>2</sub>-Äquivalente der verbrauchten Menge an Benzin und Diesel auch dann zur Gänze in die österreichische Klimabilanz eingerechnet, wenn der tatsächliche Verbrauch überwiegend im Ausland erfolgt. Dem aktuell positiven budgetären Effekt des Tanktourismus sind daher aber auch die Kosten für Emissionszertifikate bzw. Strafzahlungen bei Verfehlung der Klimaziele gegenzurechnen. Der Verkehrssektor ist hier in den kommenden Jahren sicher ein ganz wichtiges Handlungsfeld. Ein Blick auf die Bilanz des Jahres 2018 verdeutlicht die Herausforderungen: Die klimaschädlichen Emissionen betragen bei steigender Tendenz in diesem Jahr knapp 24 Millionen Tonnen und sollen bis 2030 um ein Drittel auf unter 16 Millionen Tonnen reduziert werden.

Welchen Effekt hätte die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Besteuerung in Höhe von 50€ pro Tonne auf den Preis von Benzin und Diesel? Ein Liter Benzin und Diesel setzen bei ihrer Verbrennung 2,14kg bzw. 2,44kg klimaschädlicher Gase frei. Daraus lässt sich errechnen, dass 466l Benzin bzw. 410l Diesel erforderlich sind um eine Tonne CO<sub>2</sub> zu emittieren. Eine Besteuerung von 50€ pro Tonne würde demnach den Nettopreis pro Liter von Benzin um 10,7 Cent und jenem von Diesel um 12,2 Cent erhöhen. Zu beachten ist dabei, dass diese Erhöhung auch noch ein erhöhtes Aufkommen in der Umsatzsteuer zur Folge hat. In den Simulationen ist durchgängig der Gesamteffekt von CO<sub>2</sub>- und Umsatzsteuer ausgewiesen, ca. 17% des Aufkommens geht dabei jeweils auf die automatische Steigerung der Umsatzsteuer zurück.

### 4.1.2. Analyse der Simulationsergebnisse

**Aufkommen** Die Simulationsrechnung ergibt eine Aufkommenserhöhung im Bereich der Verbrauchssteuern in der Höhe von 450 Millionen Euro. Betrachtet man die Quartile der verfügbaren Einkommen so steigt der Anteil am zusätzlichen Aufkommen leicht an. Im unteren beider Quartilen sind es jeweils circa € 100 Mio., in den darüber liegenden Quartilen steigt das Aufkommen leicht auf € 120 bzw. € 130 Mio. im obersten Viertel. Setzt man das Aufkommen der CO<sub>2</sub>-Steuer in Relation zum verfügbaren Einkommen, wird eine stärkere relative Belastung der Personen mit niedrigerem Einkommen sichtbar. So reduziert sich das verfügbare Einkommen des untersten Viertels um knapp mehr als 1,2%, im obersten Viertel beträgt der Rückgang hingegen 0,2%. Folglich deuten auch die Verteilungsindikatoren einen leichten Anstieg der Ungleichheit an.

**Individualebene** Pro Kopf (inklusive abhängiger Kinder) ergibt sich eine durchschnittliche Belastung von 54€ pro Jahr. Dies ist allerdings ein gewichtetes Mittel aus Personen die in Haushalten mit bzw. ohne Motorrädern und Autos leben. Berücksichtigt man nur die tatsächlich betroffenen Haushalte so ergibt sich eine durchschnittliche Belastung von 80€ pro Jahr. Im Einkommenssegment unter 30.000€ liegt sie knapp darunter, aber im Allgemeinen ist der absolute Effekt bemerkenswert konstant über die Einkommensverteilung. Aus den Grafiken wird allerdings auch eine ausgeprägte Streuung der finanziellen Belastung durch die CO<sub>2</sub>-Steuer sichtbar. Die Punktwolken reichen hier im negativen Bereich von wenigen Euro bis zu 300€ pro Jahr. Dies ist eine direkte Folge der unterschiedlichen Fahrleistung und des damit verbundenen Treibstoffverbrauchs. Aus den Abbildungen I1 und I3 kann auf einen Zusammenhang der Belastung mit dem Arbeitsweg geschlossen werden. In der Gruppe der Arbeitenden und Angestellten liegen neben dem Median und dem 75. Perzentil des Effekts auch die meisten Punkte über einer jährlichen Belastung von über 50€ . Greift man die Gruppe der PendlerInnen heraus, so sehen wir das ca. die Hälfte mit mehr als 80€ , und in etwa ein Viertel mit mehr als 140€ pro Person und Jahr belastet werden.

**Haushaltsebene** Das durchschnittliche absolute Ausmaß der erhöhten Ausgaben nimmt mit steigendem Einkommen in Folge der tendenziell steigenden Haushaltsgröße leicht zu. Am unteren Ende des Einkommensspektrums liegt die Belastung pro Haushalt bei knapp über 100€ , bei einer Jahressumme von 50.000€ liegt sie im Mittel bei 200€ und erreicht einen Wert von € 300 bei einem verfügbaren Haushaltseinkommen von über 150.000€ . In Relation zum Einkommen entspricht das einer prozentuellen Belastung von knapp unter 0,5%.

Nur im Bereich von Jahreshaushaltseinkommen von unter 20.000€ werden Werte darüber bis zu einer Belastung von 2% erreicht.

Die Abbildung H1 zeigt die Verteilung der Belastung auf Haushaltsebene nach Klassen der Gemeindegröße. Es zeigt sich dabei ein klarer Zusammenhang zwischen der EinwohnerInnenzahl des Wohnorts und den finanziellen Auswirkungen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf Treibstoffe. Die Länge der Wege, insbesondere auch des Arbeitswegs, sowie die Verfügbarkeit von öffentlichen Verkehrsmitteln dürfte dabei ein wichtiger Erklärungsfaktor sein. In Gemeinden mit weniger als 10.000 EinwohnerInnen liegen die mittleren 50% der Haushalte zwischen 0€ und 210€ pro Jahr, wir sehen aber auch das manche Haushalte mit mehr als 600€ belastet werden würden. Die Haushalte in Wien sind demgegenüber deutlich weniger stark berührt. Mehr als 50% der Haushalte in diesem Bundesland wären von einer CO<sub>2</sub>-Steuer dieser Art nicht betroffen, selbst das 75. Perzentil liegt nur knapp über 100€ .

Die Grafik nach Heizungsart (H4) zeigt eine größere Belastung von Haushalten mit Heizsystemen auf Basis von erneuerbarer Energie, Heizöl, Holz und Pellets. Es handelt sich dabei nicht um einen direkten Effekt, sondern hängt damit zusammen, dass diese Heizungen eher in Regionen mit geringerer Besiedlungsdichte vertreten sind in denen der Besitz und die Nutzung eines Kraftfahrzeugs stärker vertreten sind. Stratifiziert nach Haushaltstypen wird in Relation eine starke Betroffenheit von Haushalten mit mehreren Mitgliedern bzw. im Speziellen von Familien mit Kindern ersichtlich.

**Gewinner & Verlierer** Da in diesem Simulationsschritt noch keine Entlastungsmaßnahmen gegengerechnet werden, produziert die CO<sub>2</sub>-Bepreisung in Bezug auf auf die aktuell verfügbaren Haushaltseinkommen zu zwei Drittel VerliererInnen und berührt circa ein Drittel der Haushalte ohne Ausgaben für Benzin und Diesel nicht. Die zu erwartenden positive Effekte durch bessere Umwelt- und Klimabedingungen sind in dieser kurzfristigen Betrachtungsweise hingegen nicht gegengerechnet. Abbildung H2 veranschaulicht den Zusammenhang zwischen dem Haushaltseinkommen und dem Besitz eines Kraftfahrzeugs. Im ersten Dezil haben die Hälfte der Haushalte keine Ausgaben für Treibstoffe und sind daher auch nicht betroffen, wohingegen der Anteil der Haushalte ohne Auto oder Motorrad im obersten Dezil auf unter 30% zurückgeht.

**50€ vs. 150€/tCO<sub>2</sub>** Die Simulationen für eine Bepreisung auf Treibstoffe in der Höhe von 150€/tCO<sub>2</sub> ergeben qualitativ ähnliche Ergebnisse wie jene für 50€ pro Tonne. Das Aufkommen verdreifacht sich auf 1,36 Mrd. € während die Intensität der Belastung der betroffenen Haushalte pro Kopf auf 240€steigt. In etwa 10% aller Haushalte werden mit mehr als 750€ be-

lastet. Diese Haushalte sind in allen Bereichen der Einkommensverteilung zu finden, verstärkt allerdings in der oberen Hälfte bzw. den obersten beiden Dezilen.

# 50€/tCO<sub>2</sub> (Treibstoffe) vs. Status Quo

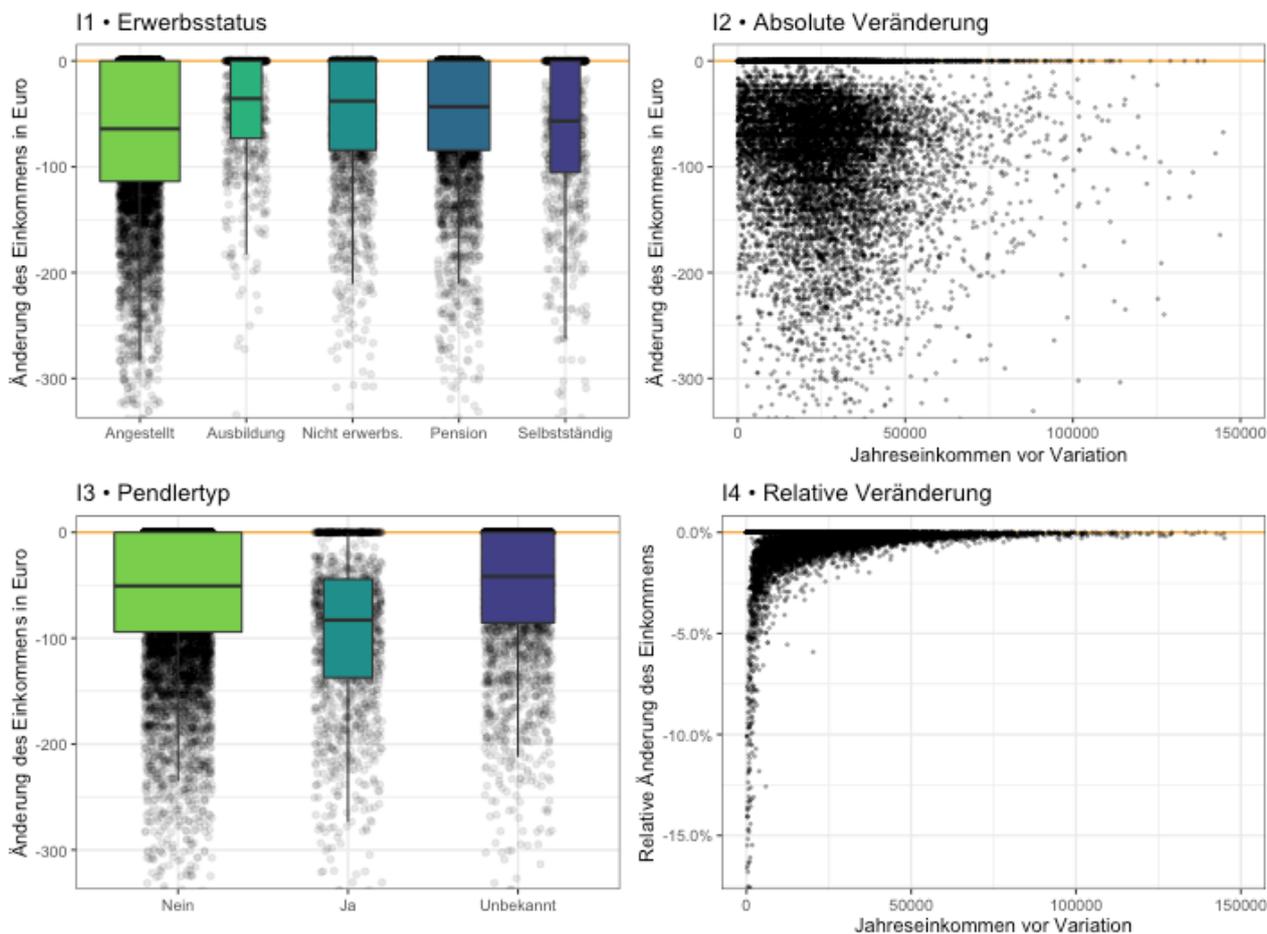
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchsteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.5	0.00	0.0%	4.0	0.45	12.8%	167.5	-0.45	-0.3%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.2	0.00	0.0%	2.0	0.23	13.4%	99.6	-0.23	-0.2%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.4	0.00	0.0%	2.0	0.22	12.3%	67.9	-0.22	-0.3%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	0.0%	0.9	0.10	12.8%	8.1	-0.10	-1.2%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	0.00	0.0%	0.9	0.10	12.3%	29.4	-0.10	-0.4%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.1	0.00	0.0%	1.0	0.12	12.9%	46.8	-0.12	-0.3%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	25.0	0.00	0.0%	1.1	0.13	13.3%	83.3	-0.13	-0.2%

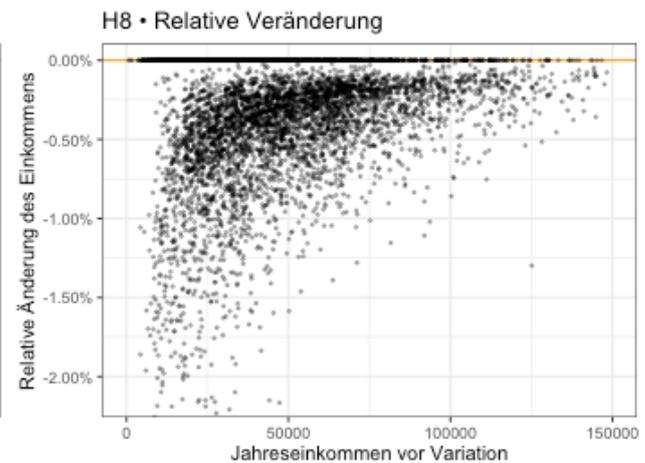
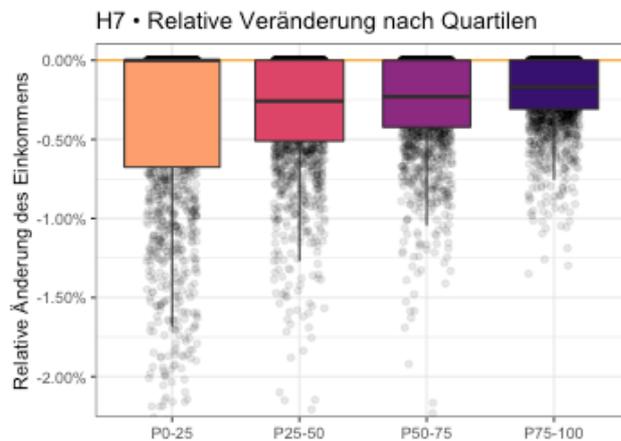
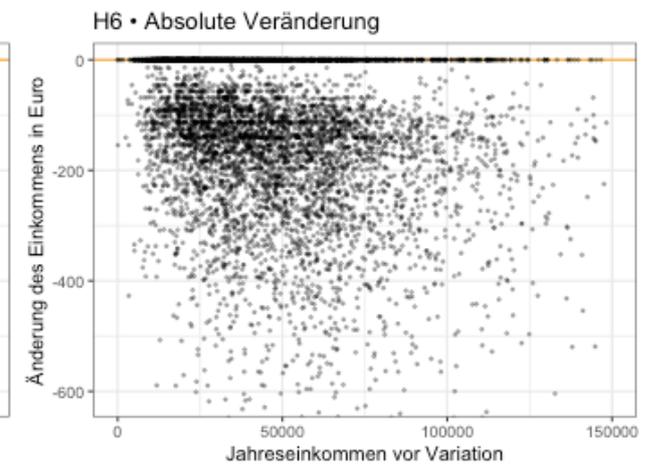
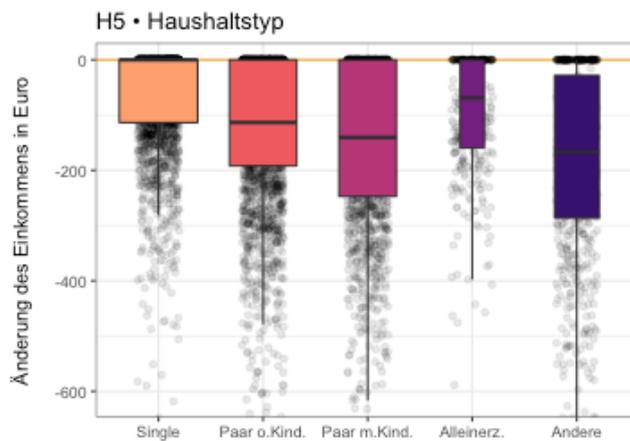
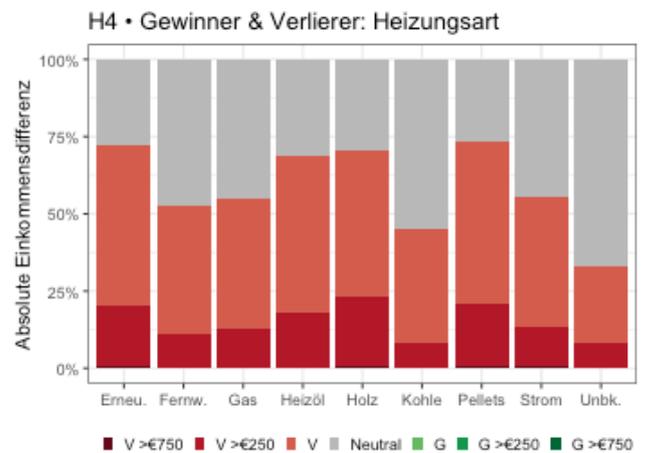
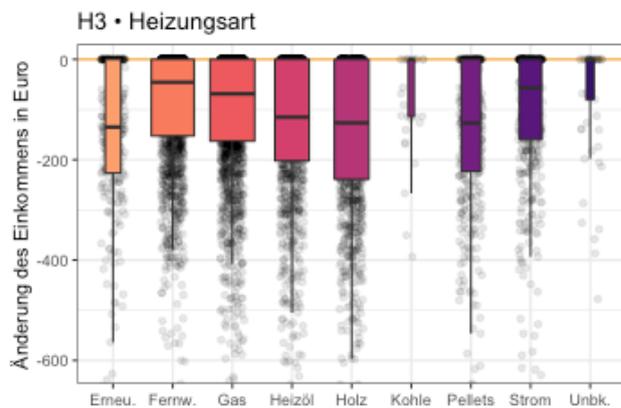
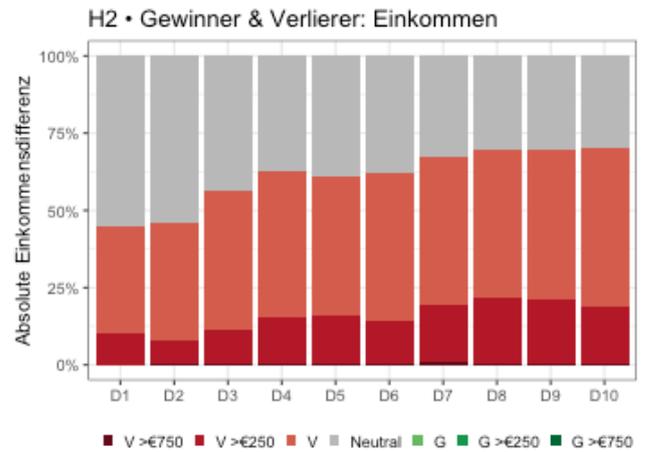
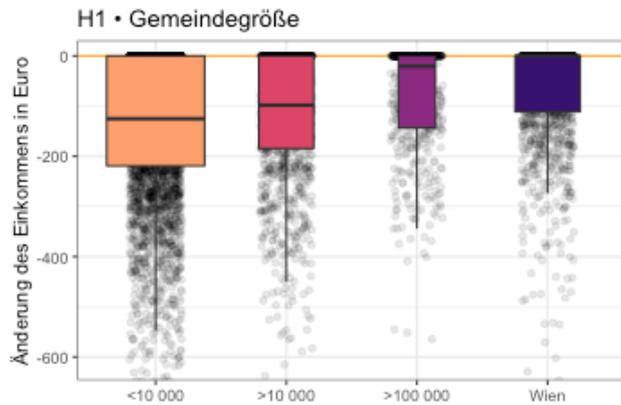
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	-54	-40	-80	Gini	51.90	40.01	40.10	0.09	0.00
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	-64	0	-149	QSR	1079.34	16.05	16.30	0.25	0.02
Paar o.Kind.	-65	-57	-96	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	-44	-37	-59	Gini	42.40	26.72	26.77	0.04	0.00
Alleinerz.	-38	-15	-74	MW/P50	1.20	1.09	1.09	0.00	0.00
Andere	-51	-42	-67	QSR	16.71	4.05	4.06	0.01	0.00

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



# 150€/tCO<sub>2</sub> (Treibstoffe) vs. Status Quo

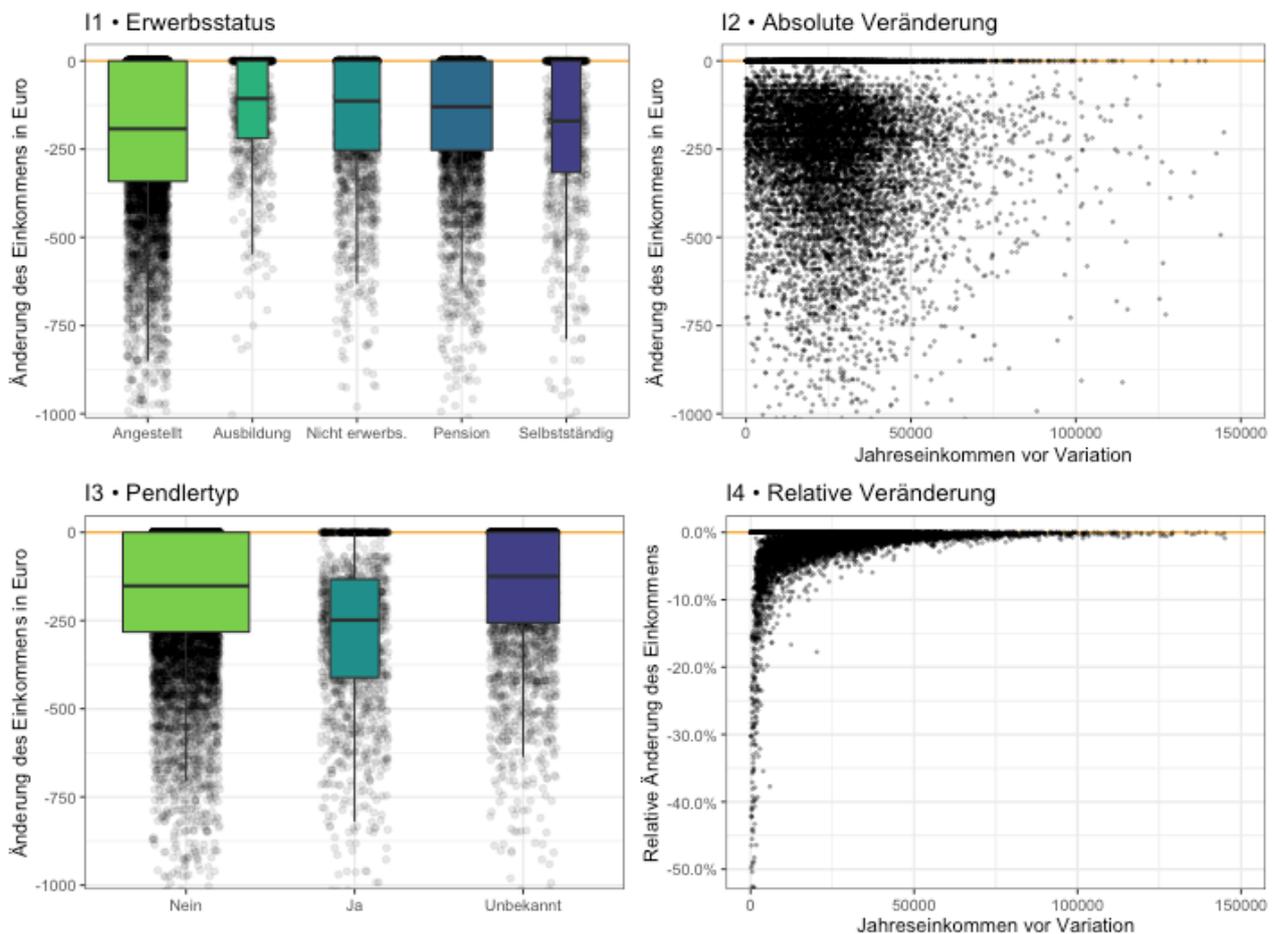
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.5	0.00	0.0%	4.9	1.36	38.5%	166.6	-1.36	-0.8%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.2	0.00	0.0%	2.4	0.70	40.2%	99.2	-0.70	-0.7%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.4	0.00	0.0%	2.4	0.66	37.0%	67.5	-0.66	-1.0%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	0.0%	1.0	0.29	38.4%	7.9	-0.29	-3.6%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	0.00	0.0%	1.2	0.31	37.0%	29.2	-0.31	-1.1%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.1	0.00	0.0%	1.3	0.36	38.8%	46.5	-0.36	-0.8%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	25.0	0.00	0.0%	1.4	0.40	39.8%	83.1	-0.40	-0.5%

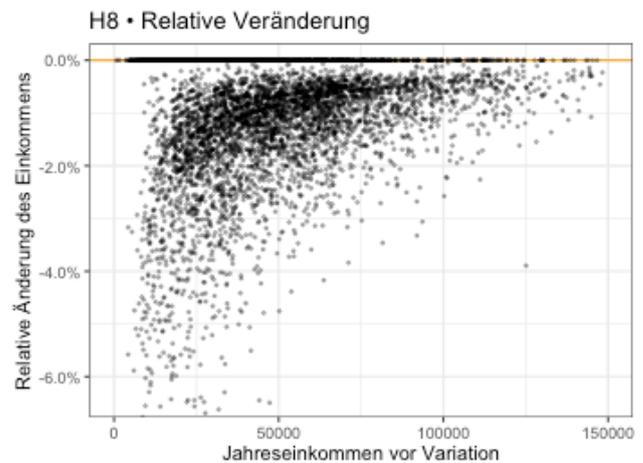
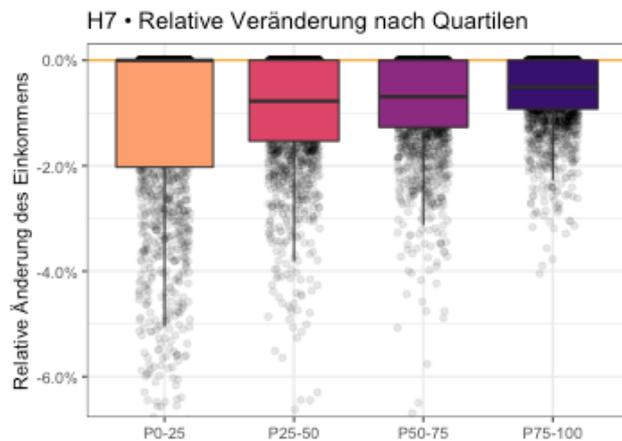
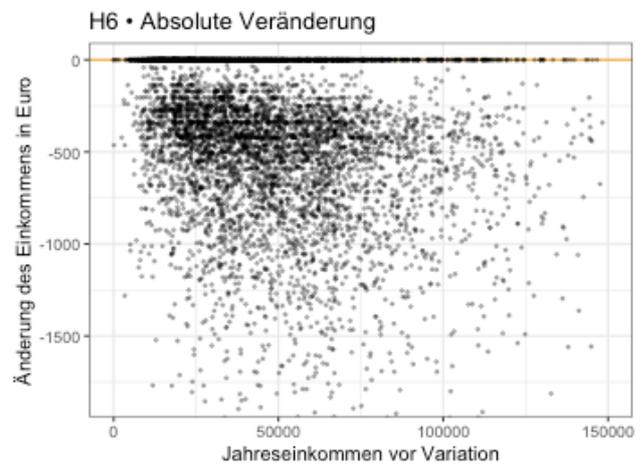
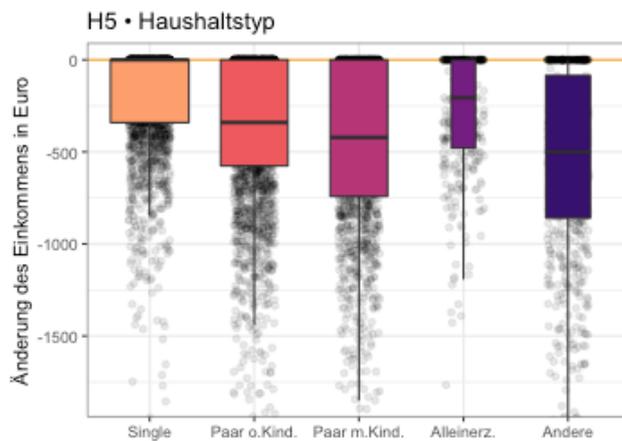
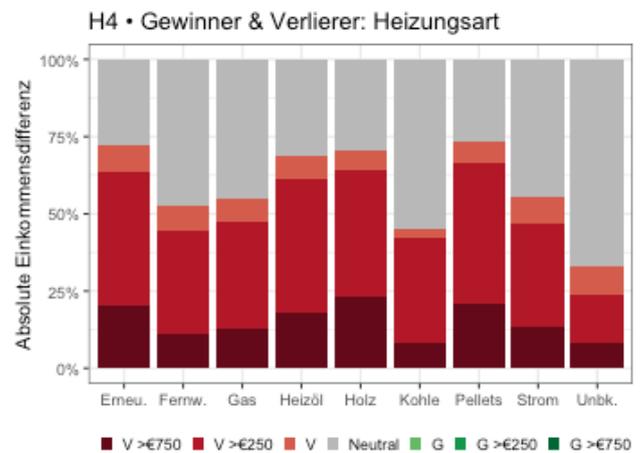
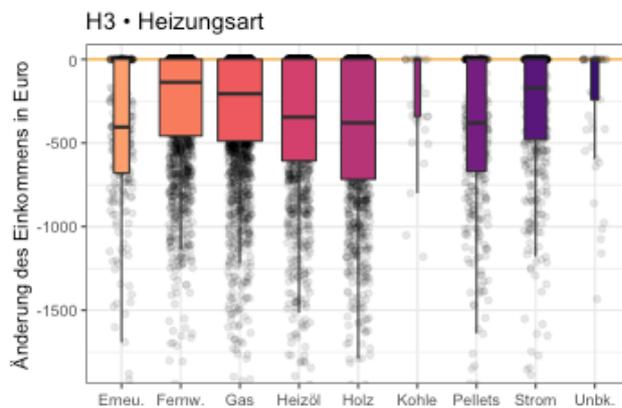
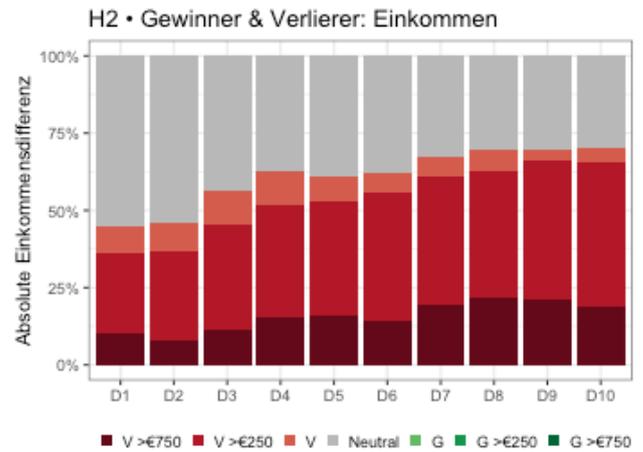
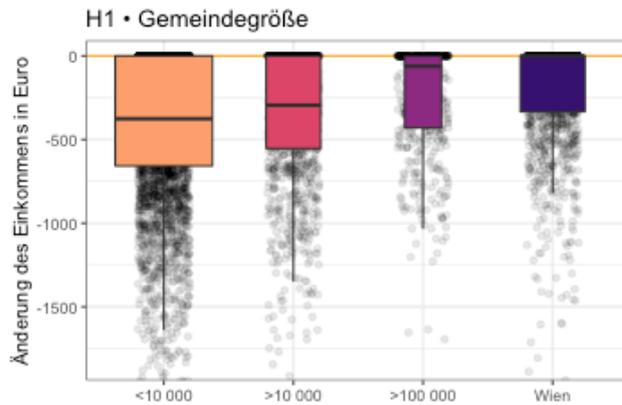
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	-161	-120	-240	Gini	51.90	40.01	40.28	0.27	0.01
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	-191	0	-446	QSR	1079.34	16.05	16.86	0.82	0.05
Paar o.Kind.	-195	-170	-287	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	-132	-112	-178	Gini	42.40	26.72	26.86	0.14	0.01
Alleinerz.	-114	-44	-221	MW/P50	1.20	1.09	1.09	0.00	0.00
Andere	-152	-127	-200	QSR	16.71	4.05	4.09	0.04	0.01

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



## 4.2. Abschaffung des Dieselprivilegs

### 4.2.1. Beschreibung des Szenarios

Während im vorherigen Abschnitt eine Steuer simuliert wurde, die sich an der Menge der freigesetzten Treibhausgase orientiert, greift dieses Szenario ein schon länger diskutiertes Thema auf: Die begünstigte steuerliche Behandlung von Diesel im Vergleich zu Benzin. Aktuell beträgt die Mineralölsteuer für Benzin 48,2 Cent pro Liter, jene auf Diesel (Gasöle) hingegen 39,7 Cent pro Liter (Republik Österreich, 2020). Die Mineralölsteuer auf Diesel ist somit um 8,5 Cent pro Liter niedriger als auf Benzin. Für beide Treibstoffe sind im Gesetz Zuschläge in der Größenordnung von 2 Cent pro Liter für Sorten mit höherem Schwefelgehalt und ohne Beimischung von biogenen Stoffen vorgesehen. Da es die Informationen in der Konsumerhebung nicht erlauben hier in der Modellierung eine Unterscheidung vorzunehmen, gehen wir für die Berechnungen von einem gewichteten Durchschnitt aus und nehmen eine Verbrauchsabgabe auf Benzin von 49 Cent und für Diesel in der Höhe von 40,5 Cent pro Liter an. Im folgenden Szenario werden diese Sätze angeglichen und einheitlich mit 49 Cent pro Liter besteuert.

Die Regelung ist mehrere Jahrzehnte alt und wurde damals mit dem Ziel eingeführt, den gewerblichen LKW Verkehr zu unterstützen. Heute wird die Begünstigung oft auch damit begründet, dass Dieselmotoren einen höheren Wirkungsgrad aufweisen und über den geringeren Treibstoffverbrauch positiv auf die Klimaziele wirken. Dem gegenüber steht aber die höhere CO<sub>2</sub> Intensität von Diesel im Vergleich zu Benzin. Ein Dieselauto verbraucht also auf einer bestimmten Strecke weniger Sprit als ein Benziner, produziert dabei aber nicht zwingend weniger Treibhausgase. Zusätzlich entstehen bei der Verbrennung von Diesel noch weitere schädliche Nebenprodukte wie Stickoxide und Feinstaubpartikel. Vor diesem Hintergrund wird die steuerliche Begünstigung von Diesel im Vergleich zu Benzin zunehmend kritisch betrachtet und soll daher auch in der Taskforce zur Ökologisierung des Steuersystems zum Thema werden. Gesamtgesellschaftlich geht es um beträchtliche Beträge. Der Verkehrsclub Österreich (VCO) geht für das Jahr 2019 von einer impliziten Förderung von in- und ausländischen, privaten sowie gewerblichen Dieselfahrzeugen von über 700 Mio. Euro aus.

### 4.2.2. Analyse der Simulationsergebnisse

**Aufkommen** Die Erhöhung der Mineralölsteuer auf Diesel um 8,5 Cent erzeugt auf Basis unserer Berechnungen allein im Sektor der österreichischen Privathaushalte ein zusätzliches Steueraufkommen von knapp unter 200 Mio. Euro. Der Beitrag der vier Quartile der Einkom-

mensverteilung steigt von circa 40 Mio. Euro in den beiden unteren Quartilen auf 50 bzw. 60 Mio. Euro im obersten Einkommensviertel an. Ähnlich wie in den vorangegangenen Simulationen ergeben sich unterschiedliche Interpretationen bezüglich des Verteilungseffekts, je nachdem die absolute oder relative Veränderung in den Vordergrund stellt. Da der Dieserverbrauch gleicher verteilt ist als die Einkommen, ergibt sich trotz steigender absoluter Belastung entlang der Einkommensverteilung eine deutlich sinkende relative Belastung mit zunehmenden Einkommen.

**Individualebene** Pro Kopf würde die Angleichung des Steuersatzes von Diesel für den Großteil der Betroffenen eine finanzielle Belastung im Bereich von 10 bis 150€ pro Jahr zur Folge haben. Bei außergewöhnlich hoher Fahrleistung liegt die Belastung entsprechend höher. Im Durchschnitt beträgt die jährliche Veränderung des verfügbaren Einkommens pro Kopf in Haushalten von BesitzerInnen eines Dieselfahrzeugs in etwa 53€ . Die Boxplots in den Abbildungen I1 und I3 zeigen, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung von der Maßnahme nicht betroffen wäre. Der Median liegt mit Ausnahme der Box für PendlerInnen jeweils auf der Nulllinie.

**Haushaltsebene** Betrachtet man den Effekt der Abschaffung des Dieselpprivilegs nach soziodemografischen Merkmalen auf Haushaltsebene stechen zwei Bereiche ins Auge. Unterteilt nach Gemeindegröße zeigt sich eine ausgeprägte Spreizung der Betroffenheit zwischen Gemeinden mit weniger als 10 000 EinwohnerInnen und Ballungsräumen bzw. Wien auf der anderen Seite. Während in ruralen Gebieten nahezu 50% der Haushalte von einer solchen Reform betroffen wären, sind es in Wien weniger als 25% der Haushalte. Abbildung H5 zeigt, dass es in Bezug auf Haushaltstypen tendenziell Paare mit und ohne Kinder belastet werden würden.

**Gewinner & Verlierer** Insgesamt sind in etwa zwei Drittel der Haushalte nicht von einer erhöhten Besteuerung von Treibstoffen betroffen. Der Grund dafür ist offensichtlich der fehlende Besitz bzw. Gebrauch eines Dieselfahrzeugs. Grob zusammengefasst sind es im Bereich der privaten Haushalte tendenziell Familien mit überdurchschnittlichen Einkommen aus eher dünn besiedelten Gebieten, deren verfügbares Einkommen in einer Größenordnung von 75 bis 125€ pro Jahr sinken würde.

# Ende des Dieselprivilegs vs. Status Quo

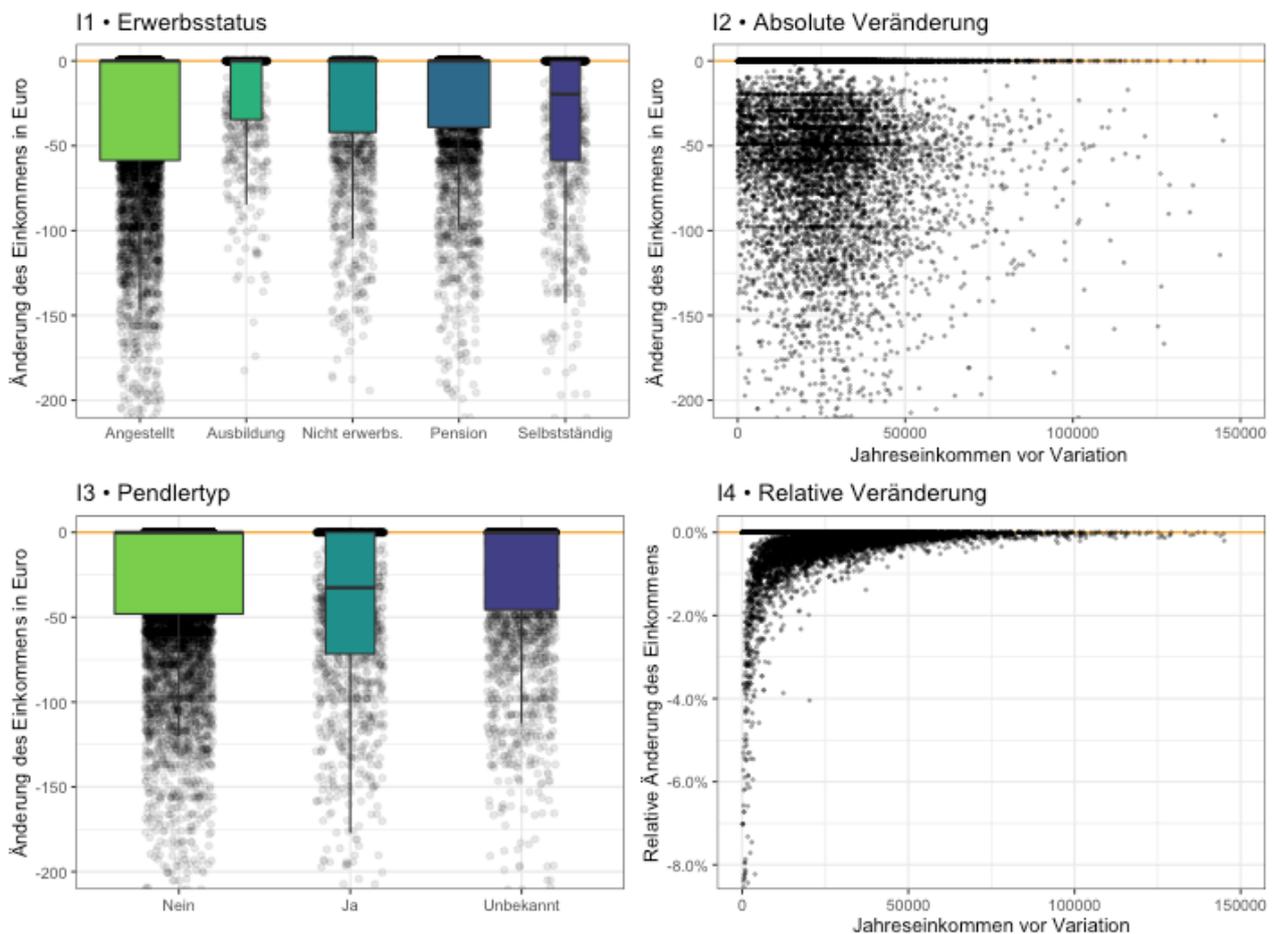
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.5	0.00	0.0%	3.7	0.20	5.8%	167.8	-0.20	-0.1%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.2	0.00	0.0%	1.9	0.11	6.2%	99.7	-0.11	-0.1%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.4	0.00	0.0%	1.9	0.09	5.3%	68.0	-0.09	-0.1%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	0.0%	0.8	0.04	5.8%	8.1	-0.04	-0.5%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	0.00	0.0%	0.9	0.05	5.4%	29.4	-0.05	-0.2%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.1	0.00	0.0%	1.0	0.05	5.6%	46.8	-0.05	-0.1%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	25.0	0.00	0.0%	1.1	0.06	6.2%	83.4	-0.06	-0.1%

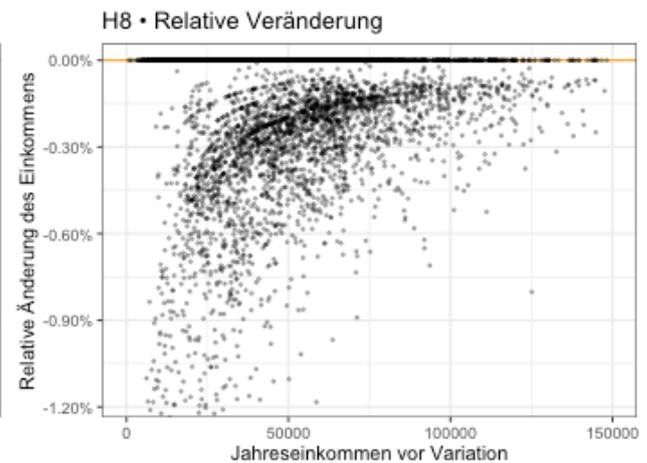
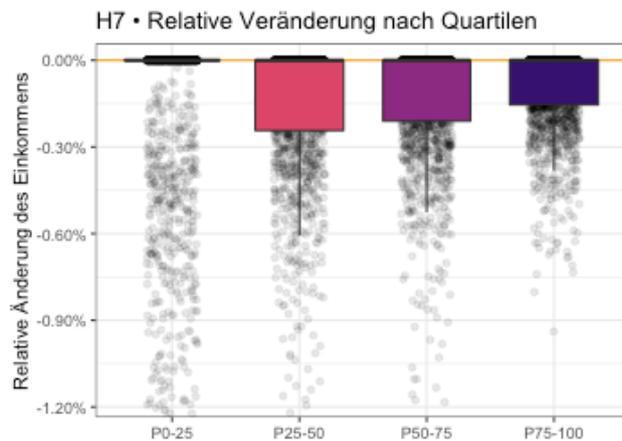
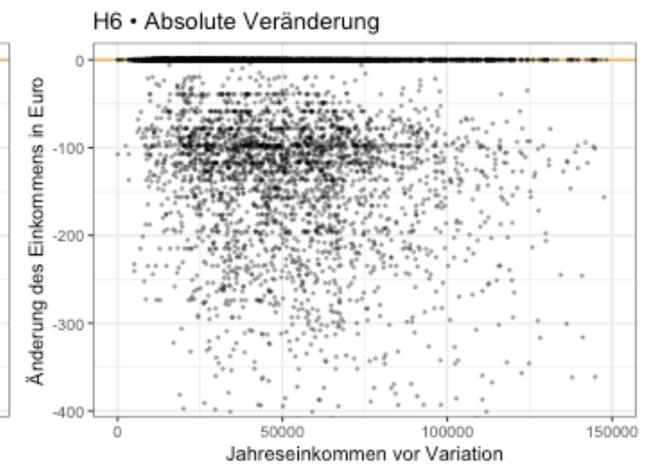
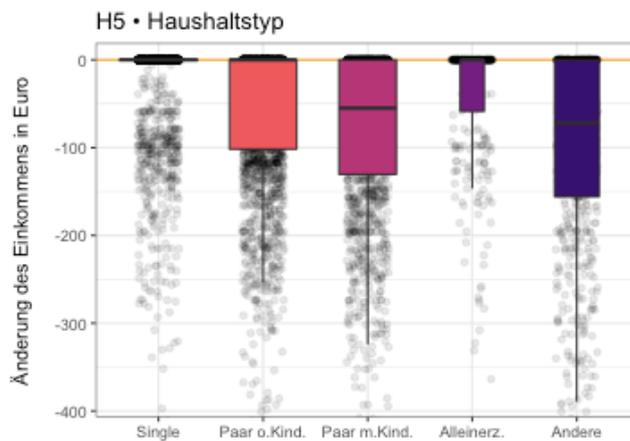
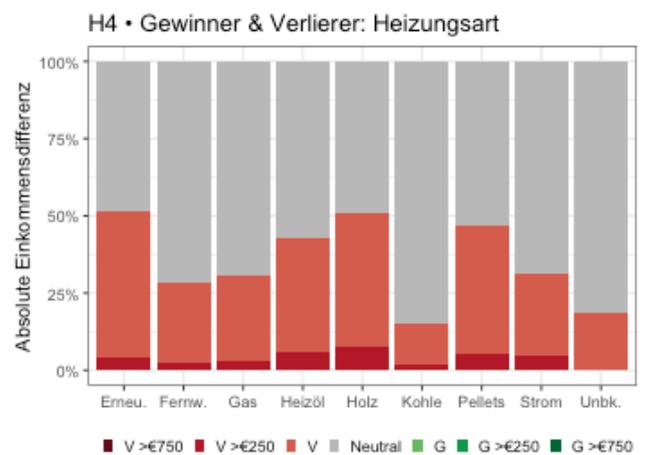
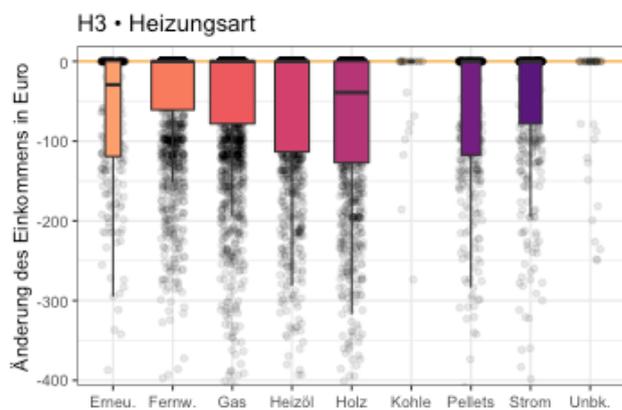
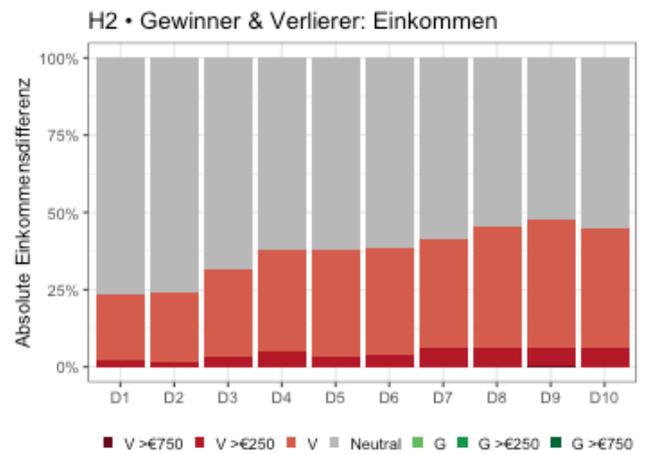
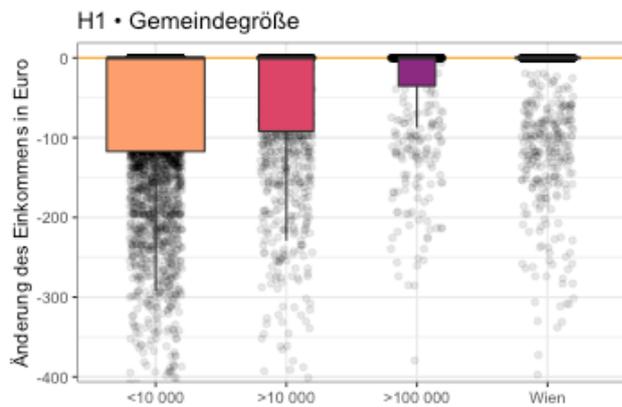
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	-24	0	-53	Gini	51.90	40.01	40.05	0.04	0.00
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	-22	0	-123	QSR	1079.34	16.05	16.14	0.10	0.01
Paar o.Kind.	-29	0	-69	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	-21	-14	-40	Gini	42.40	26.72	26.74	0.02	0.00
Alleinerz.	-16	0	-58	MW/P50	1.20	1.09	1.09	0.00	0.00
Andere	-26	-20	-44	QSR	16.71	4.05	4.06	0.01	0.00

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



## 4.3. CO<sub>2</sub> Bepreisung nur auf Heizstoffe

### 4.3.1. Beschreibung des Szenarios

Für die Erwärmung des Wohnbereichs und des Warmwassers fällt in der Regel der mit Abstand meiste Energiebedarf im Haushalt an. Dementsprechend groß ist auch der potentielle Hebel, um einen Beitrag zum Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen zu leisten. Auf Basis der Daten der Konsumerhebung 2014/15 sind die am häufigsten verwendeten Energieträger Gas (1,03 Mio. Haushalte), gefolgt von Fernwärme (945 000 Haushalte), Brennholz (611 000 Haushalte) und Heizöl (603 000 Haushalte). Es folgen mit deutlichem Abstand Strom (253 000 Haushalte), Holzpellets (190 000 Haushalte), alternative Energieträger (125 000 Haushalte) und Kohle (18 000 Haushalte).

Die Energieträger sind nicht nur unterschiedlich verbreitet, auch deren CO<sub>2</sub> Intensität ist verschieden zu bewerten. Kohle (0,34kg CO<sub>2</sub>/kWh), Heizöl (0,28kg CO<sub>2</sub>/kWh) und Gas (0,23kg CO<sub>2</sub>/kWh) sind hier besonders hervorzuheben. Für Fernwärme wird im Mittel ein Wert von 0,1kg CO<sub>2</sub>/kWh, Brennholz und Pellets werden angesichts des relativ rasch nachwachsenden Rohstoffs Holz hingegen als klimaneutral angesehen. Da die Verbreitung von Kohlenheizungen schon zum jetzigen Zeitpunkt relativ gering ist, können somit im Bereich der Heizsysteme auf Basis von Heizöl und Gas die bedeutendsten Reduktionen von Treibhausgasemissionen erzielt werden. Wie im Bereich der Treibstoffe wird im Folgenden der Aufkommen- und Verteilungseffekt einer CO<sub>2</sub>-Besteuerung in der Höhe von 50 bzw. 150€ pro Tonne simuliert.

### 4.3.2. Analyse der Simulationsergebnisse

**Aufkommen** Die zusätzliche Besteuerung von Heizstoffen in der Höhe von 50€ /tCO<sub>2</sub>-Äquivalenten resultiert in einem Aufkommen von 460 Millionen Euro. Ein Steuersatz von 150€ /tCO<sub>2</sub> würde demnach ein Volumen von 1,4 Mrd. Euro generieren. Ähnlich wie in Simulationen zur CO<sub>2</sub>-Bepreisung von Treibstoffen ergibt sich auch in diesen beiden Szenarien eine steigende absolute Belastung, in Relation zum Einkommen geht die Belastung aber stetig zurück. Auch hier gilt: Die Ausgaben für Heizstoffe nehmen mit steigendem Einkommen zu, sind aber insgesamt gleicher verteilt als die Einkommen. Das führt zu ausschließlich marginalen Änderungen der Verteilungsindikatoren.

**Individualebene** Da sich die Ausgaben für Heizstoffe je nach verwendetem Heizsystem, der beheizten Fläche und dem Wärmebedarf stark unterschieden, sollte die Streuung der individuellen Belastung nicht besonders überraschen. Pro Person sind finanzielle Einbußen bis

zu 400€ pro Jahr möglich. Für die überwiegende Mehrheit der Individuen würde die Steuerbelastung aber im Bereich von unter 100€ pro Kopf liegen. Im Durchschnitt zeigt sich ein leichter positiver Zusammenhang zwischen dem Belastungsbetrag und dem Einkommen, die Streuung in den verschiedenen Einkommensbereichen ist im Vergleich dazu allerdings deutlich stärker ausgeprägt. In Bezug auf die Merkmale des Erwerbsstatus und des Pendlertyps lassen sich großteils keine signifikanten Effekte erkennen. Die einzige Ausnahme ist hier die Gruppe der PensionistInnen, in der die Verteilung der Steuerbelastung ein wenig mehr in den negativen Bereich verschoben ist. Eine gesonderte Auswertung hat gezeigt, dass diese Personengruppe mit größerer Wahrscheinlichkeit in älteren Gebäuden und mit größerer Nutzfläche pro BewohnerInnen leben.

**Haushaltsebene** Als direkte Konsequenz des Designs der Reform zeigen sich die stärksten Effekte in Abhängigkeit des verwendeten Heizsystems. Im Speziellen betrifft dies Wohneinheiten die mit Gas oder Heizöl beheizt werden. Bei Gas liegen die mittleren 50% der Betroffenen im Bereich von 90 bis 290€ pro Jahr, der Median ziemlich exakt bei 180€. Im Falle von Heizöl erhöht sich die Intensität der Belastung nochmals. Hier liegt das 25. Perzentil bei 120€, der Median bei knapp 300€ und die Grenze zum obersten Viertel der Betroffenen bei in etwa 400€. Es gibt aber in beiden Gruppen in ausgewählten Fällen noch deutlich höhere Belastungseffekte bis in den Bereich von 600 bis 700€ pro Jahr. Die Unterschiede nach Gemeindegröße bzw. Haushaltstypen sind im Vergleich zur Besteuerung von Treibstoffen hingegen weniger stark ausgeprägt. In dem Szenario mit dem höheren Steuersatz steigen die Belastungseffekte dementsprechend an.

**Gewinner & Verlierer** Circa zwei Drittel aller Haushalte wären von der Besteuerung von Heizstoffen betroffen. Dies ist bemerkenswerterweise relativ gleich über die Dezile der verfügbaren Einkommen verteilt. Die Intensität der Belastung nimmt hingegen leicht mit steigendem Einkommen zu. Besonders betroffen wären jene Haushalte die ihre Heizsysteme mit Gas, Heizöl oder Kohle betreiben. Da Mangels genauerer Informationen allen Haushalten mit Fernwärme der gleiche durchschnittliche Energiemix zugeordnet wurde (siehe Abschnitt 2.2), wird der Anteil der VerliererInnen in dieser Gruppe höchstwahrscheinlich überschätzt, die Intensität der Belastung der tatsächlich Betroffenen hingegen unterschätzt. Der geringe Anteil von Betroffenen in den anderen Heizungsarten ergibt sich durch die Nutzung von fossilen Heizstoffen neben dem primären Heizträger.

# 50€/tCO<sub>2</sub> (Heizstoffe) vs. Status Quo

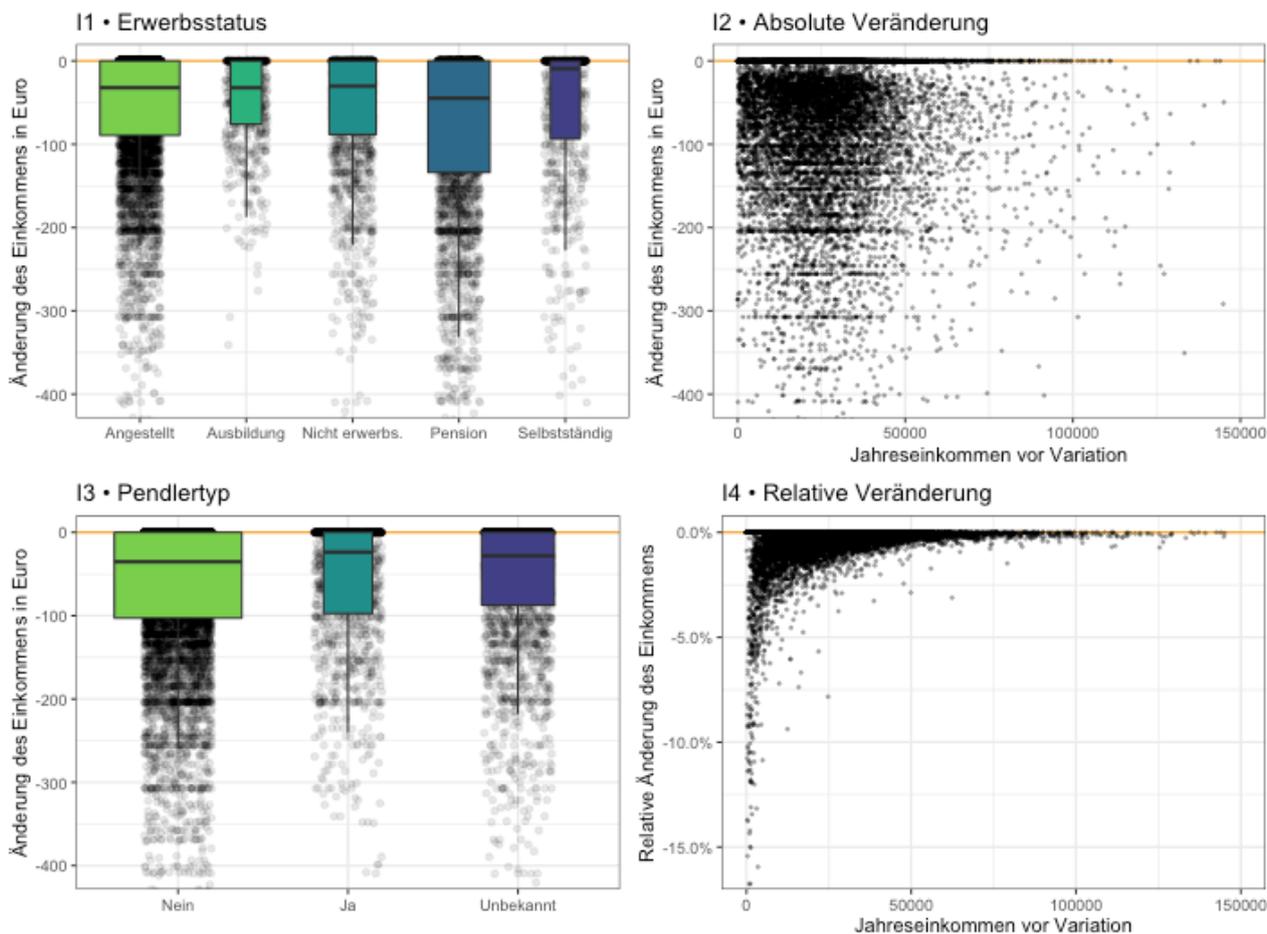
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.5	0.00	0.0%	4.0	0.46	13.1%	167.5	-0.46	-0.3%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.2	0.00	0.0%	2.0	0.22	12.4%	99.6	-0.22	-0.2%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.4	0.00	0.0%	2.0	0.25	13.9%	67.9	-0.25	-0.4%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	0.0%	0.9	0.10	13.0%	8.1	-0.10	-1.2%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	0.00	0.0%	1.0	0.11	13.5%	29.4	-0.11	-0.4%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.1	0.00	0.0%	1.1	0.12	13.3%	46.8	-0.12	-0.3%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	25.0	0.00	0.0%	1.1	0.13	12.8%	83.3	-0.13	-0.2%

## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

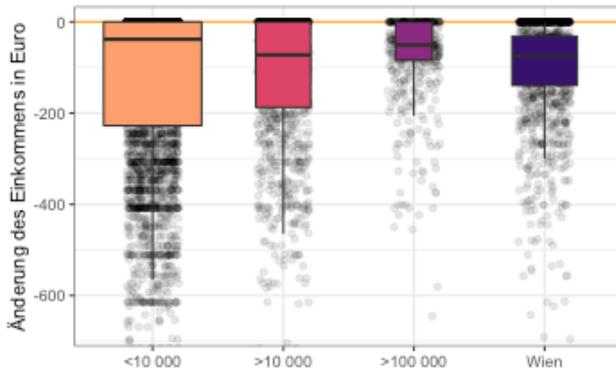
Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	-55	-25	-91	Gini	51.90	40.01	40.10	0.10	0.00
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	-96	-48	-150	QSR	1079.34	16.05	16.31	0.26	0.02
Paar o.Kind.	-72	-39	-111	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	-36	-20	-59	Gini	42.40	26.72	26.77	0.05	0.00
Alleinerz.	-42	-31	-59	MW/P50	1.20	1.09	1.09	0.00	0.00
Andere	-36	-7	-69	QSR	16.71	4.05	4.07	0.02	0.00

## Effekte auf Individualebene

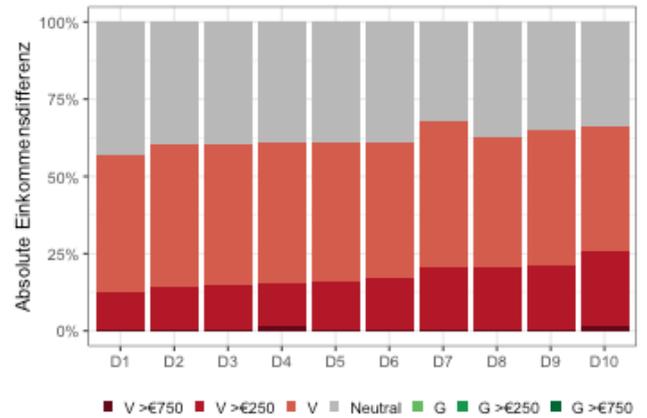


# Effekte auf Haushaltsebene

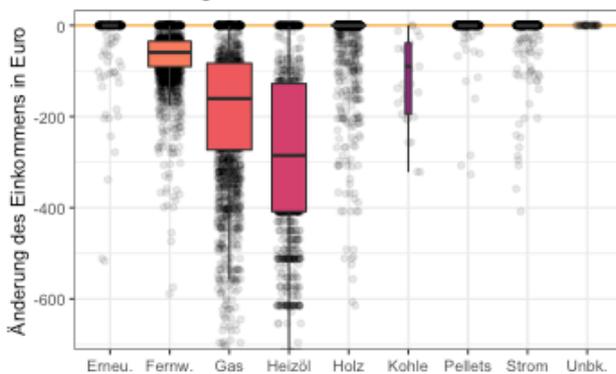
H1 • Gemeindegröße



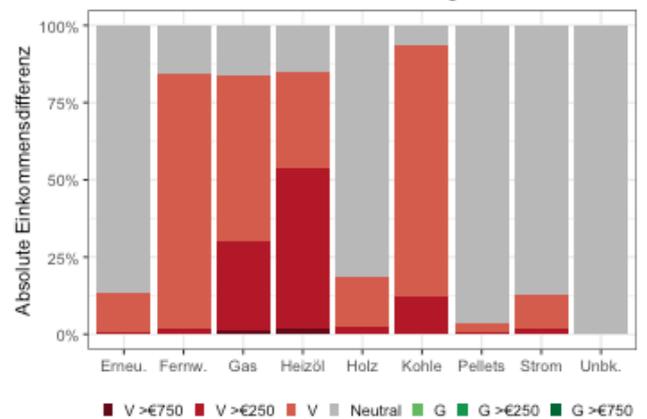
H2 • Gewinner & Verlierer: Einkommen



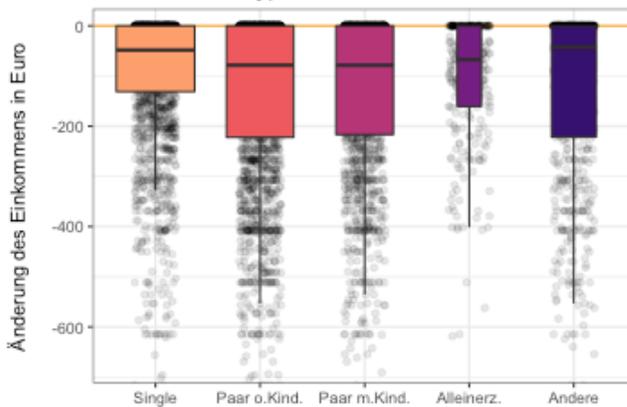
H3 • Heizungsart



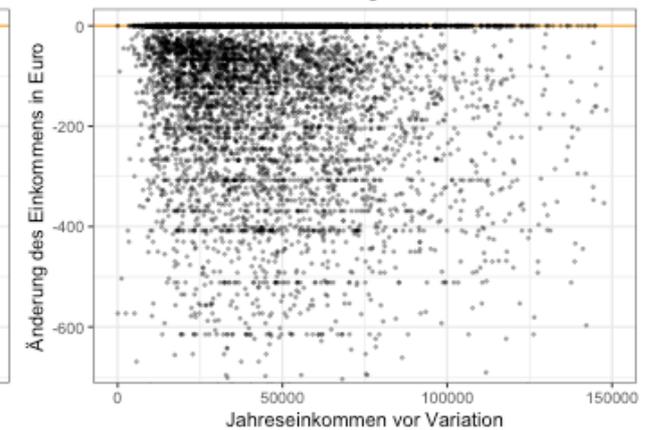
H4 • Gewinner & Verlierer: Heizungsart



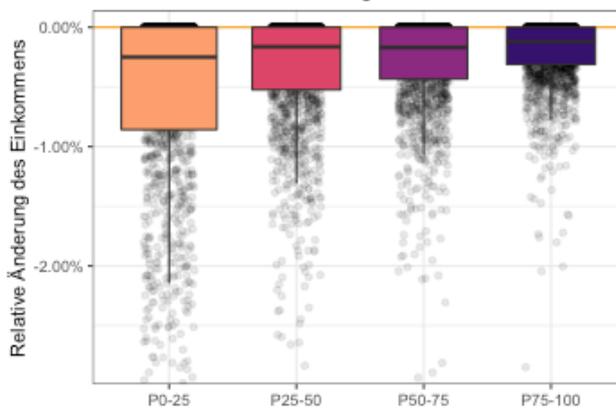
H5 • Haushaltstyp



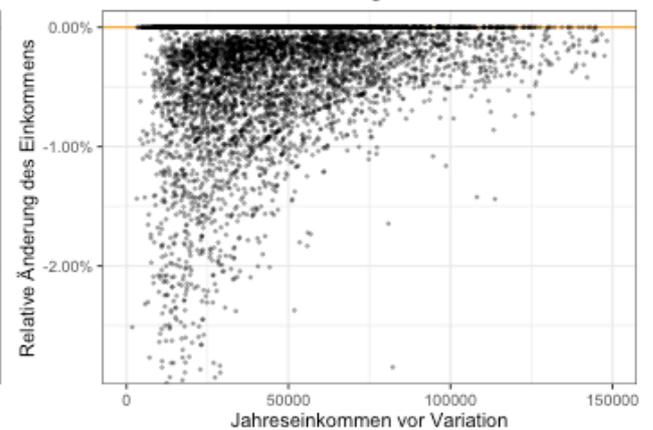
H6 • Absolute Veränderung



H7 • Relative Veränderung nach Quartilen



H8 • Relative Veränderung



# 150€/tCO<sub>2</sub> (Heizstoffe) vs. Status Quo

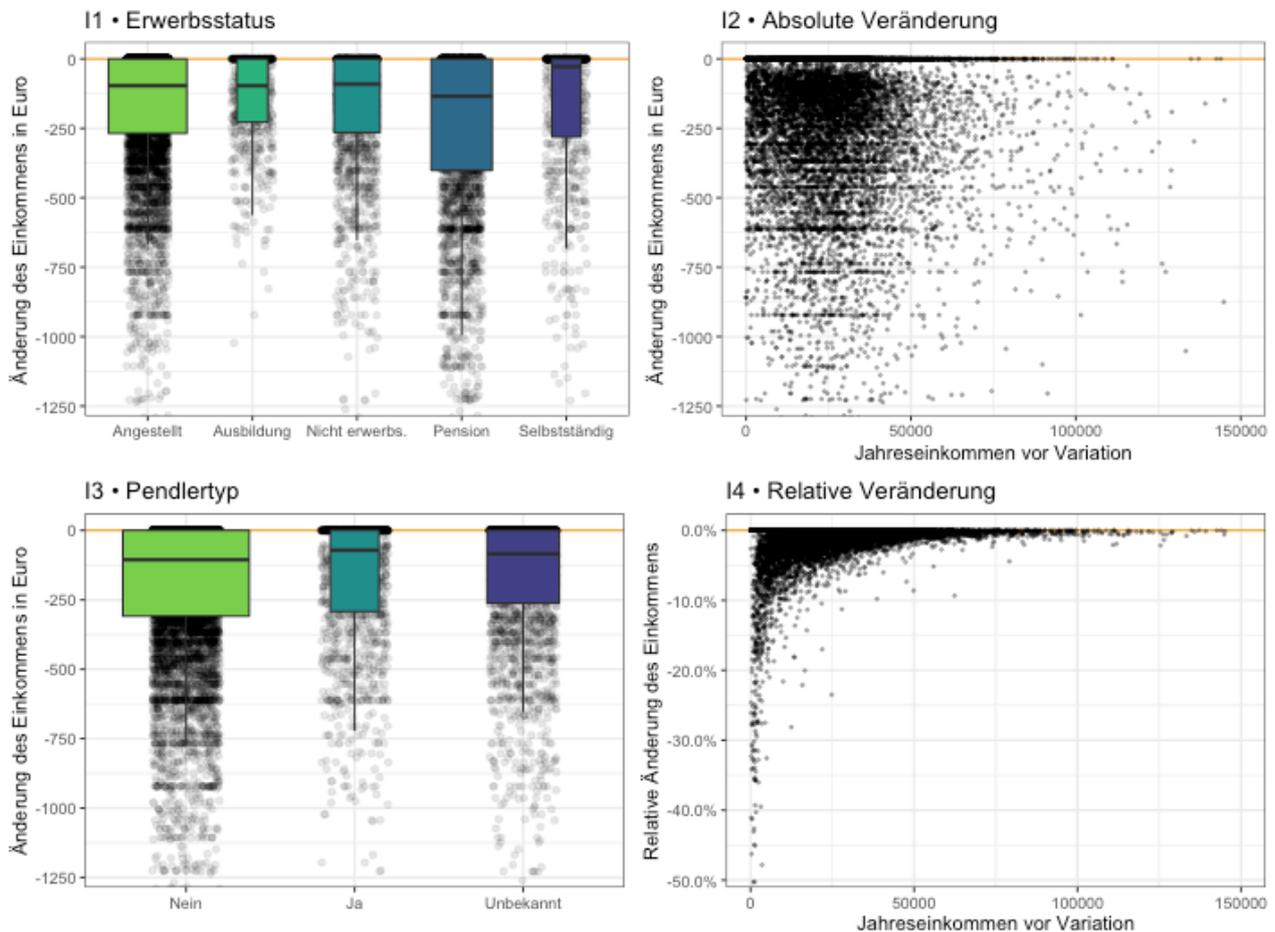
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchsteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.5	0.00	0.0%	4.9	1.39	39.4%	166.6	-1.39	-0.8%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.2	0.00	0.0%	2.4	0.65	37.1%	99.2	-0.65	-0.6%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.4	0.00	0.0%	2.5	0.74	41.7%	67.4	-0.74	-1.1%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	0.0%	1.1	0.30	39.1%	7.9	-0.30	-3.6%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	0.00	0.0%	1.2	0.34	40.4%	29.2	-0.34	-1.2%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.1	0.00	0.0%	1.3	0.37	39.8%	46.5	-0.37	-0.8%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	25.0	0.00	0.0%	1.4	0.39	38.5%	83.1	-0.39	-0.5%

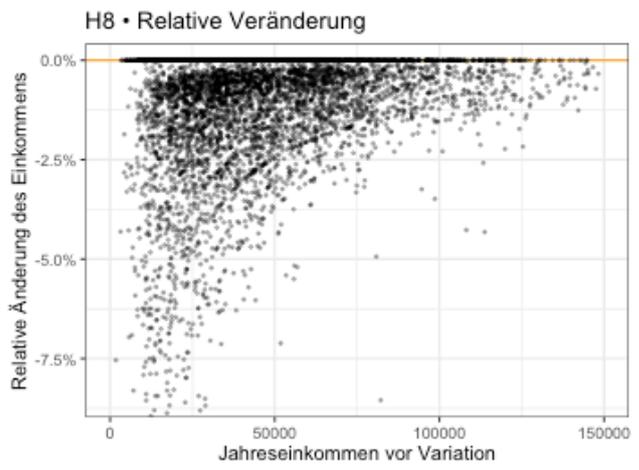
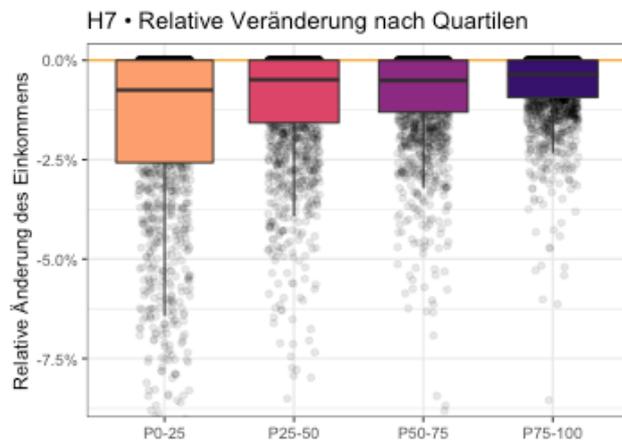
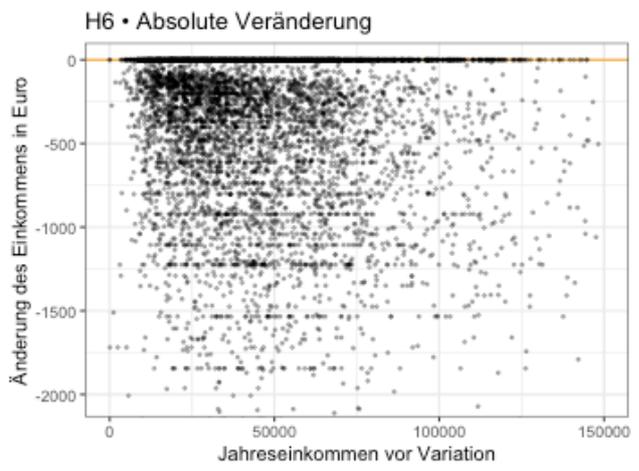
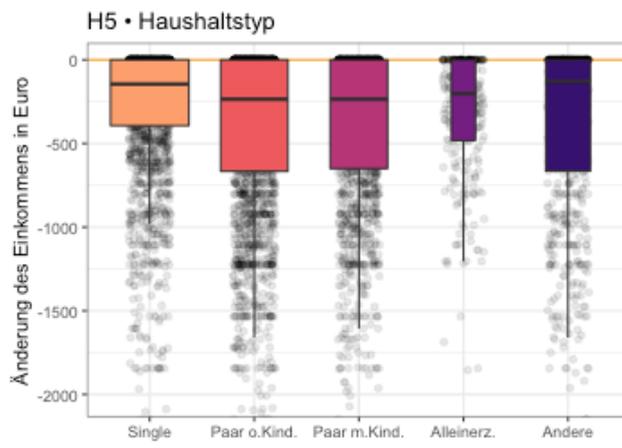
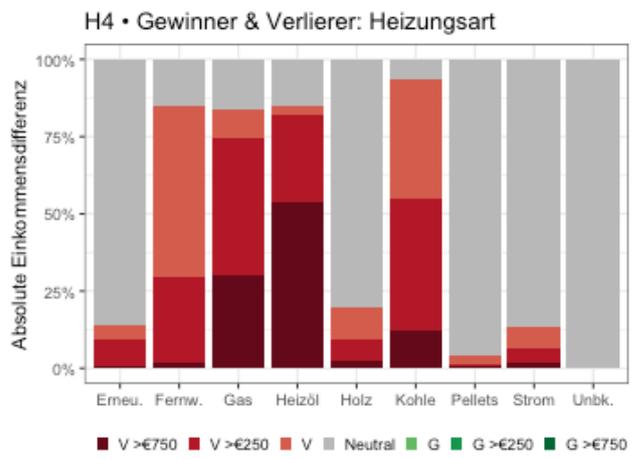
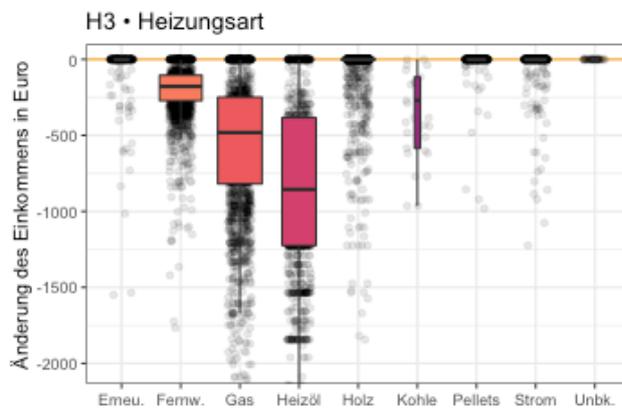
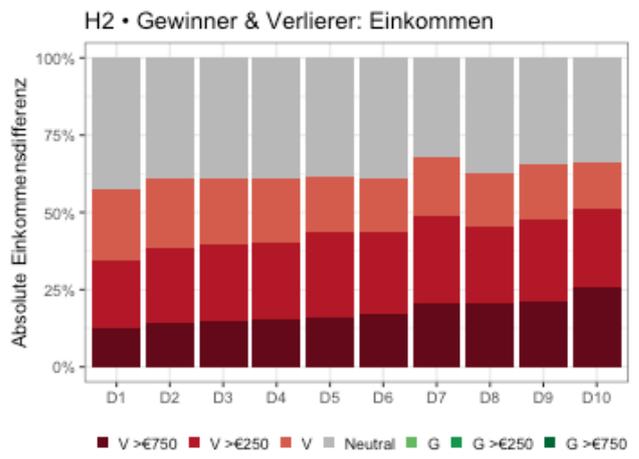
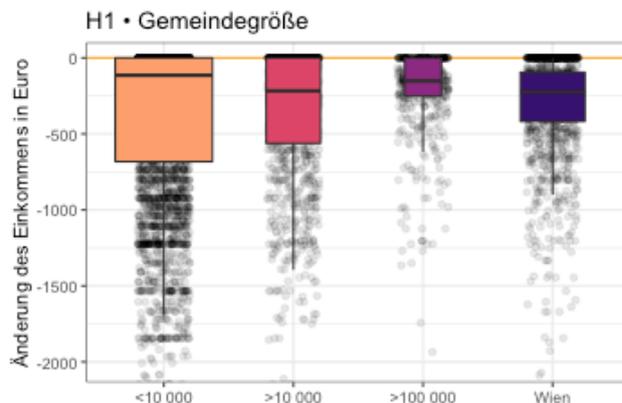
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	-164	-76	-272	Gini	51.90	40.01	40.30	0.29	0.01
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	-289	-145	-451	QSR	1079.34	16.05	16.88	0.84	0.05
Paar o.Kind.	-215	-118	-334	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	-107	-60	-177	Gini	42.40	26.72	26.89	0.17	0.01
Alleinerz.	-127	-92	-176	MW/P50	1.20	1.09	1.09	0.00	0.00
Andere	-107	-22	-207	QSR	16.71	4.05	4.09	0.04	0.01

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



## 4.4. CO<sub>2</sub> Bepreisung auf Treib- und Heizstoffe

### 4.4.1. Beschreibung des Szenarios

In diesem Szenario werden die vorherigen Modellierungen miteinander kombiniert und eine einheitliche CO<sub>2</sub>-Steuer sowohl auf Treib- als auch auf Heizstoffe simuliert. Die angenommene Höhe der Besteuerung liegt wiederum bei 50€ bzw. 150€ pro Tonne von CO<sub>2</sub>-äquivalenten Treibhausgasen. Schon rein konzeptionell ist zu erwarten, dass sich ähnliche Verteilungseffekte wie in den vorangegangenen Simulationen ergeben. Gerade aber bei Haushalten, in denen mehrere Kraftfahrzeuge eingesetzt und mittels fossiler Energieträger geheizt wird, kann die einheitliche CO<sub>2</sub>-Bepreisung von Treib- und Heizstoffen jedoch signifikante finanzielle Einbußen auslösen.

### 4.4.2. Analyse der Simulationsergebnisse

**Aufkommen** Das kombinierte Aufkommen aus der Besteuerung von Treib- und Heizstoffen, sowie die durch die Erhöhung der Nettopreise induzierte Erhöhung der Umsatzeinnahmen, führen im Aggregat zu einem erhöhten Steueraufkommen von 920 Mio. Euro. In absoluten Beträgen steigt der Beitrag der Einkommensquartile entlang der Einkommensverteilung an. Das unterste Viertel wird mit 200 Mio. Euro belastet, im zweiten Viertel beträgt das Aufkommen 220 Mio. Euro, und dieser Wert steigt im dritten und vierten Viertel auf 240 beziehungsweise 260 Mio. Euro an.

Blickt man auf die relative Veränderung der verfügbaren Einkommen, wiederholt sich ein Muster, welches schon bei der exklusiven Besteuerung von Treib- bzw. Heizstoffen sichtbar war. Da die Treibhausgasemissionen gleicher verteilt sind als die verfügbaren Einkommen, zeigt die relative Belastung einen regressiven Effekt obwohl die absolute Belastung durch die CO<sub>2</sub>-Besteuerung mit zunehmenden Einkommen ansteigt. Im unteren Quartil entsteht so eine Reduktion des Einkommens um 2,4%, während das oberste Viertel nur um 0,3% belastet wird. Als Konsequenz steigt auch der Gini-Koeffizient der verfügbaren Einkommen sowohl auf individueller als auch auf Haushaltsebene leicht an.

**Individualebene** Die einheitliche Besteuerung von Treib- und Heizstoffen führt zu einer breiter verteilten Betroffenheit. In den vorangegangenen Simulationen wurden jeweils breite Teile der Bevölkerung nicht finanziell belastet, entweder weil sie kein Auto benutzen oder ein Heizsystem verwenden, das nicht von der CO<sub>2</sub>-Bepreisung betroffen ist. Die Kombination von beiden Merkmalen ist aber deutlich seltener anzutreffen. So bleibt nur eine kleine

Personengruppe die gar nicht betroffen wäre (11,5%). Daneben gibt es noch Personen die entweder nur von der Besteuerung der Treib- (27,6%) oder Heizstoffe (22,4%) betroffen wären und schließlich jene Gruppe die sowohl neue Steuern auf Treib- und Heizstoffe entrichten müssten (38,5%). Die finanzielle Betroffenheit unterscheidet sich folglich auch relativ stark in diesen Gruppen. Während 11,5% keine Veränderung des Einkommens erfahren, liegt die durchschnittliche Belastung in den beiden Gruppen die die CO<sub>2</sub>-Steuer entweder auf Treib- oder auf Heizstoffe entrichten zwischen 80 und 90€ , in der Gruppe die sowohl für Treib- als auch für Heizstoffe auf fossile Energieträger setzt liegt der Durchschnitt allerdings schon bei 180€ pro Jahr. Über alle Personen gerechnet, würden in etwa 25% mehr als 200€ pro Jahr an CO<sub>2</sub>-Steuer entrichten müssen.

**Haushaltsebene** Stratifiziert nach Gemeindegröße ergibt sich ein klarer Zusammenhang: Je urbaner die Lage des Wohnorts, desto niedriger fällt die Belastung durch eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf Treib- und Heizstoffe aus. In Gemeinden mit weniger als 10 000 EinwohnerInnen liegen die mittleren 50% zwischen 100 und 375€ , in den Simulationen treten allerdings in dieser Gruppe auch Belastungseffekte von über 1 000€ pro Jahr auf. Am anderen Ende des Spektrums, in Wien, liegen die mittleren 50% zwischen 50 und 250€ Belastung, Werte über 500€ sind hingegen kaum anzutreffen. Analysiert nach Heizungsart stechen speziell Haushalte mit Gas- (125-380€ ) oder Ölheizung (240-625€ ) ins Auge. Als Konsequenz des höheren Fläche- und damit auch Heizenergiebedarf, sind Paare, Familien mit Kindern und Mehrgenerationenhaushalte stärker betroffen als Singles und AlleinerzieherInnen.

**Gewinner & Verlierer** Die Abbildungen, die Betroffenheit der Haushalte nach deren Intensität kategorisiert, fasst die bisherigen Schlussfolgerungen nochmals zusammen. Über alle Haushalte hinweg sind in etwa 85% der Haushalte von einer solchen CO<sub>2</sub> Besteuerung betroffen. Im untersten Dezil sind es knapp 78% der Haushalte, in den darauf folgenden steigt der Anteil leicht an und erreicht im 7. und 8. Dezil einen Wert von über 90%. Besonders belastete Haushalte (die mehr als 750€ pro Jahr verlieren), finden sich prinzipiell in allen Bereichen der Einkommensverteilung, ihre Häufigkeit nimmt mit zunehmenden Einkommensdezil aber leicht zu. Wählt man hingegen einen Steuersatz von 150€ pro Tonne CO<sub>2</sub>, steigt die Intensität der Betroffenheit merkbar an. Hier zeigt sich auch ein starker Gradient nach dem Einkommen: Im untersten Dezil sind es ca. 25% der Haushalte (mit einer Belastung > 750€ ), im obersten Dezil fast 50% der Haushalte.

# 50€/tCO<sub>2</sub> (Treib- und Heizstoffe) vs. Status Quo

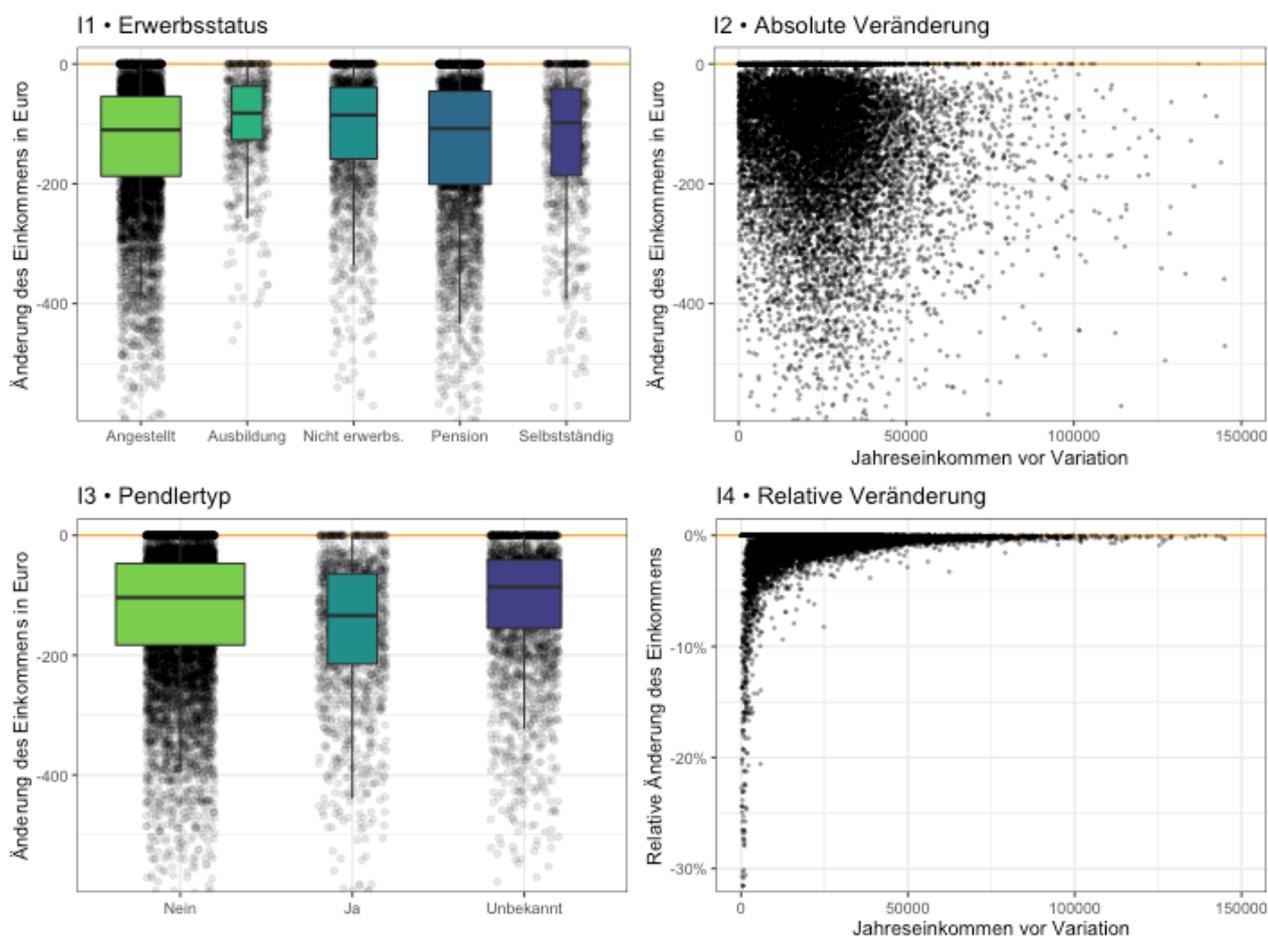
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.5	0.00	0.0%	4.5	0.92	26.0%	167.1	-0.92	-0.5%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.2	0.00	0.0%	2.2	0.45	25.7%	99.4	-0.45	-0.5%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.4	0.00	0.0%	2.3	0.47	26.2%	67.7	-0.47	-0.7%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	0.0%	1.0	0.20	25.8%	8.0	-0.20	-2.4%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	0.00	0.0%	1.1	0.22	25.8%	29.3	-0.22	-0.7%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.1	0.00	0.0%	1.2	0.24	26.2%	46.6	-0.24	-0.5%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	25.0	0.00	0.0%	1.3	0.26	26.1%	83.2	-0.26	-0.3%

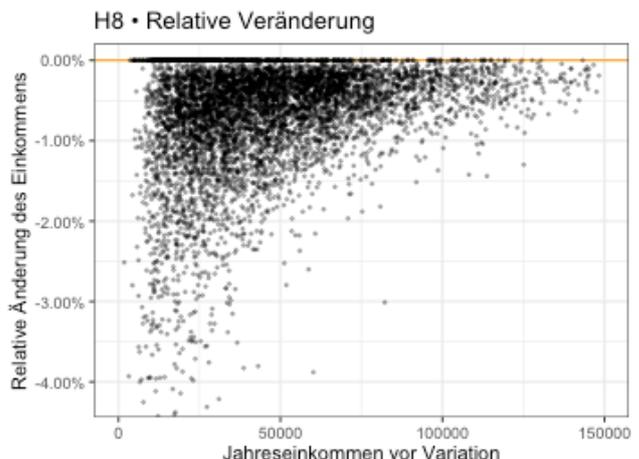
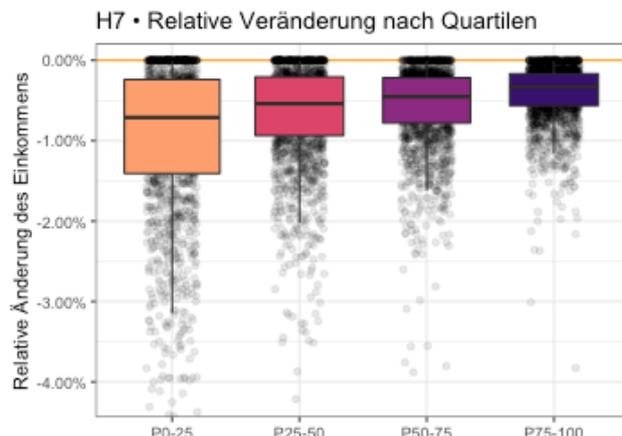
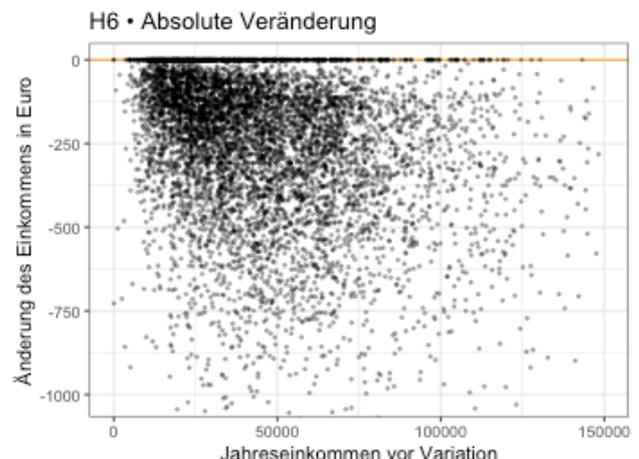
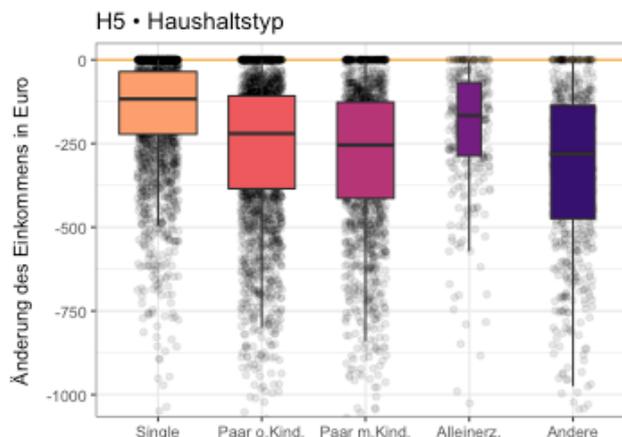
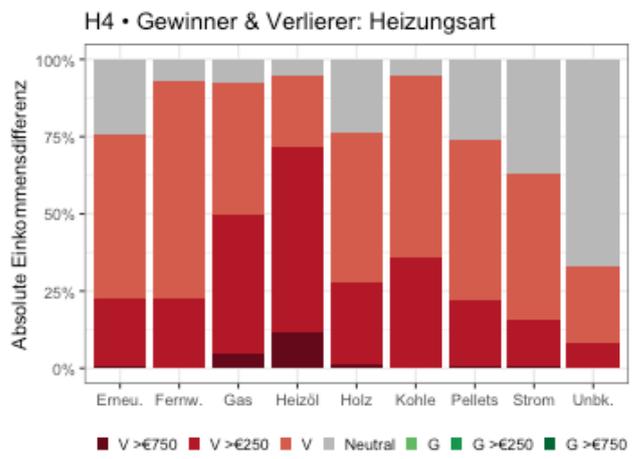
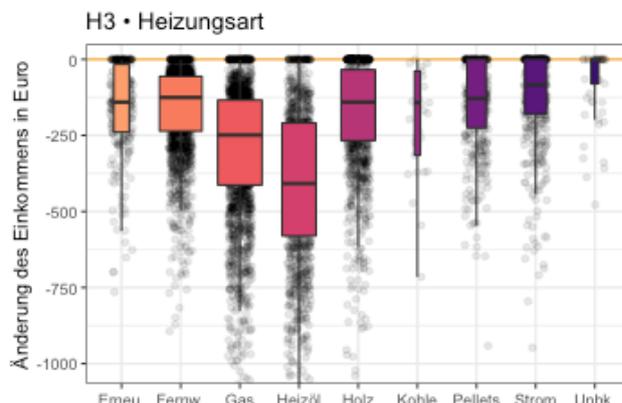
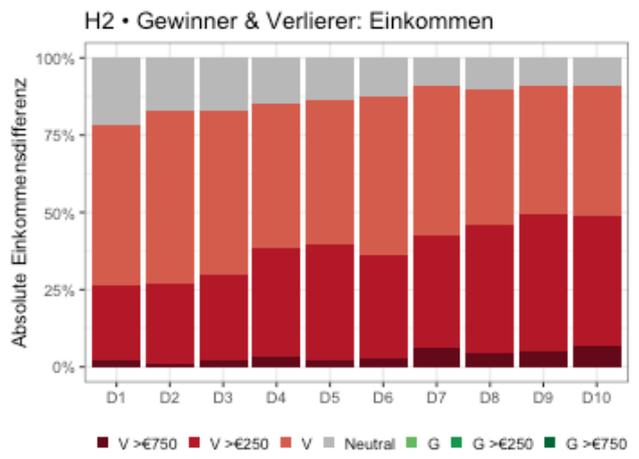
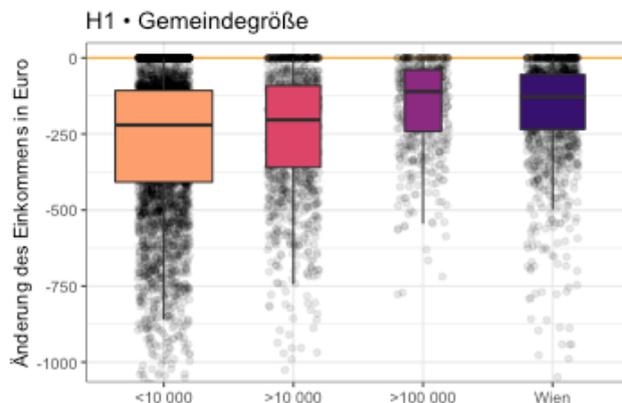
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	-108	-80	-122	Gini	51.90	40.01	40.19	0.18	0.00
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	-160	-117	-199	QSR	1079.34	16.05	16.59	0.54	0.03
Paar o.Kind.	-137	-110	-153	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	-79	-65	-87	Gini	42.40	26.72	26.82	0.10	0.00
Alleinerz.	-80	-67	-90	MW/P50	1.20	1.09	1.10	0.00	0.00
Andere	-86	-70	-95	QSR	16.71	4.05	4.08	0.03	0.01

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



# 150€/tCO<sub>2</sub> (Treib- und Heizstoffe) vs. Status Quo

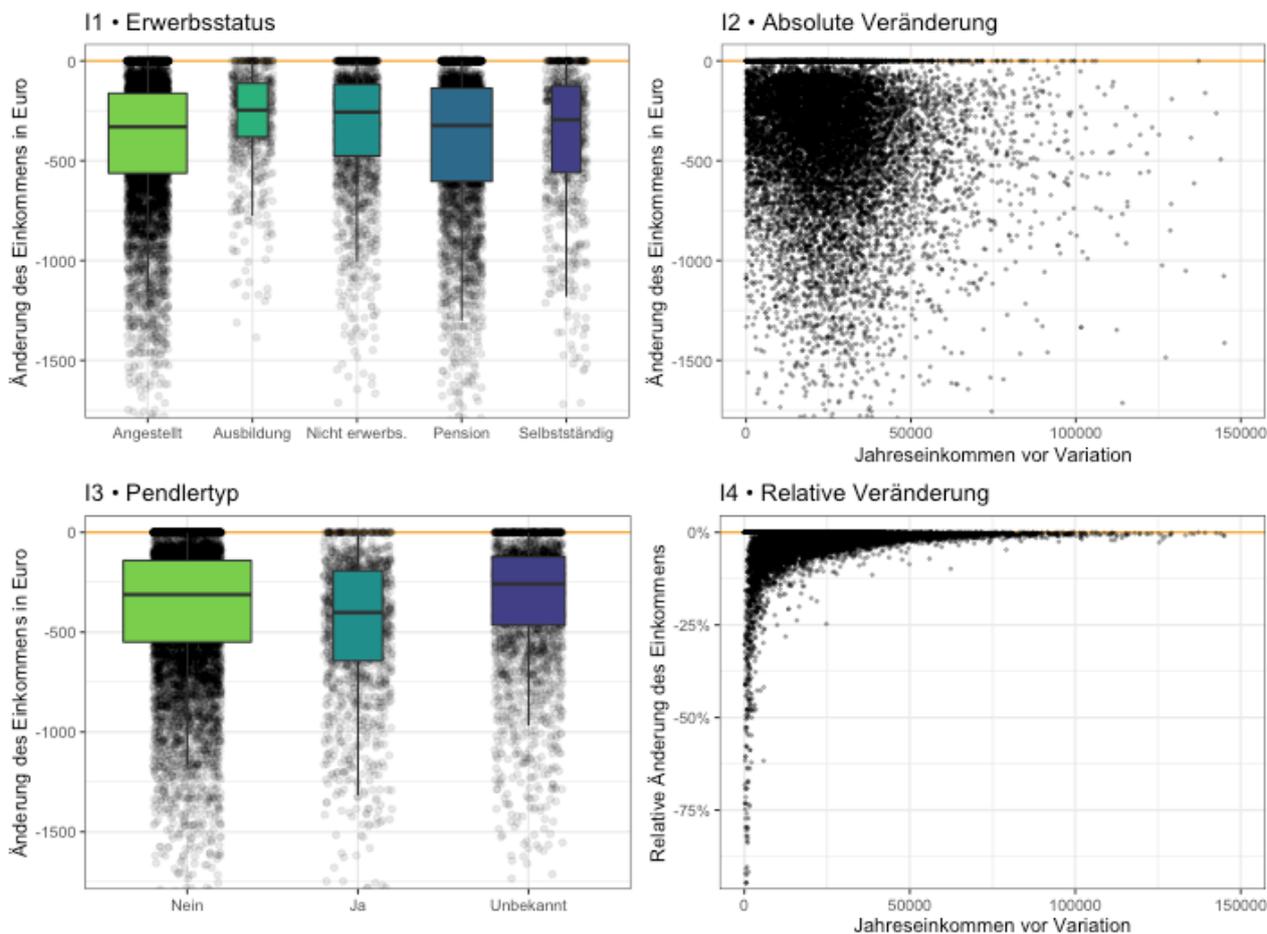
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.5	0.00	0.0%	6.3	2.75	78.0%	165.2	-2.75	-1.6%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.2	0.00	0.0%	3.1	1.35	77.2%	98.5	-1.35	-1.4%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.4	0.00	0.0%	3.2	1.40	78.7%	66.7	-1.40	-2.1%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	0.0%	1.3	0.59	77.5%	7.6	-0.59	-7.2%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	0.00	0.0%	1.5	0.65	77.4%	28.8	-0.65	-2.2%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.1	0.00	0.0%	1.7	0.73	78.6%	46.2	-0.73	-1.6%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	25.0	0.00	0.0%	1.8	0.78	78.3%	82.7	-0.78	-0.9%

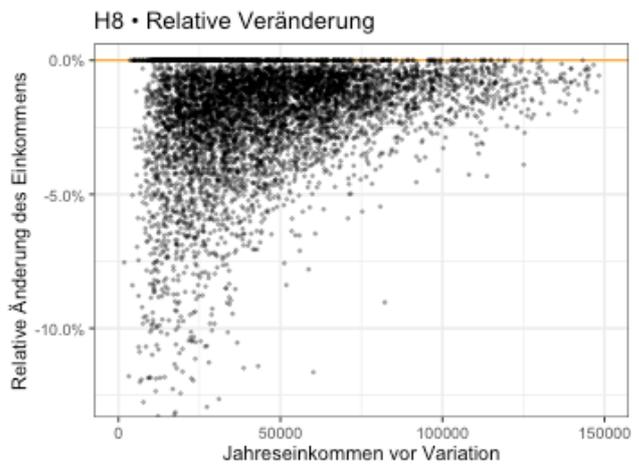
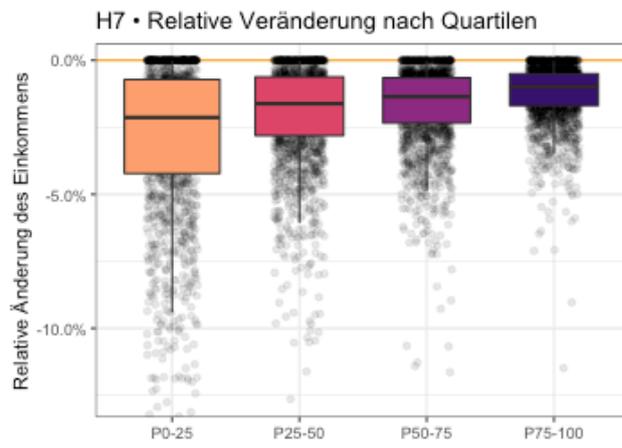
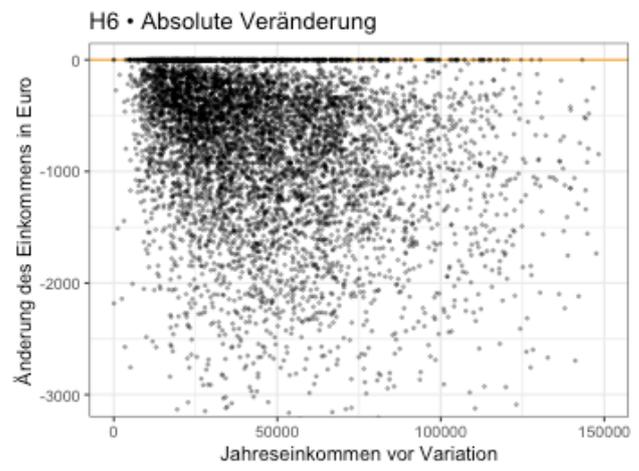
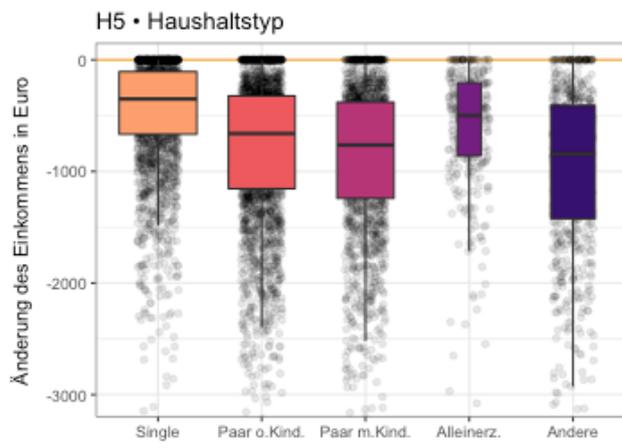
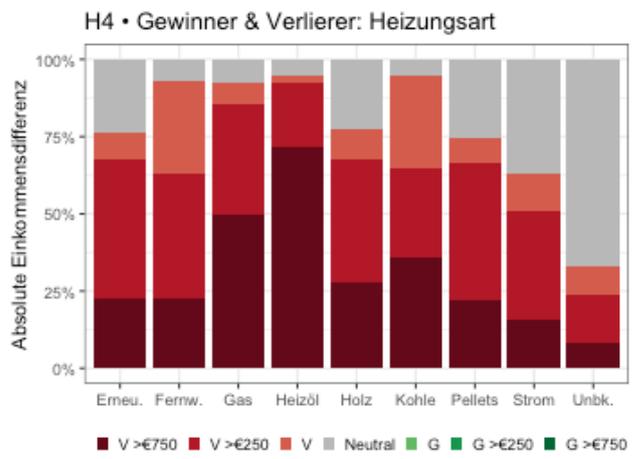
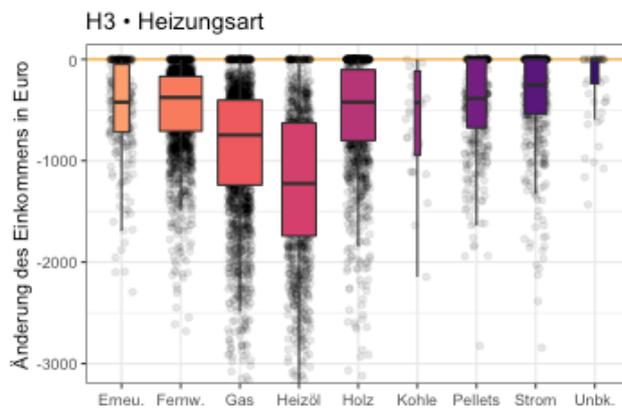
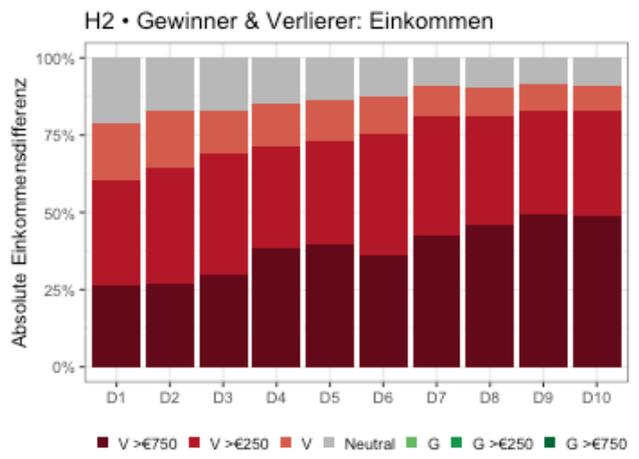
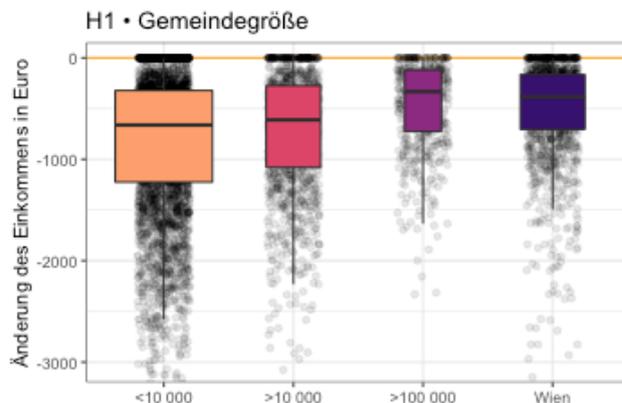
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	-325	-241	-366	Gini	51.90	40.01	40.57	0.57	0.01
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	-480	-351	-598	QSR	1079.34	16.05	17.79	1.74	0.11
Paar o.Kind.	-410	-330	-459	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	-238	-194	-260	Gini	42.40	26.72	27.03	0.31	0.01
Alleinerz.	-241	-200	-271	MW/P50	1.20	1.09	1.10	0.00	0.00
Andere	-258	-211	-285	QSR	16.71	4.05	4.13	0.08	0.02

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



## 5. Entlastungsmaßnahmen

Im folgenden Kapitel sollen unterschiedliche Entlastungsmaßnahmen diskutiert werden, welche aus den Einnahmen einer potenziellen CO<sub>2</sub>-Steuer finanziert werden könnten. Zu diesem Zweck wird von einem Szenario ausgegangen bei dem sowohl Treib- als auch Heizstoffe mit 50€ /tCO<sub>2</sub> besteuert werden (siehe Kapitel 4.4). Die dadurch generierten Steuereinnahmen belaufen sich auf ca. 920 Mio. Euro, welche für mögliche Rückvergütungsmaßnahmen zur Verfügung stehen. Bei der Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer in der Höhe von 150€ /tCO<sub>2</sub> würde ein Steueraufkommen in der Höhe von 2,8 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Die dementsprechenden Ergebnisse befinden sich im Appendix III.

Grundsätzlich wird davon abgeraten Staatseinnahmen, welche durch eine CO<sub>2</sub>-Steuer generiert werden für das allgemeine Budget, wie etwa in den Bereichen Verwaltung, Pensionen oder Gesundheit zu verwenden, da bei einer *erfolgreichen* Implementierung einer CO<sub>2</sub>-Steuer die Einnahmen durch die (erhofften) Verhaltensänderungen der Bevölkerung über den Zeitverlauf sinken. Der Einsatz der eingehobenen Steuermittel kann jedoch dazu dienen, den Transformationsprozess hin zu einem ökologischeren System (in den Bereichen Heizen und Transport) zu erleichtern und vulnerable oder besonders betroffene Personengruppen zu schützen.

Im folgenden Kapitel werden fünf mögliche Rückvergütungsszenarien diskutiert: die Einführung eines pauschalen und einkommensabhängigen *Ökobonus* (Kapitel 5.1), Erleichterungen im Sozialversicherungssystem durch die Senkung des KV-Beitragssatzes (Kapitel 5.2), Erleichterungen im Bereich Lohn- und Einkommenssteuer durch die Senkung der Steuertarifsätze und einer Anhebung der Negativsteuer (Kapitel 5.3.1 und 5.3.2), die Umgestaltung der Pendlerentlastung (Kapitel 5.4) und die Einführung eines bundesweiten Heizkostenzuschusses (Kapitel 5.5). Das Steueraufkommen in der Höhe von 920 Mio. Euro (bzw. 2,8 Mrd. Euro) wird dabei so weit wie möglich in vollem Umfang für die einzelnen Entlastungsmaßnahmen herangezogen, um die Vergleichbarkeit in Hinblick auf potenzielle Verteilungswirkungen zu erleichtern. Eine Ausnahme bildet sowohl die Umgestaltung der Pendlerentlastung, als auch die Einführung eines bundesweiten Heizkostenzuschusses. Diese beiden Maßnahmen sind aufgrund der relativ geringen Anzahl an betroffenen Personen nicht aufkommensneutral gestaltet. Für eine realitätsnahe und praktische Umsetzung dieser Entlastungen wäre ein Mix der einzelnen

Maßnahmen empfehlenswert, bei dem jeweils nur ein Teil des Steueraufkommens in eine Maßnahme fließt. Ein Vorschlag über einen möglichen Maßnahmenmix wird in Kapitel 5.6 diskutiert.

Um die Analyse der Verteilungswirkungen zu erleichtern, wird bei jedem Szenario sowohl die Veränderung zwischen der Einführung einer Rückvergütungsmaßnahme und einer bereits implementierten CO<sub>2</sub>-Steuer (“Wie wirkt die Entlastungsmaßnahme ‘isoliert betrachtet?’”), als auch für eine gleichzeitige Einführung der jeweiligen Rückvergütungsmaßnahme mit einer CO<sub>2</sub>-Steuer in der Höhe von 50€ /tCO<sub>2</sub> im Vergleich zum Status Quo betrachtet (“Was ist der Gesamteffekt der CO<sub>2</sub>-Steuer und der Entlastung ‘zusammen?’”). Ersteres wird in weiterer Folge mit **Sim1** abgekürzt und stellt die Verteilungswirkungen der Rückvergütungsmaßnahme in den Fokus, während zweiteres als **Sim2** bezeichnet wird und der Veranschaulichung der gleichzeitigen Simulation der CO<sub>2</sub>-Steuer und der jeweiligen Rückvergütungsmaßnahme dient.

## 5.1. Ökobonus

Ein pauschaler Betrag zur Rückführung der Einnahmen aus einer CO<sub>2</sub>-Steuer wurde schon von mehreren Seiten in die österreichische Debatte über eine ökosoziale Steuerreform eingebracht, etwa durch den (Ex-)Abgeordneten Bruno Rossmann im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage oder durch mehrere Studien des Wirtschaftsforschungsinstitutes oder des Budgetdienstes (Budgetdienst, 2019; Köppl, Schleicher und Schratzenstaller, 2019; Kirchner u. a., 2019). Die Ausführungen unterscheiden sich zum Teil in der Höhe des Pauschalbetrages oder dem Kreis der Anspruchsberechtigten, die Idee bleibt jedoch gleich: Durch einen pauschalen Rückvergütungsbetrag, welcher relativ betrachtet insbesondere Personen aus dem unteren Einkommenssegment zu Gute kommt, soll der (potentiell) regressiven Wirkung einer CO<sub>2</sub>-Steuer entgegenwirken. Personen, die sich die zusätzlichen Kosten einer CO<sub>2</sub>-Steuer nicht leisten können, ein zu geringes Einkommen für einen dauerhaften Umstieg auf alternative Heizarten oder Transportmittel aufweisen oder keine Möglichkeit haben ihr Konsumverhalten zu ändern, etwa aufgrund von fehlenden öffentlichen Verkehrsmitteln, können so entlastet werden.

Im folgenden Teil des Berichtes werden drei verschiedene Versionen eines möglichen Ökobonus diskutiert. Zunächst werden die Verteilungswirkungen eines Pauschalbetrages nur für erwachsene Personen, welche älter als 18 Jahre sind, analysiert. In einem weiteren Schritt wird auch ein Ökobonus mit Kinderzuschlag für Minderjährige diskutiert, wodurch Mehrbelastungen von Familien, etwa durch eine größere Wohnung, höhere Heizkosten oder Treibstoffausgaben, berücksichtigt werden sollen. In einem dritten Szenario wird die Möglichkeit eines einkommensabhängigen Ökobonus inklusive einem Pauschalbetrag für Kinder diskutiert, welcher niedrige und mittlere Einkommen stärker entlasten soll. Alle Szenarien werden aufkommensneutral gestaltet.

### 5.1.1. Ökobonus für alle Erwachsenen

**Aufkommen** Die Einführung einer Steuer in der Höhe von 50€ /tCO<sub>2</sub> ergibt ein Steueraufkommen von 920 Mio. Euro (siehe Kapitel 4.4). Wenn dieses Aufkommen gleichermaßen an alle erwachsenen Personen über 18 Jahren aufgeteilt wird, kann dieses in Form eines Pauschalbetrages in der Höhe von 131,8€ pro Person rückvergütet werden. Zunächst kann man bei der Analyse der Einkommensaggregate nach Quartilen erkennen, dass durch einen Pauschalbetrag für alle Erwachsenen *absolut* gesehen jedes Quartil im gleichen Ausmaß profitiert. Wenn man die Entlastung durch den Ökobonus jedoch *relativ* zum verfügbaren Einkommen betrachtet, sieht man, dass das Einkommen des untersten Quartils um 2.9% ansteigt, wäh-

rend das oberste Quartil nur im Ausmaß von 0,3% profitieren kann (siehe Sim1: Ökobonus vs. 50€ /tCO<sub>2</sub>).

Betrachtet man die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer gemeinsam mit der Rückvergütung durch den Ökobonus (siehe Sim2: Ökobonus vs. Status Quo) zeigt sich, dass bei diesem Szenario sowohl absolut (30 Mio. Euro) als auch anteilig am Einkommen (0,4%) insbesondere das unterste Quartil profitiert. Das oberste Quartil verliert hingegen in Summe 30 Mio. Euro - im Verhältnis zum gesamten verfügbaren Einkommen dieser Gruppe ist dieser Betrag jedoch relativ gering. Das verfügbare Einkommen des zweiten Quartils steigt um 10 Mio. Euro, während jenes des dritten Quartils um 10 Mio. Euro sinkt. Diese Kennzahlen deuten darauf hin, dass die Einführung eines Ökobonus der regressiven Wirkung einer CO<sub>2</sub>-Steuer entgegenwirken könnte. Aus diesem Grund zeigen auch die Verteilungsindikatoren eine leichte Reduktion der Einkommensungleichheit an. Da jedoch das gesamte Steueraufkommen aufkommensneutral und pauschal an alle erwachsenen Personen zurückfließt, sind diese Veränderungen relativ gering.

**Individualebene** Die Entlastung durch den Ökobonus beträgt pro Kopf und Jahr 108€ und im Median 132€ (Sim1). Wenn man gleichzeitig die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer berücksichtigt ergibt dies (aufgrund der Aufkommensneutralität) eine durchschnittliche Entlastung von 0€ pro Kopf und 20€ im Median. Bei den Grafiken auf der Individualebene lässt sich im Rahmen von Sim1 nur wenig erkennen, da jede erwachsene Person einen Pauschalbetrag in der Höhe von 131,8€ erhält, unabhängig von Erwerbsstatus oder Jahreseinkommen. Bei einer gemeinsamen Betrachtung mit der Einführung der CO<sub>2</sub>-Steuer (Sim2) sieht man jedoch, dass über alle Erwerbsgruppen hinweg zumindest die Hälfte der Personen von dieser Maßnahme profitieren können. Angestellte und PensionistInnen verzeichnen im Vergleich den kleinsten Anteil an Personen mit Einkommenszuwächsen, da diese überproportional von einer CO<sub>2</sub>-Steuer betroffen sind (siehe Sim2, Grafik I1). Während die Einkommenszuwächse mit der Höhe des Ökobonus gedeckelt sind, ist die Variation bei den Einkommensverlusten (je nach Heizart und Treibstoffverbrauch) relativ weitreichend. In diesem Szenario würde, trotz der Einführung eines Ökobonus, ein Viertel der Angestellten und ArbeiterInnen in etwa zwischen 50€ und 400€ bzw. ein Viertel der PensionistInnen in etwa zwischen 75€ und 400€ verlieren. Dies bedeutet aber auch, dass die im Rahmen einer ökosozialen Steuerreform erwünschten Anreizwirkungen bestehen bleiben. Individuelle Verluste können durch den Erhalt eines Pauschalbetrages dennoch deutlich gedämpft werden, insbesondere für Personen mit geringem Einkommen (siehe Sim2, Grafik I2).

**Haushaltsebene** Betrachtet man die Ergebnisse auf Haushaltsebene, kann man zunächst erkennen, dass Haushalte in kleineren Gemeinden mit unter 10 000 EinwohnerInnen am meisten profitieren, da hier tendenziell mehr Personen in einem Haushalt leben, während in Städten vermehrt Single-Haushalte zu verzeichnen sind (siehe Sim1, Grafik H1). Bei Betrachtung der gleichzeitigen Simulation des Ökobonus und einer CO<sub>2</sub>-Steuer (Sim2), kann man erkennen, dass ein Ökobonus nur bedingt die höheren Belastungen von Haushalten in ruralen Gebieten ausgleichen kann, da diese besonders hohe Treibstoffausgaben aufweisen (siehe Sim2 H1 bzw. Kapitel 4.1). Jene Personen, die in Städten mit über 100 000 Einwohnern bzw. in Wien wohnen, können größtenteils Einkommenszuwächse verzeichnen (fast Dreiviertel der Haushalte), da hier eine CO<sub>2</sub>-Steuer weniger stark ins Gewicht fällt.

Bei einer genaueren Analyse der Auswirkungen nach primärer Heizungsart (H3) zeigt sich, dass trotz Ökobonus, die Hälfte der Haushalte mit einem Heizsystem auf Basis von Gas und Dreiviertel jener Haushalte, die Heizöl für ihr Heizsystem verwenden, Einkommensverluste mit einer relativ weiten Spannbreite von bis zu 750€ erfahren. Andererseits können auch die Hälfte der Haushalte mit Gasheizung und ein Viertel der Haushalte mit Ölheizung Einkommenszuwächse verzeichnen. Eindeutige Profiteure eines solchen Szenarios sind jedoch Haushalte mit Heizsystemen auf Basis von erneuerbarer Energie, Holz, Pellets und Strom. Grafik H5 zeigt darüber hinaus die Auswirkungen in Hinblick auf den Haushaltstyp. Hier können insbesondere Haushalte, in denen mehrere erwachsene Personen leben, profitieren. Paarhaushalte mit Kindern und insbesondere alleinerziehende Personen steigen jedoch vergleichsweise schlecht aus. Auch die durchschnittliche Veränderung des verfügbaren Einkommens pro Kopf und Jahr nach Haushaltstyp unterstreicht dieses Ergebnis: Single-Haushalte und Paare ohne Kinder profitieren am meisten, während Paare mit Kindern und Alleinerziehende im Durchschnitt 78€ bzw. 74€ pro Kopf erhalten (Sim1).

Grafik H7 zeigt zudem die relative Änderung des Einkommens nach äquivalisierten Einkommensquartilen. Anhand dieser Grafik kann man sowohl in Sim1 als auch in Sim2 erkennen, dass der Ökobonus (relativ zum Einkommen) eine klar progressive Wirkung aufweist. Bei der gleichzeitigen Simulation einer CO<sub>2</sub>-Steuer (Sim2) zeigt sich, dass der Median der relativen Einkommensveränderung im ersten und zweiten Quartil über Null liegt, während im dritten und vierten Quartil in etwa gleich viele Haushalte Einkommen verlieren als auch dazugewinnen. Auffällig ist jedoch die hohe Streuung im untersten Quartil, während in den oberen äquivalisierten Einkommensquartilen die Belastung durch eine CO<sub>2</sub>-Steuer bzw. die Entlastung durch einen Ökobonus im Verhältnis zum Einkommen geringer ausfällt.

**Gewinner & Verlierer** Ein Blick auf Grafik H2 (Sim2), welche auf die Gewinner- und Verliererhaushalte je nach äquivalisierten Einkommensdezil hindeutet, zeigt, dass durch einen Ökobonus der Anteil der Verliererhaushalte, im Vergleich zu einer CO<sub>2</sub>-Steuer ohne Rückvergütungsmaßnahme (siehe Kapitel 4.4), deutlich reduziert wird. Durch die Rückführung der Steuereinnahmen in Form eines Pauschalbetrages für alle erwachsenen Personen, können auch alle Einkommensdezile (absolut betrachtet) in einem relativ ähnlichen Ausmaß profitieren. Mehr als die Hälfte aller Haushalte verzeichnet Einkommenszugewinne von über 10€ oder keine Einkommensveränderung. Tendenziell ist der Anteil der Verliererhaushalte in den oberen Dezilen (mit knapp unter 50%) jedoch höher als jener in den untersten äquivalisierten Einkommensdezilen, wo der Anteil der Verliererhaushalte bei ca. 30% liegt. Der Anteil der Gewinnerhaushalte mit Zugewinnen von über 250€ ist relativ gleich über die Einkommensgruppen verteilt, während der Anteil der Haushalte mit höheren Einkommensverlusten eher in den mittleren und oberen Einkommensdezilen zu verzeichnen sind, da diese etwas stärker von einer CO<sub>2</sub>-Steuer betroffen sind. In Grafik H4 (Sim2) wird zudem der Anteil der Gewinner und Verlierer nach Heizungsart dargestellt. Hier zeigt sich ein ähnliches Bild, wie in Grafik H3: Besonders belastet sind jene Haushalte die primär mit Heizöl oder Gas heizen. Fast 75% der Haushalte, die ein Heizsystem auf Basis von Heizöl verwenden, verlieren über 250€ pro Jahr und auch bei jenen Haushalten, die primär mit Gas heizen, beträgt dieser Anteil in etwa 50%. Haushalte die mit erneuerbaren Energieformen, Fernwärme, Holz, Pellets und Strom heizen weisen hingegen hohe Anteile an Gewinnerhaushalten auf.

**50€ vs. 150€/tCO<sub>2</sub>** Die Simulationsergebnisse für eine CO<sub>2</sub>-Steuer in der Höhe von 150€/tCO<sub>2</sub> und die Rückvergütung in Form eines Ökobonus in der Höhe von 2,8 Mrd. Euro befindet sich im Appendix (Kapitel III). Der Ökobonus erhöht sich in diesem Szenario auf 395€ pro Erwachsenen. Die Ergebnisse bleiben in ihrer grundsätzlichen Verteilungswirkung relativ ähnlich wie jene die in diesem Kapitel bereits besprochen wurden. Einzig die Höhe der Belastung durch die CO<sub>2</sub>-Steuer und die Entlastung durch den Ökobonus verdreifachen sich durch solch eine erhöhte CO<sub>2</sub>-Bepreisung. In weiterer Folge erhöhen sich auch die Anteile der Verlierer- und Gewinnerhaushalte von +/- 250€ bzw. +/- 750€.

# Ökobonus vs. 50€/tCO<sub>2</sub> (Treib- und Heizstoffe)

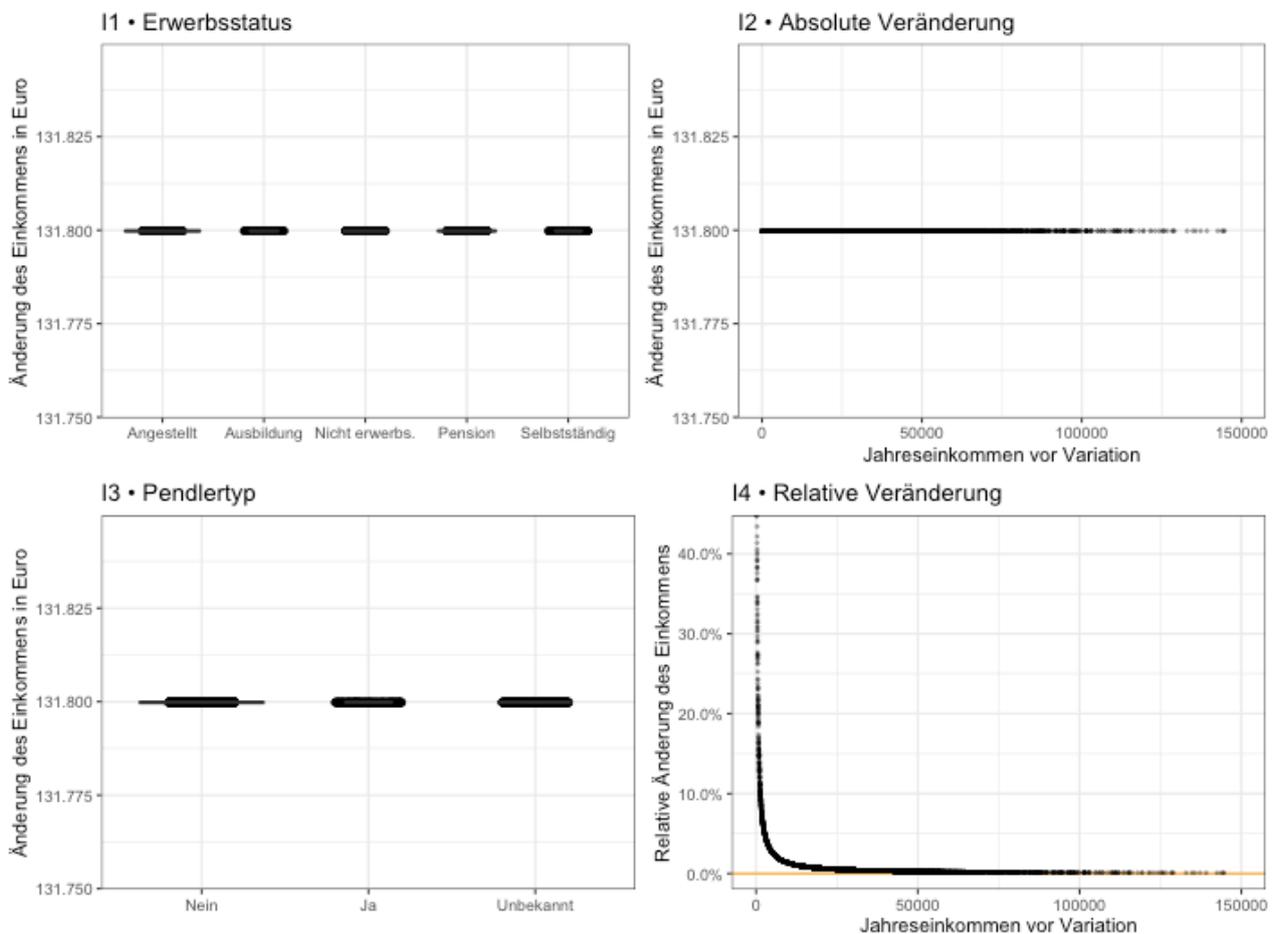
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto		Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchsteuer			Verfüg. Einkommen		
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.5	0.00	0.0%	4.5	0.00	0.0%	168.0	0.92	0.5%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.2	0.00	0.0%	2.2	0.00	0.0%	99.9	0.44	0.4%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.4	0.00	0.0%	2.3	0.00	0.0%	68.1	0.47	0.7%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	0.0%	1.0	0.00	0.0%	8.2	0.23	2.9%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	0.00	0.0%	1.1	0.00	0.0%	29.5	0.23	0.8%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.1	0.00	0.0%	1.2	0.00	0.0%	46.9	0.23	0.5%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	24.9	0.00	0.0%	1.3	0.00	0.0%	83.4	0.23	0.3%

## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

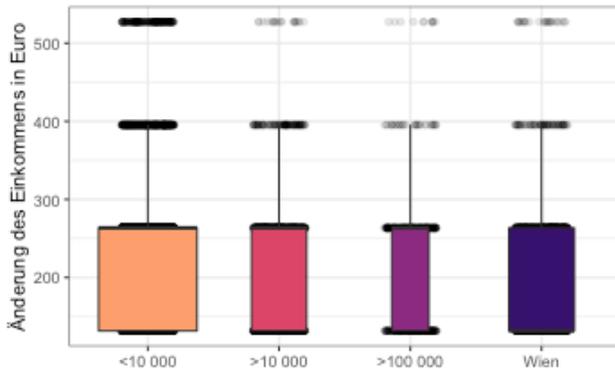
Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	108	132	108	Gini	51.90	40.19	39.97	-0.22	-0.01
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	132	132	132	QSR	1079.34	16.59	15.95	-0.64	-0.04
Paar o.Kind.	132	132	132	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	78	66	78	Gini	42.40	26.82	26.69	-0.13	0.00
Alleinerz.	74	66	74	MW/P50	1.20	1.10	1.10	0.00	0.00
Andere	117	132	117	QSR	16.71	4.08	4.05	-0.03	-0.01

## Effekte auf Individualebene

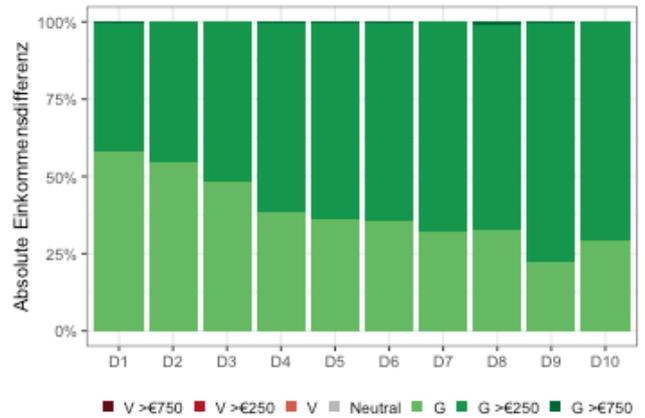


# Effekte auf Haushaltsebene

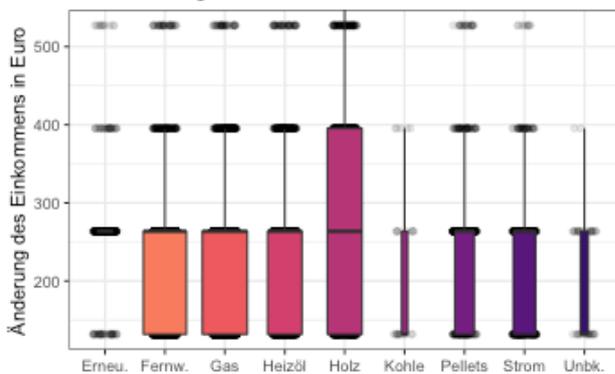
## H1 • Gemeindegröße



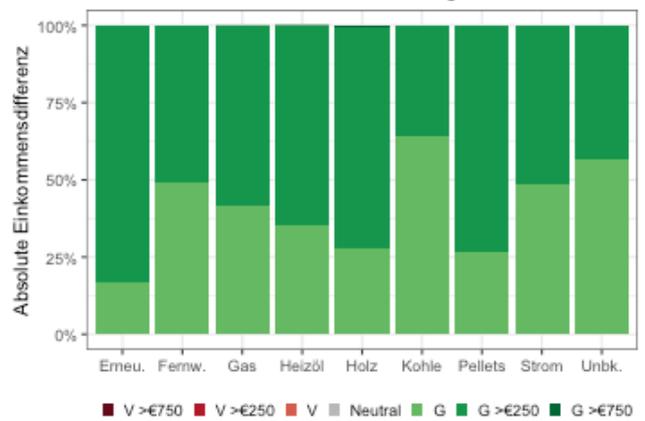
## H2 • Gewinner & Verlierer: Einkommen



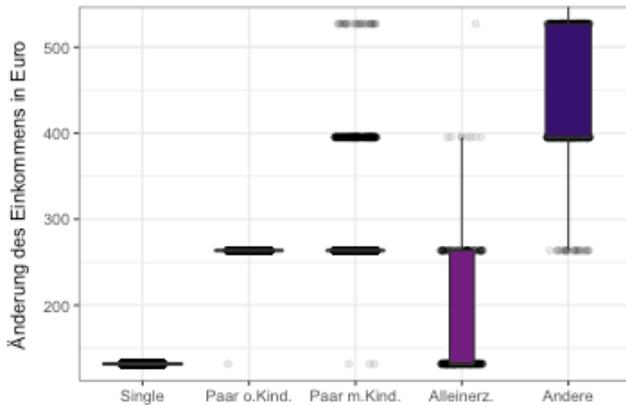
## H3 • Heizungsart



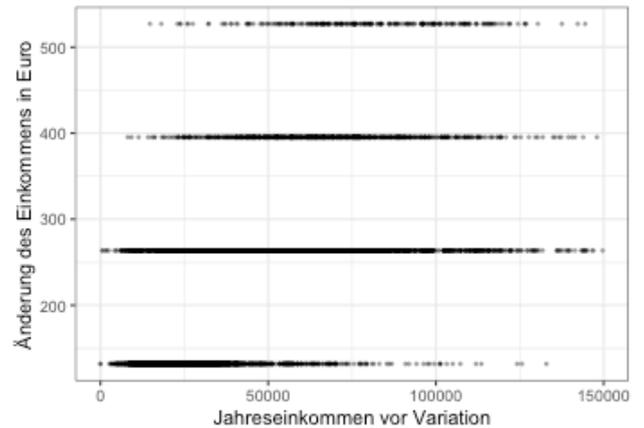
## H4 • Gewinner & Verlierer: Heizungsart



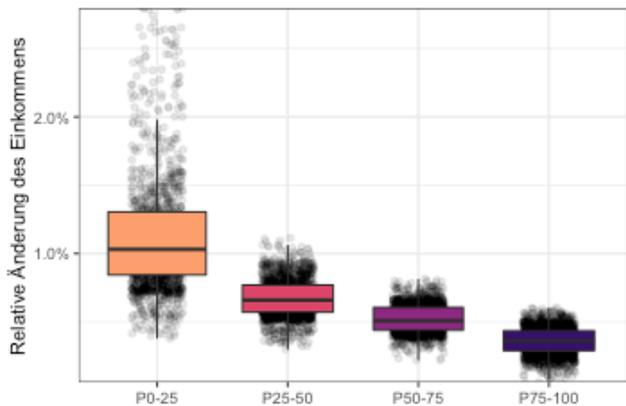
## H5 • Haushaltstyp



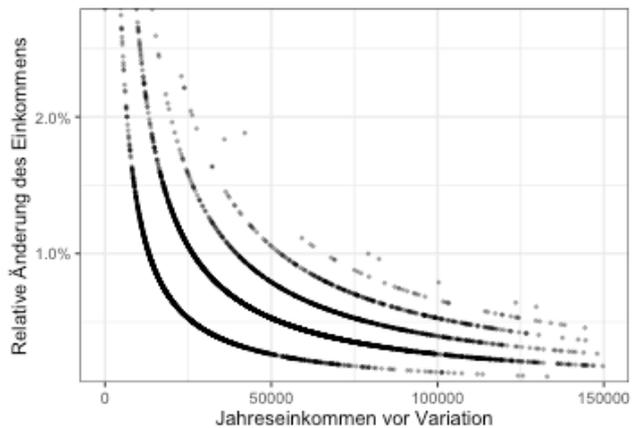
## H6 • Absolute Veränderung



## H7 • Relative Veränderung nach Quartilen



## H8 • Relative Veränderung



# Ökobonus vs. Status Quo

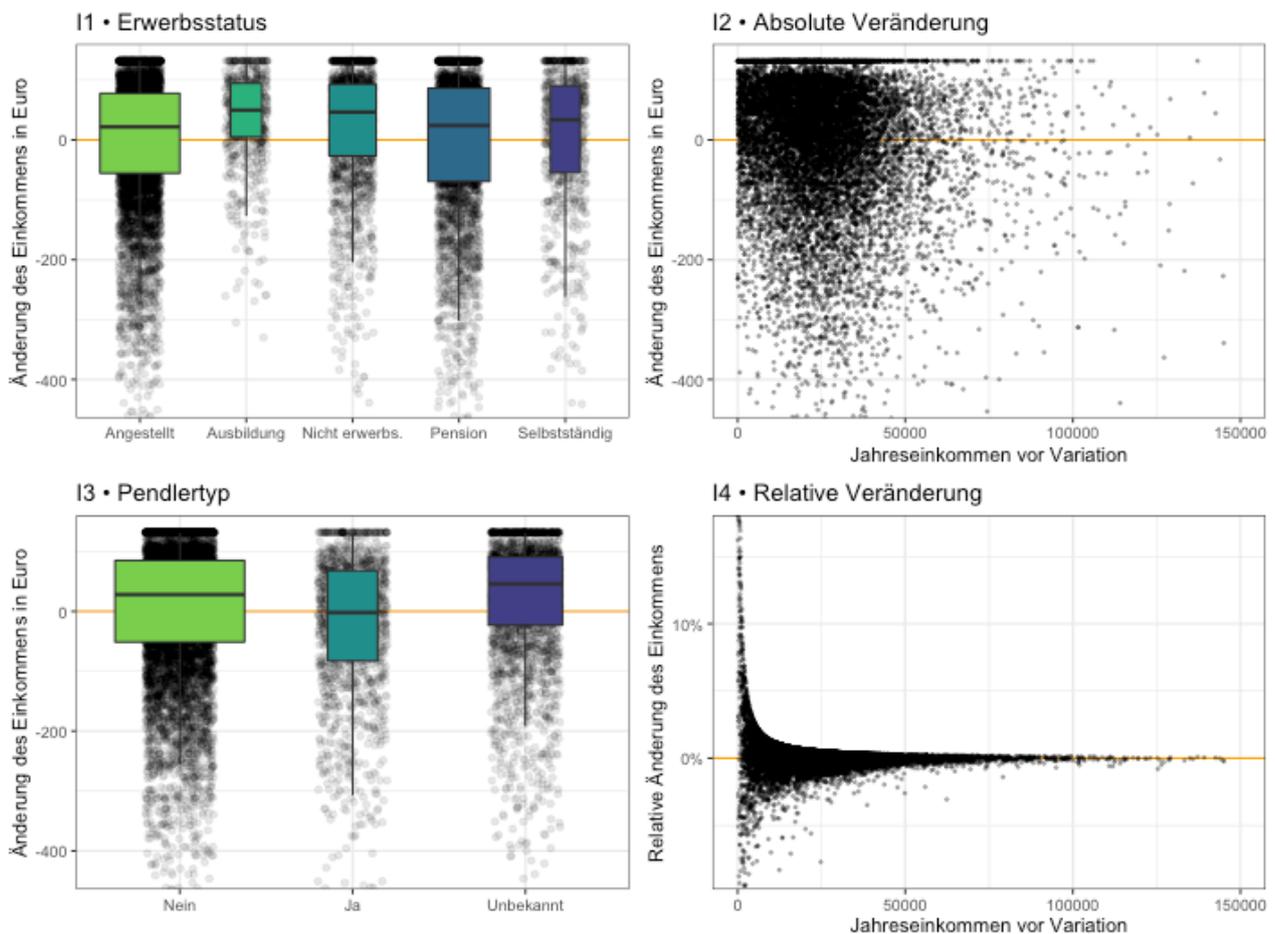
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung			Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen		
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.5	0.00	0.0%	4.5	0.92	26.0%	168.0	0.00	0.0%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.2	0.00	0.0%	2.2	0.45	25.7%	99.9	-0.01	0.0%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.4	0.00	0.0%	2.3	0.47	26.2%	68.1	0.01	0.0%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	0.0%	1.0	0.20	25.8%	8.2	0.03	0.4%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	0.00	0.0%	1.1	0.22	25.8%	29.5	0.01	0.0%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.1	0.00	0.0%	1.2	0.24	26.2%	46.9	-0.01	0.0%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	25.0	0.00	0.0%	1.3	0.26	26.1%	83.4	-0.03	0.0%

## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

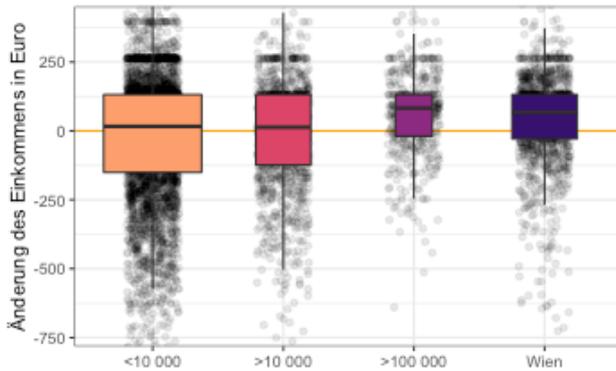
Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	0	20	0	Gini	51.90	40.01	39.97	-0.04	0.00
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	-28	15	-28	QSR	1079.34	16.05	15.95	-0.10	-0.01
Paar o.Kind.	-5	22	-5	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	-1	11	-1	Gini	42.40	26.72	26.69	-0.03	0.00
Alleinerz.	-6	-1	-6	MW/P50	1.20	1.09	1.10	0.00	0.00
Andere	31	45	31	QSR	16.71	4.05	4.05	0.00	0.00

## Effekte auf Individualebene

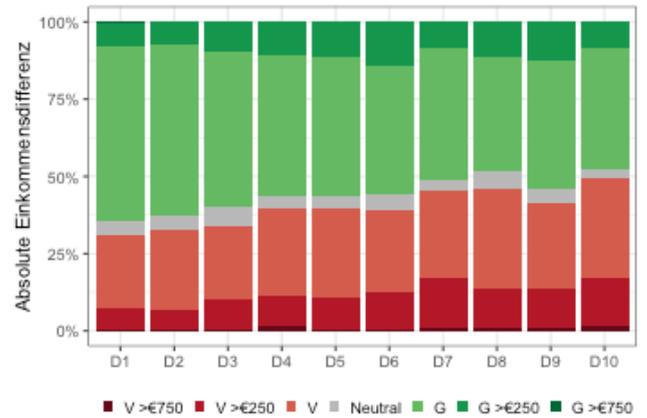


# Effekte auf Haushaltsebene

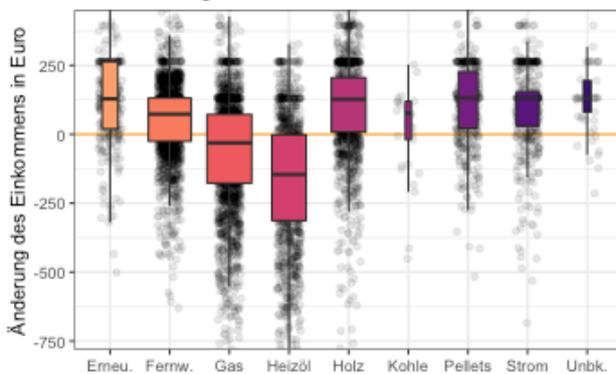
H1 • Gemeindegröße



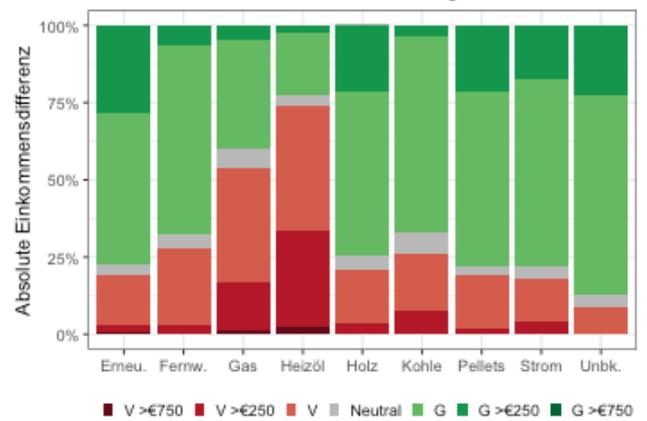
H2 • Gewinner & Verlierer: Einkommen



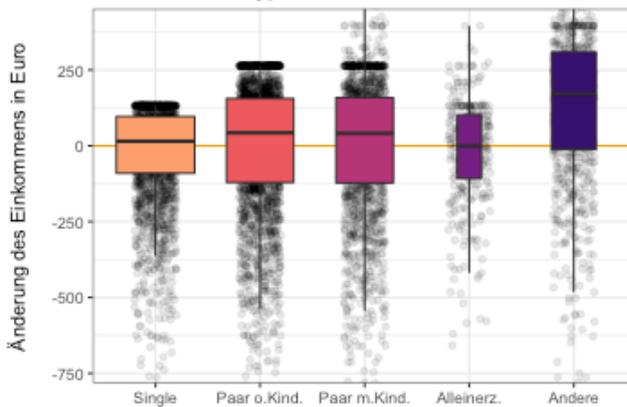
H3 • Heizungsart



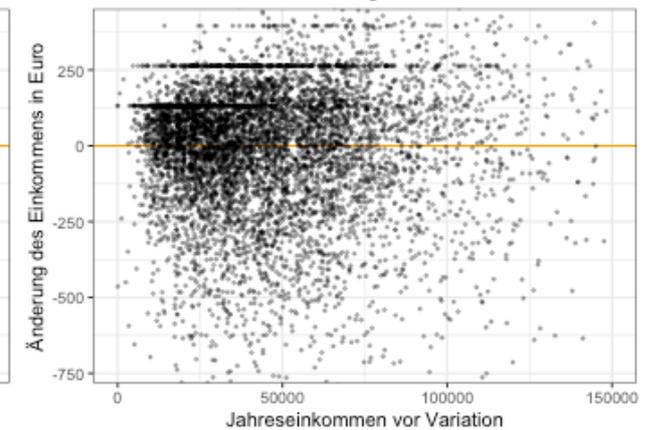
H4 • Gewinner & Verlierer: Heizungsart



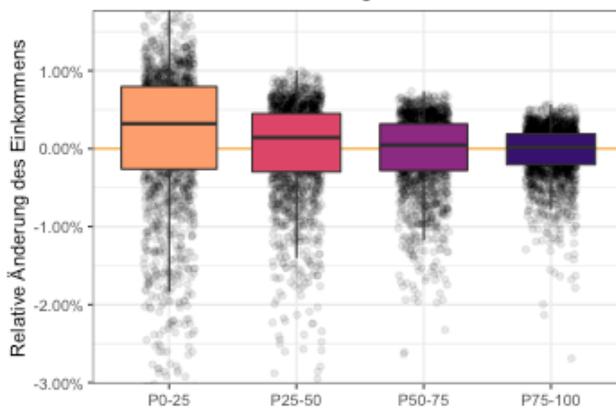
H5 • Haushaltstyp



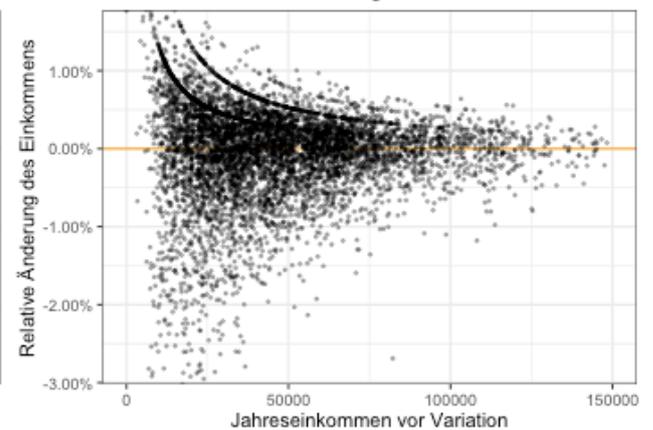
H6 • Absolute Veränderung



H7 • Relative Veränderung nach Quartilen



H8 • Relative Veränderung



### 5.1.2. Ökobonus mit Kinderzuschlag

**Aufkommen** Um Mehrbelastungen von Familien zu berücksichtigen wurde im Rahmen dieses Szenarios ein Ökobonus für erwachsene Personen mit Kinderzuschlag für unter 18-jährige Haushaltsmitglieder simuliert. Da auch diese Rückvergütungsmaßnahme aufkommensneutral gestaltet wurde, fällt der Ökobonus für erwachsene Personen ohne Kinder mit 119€ etwas geringer aus als jener Betrag der im Rahmen des Ökobonus (nur) für Erwachsene diskutiert wurde (131,8€). In diesem Szenario erhalten jedoch Haushalte in denen unter 18-jährige Personen leben einen zusätzlichen Betrag in der Höhe von 59,5€ pro Kind<sup>1</sup>. Der Kinderzuschlag wird zu gleichen Teilen zwischen den erwachsenen Personen im Haushalt aufgeteilt. Bei der Analyse der Einkommensaggregate nach Quartilen zeigt sich ein ähnliches Bild wie in Kapitel 5.1.1. Auch im Rahmen dieser Variante zeichnet sich eine progressive Wirkung des Ökobonus ab, wobei es, aufgrund der unterschiedlichen Haushaltszusammensetzungen in den Quartilen, zu kleineren Verschiebungen kommt. Dadurch kann das dritte Einkommensquartil etwas weniger profitieren als bei einer Variante ohne Kinderzuschlag (siehe Sim2). Zudem zeigen auch bei dieser Form des Ökobonus die Verteilungsmaße einen leichten Rückgang der Ungleichheit an. Aufgrund des Kinderzuschlages fällt die Reduktion des Gini-Koeffizienten auf Haushaltsebene minimal höher und jener auf Individualebene minimal kleiner aus als bei einem Ökobonus nur für Erwachsene.

**Individualebene** Die Entlastung durch den Ökobonus mit Kinderzuschlag beträgt pro Kopf und Jahr 108€ und im Median 119€ (Sim1). Wenn man gleichzeitig die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer berücksichtigt ergibt dies (aufgrund der Aufkommensneutralität) eine durchschnittliche Entlastung von 0€ pro Kopf und 27€ im Median. Deutlich wird auch die Entlastung der Paarhaushalte mit Kinder und Alleinerziehenden bei einer Analyse der Einkommensänderungen pro Kopf nach Haushaltstyp (Sim2): Während bei einem Ökobonus ohne Kinderzuschlag und der gleichzeitigen Simulation einer CO<sub>2</sub>-Steuer Familienhaushalte und Alleinerziehende im Durchschnitt Einkommen verlieren, gewinnen diese bei einer Variante mit Kinderzuschlag im Schnitt 15€ bzw. 13€ pro Kopf dazu (Sim2). Auch bei der Analyse der Grafiken auf Personenebene kann man im Rahmen von Sim1 aufgrund des Kinderzuschlages nun mehr Variation erkennen. In Abbildung I1 (Sim1) wird die individuelle Einkommensänderung nach Erwerbsstatus dargestellt und es zeigt sich, dass insbesondere angestellte Personen von einem Ökobonus mit Kinderzuschlag profitieren, während für PensionistInnen und Personen in Ausbildung die Beträge etwas geringer ausfallen als bei Variante nur für Erwachsene. Betrachtet man die Einführung des Ökobonus mit Kinderzuschlag gemeinsam mit der Einführung einer

---

<sup>1</sup>Dieser Betrag entspricht der Hälfte des Ökobonus für erwachsene Personen.

CO<sub>2</sub>-Steuer (siehe Sim2) zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei einem Ökobonus ohne Kinderzuschlag: Über alle Erwerbsgruppen hinweg gewinnen über 50% der Individuen Einkommen dazu. In diesem Szenario können aufgrund des Kinderzuschlages jedoch angestellte Personen etwas mehr profitieren, während ein höherer Anteil der PensionistInnen Einkommensverluste verzeichnet. Bei einer Auswertung nach Pendlertyp zeigt sich wiederum, dass ein größerer Anteil (in etwa die Hälfte) der PendlerInnen aufgrund der höheren Treibstoffausgaben Einkommensverluste verzeichnet. Dies bedeutet in weiterer Folge auch, dass potentielle Anzeigeeffekte im Rahmen einer ökosozialen Steuerreform gewahrt bleiben können.

**Haushaltsebene** Auf der Haushaltsebene zeigt sich, dass im Rahmen dieses Szenarios Haushalte in kleineren Gemeinden mit unter 100 000 EinwohnerInnen am meisten profitieren können (siehe Sim1, Grafik H1), da es in ruralen Gebieten tendenziell größere Haushalte mit mehr Kindern gibt. Bei einer gemeinsamen Betrachtung des Ökobonus mit Kinderzuschlag und der Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer kann man jedoch erkennen, dass in Städten mit über 100 000 EinwohnerInnen ein größerer Anteil der Haushalte Einkommenszuwächse verzeichnet, da hier die Steuerbelastung (insbesondere aufgrund der niedrigeren Treibstoffausgaben) geringer ausfällt (Kapitel 4.1). Bei einer Betrachtung der Auswirkungen nach primärer Heizungsart (H3) zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei der Simulation eines Ökobonus ohne Kinderzuschlag: Ein großer Anteil der Haushalte mit einem Heizungssystem auf Basis von Gas und Heizöl verzeichnet Einkommensverluste (mit einer hohen Spannweite von bis zu 750€), während mehr als die Hälfte (in manchen Fällen sogar über Dreiviertel) jener Haushalte, die mit erneuerbaren Energieformen, Holz, Pellets und Strom heizen, Einkommen dazugewinnt. Insbesondere Haushalte, die Holz oder Pellets verwenden, können in diesem Szenario profitieren.

Grafik H5 bildet die Änderung des Einkommens für unterschiedliche Haushaltstypen ab. Es zeigt sich, dass Single- und Paarhaushalte in diesem Szenario am wenigsten profitieren können, da in etwa die Hälfte dieser Haushalte Einkommensverluste verzeichnen. Durch die Implementierung eines Kinderzuschlages können Paarhaushalte mit Kindern und insbesondere AlleinerzieherInnen nun mehr profitieren als bei einem Ökobonus ohne Kinderzuschlag. Während bei einem Ökobonus nur für Erwachsene noch in etwa die Hälfte der alleinerziehenden Personen Einkommensverluste verzeichnen mussten, profitieren nun fast Dreiviertel der AlleinerzieherInnen, trotz der Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer, von dieser Maßnahme. Im Durchschnitt erhalten Paare mit Kindern und Alleinerziehende nun 95€ bzw. 93€ pro Kopf und Jahr (in etwa 20€ mehr als bei einem Szenario ohne Kinderzuschlag). Grafik H7 gibt zudem wiederum die relative Einkommensveränderung nach äquivalisierten Einkommensquartilen wieder und zeigt die relative, progressive Wirkung dieser Ökobonusvariante.

**Gewinner & Verlierer** Abbildung H2 (Sim2) stellt den Anteil der Gewinner- und Verliererhaushalte nach äquivalisierten Einkommensdezilen dar und zeigt, dass auch durch die Einführung eines Ökobonus mit Kinderzuschlag ein Anteil an Gewinnerhaushalten von über 50% über alle Einkommensdezile hinweg erzielt werden kann. Im Vergleich zu einem Ökobonus ohne Kinderzuschlag verändert sich hier wenig: Tendenziell finden sich in den oberen äquivalisierten Einkommensdezilen mehr Verliererhaushalte als in den unteren Einkommensgruppen. Grafik H4 (siehe Sim2) zeigt zudem den Anteil der Gewinner- und Verliererhaushalte nach primärer Heizungsart – mit einem ähnlichen Ergebnis wie in Abbildung H3 und Kapitel 5.1.1. In etwa 75% der Haushalte die ein Heizsystem auf Basis von Heizöl verwenden und ca. 50% der Haushalte die primär mit Gas heizen verzeichnen Einkommensverluste, während über 75% jener Haushalte, die mit erneuerbaren Energieformen, Fernwärme, Holz, Pellets oder Strom heizen, Einkommen dazugewinnen.

**50€ vs. 150€/tCO<sub>2</sub>** Die Simulationsergebnisse für eine CO<sub>2</sub>-Steuer in der Höhe von 150€/tCO<sub>2</sub> und die Rückvergütung in Form eines Ökobonus mit Kinderzuschlag in der Höhe von 2,8 Mrd. Euro befindet sich im Appendix (Kapitel III). Der Ökobonus erhöht sich somit auf 357€ pro Erwachsenen und 178€ pro Kind. Abbildung H2 zeigt wiederum, dass insbesondere Personen in den oberen Einkommensdezilen einen höheren Verliereranteil aufweisen, sowohl insgesamt als auch jener Anteil der Haushalte die über 750€ an Einkommen verlieren. Dieser Effekt wird durch die höheren Pauschalbeträge verstärkt. Selbiges gilt für Haushalte die primär mit Gas oder Heizöl heizen: Hier steigt der Anteil der Haushalte mit Einkommensverlusten von über 750€ auf ca. 13% bzw. 30% an (siehe Sim2 H4).

Diese Seite wurde absichtlich leer gelassen.

# Ökobonus mit Kinderzuschlag vs. 50€/tCO<sub>2</sub> (Treib- und Heizstoffe)

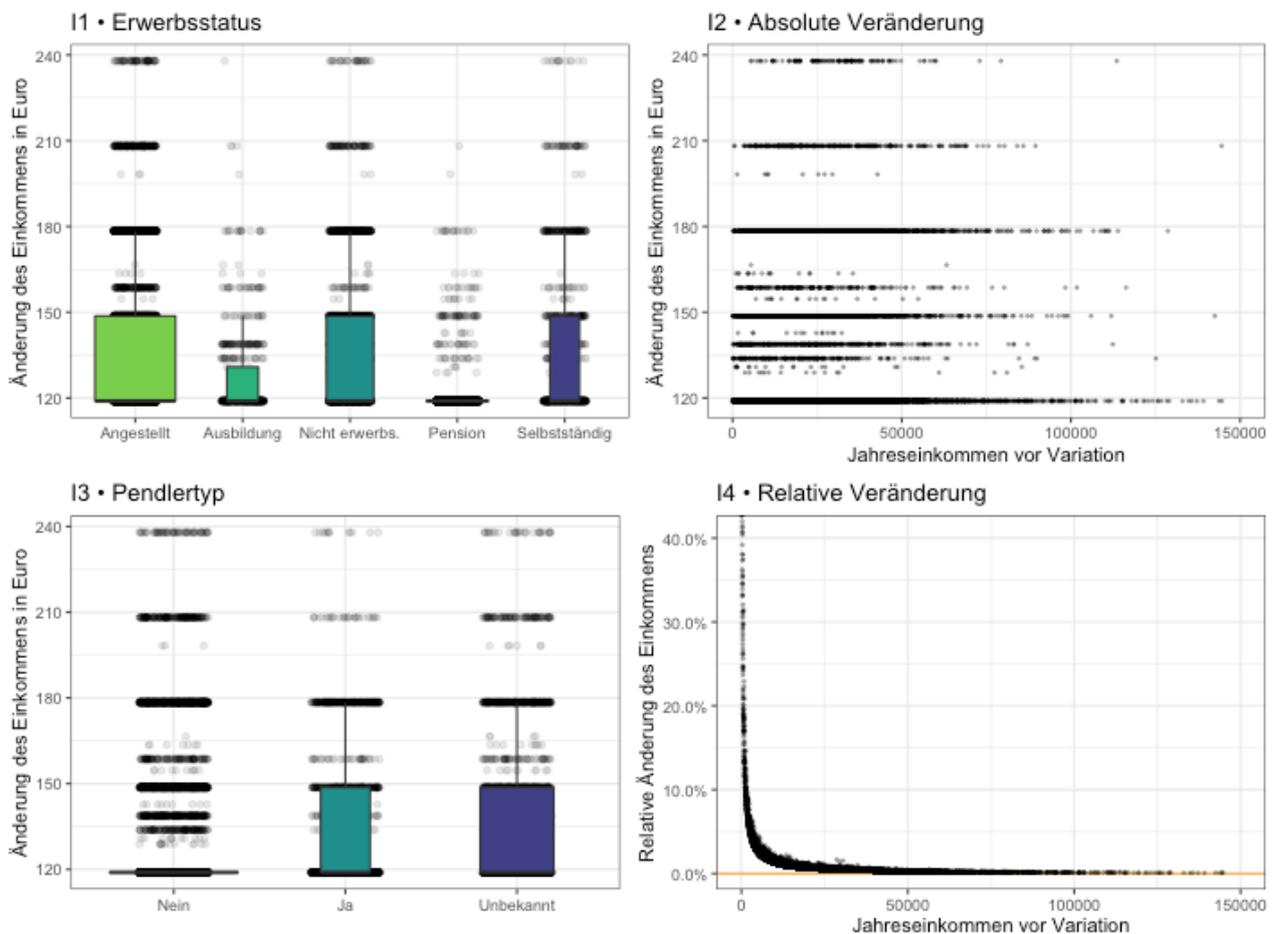
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchsteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.5	0.00	0.0%	4.5	0.00	0.0%	168.0	0.92	0.5%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.2	0.00	0.0%	2.2	0.00	0.0%	99.9	0.44	0.4%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.4	0.00	0.0%	2.3	0.00	0.0%	68.2	0.48	0.7%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	0.0%	1.0	0.00	0.0%	8.2	0.23	2.8%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	0.00	0.0%	1.1	0.00	0.0%	29.5	0.23	0.8%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.1	0.00	0.0%	1.2	0.00	0.0%	46.9	0.23	0.5%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	24.9	0.00	0.0%	1.3	0.00	0.0%	83.4	0.24	0.3%

## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

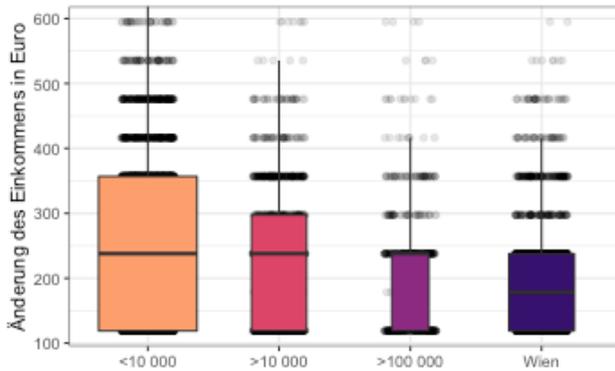
Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	108	119	108	Gini	51.90	40.19	39.98	-0.21	-0.01
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	119	119	119	QSR	1079.34	16.59	15.93	-0.66	-0.04
Paar o.Kind.	119	119	119	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	95	89	95	Gini	42.40	26.82	26.68	-0.14	-0.01
Alleinerz.	93	89	93	MW/P50	1.20	1.10	1.09	0.00	0.00
Andere	112	119	112	QSR	16.71	4.08	4.04	-0.04	-0.01

## Effekte auf Individualebene

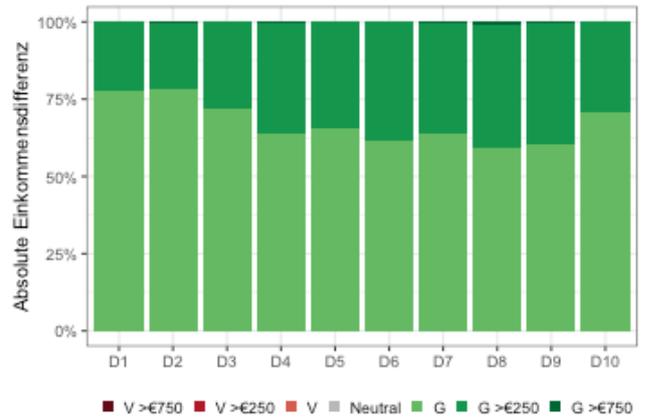


# Effekte auf Haushaltsebene

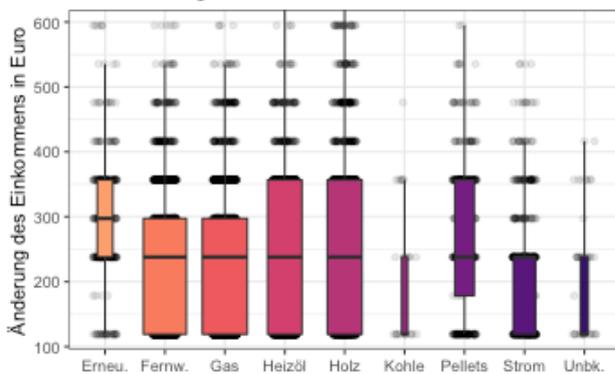
## H1 • Gemeindegröße



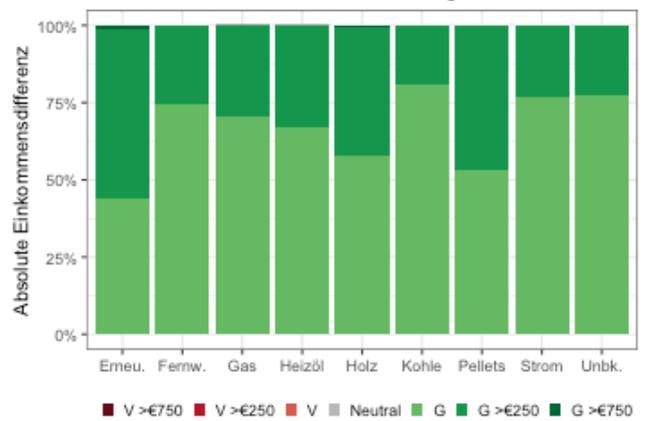
## H2 • Gewinner & Verlierer: Einkommen



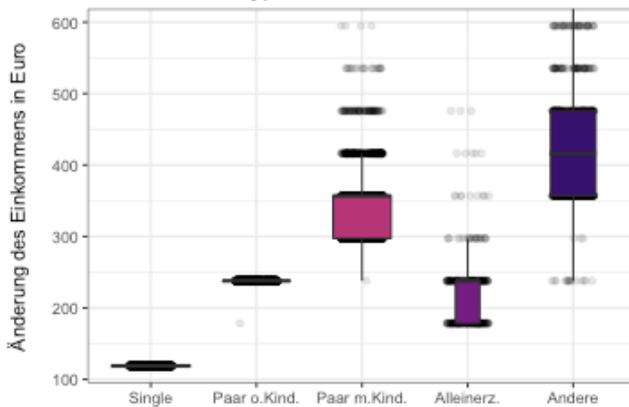
## H3 • Heizungsart



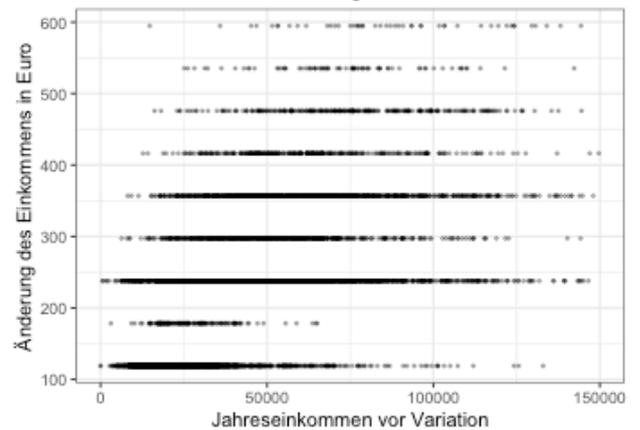
## H4 • Gewinner & Verlierer: Heizungsart



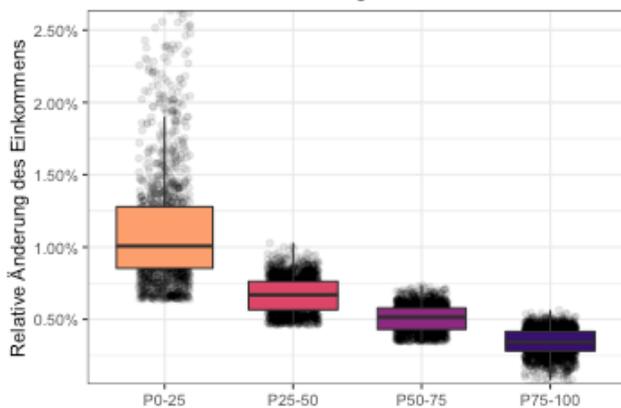
## H5 • Haushaltstyp



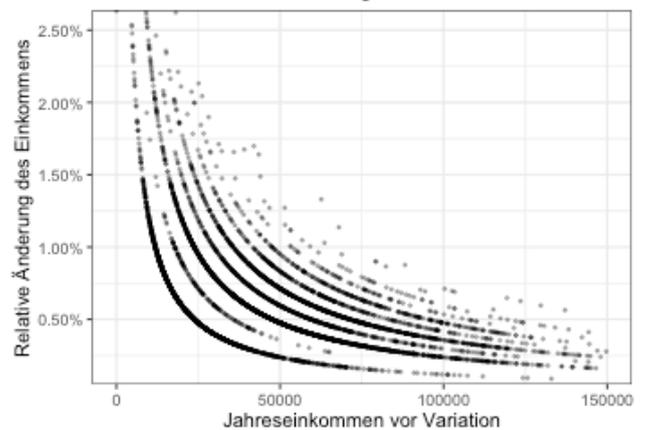
## H6 • Absolute Veränderung



## H7 • Relative Veränderung nach Quartilen



## H8 • Relative Veränderung



# Ökobonus mit Kinderzuschlag vs. Status Quo

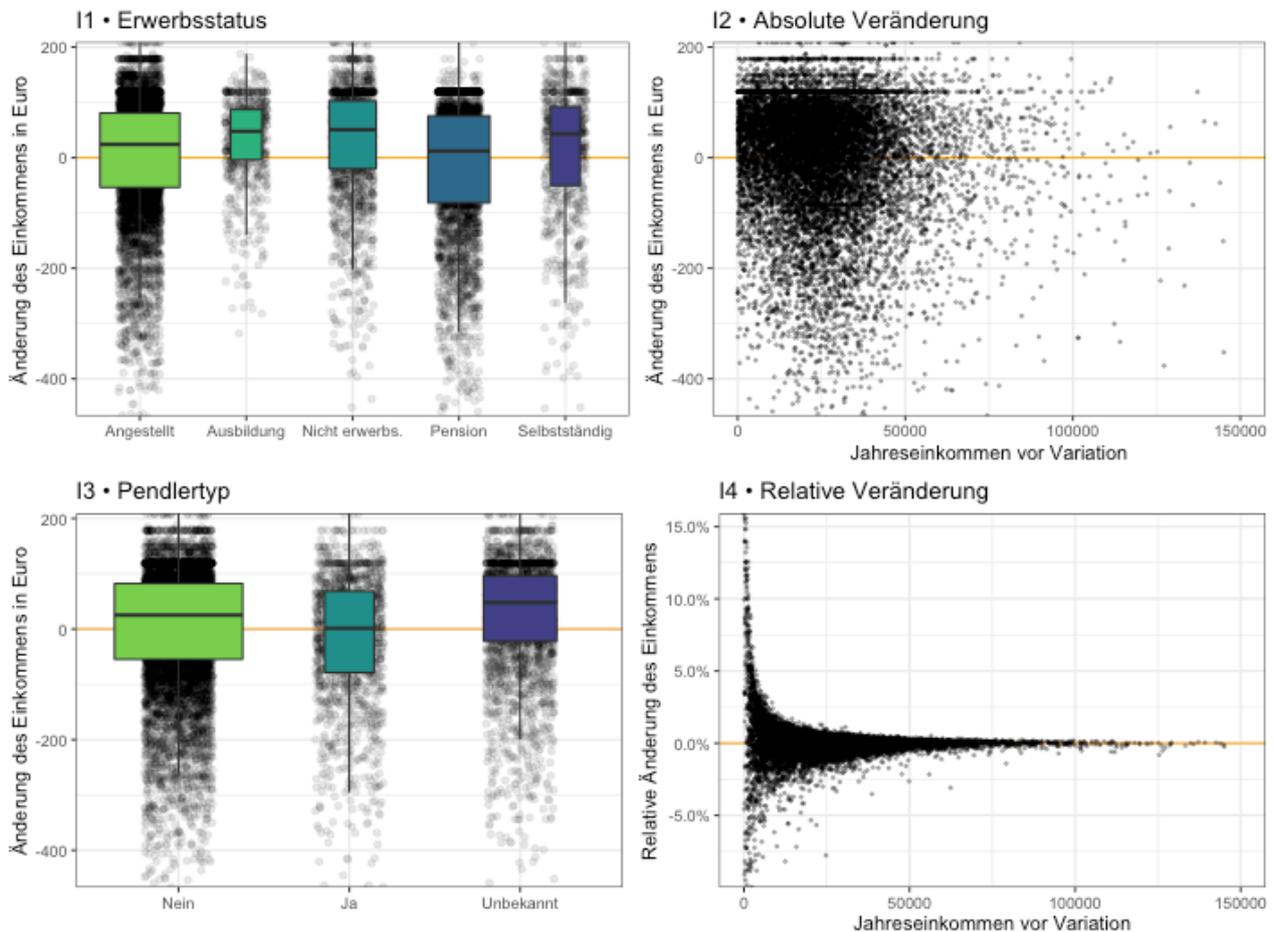
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.5	0.00	0.0%	4.5	0.92	26.0%	168.0	0.00	0.0%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.2	0.00	0.0%	2.2	0.45	25.7%	99.9	-0.01	0.0%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.4	0.00	0.0%	2.3	0.47	26.2%	68.2	0.01	0.0%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	0.0%	1.0	0.20	25.8%	8.2	0.03	0.4%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	0.00	0.0%	1.1	0.22	25.8%	29.5	0.01	0.0%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.1	0.00	0.0%	1.2	0.24	26.2%	46.9	-0.02	0.0%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	25.0	0.00	0.0%	1.3	0.26	26.1%	83.4	-0.03	0.0%

## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

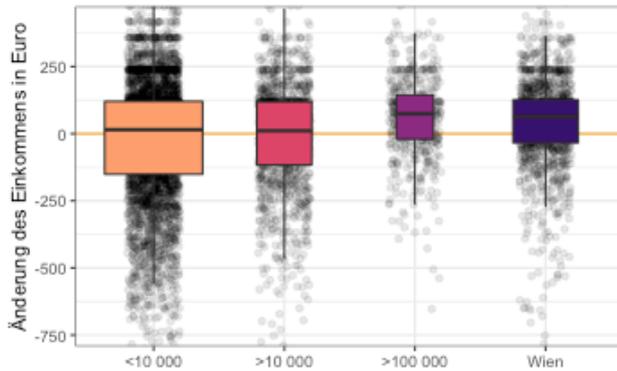
Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	0	27	0	Gini	51.90	40.01	39.98	-0.03	0.00
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	-41	2	-41	QSR	1079.34	16.05	15.93	-0.12	-0.01
Paar o.Kind.	-18	9	-18	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	15	31	15	Gini	42.40	26.72	26.68	-0.04	0.00
Alleinerz.	13	31	13	MW/P50	1.20	1.09	1.09	0.00	0.00
Andere	26	40	26	QSR	16.71	4.05	4.04	-0.01	0.00

## Effekte auf Individualebene

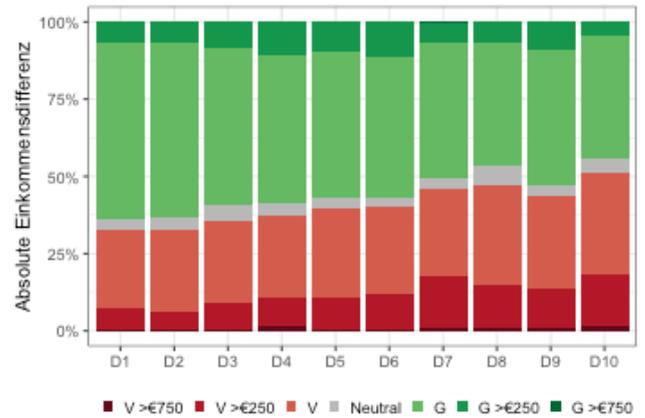


# Effekte auf Haushaltsebene

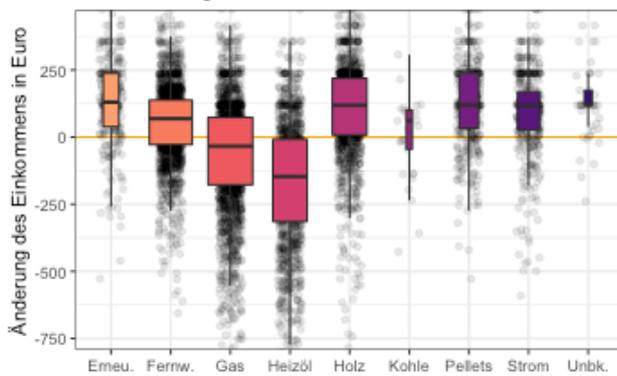
H1 • Gemeindegröße



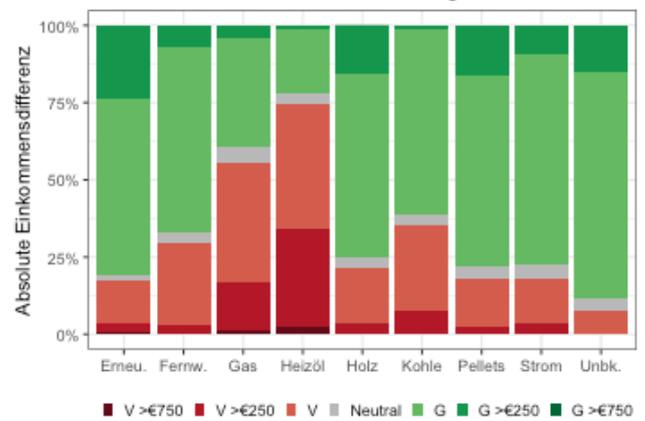
H2 • Gewinner & Verlierer: Einkommen



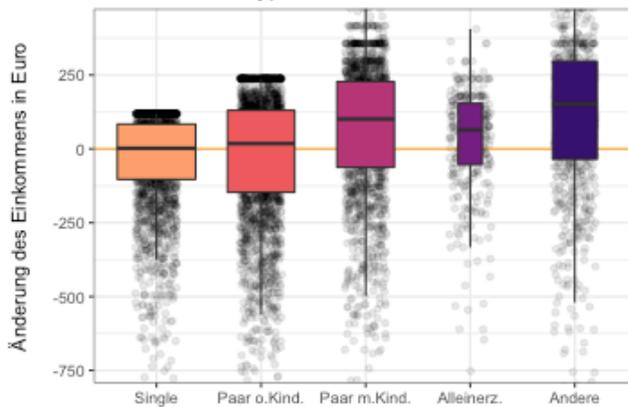
H3 • Heizungsart



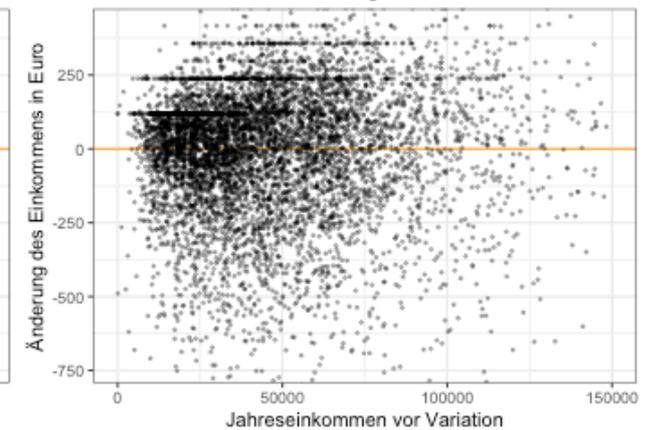
H4 • Gewinner & Verlierer: Heizungsart



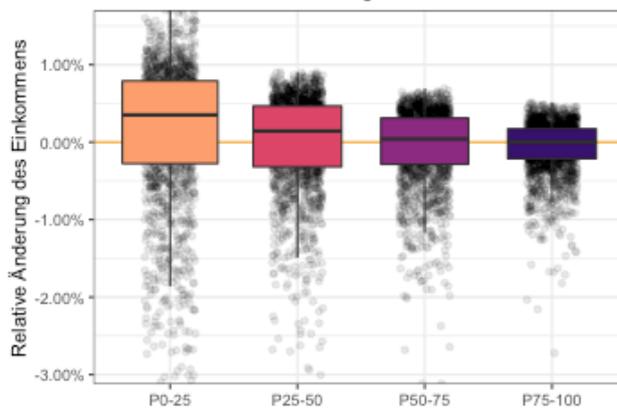
H5 • Haushaltstyp



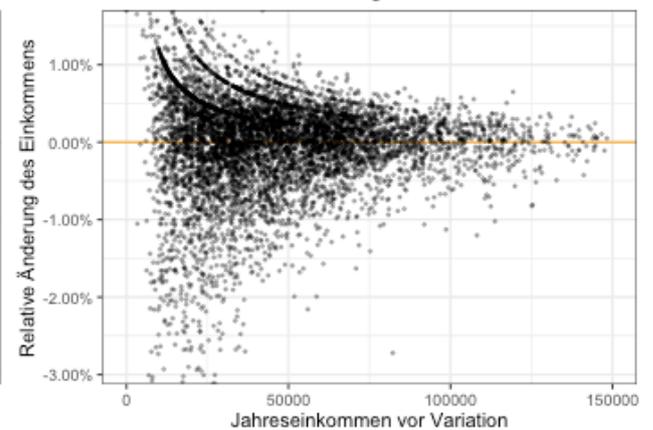
H6 • Absolute Veränderung



H7 • Relative Veränderung nach Quartilen



H8 • Relative Veränderung



### 5.1.3. Einkommensabhängiger Ökobonus mit Kinderzuschlag

**Aufkommen** Um den Ökobonus sowohl relativ als auch absolut progressiver zu gestalten, wurde im Rahmen dieses Szenarios ein einkommensabhängiger Ökobonus simuliert. Hierbei bekommen jene Personen deren Einkommen unter der vierten Tarifstufe liegt den vollen Betrag in der Höhe von 133,5€ und für jene mit einer Steuerbemessungsgrundlage zwischen 31 000€ und 60 000€ (vierte Tarifstufe) wird dieser Betrag auf 0€ eingeschliffen. Dadurch erhalten Personen deren Einkommen in eine höhere Tarifstufe fällt keinen Ökobonus mehr. Um Mehrbelastungen von Familien zu berücksichtigen, wurde im Rahmen dieses Szenarios ein pauschaler Kinderzuschlag in der Höhe von 67€ für minderjährige Haushaltsmitglieder über alle Einkommensstufen hinweg implementiert<sup>2</sup>. Der Kinderzuschlag wird zu gleichen Teilen zwischen den erwachsenen Personen im Haushalt aufgeteilt. Da auch diese Rückvergütungsmaßnahme einkommensneutral gestaltet wurde, fällt der einkommensabhängige Ökobonus für jene Personen deren Einkommen unter der vierten Tarifstufe liegt und der pauschale Kinderzuschlag etwas höher aus, als bei einer pauschalen Form des Ökobonus.

Bei der Analyse der Einkommensaggregate nach Quartilen zeigt sich ein etwas progressiveres Bild als in Kapitel 5.1.1 und 5.1.2. Die drei unteren Quartile erhalten durch diese Maßnahme jeweils zwischen 250 und 260 Millionen Euro, während das oberste Dezil nur einen Einkommenszuwachs von 160 Millionen Euro verzeichnet. Wenn man gleichzeitig die Einführung der CO<sub>2</sub>-Steuer berücksichtigt ergibt dies einen Einkommenszuwachs der unteren beiden Quartile von 60 bzw. 40 Millionen Euro und eine Reduktion des Einkommens des obersten Quartils von 100 Millionen Euro. Das dritte Quartil gewinnt durch diese Form des Ökobonus in etwa 10 Millionen Euro dazu. Auch wenn man die Entlastung durch den einkommensabhängigen Ökobonus relativ zum aggregierten Einkommen betrachtet, erkennt man ein klar progressives Bild: Das Einkommen des untersten Quartils steigt um 0.7%, während jenes des obersten Quartils bei einer gleichzeitigen Einführung der CO<sub>2</sub>-Steuer um 0.1% abnimmt. Aus diesem Grund sinkt sowohl auf der Haushalts- als auch auf der Individualebene der Gini-Index deutlicher als bei den nicht-einkommensabhängigen Varianten des Ökobonus und deutet somit auch auf eine egalitärere Einkommensverteilung hin (Sim2). Darüber hinaus zeigt sich, dass Frauen in einem höheren Ausmaß von dieser Maßnahme profitieren können als Männer. Bei einer gleichzeitigen Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer iHv 50€ /tCO<sub>2</sub> gewinnen Frauen in Summe 40 Millionen Euro dazu, während Männer 40 Millionen Euro verlieren (siehe Sim2).

**Individualebene** Die Entlastung durch den einkommensabhängigen Ökobonus mit pauschalem Kinderzuschlag beträgt pro Kopf und Jahr 108€ und im Median 111€ (Sim1). Wenn

---

<sup>2</sup>Dieser Betrag entspricht der Hälfte des Ökobonus-Grundbetrag für erwachsene Personen.

man gleichzeitig die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer berücksichtigt ergibt dies (aufgrund der Aufkommensneutralität) eine durchschnittliche Entlastung von 0€ pro Kopf und 28€ im Median. Aufgrund der Progressivität des Ökobonus kann man auf Personenebene im Rahmen von Sim1 nun mehr Variation erkennen, als bei einer Pauschalversion. Abbildung I2 (Sim1) zeigt die absolute Veränderung des Jahreseinkommens nach der Einführung eines einkommensabhängigen Ökobonus je nach Einkommen vor der Variation. Es lässt sich klar die Einschleifung des Ökobonus ab einer Steuerbemessungsgrundlage von 31 000€ erkennen und dass ab einem Jahreseinkommen von ca. 50 000€ Personen nur noch durch den pauschalen Kinderzuschlag profitieren können. In Abbildung I1 (Sim1) wird die individuelle Einkommensänderung nach Erwerbsstatus dargestellt und es zeigt sich, dass einige erwerbstätige Personen und PensionistInnen (mit hohen Einkommen) wenig bis gar nicht von dieser Maßnahme profitieren können. Betrachtet man die Einführung des einkommensabhängigen Ökobonus mit Kinderzuschlag gemeinsam mit der Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer (siehe Sim2), zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei einem pauschalen Ökobonus mit Kinderzuschlag: Über alle Erwerbsgruppen hinweg gewinnen über 50% der Individuen Einkommen dazu. In diesem Szenario können aufgrund der Einkommensabhängigkeit des Ökobonus jedoch etwas mehr Personen profitieren die nicht erwerbstätig oder noch in Ausbildung sind, während Angestellte und insbesondere Selbstständige im Median etwas schlechter aussteigen. Bei einer Auswertung nach Pendlertyp zeigt sich wiederum, dass in etwa die Hälfte der PendlerInnen, aufgrund der höheren Treibstoffausgaben, Einkommensverluste verzeichnet.

**Haushaltsebene** Bei der Analyse der Ergebnisse auf Haushaltsebene kann man erkennen, dass auch im Rahmen dieses Szenarios Haushalte in kleineren Gemeinden mit unter 10 000 EinwohnerInnen am meisten profitieren können (siehe Sim1, Grafik H1), da es in ruralen Gebieten tendenziell größere Haushalte mit mehr Kindern gibt als in größeren Städten. Bei einer gemeinsamen Betrachtung mit der Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer zeigt sich abermals, dass dennoch in Städten mit über 100 000 EinwohnerInnen ein größerer Anteil der Haushalte Einkommenszuwächse verzeichnen kann, da hier die Steuerbelastung (insbesondere aufgrund der niedrigeren Treibstoffausgaben) geringer ausfällt (Kapitel 4.1). Bei einer Betrachtung der Auswirkungen nach primärer Heizungsart (H3) zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei der Simulation eines pauschalen Ökobonus mit Kinderzuschlag, da Heizungssysteme nicht vorrangig vom Einkommen abhängen: Ein großer Anteil der Haushalte mit einem Heizungssystem auf Basis von Gas und Heizöl verzeichnen Einkommensverluste (mit einer hohen Spannweite von bis zu 750€), während mehr als die Hälfte (in manchen Fällen sogar über Dreiviertel) jener Haushalte, die mit erneuerbaren Energieformen, Holz, Pellets oder Strom heizen, Einkommen dazugewinnen. Grafik H5 bildet zudem die Änderung des Einkommens für unterschiedliche

Haushaltstypen ab. Ähnlich wie bei einer pauschalen Ökobonusvariante mit Kinderzuschlag, profitieren Single- und Paarhaushalte am wenigsten, da in etwa die Hälfte dieser Haushalte die Einkommensverluste durch die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer nicht ausgleichen können, während insbesondere AlleinerzieherInnen, Paare mit Kindern und “andere“ Haushalte im Median Einkommen dazugewinnen (Sim2). Grafik H7 zeigt die relative Veränderung des Einkommens nach äquivalisierten Einkommensdezilen und man kann erkennen, dass diese Variante des Ökobonus im Verhältnis zum Einkommen die progressivste Wirkung aufweist. Im Median steigt das Einkommen der Haushalte des ersten äquivalisierten Einkommensquartils um 0,5%, während im reichsten Quartil mehr als die Hälfte der Haushalte Einkommen verliert.

**Gewinner & Verlierer** Ein Vergleich der Gewinner- und Verlierergrafik nach äquivalisierten Einkommensdezilen (Sim1 H2) zwischen einer einkommensabhängigen und einer pauschalen Variante des Ökobonus mit Kinderzuschlag zeigt, dass nun die Haushalte in den unteren und mittleren Dezilen deutlich häufiger Beträge von über 250€ erhalten, während dieser Anteil im reichsten Dezil geringer ausfällt und ein Teil dieser Haushalte (ohne Kinder) gar nicht profitieren kann. Abbildung H2 in Sim2 stellt zudem den Anteil der Gewinner- und Verliererhaushalte gemeinsam mit der Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer nach äquivalisierten Einkommensdezilen dar. Es zeigt sich, dass der Anteil der Verliererhaushalte nun deutlich mit dem Einkommen ansteigt: Im ersten Dezil liegt der Anteil der Verliererhaushalte bei 25%, während dieser im reichsten Dezil bei ca. 70% liegt. Zudem sind jene Haushalte, die Gewinne von über 250€ aufweisen, nun insbesondere in den unteren sechs Dezilen zu finden, während diese bei einer pauschalen Variante (mit Kinderzuschlag) relativ gleich über die äquivalisierten Einkommensdezile verteilt sind. Obwohl Individuen ab der fünften Steuerstufe keinen Ökobonus mehr erhalten, können dennoch auch einige Haushalte in den oberen Einkommensdezile (aufgrund ihrer Haushaltszusammensetzung) von dieser Maßnahme profitieren. Einerseits weil die Haushalte in den oberen Einkommensdezilen auch von der Implementierung einer Kinderpauschale profitieren können und andererseits, weil Personen mit niedrigem Einkommen (etwa weil sie noch in Ausbildung sind oder Teilzeit arbeiten) oftmals mit einkommensstärkeren Personen zusammenwohnen. Grafik H4 (siehe Sim2) bildet zudem den Anteil der Gewinner- und Verliererhaushalte nach primärer Heizungsart ab – mit einem ähnlichen Ergebnis wie in Abbildung H3 und Kapitel 5.1.2. Mehr als 50% der Haushalte die ein primäres Heizsystem auf Basis von Heizöl oder Gas verwenden verzeichnen Einkommensverluste, während teilweise über 75% jener Haushalte die mit erneuerbaren Energieformen, Fernwärme, Holz, Pellets oder Strom heizen Einkommen dazugewinnen.

**50€ vs. 150€/tCO<sub>2</sub>** Die Simulationsergebnisse für eine CO<sub>2</sub>-Steuer in der Höhe von 150€/tCO<sub>2</sub> und die Rückvergütung in Form eines einkommensabhängigen Ökobonus mit Kinderzuschlag in der Höhe von 2,8 Mrd. Euro befindet sich im Appendix (Kapitel III). Der Grundbetrag des einkommensabhängigen Ökobonus erhöht sich hierbei auf 400€ pro Erwachsenen und die Kinderpauschale auf 200€ pro Kind. Der Grundbetrag wird wiederum innerhalb der dritten Steuerstufe auf 0€ eingeschliffen. Abbildung H2 zeigt, dass die grundlegenden Verteilungswirkungen gleichbleiben, durch die höheren Beträge jedoch verstärkt werden (Sim2).

# Einkommensabhängiger Ökobonus vs. 50€/tCO<sub>2</sub> (Treib- und Heizstoffe)

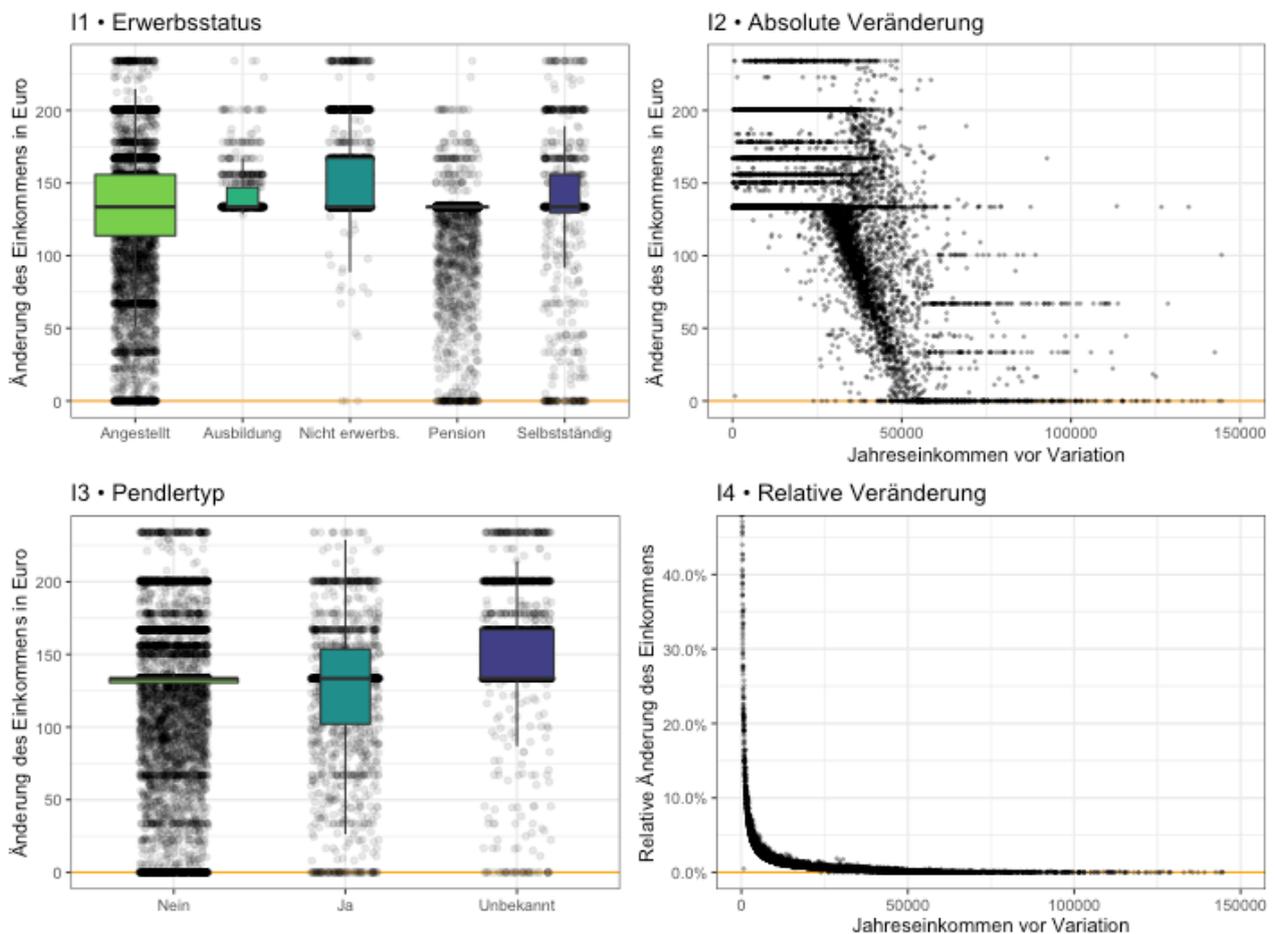
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.5	0.00	0.0%	4.5	0.00	0.0%	168.0	0.92	0.5%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.2	0.00	0.0%	2.2	0.00	0.0%	99.8	0.41	0.4%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.4	0.00	0.0%	2.3	0.00	0.0%	68.2	0.51	0.7%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	0.0%	1.0	0.00	0.0%	8.2	0.25	3.2%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	0.00	0.0%	1.1	0.00	0.0%	29.5	0.26	0.9%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.1	0.00	0.0%	1.2	0.00	0.0%	46.9	0.25	0.5%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	24.9	0.00	0.0%	1.3	0.00	0.0%	83.4	0.16	0.2%

## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

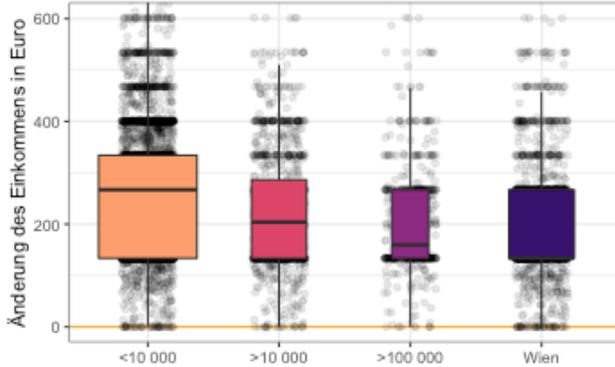
Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	108	111	109	Gini	51.90	40.19	39.92	-0.27	-0.01
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	118	134	124	QSR	1079.34	16.59	15.84	-0.74	-0.04
Paar o.Kind.	117	134	118	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	95	98	95	Gini	42.40	26.82	26.64	-0.18	-0.01
Alleinerz.	100	100	100	MW/P50	1.20	1.10	1.09	0.00	0.00
Andere	114	117	114	QSR	16.71	4.08	4.03	-0.05	-0.01

## Effekte auf Individualebene

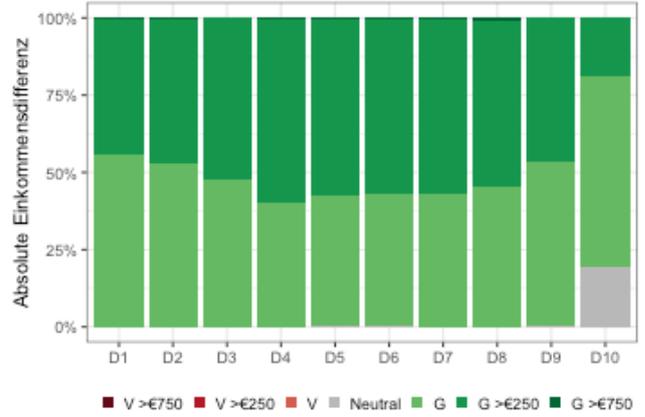


# Effekte auf Haushaltsebene

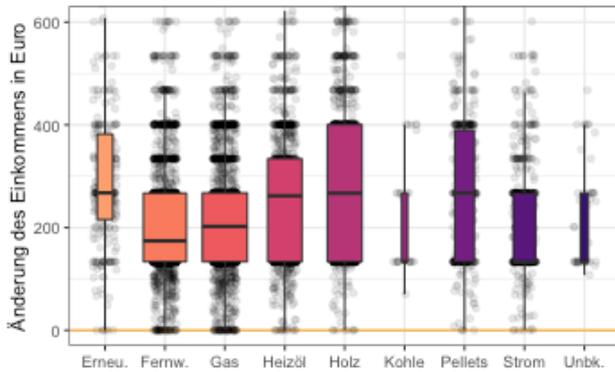
H1 • Gemeindegröße



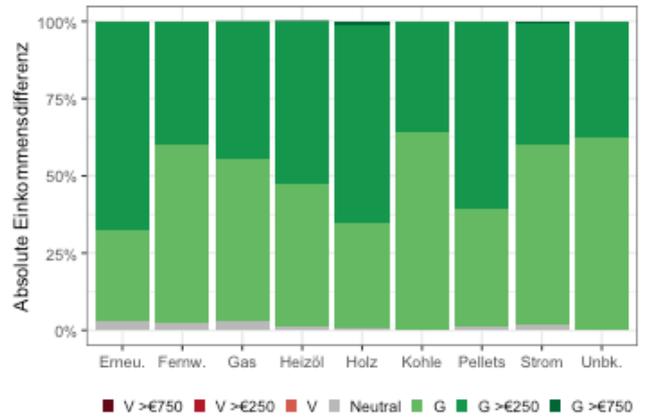
H2 • Gewinner & Verlierer: Einkommen



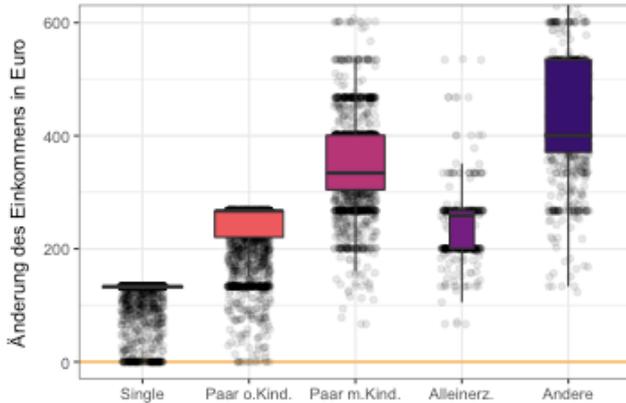
H3 • Heizungsart



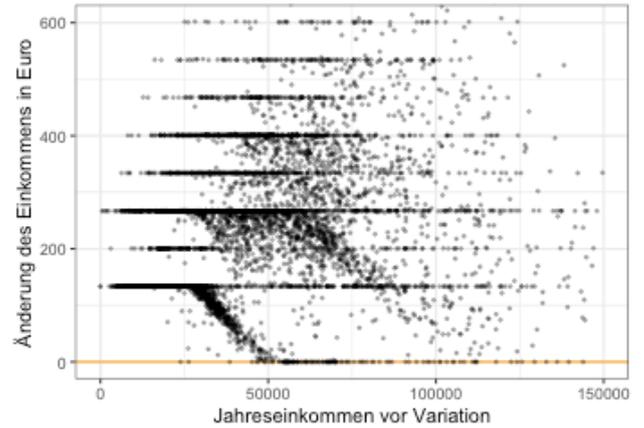
H4 • Gewinner & Verlierer: Heizungsart



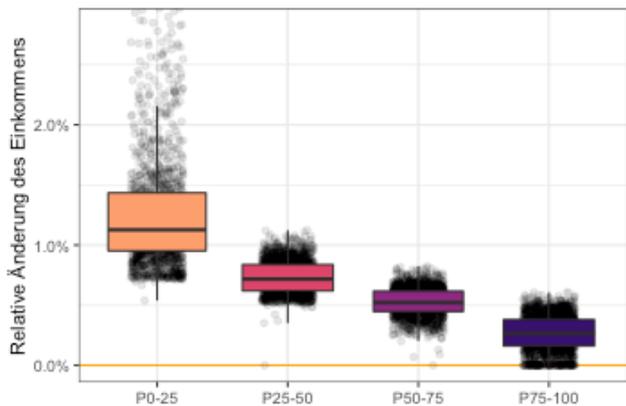
H5 • Haushaltstyp



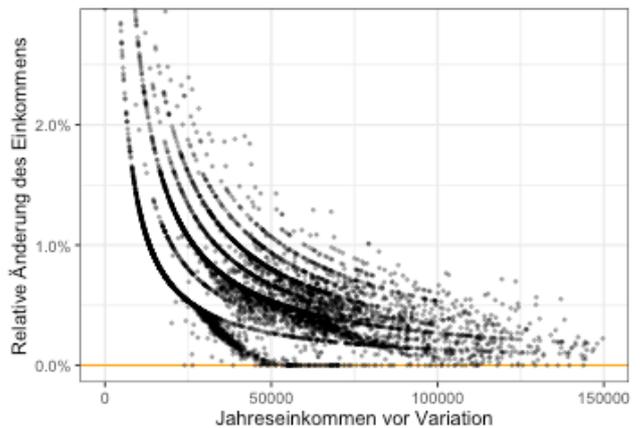
H6 • Absolute Veränderung



H7 • Relative Veränderung nach Quartilen



H8 • Relative Veränderung



# Einkommensabhängiger Ökobonus vs. Status Quo

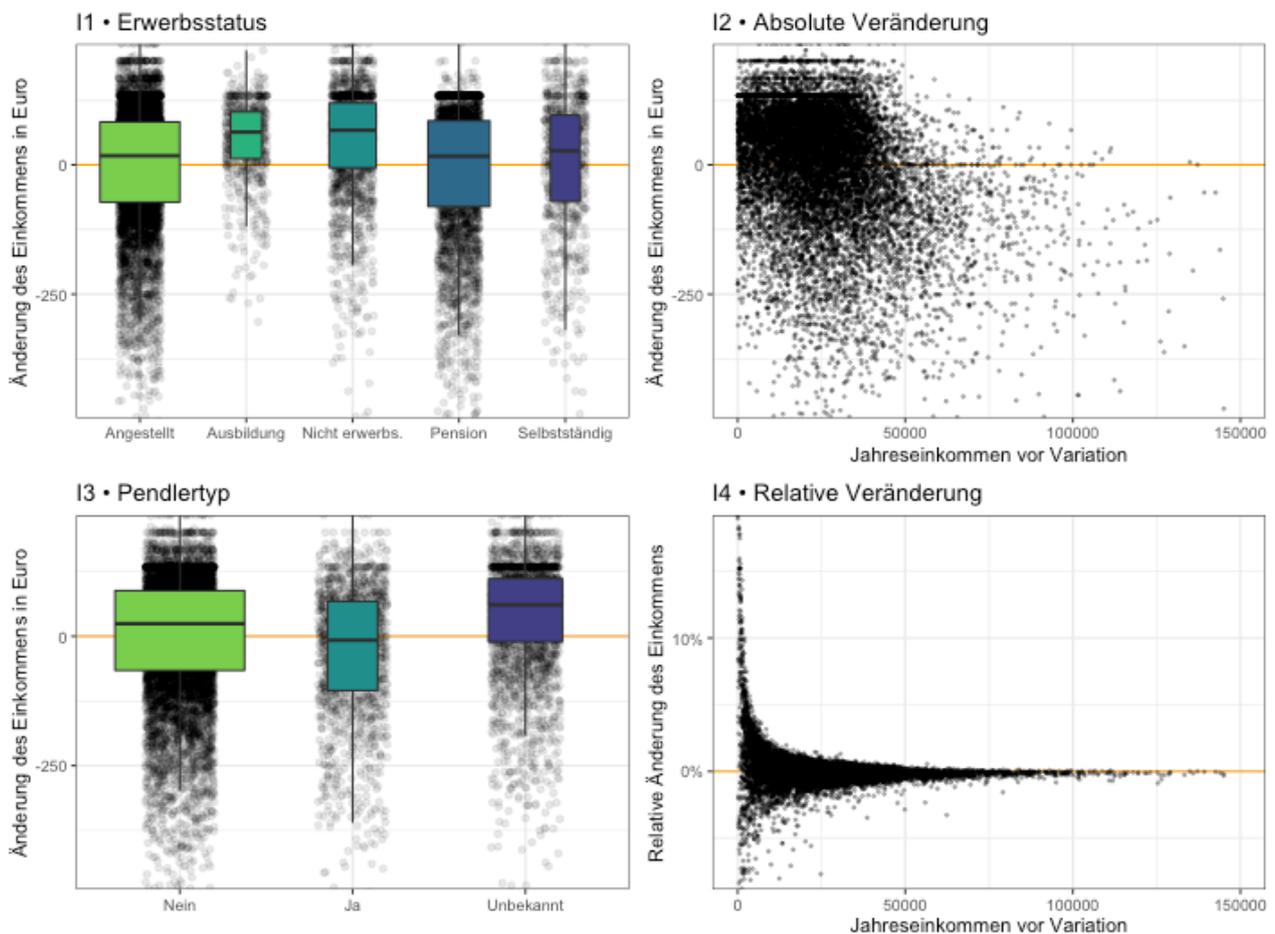
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung			Einkommensteuer			Verbrauchsteuer			Verfüg. Einkommen		
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.5	0.00	0.0%	4.5	0.92	26.0%	168.0	0.00	0.0%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.2	0.00	0.0%	2.2	0.45	25.7%	99.8	-0.04	0.0%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.4	0.00	0.0%	2.3	0.47	26.2%	68.2	0.04	0.1%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	0.0%	1.0	0.20	25.8%	8.2	0.06	0.7%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	0.00	0.0%	1.1	0.22	25.8%	29.5	0.04	0.1%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.1	0.00	0.0%	1.2	0.24	26.2%	46.9	0.01	0.0%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	25.0	0.00	0.0%	1.3	0.26	26.1%	83.4	-0.10	-0.1%

## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

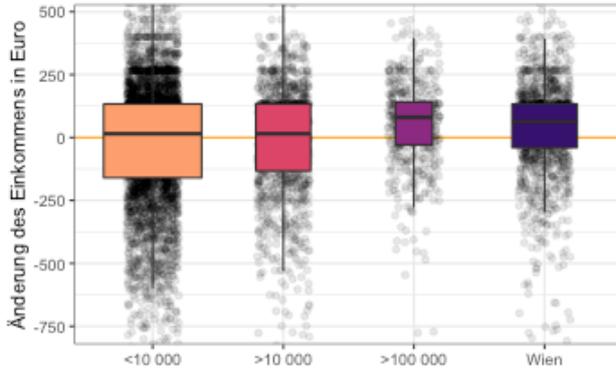
Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	0	28	0	Gini	51.90	40.01	39.92	-0.08	0.00
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	-42	0	-42	QSR	1079.34	16.05	15.84	-0.20	-0.01
Paar o.Kind.	-20	7	-20	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	15	31	15	Gini	42.40	26.72	26.64	-0.09	0.00
Alleinerz.	20	33	20	MW/P50	1.20	1.09	1.09	0.00	0.00
Andere	28	44	28	QSR	16.71	4.05	4.03	-0.02	-0.01

## Effekte auf Individualebene

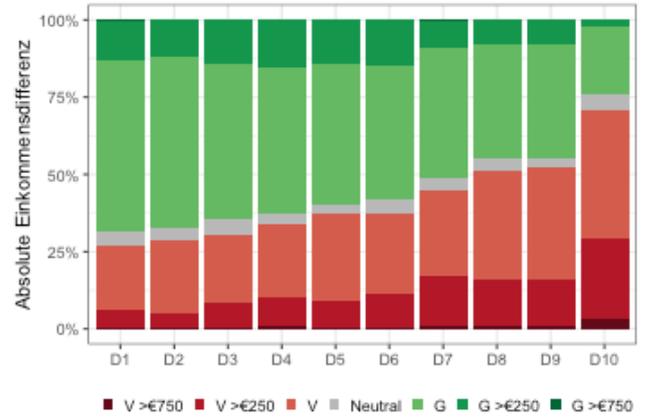


# Effekte auf Haushaltsebene

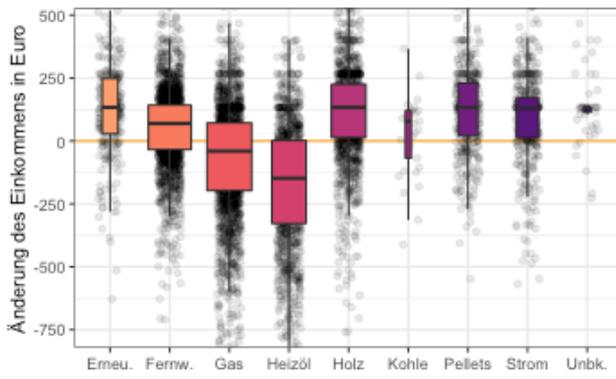
H1 • Gemeindegröße



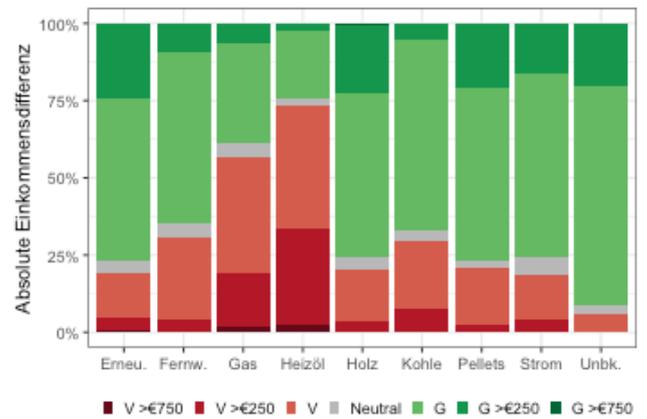
H2 • Gewinner & Verlierer: Einkommen



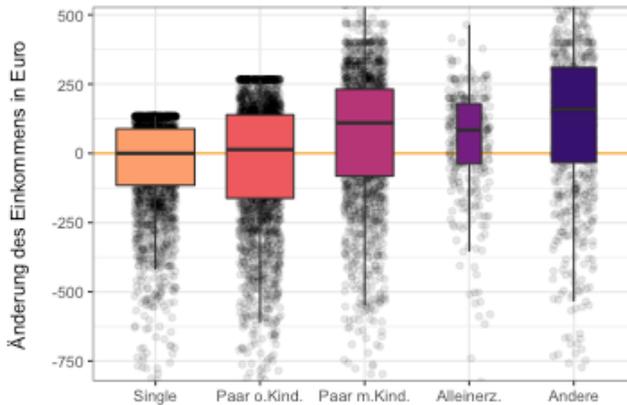
H3 • Heizungsart



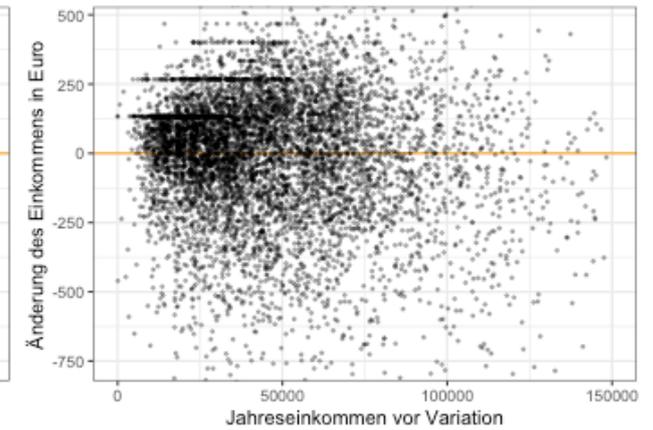
H4 • Gewinner & Verlierer: Heizungsart



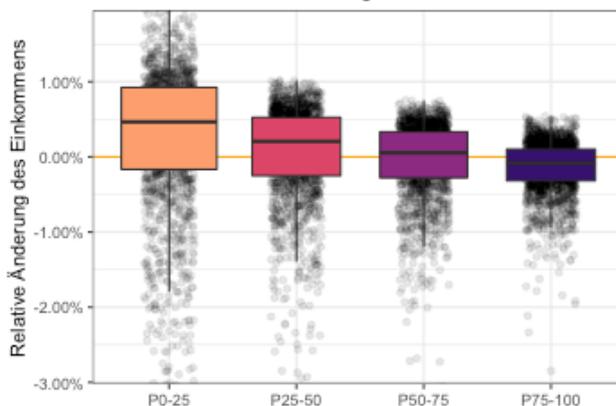
H5 • Haushaltstyp



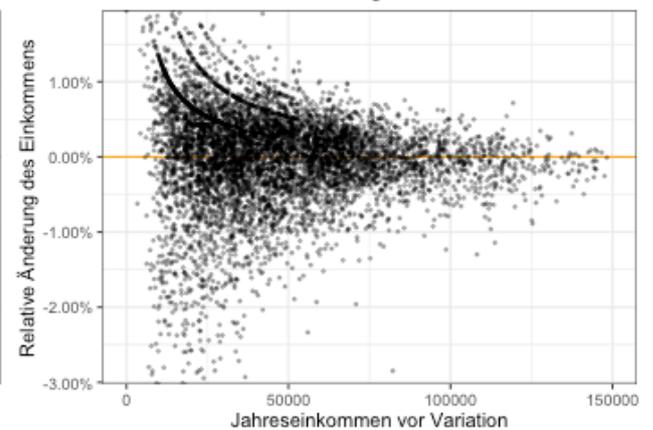
H6 • Absolute Veränderung



H7 • Relative Veränderung nach Quartilen



H8 • Relative Veränderung



## 5.2. Entlastungen im Bereich Sozialversicherung

Als eine zweite Entlastungsmaßnahme neben dem sogenannten Ökobonus können auch Veränderungen im Bereich der Sozialversicherungsabgaben angedacht werden. Dies geschah auch schon in vergangenen Steuerreformen besonders durch zwei Arten: zum einen durch die Reduktion des Abgabensatzes einzelner SV-Beiträge oder durch die Erhöhung der sogenannten Negativsteuer (die dem Finanzamt zugeordnet wird). Erstere Maßnahme ist eine Veränderung im Bereich der Sozialversicherung im eigentlichen Sinne, da hier durch die Reduktion eines Beitragssatzes, wie zum Beispiel des Krankenversicherungsbeitrags, die Einnahmen der SV reduziert werden um das individuelle Einkommen zu entlasten. Zweiteres ist hingegen eine Entlastung im Einkommensteuersystem, da die Negativsteuer ein Instrument der Lohnsteuer ist. Sie ist jedoch an die gezahlten Beträge der Sozialversicherung gekoppelt und trägt den Namen *SV-Rückerstattung* für Geringverdienende, wird thematisch aber erst im nächsten Abschnitt 5.3.1 behandelt.

### 5.2.1. Senkung des KV-Beitragssatzes

Wie eingangs beschrieben findet in dieser Simulation eine Reduktion des Sozialversicherungsbeitrags statt, genauer eine Reduktion des Krankenversicherungsbeitragssatzes. Um ein CO<sub>2</sub>-Steueraufkommen von ca. 1 Mrd. Euro annähernd budgetneutral auszugleichen, werden die KV-Beiträge von 3,87% für Unselbstständige, 5,1% für PensionistInnen und 6,8% für Selbstständige auf jeweils 3,07%, 4,3% und 6% reduziert. Das bedeutet eine relative Reduktion von -0,8 Prozentpunkten für ArbeiterInnen und Angestellte, PensionistInnen und Selbstständige.<sup>3</sup> Potenziell sind die Überlegungen einer SV-Reduktion begrüßenswert, da dadurch die Abgabenbelastung reduziert wird. Zudem können so auch Personen entlastet werden, die durch geringe Verdienste keine Einkommensteuer zahlen, aber Sozialversicherungsabgaben leisten. Besonders bei ArbeitnehmerInnen über der Geringfügigkeitsgrenze bedeutet ein Anstieg der SV-Beiträge um ca. 14% (Pensionsversicherungs- und Krankenversicherungssatz) eine hohe Belastung im Übergang zur Teilzeitbeschäftigung. Allerdings ist die Entlastung der SV-Reduktion durch die Kopplung der SV-Beiträge an das Einkommen (mit Höchstbeitragsgrundlage) begrenzt. Personen die keine SV-Beiträge bezahlen erhalten keine Erleichterung in dieser Simulation.

Ein kurzer Ausblick verrät, dass die Senkung der KV-Beiträge positive Auswirkungen auf das verfügbare Nettoeinkommen hat, jedoch besonders niedrige Einkommen bei einer gleichzei-

---

<sup>3</sup>Bei einer Steuer von 150€/tCO<sub>2</sub> reduzieren sich die Beiträge nochmals auf 1,7%, 3% und 4,7% um ein Volumen von ca. 2,8 Mrd. Euro zu erreichen.

tigen Einführung einer Steuer von 50€ /tCO<sub>2</sub>-Äquivalent nicht vollständig ausgleichen kann. Die Progressivität des Systems wird durch eine Reduktion der SV-Beiträge nicht verstärkt, da vor allem hohe Einkommen einen großen Anteil der Reduktion abschöpfen können (“niedrige Einkommen haben geringere SV-Abgaben”). Zudem sollte man bei einer solchen Maßnahme bedenken, dass entstehende Einnahmefälle direkt in der Gebarung der Sozialversicherungsträger wirksam werden.

**Aufkommen** Die Senkung des Krankenversicherungssatzes für Selbstständige und Unselbstständige wie zuvor beschrieben, birgt ein Volumen von ca. 1,56 Mrd. Euro. Somit werden zum einen die Einnahmen der Sozialversicherung gesenkt, andererseits wird durch die Minderung der abzugsfähigen Freibeträge die Steuerbemessungsgrundlage erhöht, weswegen das Einkommensteueraufkommen um 540 Mio. Euro steigt. Die Verbrauchsteuer beträgt 4,5 Mrd. Euro bei einem Steuersatz von 50€ /tCO<sub>2</sub>, was zu einer Gesamtentlastung der verfügbaren Nettoeinkommen von rund 1 Mrd. Euro<sup>4</sup> führt. Da Männer im Aggregat mehr verdienen, fällt die Entlastung zu einem größeren Anteil ihnen zu. Prozentuell wirken die Maßnahmen jedoch für alle Quartile der Verteilung von 5,1% bis 6% Reduktion im Aufkommen der SV-Abgaben ungefähr gleich entlastend. Für das verfügbare Einkommen bedeutet diese Maßnahme eine durchschnittlich positive aber *schwache* Entlastung von ungefähr einem halben Prozent. Dies wird auch in den Verteilungsindikatoren sichtbar: die Veränderungen zwischen Verfüg.(alt) und Verfüg.(neu) verändert sich nicht merklich durch die Senkung des KV-Beitrags. Anders ausgedrückt bedeutet dies eine gleichmäßige relative Entlastung über die Verteilung hinweg in welcher die Umverteilung des Systems nicht stark beeinflusst wird (sondern regressiv bleibt, da höhere Einkommen mehr Entlastung erfahren).

**Individualebene** Auf Individualebene sehen die Entlastungen, welche im Aggregat gering erscheinen, deutlich positiver aus. Grafik I1 der Sim1 (mit Fokus auf die Entlastungsmaßnahme) schlüsselt die Entlastung durch die KV-Beitragssenkung nach Erwerbsstatus auf. Deutlich positiv entlastet werden demnach wie definiert ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen und Selbstständige mit Entlastungsbeträgen im Median von 200€ , 140€ und 170€ . Besonders bei ArbeitnehmerInnen ist die Streuung der Entlastung groß, sie reicht von 0€ (für Personen die keine oder geringe KV-Beiträge zahlen, wie zum Beispiel Teilzeit-Beschäftigte) bis über 400€ bei hohen Einkommen. Dies wird auch in Abbildung I2 und I4 deutlich. Die Entlastungskurve der absoluten Einkommensänderung steigt bis zu einem Jahreseinkommen von ca. 50 000€ stetig an, gemeinsam mit dem prozentuellen Anstieg an zu zahlenden SV-Abgaben. Da

---

<sup>4</sup>Betrachtet man Sim2, sieht man, dass die Entlastung der Einkommen knapp über der Belastung durch die CO<sub>2</sub>-Steuer liegt (nämlich um 100 Mio. Euro).

in dieser Abbildung Selbstständige, ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen gemeinsam abgebildet sind, überlappen sich die unterschiedlichen Entlastungskurven: im horizontalen Bereich unter 100€ Entlastung und im vertikalen Bereich unter 12 000€ Einkommen befinden sich besonders PensionistInnen und GeringverdienerInnen (“untere Entlastungswolke”), der Bereich über 100€ Entlastung und bis 75 000€ Einkommen bezeichnet besonders Unselbstständige und Selbstständige (“obere Entlastungskurve”). Relativ bedeutet dies eine Entlastung von bis zu einem Prozent des Nettoeinkommens, die aber besonders mittleren Einkommen zu Gute kommt. In Sim2, in welcher CO<sub>2</sub>-Steuer und eine KV-Beitragsreduktion gleichzeitig eingeführt werden, sieht man, dass das überschüssige Volumen von +100 Mio. Euro die Rückvergütungsmaßnahme nicht budgetneutral macht, aber auch, dass die Verteilungswirkungen der CO<sub>2</sub>-Steuer deutlich breiter gestreut sind als jene der SV-Reduktion allein. Die fast lineare Entlastungskurve aus Abbildung I2 der Sim1, wird in I2 der Sim2 deutlich “nach unten gezogen” und streut in einem großen Halbkreis in den negativen Bereich aus. Die Belastungen durch eine CO<sub>2</sub>-Steuer können auf individueller Ebene also besonders für geringe und mittlere Einkommen nicht durch eine Reduktion des KV-Beitrags alleine ausgeglichen werden.

**Haushaltsebene** Die Grafiken H6 und H8 zeichnen ein ähnliches Bild wie I2 und I4 auf Individualebene, sind jedoch weiter gestreut durch unterschiedliche Haushaltszusammensetzungen. Eine Auswahl an Haushaltstypen wird in H5 abgebildet, in welcher erkenntlich wird, dass Paare mit Kindern und ‘Andere’ (Mehrgenerationenhaushalte, WGs, etc.) im Median am meisten profitieren (siehe Sim1). Paare ohne Kinder, AlleinerzieherInnen und Single-Haushalte sind weniger stark von der Reduktion der SV-Abgaben betroffen, was suggeriert, dass jene Haushaltseinkommen deutlich niedriger sind und so auch die relative Entlastung geringer ausfällt. In Sim2 ist dieser positive Effekt im Median gesunken oder verschwunden und beträgt bei den Haushaltstypen -17€ (Alleinerziehend) bis 29€ (Paar ohne Kind). Diese Werte können in der Tabelle zur durchschnittlichen Veränderung abgelesen werden. Auf Abbildung H1 werden die Haushalte nach Gemeindegröße getrennt. In den kleinen Gemeinden sowie bei Städten ab 100 000 EinwohnerInnen ist der Median leicht positiv. Hier wird ersichtlich, dass die Entlastung ungefähr gleich hoch/niedrig ist, was bedeutet, dass die Maßnahme unabhängig von Größe der Gemeinde bzw. Stadt alle Haushalte betrifft. Grafik H7 zeigt die relative Entlastung auf Haushaltsebene für verschiedene Einkommensquartile an: besonders das unterste Viertel der Verteilung zeigt sich stark von der Konsumsteuer getroffen und gleichzeitig wenig von der KV-Reduktion entlastet. Mit steigendem Haushaltseinkommen nimmt die Streuung ab, und der Median der durchschnittlichen Entlastung in Relation zum Haushaltseinkommen, wird positiv.

**Gewinner & Verlierer** Die Grafiken H2 und H4 sind besonders bei Sim2 interessant, da hier die gleichzeitige Einführung der CO<sub>2</sub>-Steuer und der KV-Beitragssenkung simuliert wird. Es wird auf einen Blick deutlich, dass es sowohl Gewinner- als auch Verliererhaushalte dieser Änderungen geben wird. In jedem äquivalisierten Einkommensdezil (Grafik H2) gibt es deutlich rote (> -250€) und deutlich grüne (bis 250€) Haushaltsanteile, kaum jedoch stark grün oder rote Bereiche (> 750€). Der Anteil an Gewinnern nimmt mit steigenden Einkommensdezilen zu, was den regressiven Charakter der Sozialversicherungsbesteuerung widerspiegelt. Der Anteil der Verliererhaushalte, die durch die Einführung der CO<sub>2</sub>-Steuer mehr bezahlen müssen, sinkt analog zwischen dem 1. und dem 10. Dezil, jedoch beträgt die Entlastung durch die SV-Senkung erst ab dem 4. Dezil für mindestens 50% der Haushalte mehr als 10€ pro Jahr. Darunter können die Auswirkungen der CO<sub>2</sub>-Steuer zu einem größeren Anteil nicht ausgeglichen werden, im ersten Dezil sind davon knapp 65-70% der Haushalte betroffen. Getrennt nach Energieträgern (H4) bedeutet das besonders für Haushalte die überwiegend mit den zu steuernden Rohstoffen heizen, eine Verschlechterung: insbesondere Gas und Heizöl werden teurer und die SV-Reduktion kann die Verschlechterung für über 50% dieser Haushalte nicht vollständig ausgleichen.

**50€ vs. 150€/tCO<sub>2</sub>** Die Simulationsergebnisse für eine CO<sub>2</sub>-Steuer in der Höhe von 150€/tCO<sub>2</sub> und die Rückvergütung in Form einer Reduktion der KV-Beitragssenkung in der Höhe von ca. 2,8 Mrd. Euro befinden sich im Appendix (Kapitel III). Bei einer Steuer von 150€/tCO<sub>2</sub> reduzieren sich die Beiträge auf 1,7%, 3% und 4,7% für Unselbstständige, PensionistInnen und Selbstständige. Das Aufkommen der Sozialversicherung sinkt um 4,1 Mrd. Euro, die Einkommensteuereinnahmen steigen um 1,4 Mrd. Euro an. Die Verteilungseffekte sind ähnlich zu den obig beschriebenen Simulationen der 50€/tCO<sub>2</sub>, es verdreifachen sich die Auswirkungen. Die CO<sub>2</sub>-Steuer kann nicht restlos durch die Senkung der KV-Beiträge ausgeglichen werden, es gibt nach wie vor "Gewinner und Verlierer", wobei der Anteil an Verliererhaushalten in den unteren Einkommensschichten deutlich höher ausfällt.

# SV: Senkung KV-Beitrag vs. 50€/tCO<sub>2</sub> (Treib- und Heizstoffe)

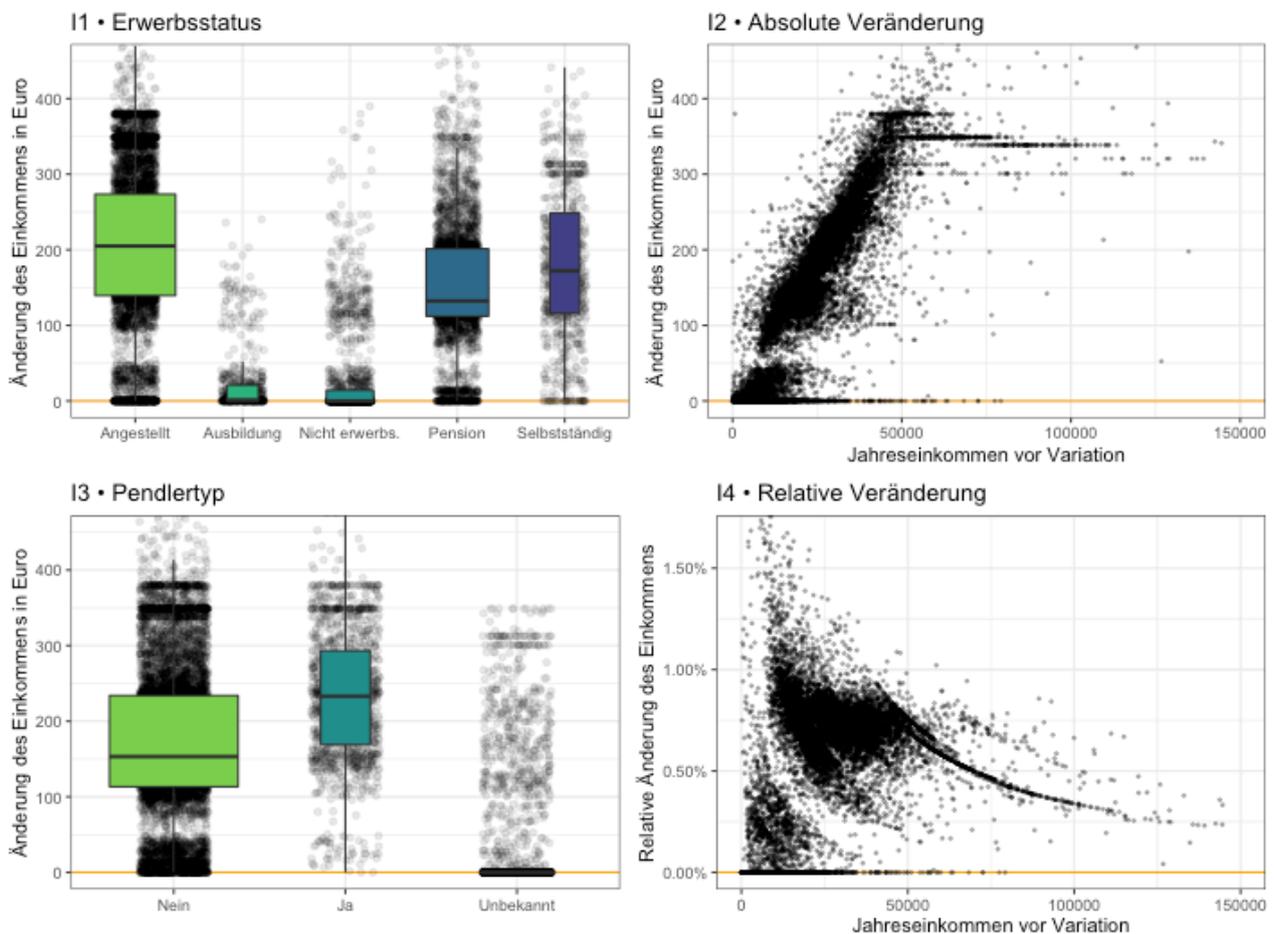
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung			Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen		
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	27.6	-1.56	-5.3%	32.0	0.54	1.7%	4.5	0.00	0.0%	168.1	1.02	0.6%
Männer	132	17.6	-0.96	-5.2%	23.5	0.35	1.5%	2.2	0.00	0.0%	100.0	0.61	0.6%
Frauen	77	10.0	-0.60	-5.7%	8.5	0.18	2.2%	2.3	0.00	0.0%	68.1	0.41	0.6%
P0-25	6	0.6	-0.04	-6.2%	-0.1	0.01	-9.7%	1.0	0.00	0.0%	8.0	0.03	0.4%
P25-50	29	3.4	-0.23	-6.2%	0.7	0.05	8.8%	1.1	0.00	0.0%	29.5	0.18	0.6%
P50-75	57	7.8	-0.46	-5.6%	6.2	0.15	2.4%	1.2	0.00	0.0%	47.0	0.31	0.7%
P75-100	118	15.7	-0.83	-5.0%	25.3	0.33	1.3%	1.3	0.00	0.0%	83.7	0.50	0.6%

## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

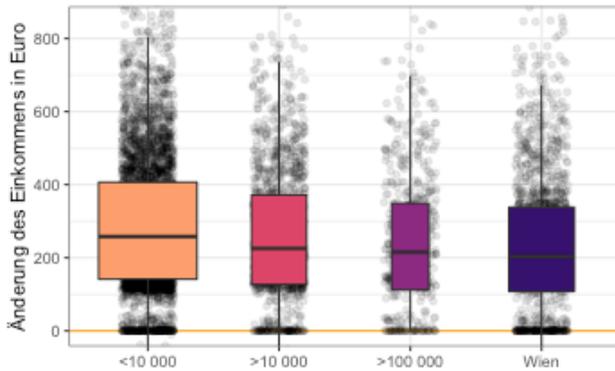
Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	121	114	130	Gini	51.90	40.19	40.20	0.00	0.00
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	160	144	184	QSR	1079.34	16.59	16.60	0.02	0.00
Paar o.Kind.	152	145	158	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	88	86	94	Gini	42.40	26.82	26.84	0.02	0.00
Alleinerz.	59	51	78	MW/P50	1.20	1.10	1.10	0.00	0.00
Andere	117	113	121	QSR	16.71	4.08	4.09	0.01	0.00

## Effekte auf Individualebene

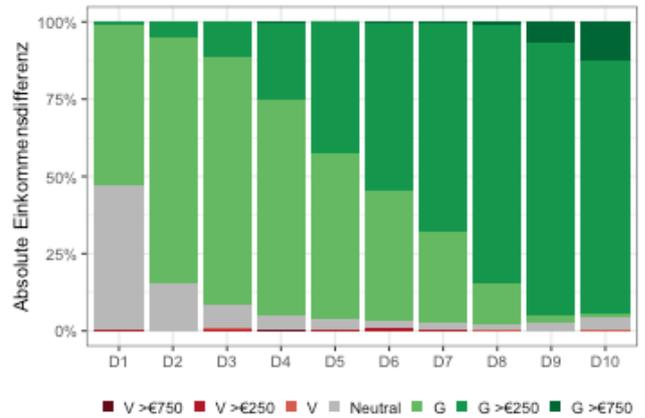


# Effekte auf Haushaltsebene

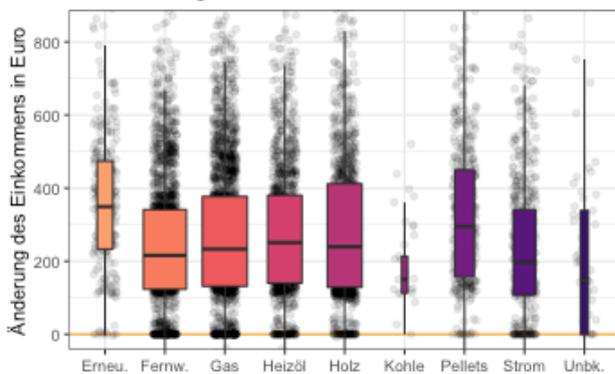
H1 • Gemeindegröße



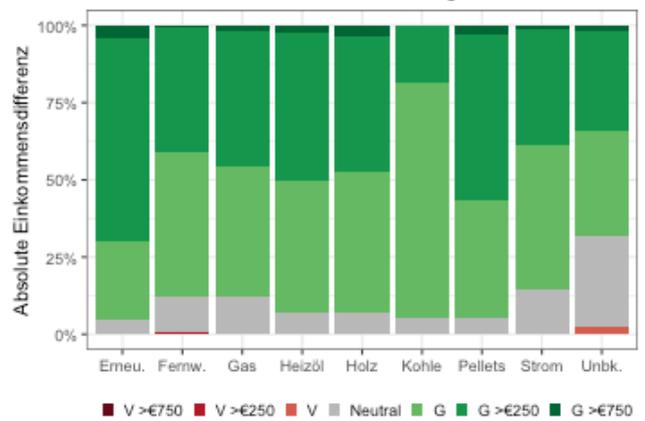
H2 • Gewinner & Verlierer: Einkommen



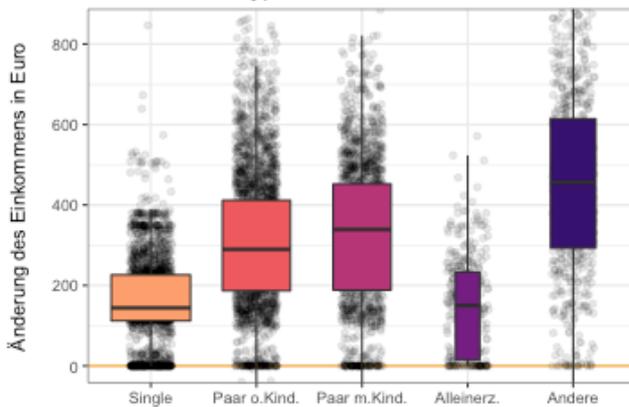
H3 • Heizungsart



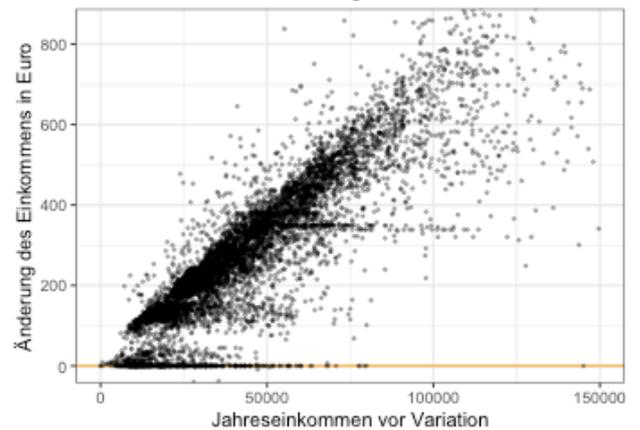
H4 • Gewinner & Verlierer: Heizungsart



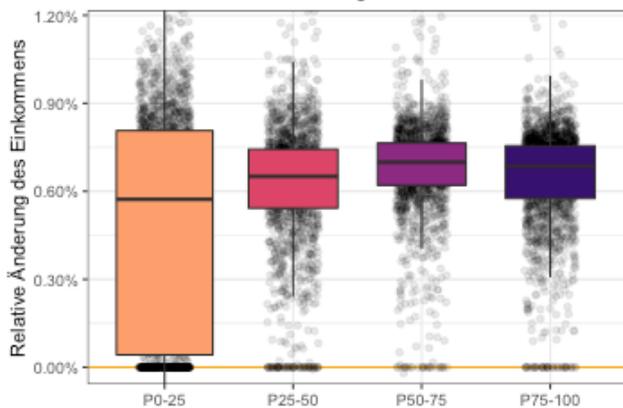
H5 • Haushaltstyp



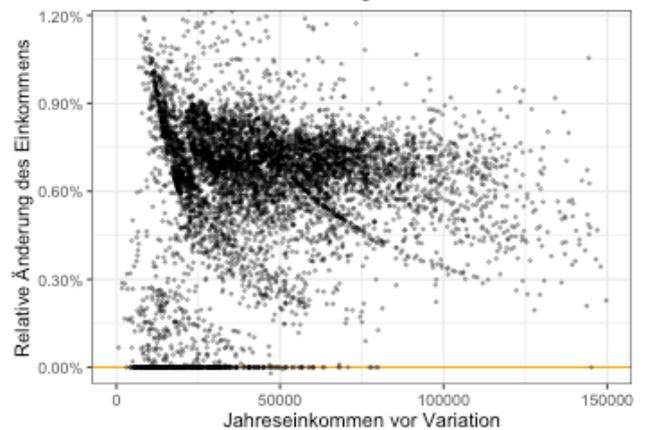
H6 • Absolute Veränderung



H7 • Relative Veränderung nach Quartilen



H8 • Relative Veränderung



# SV: Senkung KV-Beitrag vs. Status Quo

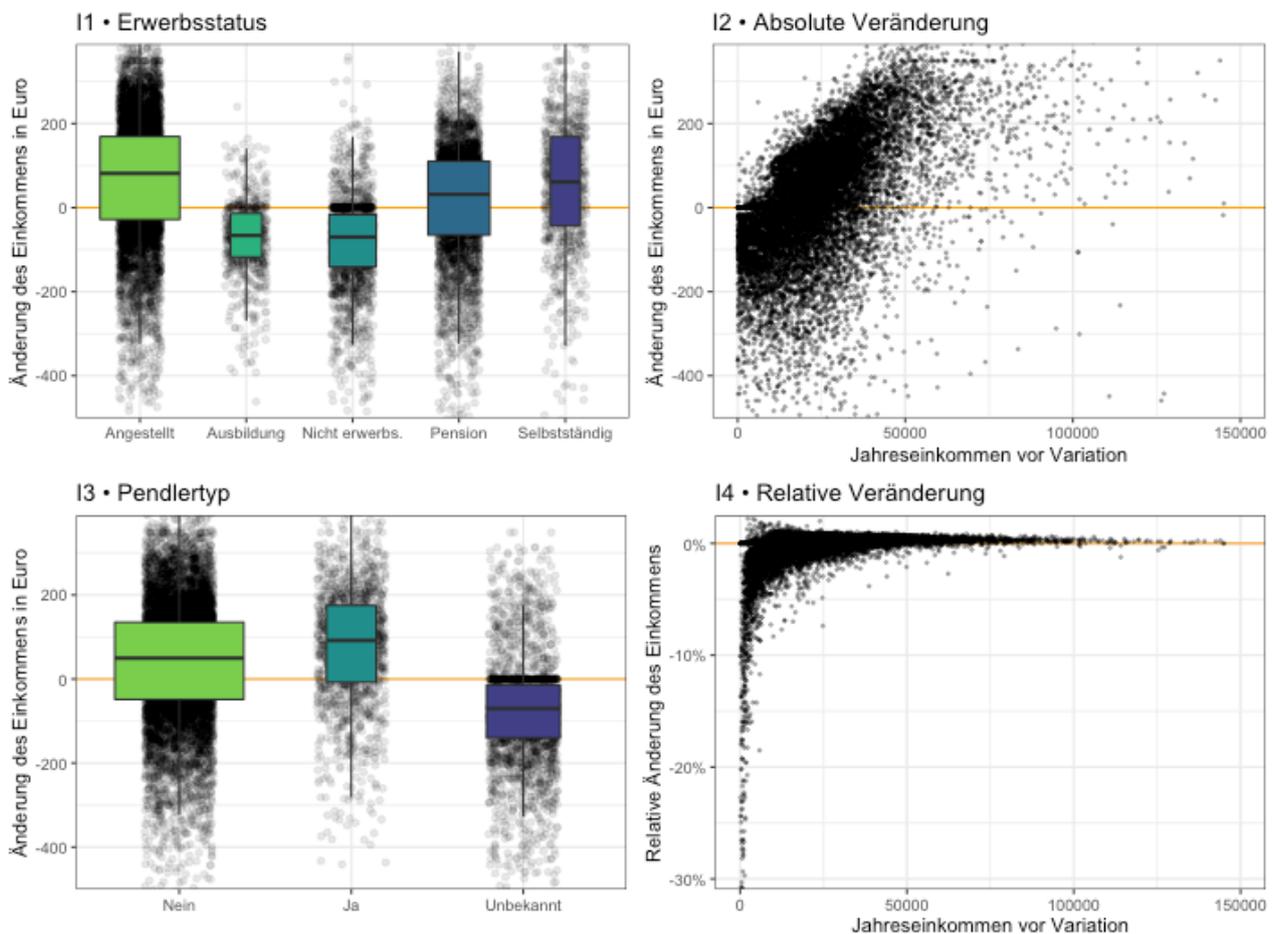
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung			Einkommensteuer			Verbrauchsteuer			Verfüg. Einkommen		
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	27.6	-1.56	-5.3%	32.0	0.54	1.7%	4.5	0.92	26.0%	168.1	0.10	0.1%
Männer	132	17.6	-0.96	-5.2%	23.5	0.35	1.5%	2.2	0.45	25.7%	100.0	0.16	0.2%
Frauen	77	10.0	-0.60	-5.7%	8.5	0.18	2.2%	2.3	0.47	26.2%	68.1	-0.05	-0.1%
P0-25	6	0.6	-0.04	-6.2%	-0.1	0.01	-9.4%	1.0	0.20	25.8%	8.0	-0.16	-2.0%
P25-50	29	3.4	-0.23	-6.2%	0.6	0.05	8.9%	1.1	0.22	25.8%	29.5	-0.04	-0.1%
P50-75	57	7.8	-0.46	-5.6%	6.2	0.15	2.4%	1.2	0.24	26.2%	47.0	0.07	0.1%
P75-100	118	15.7	-0.83	-5.0%	25.3	0.33	1.3%	1.3	0.26	26.1%	83.7	0.24	0.3%

## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

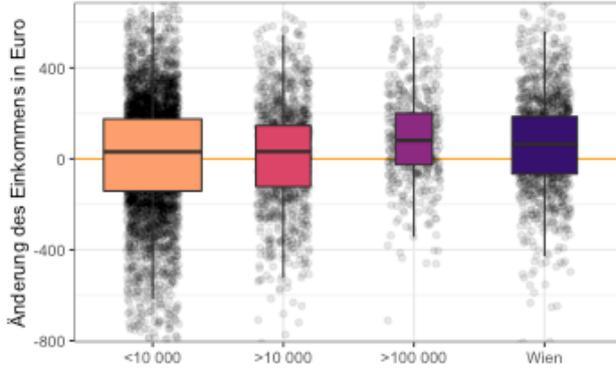
Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	12	21	12	Gini	51.90	40.01	40.20	0.19	0.00
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	0	21	0	QSR	1079.34	16.05	16.60	0.56	0.03
Paar o.Kind.	16	29	16	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	8	13	8	Gini	42.40	26.72	26.84	0.11	0.00
Alleinerz.	-22	-17	-22	MW/P50	1.20	1.09	1.10	0.00	0.00
Andere	31	38	31	QSR	16.71	4.05	4.09	0.04	0.01

## Effekte auf Individualebene

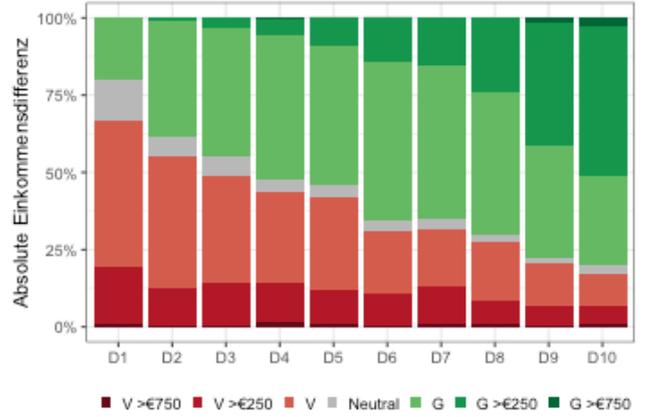


# Effekte auf Haushaltsebene

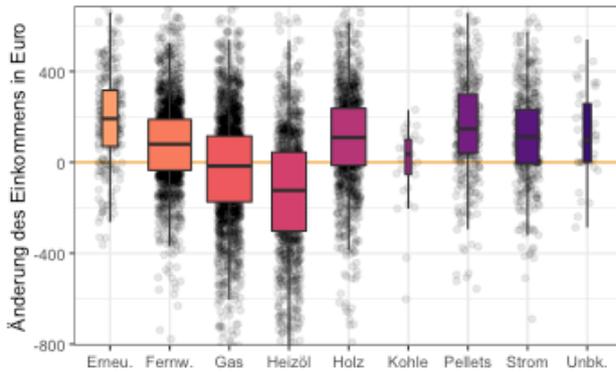
H1 • Gemeindegröße



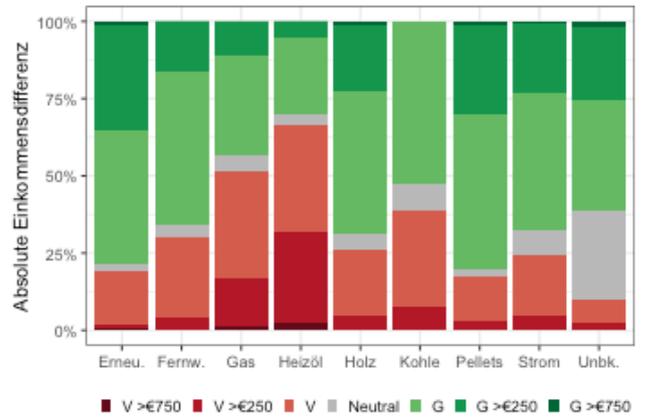
H2 • Gewinner & Verlierer: Einkommen



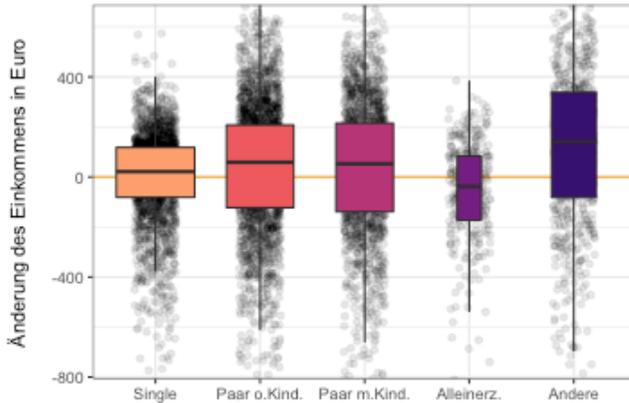
H3 • Heizungsart



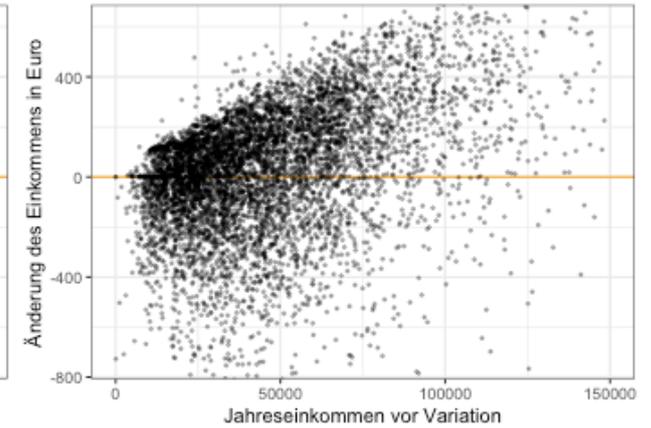
H4 • Gewinner & Verlierer: Heizungsart



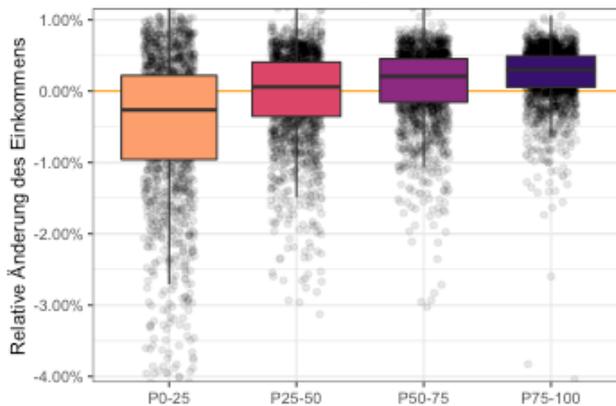
H5 • Haushaltstyp



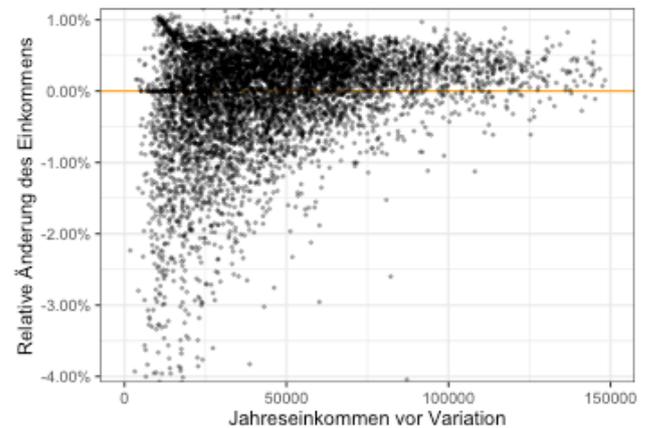
H6 • Absolute Veränderung



H7 • Relative Veränderung nach Quartilen



H8 • Relative Veränderung



## 5.3. Entlastungen im Bereich Lohn- und Einkommenssteuer

### 5.3.1. Senkung der 1. und 2. Steuerstufe inkl. Erhöhung der Negativsteuer

In dieser Simulation soll eine Reduktion des Stufentarifs als Rückvergütung der Einnahmen durch die CO<sub>2</sub>-Steuer simuliert werden. Die Tarifsenkung stellt dabei eine direkte Entlastung des Faktors Arbeit dar, ist aber nur für steuerpflichtige Personen wirksam. Das bedeutet, dass Geringverdienende keine Vorteile dieser Änderung haben, gleichzeitig allerdings die Nachteile der regressiv wirkenden Konsumsteuer deutlicher spüren. Aus diesem Grund wird zusätzlich das Instrument der Negativsteuer ausgeweitet und hier insbesondere der “Sozialversicherungsbonus” angehoben. Dies geschieht um besonders niedrige und mittlere Einkommen nochmals zu entlasten. Zudem ist die Tarifsenkung und Negativsteuererhöhung eine dauerhafte Implementierung, was zur Folge hat, dass potentiell rückläufige Einnahmen der Konsumsteuer (durch Lenkungseffekte) trotzdem dasselbe Volumen an Entlastung in der Einkommensteuer bereitstellen müssen. Die Finanzierungsengpässe müssen in jedem Fall antizipiert werden.

In den folgenden Simulationen wird der Stufentarif der Einkommensteuer wie folgt angepasst:

*Tabelle 5.1.*

#### **Simulation der Tarifstufen des steuerpflichtigen Einkommens und entsprechenden Grenzsteuersätzen**

Einkommensanteile	50€ /tCO <sub>2</sub> (Sim 5.3.1)	150€ /tCO <sub>2</sub>	50€ /tCO <sub>2</sub> (Sim 5.3.2)
bis 11 000 € (steuerfrei)	0%	0%	0%
über 11 000 € bis 18 000 €	19%	16%	18,5%
über 18 000 € bis 31 000 €	34%	32%	34%
über 31 000 € bis 60 000 €	42%	42%	41%
über 60 000 € bis 90 000 €	48%	48%	48%
über 90 000 €	50%	50%	50%
über 1 000 000 €	55%	55%	55%

Die Tabelle 5.1 zeigt, dass die zweite und dritte Tarifstufe eine Reduktion des Grenzsteuersatzes auf 19% und 34% erfahren, im Szenario von 150€ /tCO<sub>2</sub> werden sie nochmals auf 16% und 32% reduziert. Zudem beschreibt diese Simulation eine zusätzliche Erhöhung der Rückerstattung der SV-Beiträge durch das Finanzamt, also innerhalb des Lohnsteuersystems. Sowohl die

absoluten Maximalbeträge, als auch die Prozentsätze der SV-Rückerstattungsbeträge werden angehoben. Folgende Adaptionen werden simuliert:

- SV-Bonus wird um 200€ erhöht (Zuschlag erhöht Grenze der SV-Rückerstattung auf insgesamt 1 000€, einschleifend mit den Einkommensgrenzen des Verkehrsabsatzbetrages) bzw. auf 75% der SV-Beiträge für ArbeitnehmerInnen
- SV-Rückerstattung für PensionistInnen wird auf 500€ erhöht (ebenfalls um 200€) und die Rückerstattungsgrenze der SV-Beiträge auf 100% angehoben

**Aufkommen** Das Aufkommen der Simulation des 50€/tCO<sub>2</sub> Szenarios beträgt rund 900 Mio. Euro, wobei ca. 620 Mio. Euro auf die Tarifierduktion und 280 Mio. Euro auf die Negativsteuer zurückgeführt werden können. Letztere Maßnahme wirkt besonders im ersten und zweiten Einkommensquartil positiv, da durch die Anhebung der Negativsteuer, gemeinsam mit der Tarifentlastung nicht nur keine Steuer gezahlt werden muss, sondern im Gegenteil Ansprüche auf Rückerstattungen (teilweise) voll geltend werden. Insbesondere Absatzbeträge (wie den Familienbonus Plus und den erhöhten Verkehrsabsatzbetrag) machen hier hohe potenzielle Entlastungen möglich, neben der Steuertarifsenkung. Aber auch in den obersten Quartilen steigen die absoluten verfügbaren Nettoeinkommen an. Für diese Individuen werden besonders die Entlastungen durch den reduzierten Steuertarif merkbar, was zur Folge hat, dass die Verteilungsindikatoren, wenn auch nur leicht, mit gleichzeitiger Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer<sup>5</sup>, ungleicher werden (siehe Sim2). Nur die Personen im oberen Teil der Einkommensverteilung können die negativen Effekte der CO<sub>2</sub>-Steuer ausgleichen, Personen mit wenig Einkommen nicht.

**Individualebene** Auf Individualebene erkennt man, dass Einkommen von PensionistInnen, ArbeitnehmerInnen und Selbstständigen profitieren (Sim1). Der Median der Entlastung in Sim1 liegt analog bei 200€, 190€ und 100€. Die Entlastungskurven in I2 und I4 bezeichnen die absolute und relative Veränderung der Nettoeinkommen, welche bis 31 000€ ansteigen und dann den konstanten Maximalbetrag erreichen bzw. sich relativ zum Einkommen einschleifen. Abbildung I3 teilt die Personen in Pendlertypen auf, wobei keine markanten Unterschiede zwischen den Gruppen (bis auf "Unbekannt") zu erkennen sind. Betrachtet man die Ergebnisse in Sim2, so wird ersichtlich dass besonders die unteren Einkommen die Belastung der CO<sub>2</sub>-Steuer 'ausgeliefert' sind. Der Boxplot der Nicht-Erwerbstätigen oder Personen in Ausbildung ist deutlich im negativen Bereich, aber auch der Median der Selbstständigen ist

---

<sup>5</sup>Im Szenario Sim1, werden die Verteilungsindikatoren schwach gleicher, was besonders durch die proportionalen Entlastung der oberen Quartile erreicht wird.

knapp unter Null. Die Streuung ist breit, wobei die relative Belastung der unteren Einkommen sehr deutlich ist.

**Haushaltsebene** Haushalte in denen mehr als zwei Personen mit steuerbarem Einkommen leben profitieren mehr von dieser Maßnahme als Single-Haushalte oder AlleinerzieherInnen. Sie erfahren überwiegend Einkommensverluste, da sie tendenziell geringere Einkünfte haben. Die Belastung der betroffenen Haushalte liegt im Median bei -23€ (Single) oder -16€ (Alleinerziehende), im Durchschnitt bei -22€ und -16€. Die Entlastungskurven sind deswegen bei Paarhaushalten mit doppeltem Einkommen doppelt so hoch, bei einem/einer VerdienerIn nur halb so hoch (siehe H6 und H8 in Sim1). Insgesamt verändert die Maßnahme die Progression des Systems nicht besonders, tendenziell geht sie sogar zurück (siehe H7). In Sim2 wird ersichtlich dass beinahe alle Haushaltstypen im Median keine Veränderung erfahren, das heißt 50% der Verteilung negativ und 50% positiv 'aussteigen'.

**Gewinner & Verlierer** Der Anteil an Gewinnerhaushalten mit mehr als 250€ jährlich beträgt (in Sim1) ab dem 8. äquivalisierten Einkommensdezil über 50% und steigt im 9. und 10. Dezil weiter an. Betrachtet man die "Gewinner und Verlierer" nach Heizungstyp, sieht man, dass vor allem Haushalte in Wohnobjekten die mit alternativen Energieträgern, Holz oder Pellets geheizt werden von der Maßnahme profitieren, also zu einem Großteil entsprechend gute Einkommen erzielen können. Betrachtet man die Maßnahme in Sim2, sind dies auch die Haushalte die am wenigsten 'verlieren' durch eine Einführung der CO<sub>2</sub>-Steuer, da diese Energieträger nicht versteuert werden. Am stärksten trifft es Haushalte die mit Heizöl oder Gas heizen, aber auch hier sind die ärmeren Dezile in größeren Anteilen betroffen durch die fehlende Entlastung der Einkommensteuersenkung. Die Steuersenkung in Kombination mit der Erhöhung der Negativsteuer kann zudem die Verluste des 1. Dezils nicht vollständig abfangen: knapp 50% der Haushalte im untersten Dezil erfahren Verluste von zumindest 10€ und mehr, 15% sogar mehr als 250€. Erst ab dem 5. Dezil beträgt der Anteil der Gewinner pro Dezil zumindest 50%.

**50€ vs. 150€ /tCO<sub>2</sub>** Bei dieser Simulation wurde der Einkommensteuertarif abermals angepasst um ein Volumen von ca. 2,7 Mrd. Euro zu erreichen (siehe Tabelle 5.1). Die Effekte verdreifachen sich entsprechend und auch hier bleibt die Haupteckenerkenntnis gleich: die Tarifreduktion gemeinsam mit der Negativsteuerausweitung kommt mittleren Haushaltseinkommen zu Gute, welche die Belastung durch die CO<sub>2</sub>-Steuer so annähernd ausgleichen können. Niedrige Einkommen erfahren geringere Entlastungen und können die Konsumsteuer nicht ausgleichen.

Diese Seite wurde absichtlich leer gelassen.

# Steuersenkung u. Erhöhung Negst. vs. 50€/tCO<sub>2</sub> (Treib- und Heizstoffe)

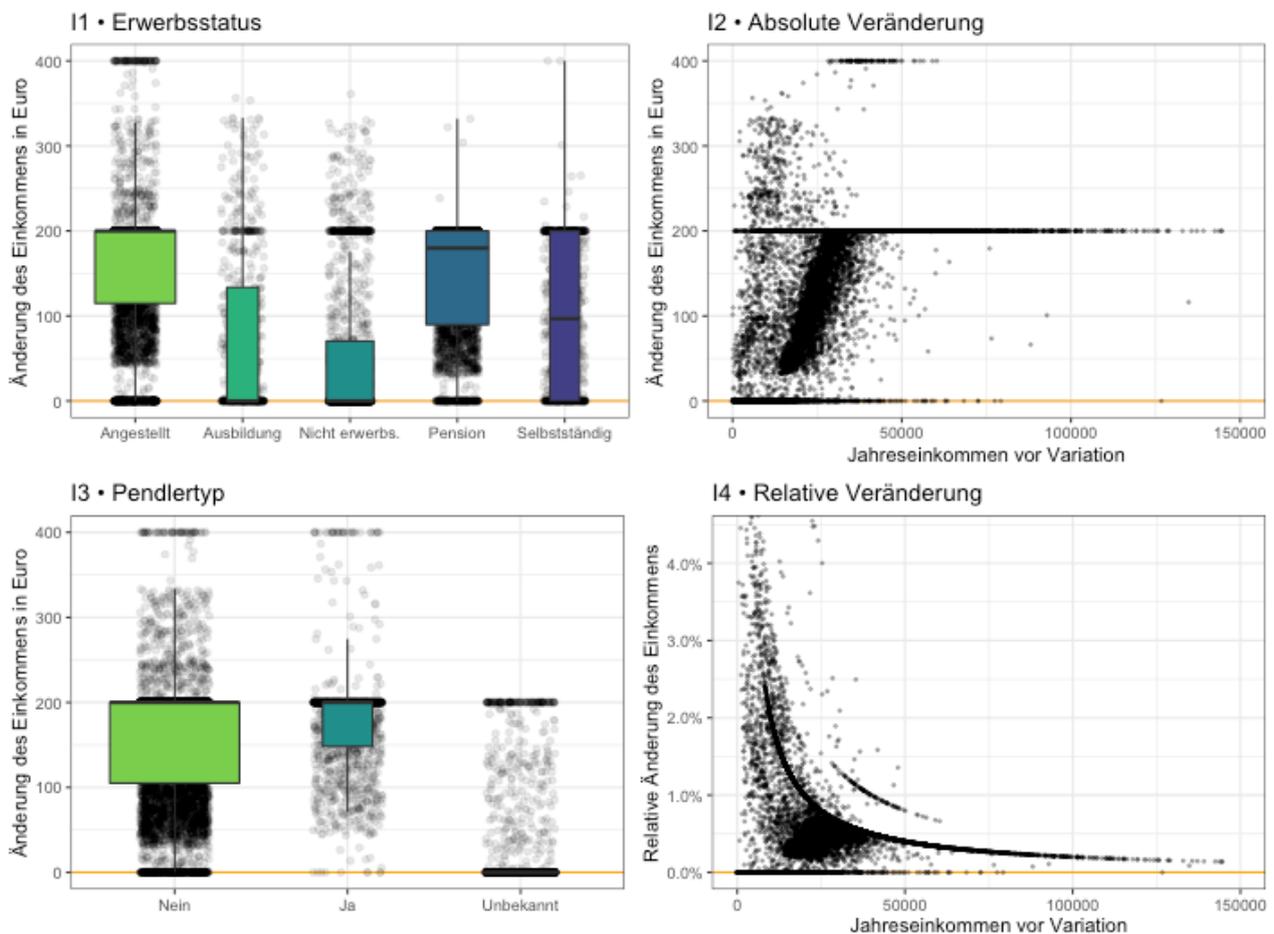
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto		Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen		
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	30.6	-0.90	-2.9%	4.5	0.00	0.0%	168.0	0.90	0.5%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	22.7	-0.48	-2.1%	2.2	0.00	0.0%	99.9	0.48	0.5%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	7.9	-0.42	-5.0%	2.3	0.00	0.0%	68.1	0.42	0.6%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.2	-0.09	76.9%	1.0	0.00	0.0%	8.0	0.09	1.1%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.4	-0.22	-37.0%	1.1	0.00	0.0%	29.5	0.22	0.8%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	5.8	-0.26	-4.2%	1.2	0.00	0.0%	46.9	0.26	0.5%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	24.6	-0.34	-1.4%	1.3	0.00	0.0%	83.5	0.34	0.4%

## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

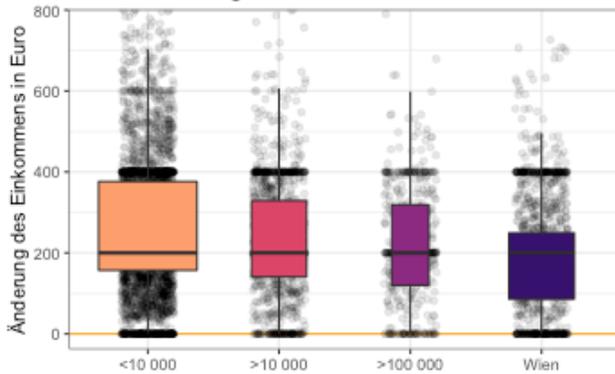
Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	106	100	117	Gini	51.90	40.19	40.10	-0.09	0.00
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	138	169	162	QSR	1079.34	16.59	16.44	-0.14	-0.01
Paar o.Kind.	130	130	137	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	78	77	87	Gini	42.40	26.82	26.77	-0.05	0.00
Alleinerz.	65	66	91	MW/P50	1.20	1.10	1.09	0.00	0.00
Andere	107	107	112	QSR	16.71	4.08	4.07	-0.01	0.00

## Effekte auf Individualebene

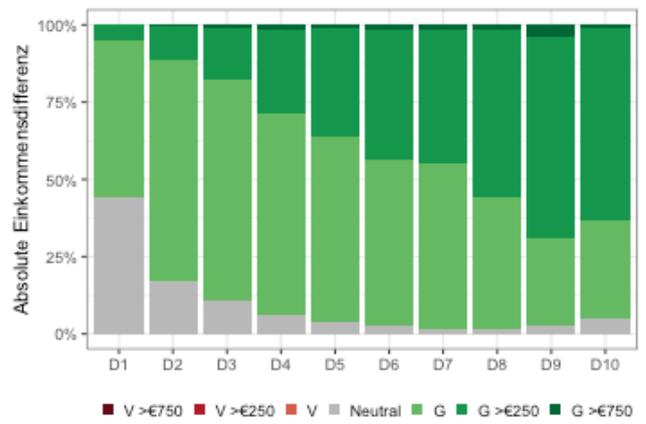


# Effekte auf Haushaltsebene

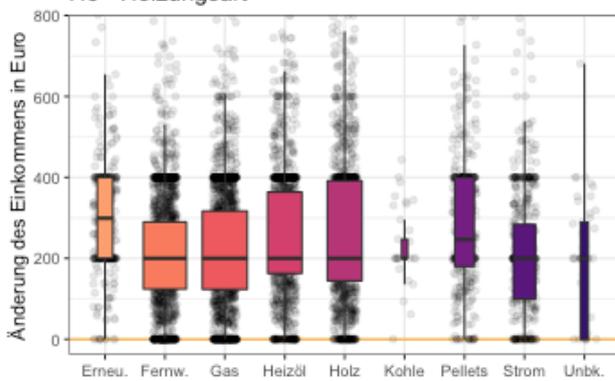
H1 • Gemeindegröße



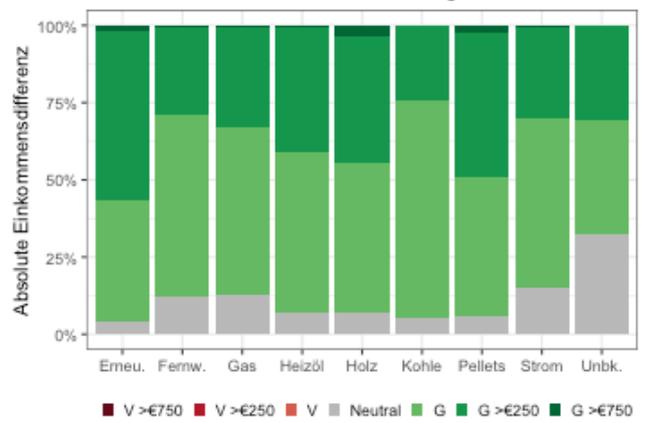
H2 • Gewinner & Verlierer: Einkommen



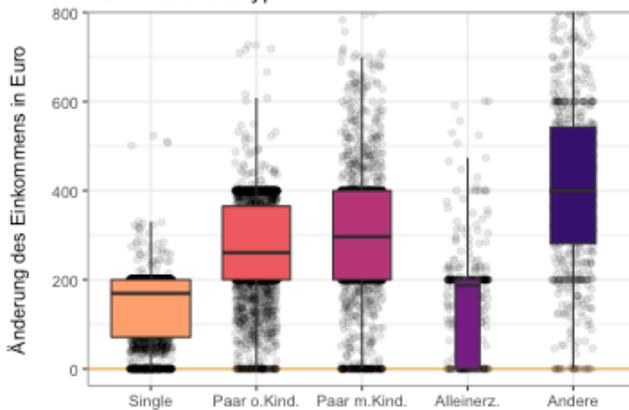
H3 • Heizungsart



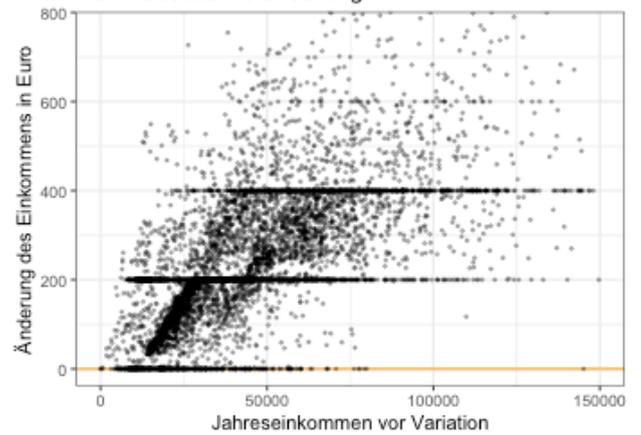
H4 • Gewinner & Verlierer: Heizungsart



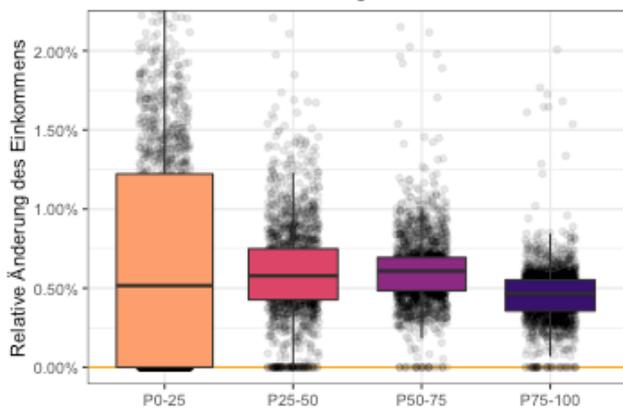
H5 • Haushaltstyp



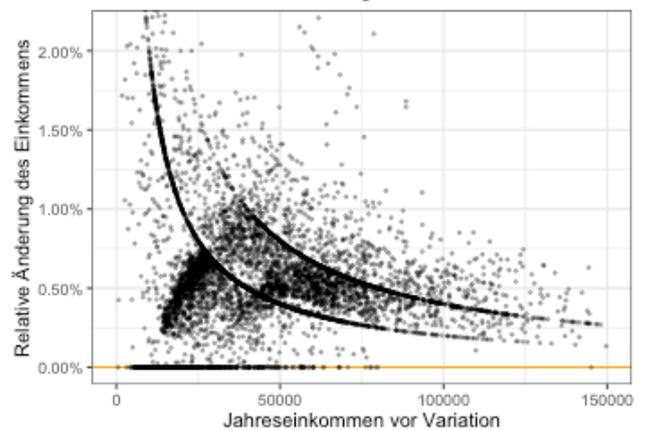
H6 • Absolute Veränderung



H7 • Relative Veränderung nach Quartilen



H8 • Relative Veränderung



# Steuersenkung u. Erhöhung Negst. vs. Status Quo

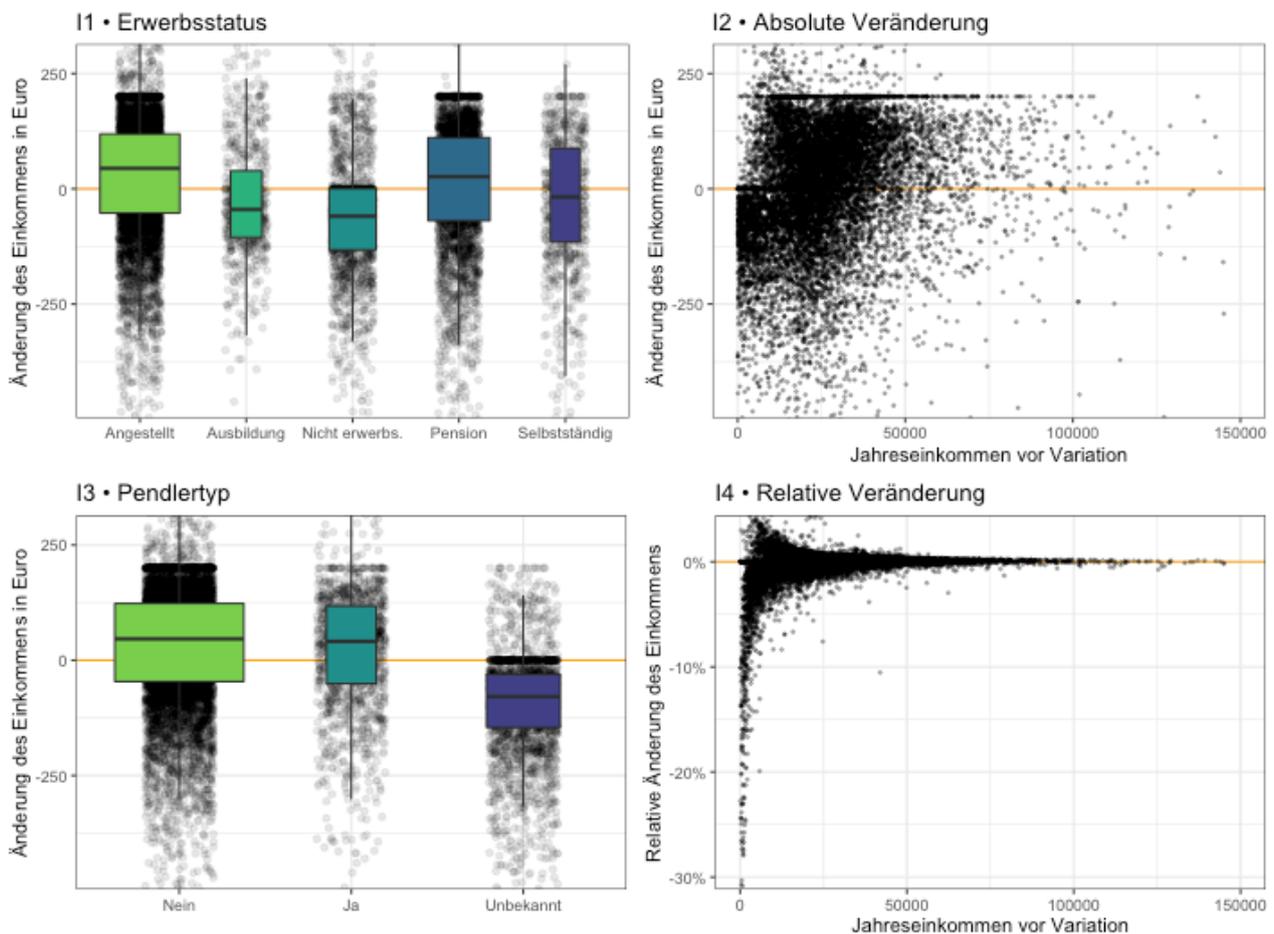
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	30.6	-0.90	-2.9%	4.5	0.92	26.0%	168.0	-0.02	0.0%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	22.7	-0.48	-2.1%	2.2	0.45	25.7%	99.9	0.03	0.0%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	7.9	-0.42	-5.0%	2.3	0.47	26.2%	68.1	-0.05	-0.1%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.2	-0.09	75.0%	1.0	0.20	25.8%	8.0	-0.11	-1.3%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.4	-0.22	-37.4%	1.1	0.22	25.8%	29.5	0.00	0.0%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	5.8	-0.26	-4.2%	1.2	0.24	26.2%	46.9	0.01	0.0%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	24.6	-0.34	-1.4%	1.3	0.26	26.1%	83.5	0.08	0.1%

## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

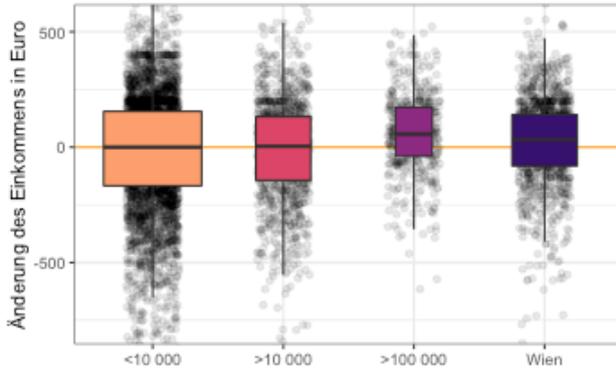
Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	-2	8	-2	Gini	51.90	40.01	40.10	0.10	0.00
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	-22	0	-23	QSR	1079.34	16.05	16.44	0.40	0.02
Paar o.Kind.	-7	12	-7	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	-1	1	-1	Gini	42.40	26.72	26.77	0.05	0.00
Alleinerz.	-16	-13	-16	MW/P50	1.20	1.09	1.09	0.00	0.00
Andere	21	29	21	QSR	16.71	4.05	4.07	0.02	0.00

## Effekte auf Individualebene

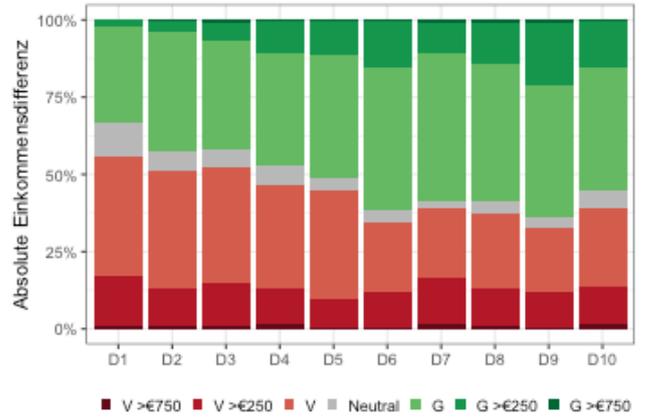


# Effekte auf Haushaltsebene

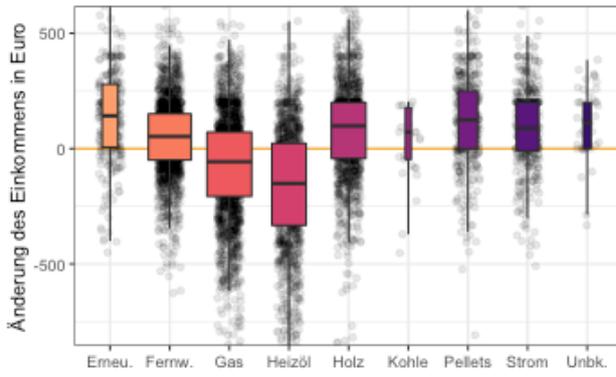
H1 • Gemeindegröße



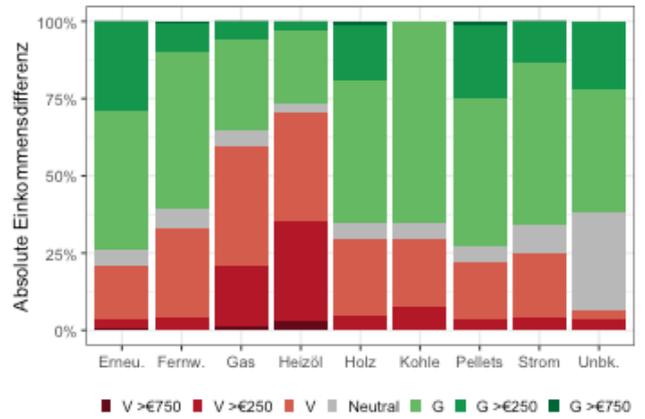
H2 • Gewinner & Verlierer: Einkommen



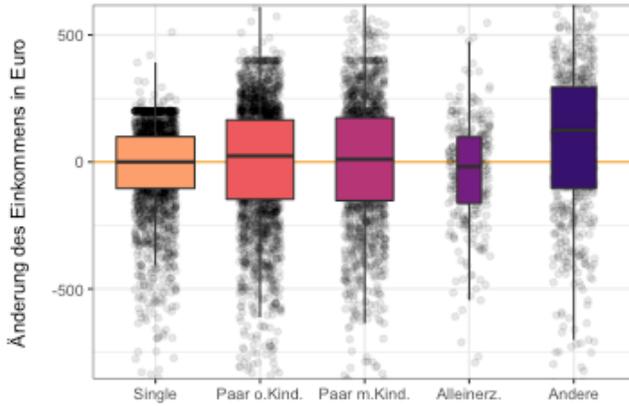
H3 • Heizungsart



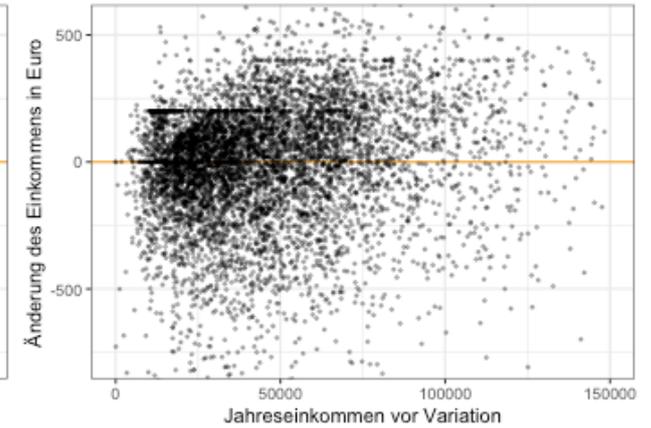
H4 • Gewinner & Verlierer: Heizungsart



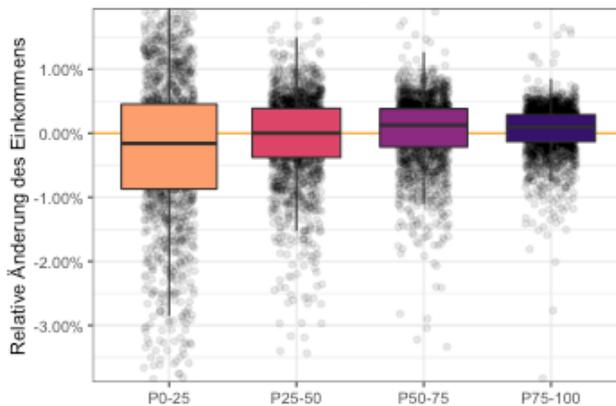
H5 • Haushaltstyp



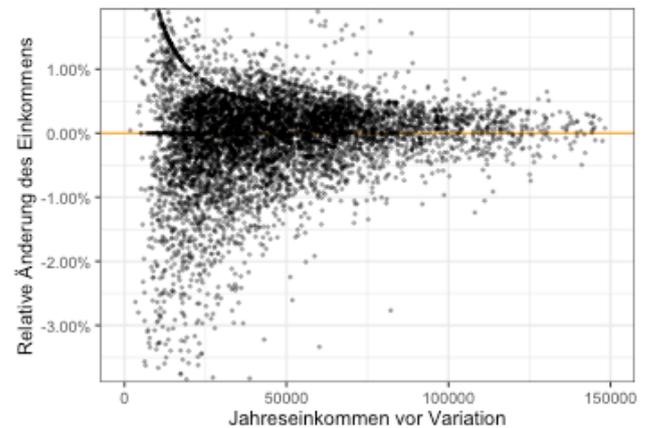
H6 • Absolute Veränderung



H7 • Relative Veränderung nach Quartilen



H8 • Relative Veränderung



### 5.3.2. Tarifsenkung ohne Erhöhung der Negativsteuer

In einem zusätzlichen Szenario wurde die alleinige Veränderung der Steuertarife simuliert, ohne eine gleichzeitige Erhöhung der Negativsteuer. Der Tarif wurde wie folgt verändert (siehe auch Tabelle 5.1): ab einem Einkommen von 11.000€ sind 18,5% (statt 20%) Steuer zu entrichten, für die zweite Steuerstufe 34% (statt 35%) und die dritte Steuerstufe wurde auf 41% (statt 42%) reduziert. Gleichzeitig wurde in Sim2 wieder eine CO<sub>2</sub>-Steuer von 50€ /tCO<sub>2</sub> gegengerechnet.

**Aufkommen** Diese Steuerreform erhöht das verfügbare Nettoeinkommen der ÖsterreicherInnen um knapp 1 Mrd. Euro, und ist damit etwas über der Belastung der CO<sub>2</sub>-Steuer von 920 Mio. Euro. Im ersten Quartil der Verteilung ist keine Änderung im zweistelligen Millionenbereich zu sehen, aber ein relativer Anstieg von rund 0,1%. Mit steigendem Einkommen werden die Entlastungen entsprechend größer, wodurch der größte Anteil dieser Reform den oberen 25% der Einkommensverteilung zu Gute kommt: von knapp 1 Mrd. ungefähr 630 Mio. Euro. Im Vergleich zur Simulation 5.3.1 werden untere Einkommen nicht gleich gut entlastet. Die Verteilungsindikatoren zeigen eine leicht ungleichere Verteilung an. Besonders in Sim2, bei gleichzeitiger Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer, wird ersichtlich, dass die unteren 50% der Verteilung keine Verluste durch ihren Konsum mittels der Tarifreduktionen ausgleichen können.

**Haushaltsebene** Bei einer Betrachtung der Sim2 erkennt man, dass in Abbildung H5 bis H8 die Effekte der Tarifsenkung und der Konsumsteuer sehr stark streuen. Bei fast allen Haushaltstypen ist der Median der Entlastung bei Null oder sogar im negativen Bereich (AlleinerzieherInnen). Grafik H7 zeigt diese Belastung noch einmal relativ zum Einkommen: 75% der Haushalte im untersten äquivalisierten Einkommensviertel erfahren eine negative oder keine Veränderung des Einkommens, nur ein Viertel leicht positive. Erst für die obere Hälfte der Verteilung rutscht der Median in den positiven Bereich, insbesondere für das bestverdienste, oberste Viertel.

**Gewinner & Verlierer** Der Anteil an Verliererhaushalten mit mehr als 250€ jährlich beträgt im ersten Einkommensdezil bereits 25%, der Anteil an Haushalten mit Verlusten zwischen 10 und 250€ weitere 50%. Die Anzahl der Gewinnerhaushalte steigt ab dem 2. Dezil zwar kontinuierlich an, beträgt aber erst ab dem 6. Dezil mehr als 50%. Es wird abermals ersichtlich, dass die Tarifreduktion regressiv wirkt und besonders untere Einkommen ihre Verluste durch die Konsumsteuer, welche ebenfalls regressiv wirkt, nicht ausreichend abdecken können.

Diese Seite wurde absichtlich leer gelassen.

# Tarifsenkung vs. 50€/tCO<sub>2</sub> (Treib- und Heizstoffe)

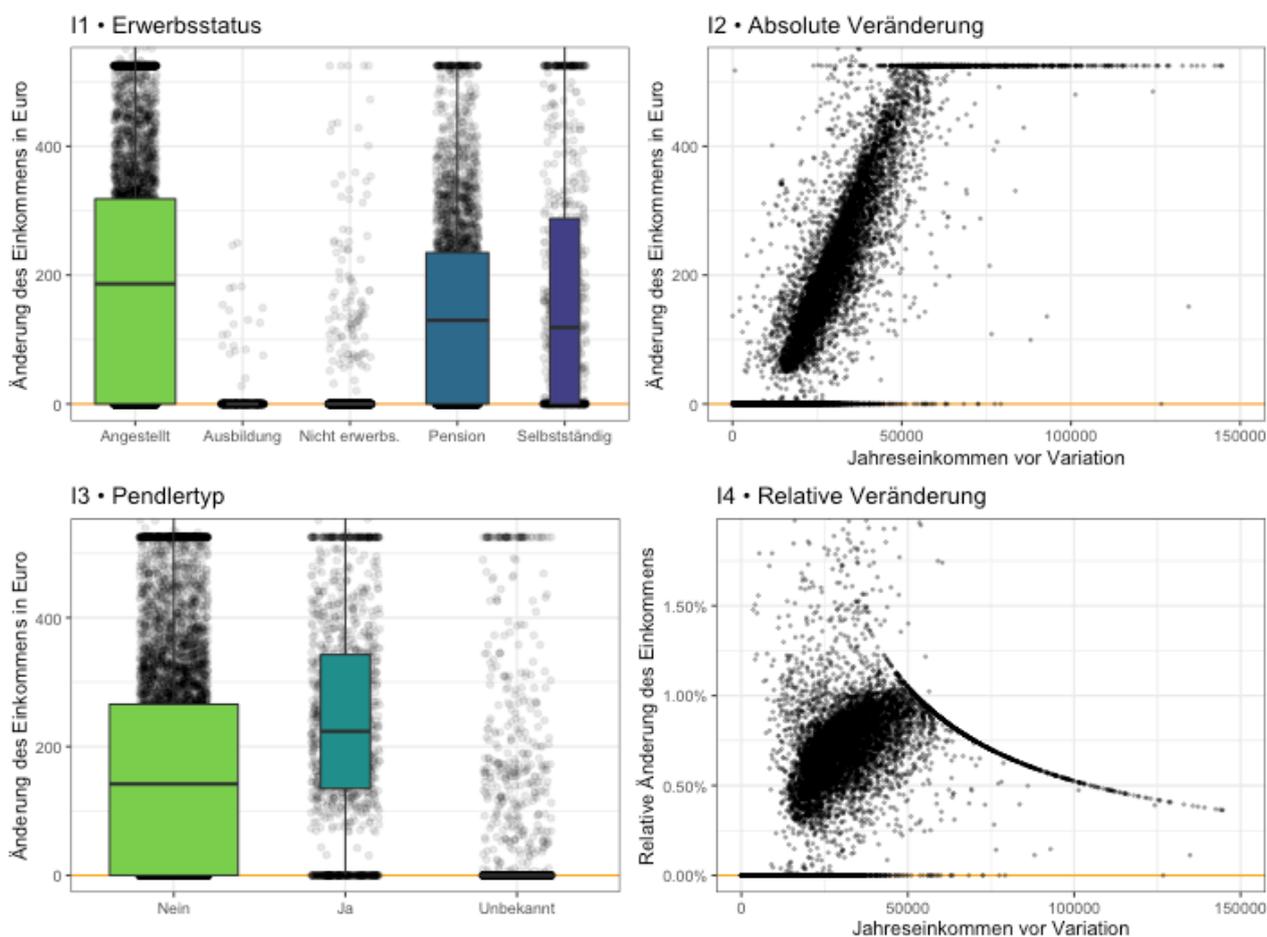
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto		Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen		
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	30.5	-1.01	-3.2%	4.5	0.00	0.0%	168.1	1.01	0.6%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	22.5	-0.67	-2.9%	2.2	0.00	0.0%	100.1	0.67	0.7%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.0	-0.34	-4.1%	2.3	0.00	0.0%	68.0	0.34	0.5%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	4.1%	1.0	0.00	0.0%	8.0	0.00	0.1%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.5	-0.09	-15.1%	1.1	0.00	0.0%	29.4	0.09	0.3%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	5.8	-0.28	-4.7%	1.2	0.00	0.0%	46.9	0.28	0.6%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	24.3	-0.63	-2.5%	1.3	0.00	0.0%	83.8	0.63	0.8%

## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

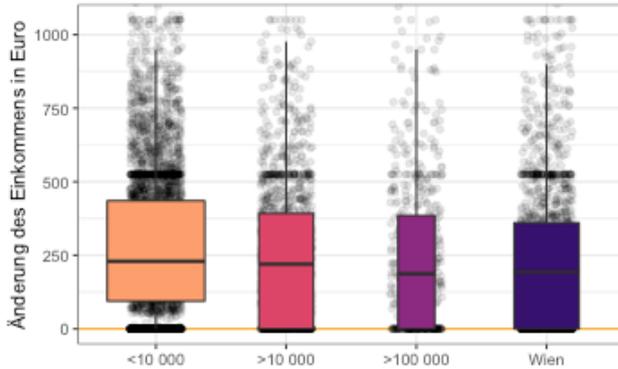
Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	119	99	154	Gini	51.90	40.19	40.28	0.09	0.00
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	157	137	242	QSR	1079.34	16.59	16.69	0.11	0.01
Paar o.Kind.	152	132	180	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	89	80	117	Gini	42.40	26.82	26.89	0.07	0.00
Alleinerz.	46	0	107	MW/P50	1.20	1.10	1.09	0.00	0.00
Andere	113	95	127	QSR	16.71	4.08	4.10	0.02	0.01

## Effekte auf Individualebene

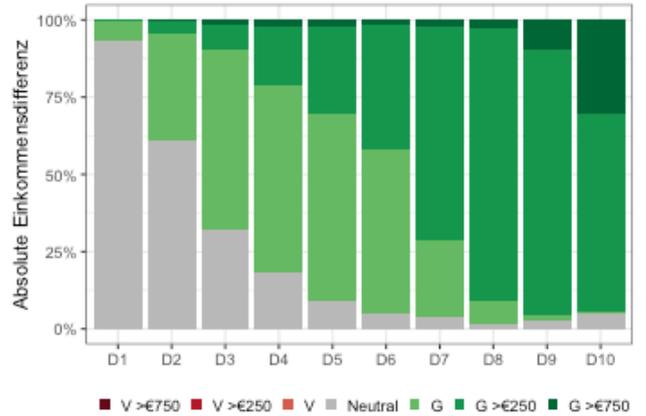


# Effekte auf Haushaltsebene

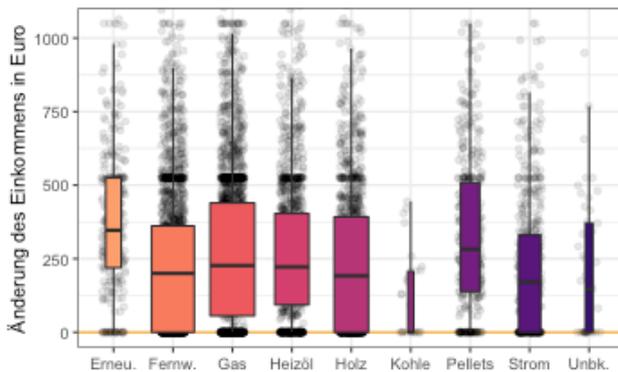
H1 • Gemeindegröße



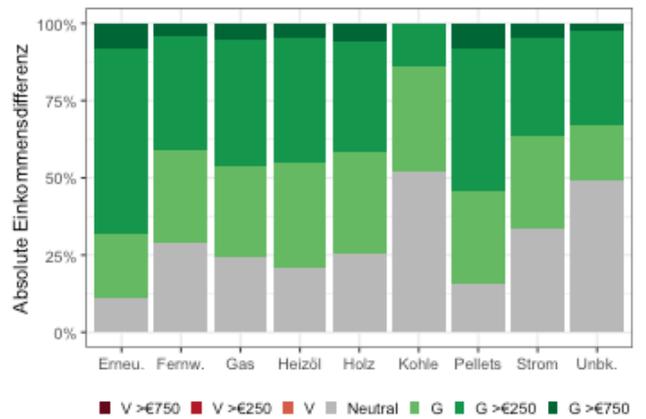
H2 • Gewinner & Verlierer: Einkommen



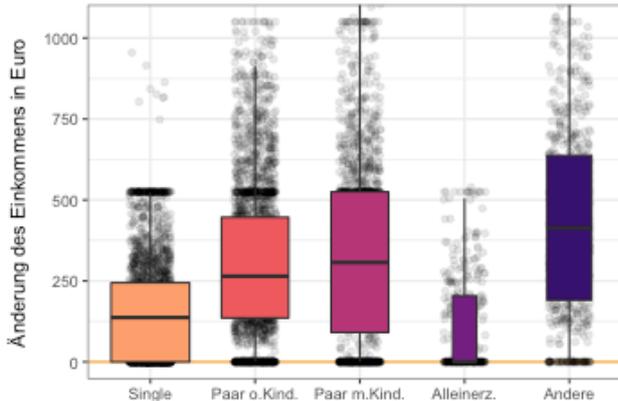
H3 • Heizungsart



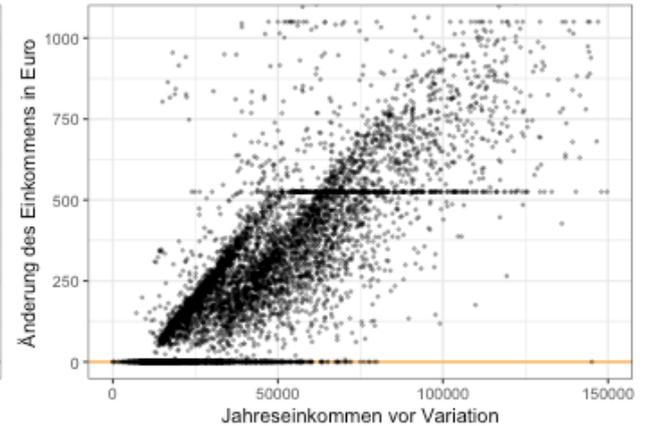
H4 • Gewinner & Verlierer: Heizungsart



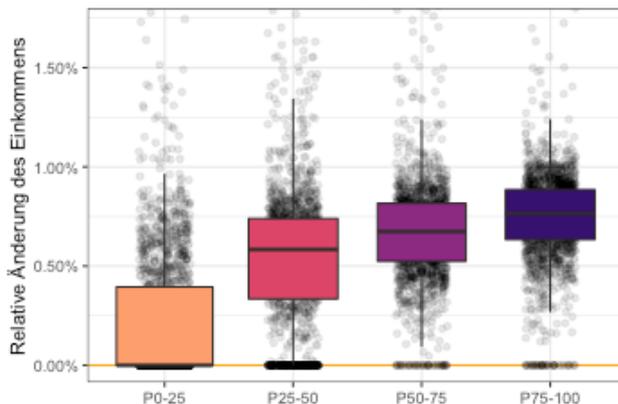
H5 • Haushaltstyp



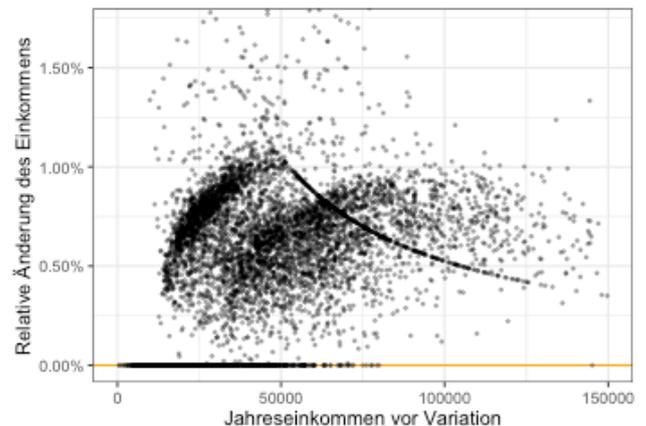
H6 • Absolute Veränderung



H7 • Relative Veränderung nach Quartilen



H8 • Relative Veränderung



# Tarifsenkung vs. Status Quo

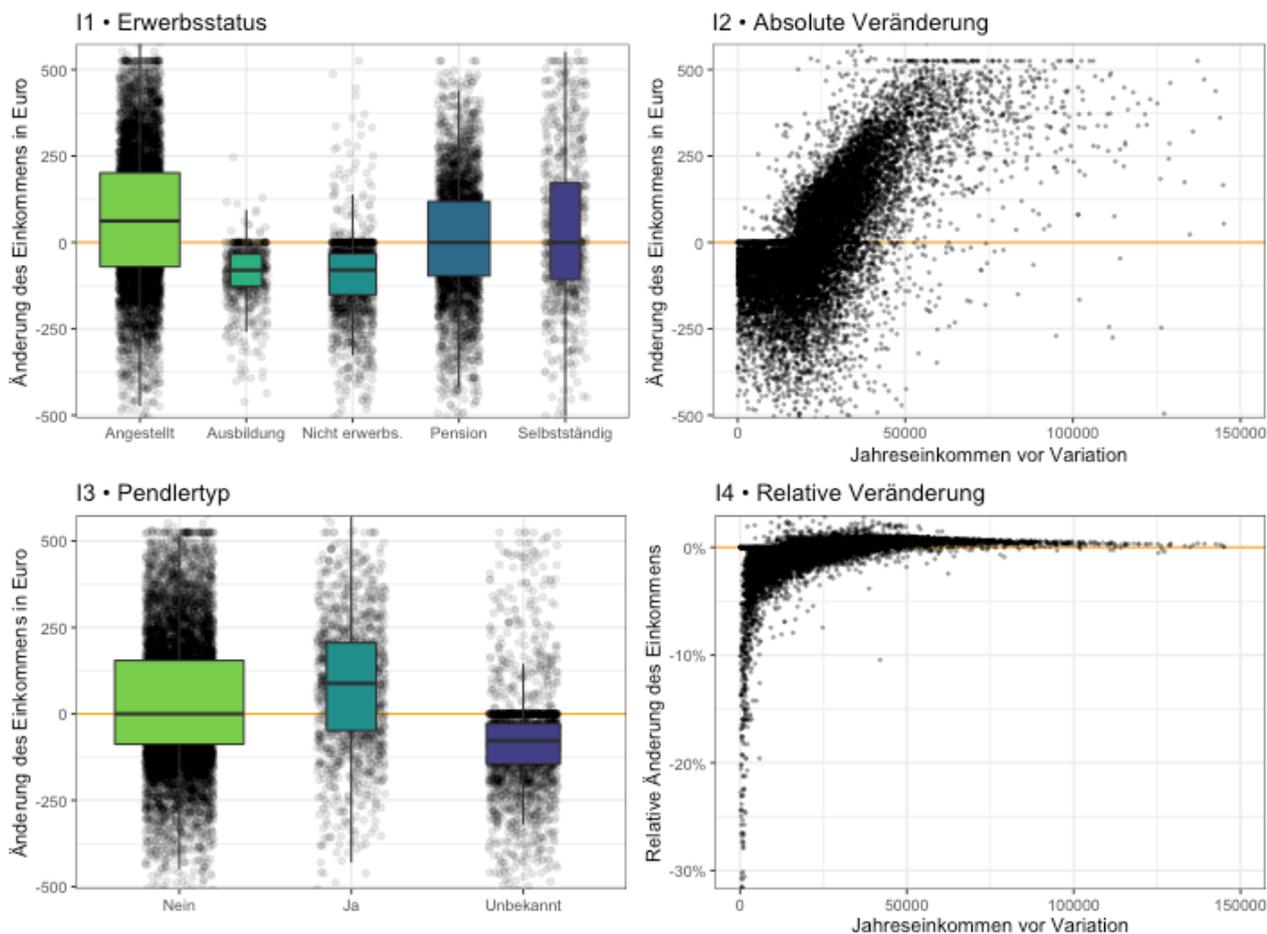
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto		Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen		
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	30.5	-1.01	-3.2%	4.5	0.92	26.0%	168.1	0.09	0.1%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	22.5	-0.67	-2.9%	2.2	0.45	25.7%	100.1	0.22	0.2%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.0	-0.34	-4.1%	2.3	0.47	26.2%	68.0	-0.13	-0.2%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	3.8%	1.0	0.20	25.8%	8.0	-0.19	-2.3%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.5	-0.09	-15.3%	1.1	0.22	25.8%	29.4	-0.13	-0.4%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	5.8	-0.28	-4.7%	1.2	0.24	26.2%	46.9	0.04	0.1%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	24.3	-0.63	-2.5%	1.3	0.26	26.1%	83.8	0.37	0.4%

## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

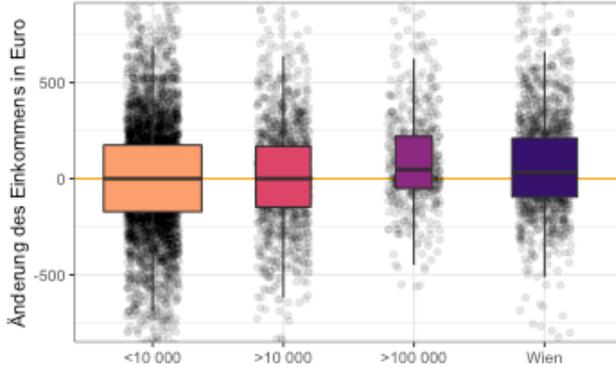
Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0		Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	11	5	11	Gini	51.90	40.01	40.28	0.28	0.01
<b>Haushaltstypen</b>				<b>Haushalte</b>					
Single	-3	0	-3	MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Paar o.Kind.	16	10	16	QSR	1079.34	16.05	16.69	0.65	0.04
Paar m.Kind.	10	4	10	Gini	42.40	26.72	26.89	0.17	0.01
Alleinerz.	-35	-32	-38	MW/P50	1.20	1.09	1.09	0.00	0.00
Andere	27	23	27	QSR	16.71	4.05	4.10	0.05	0.01

## Effekte auf Individualebene

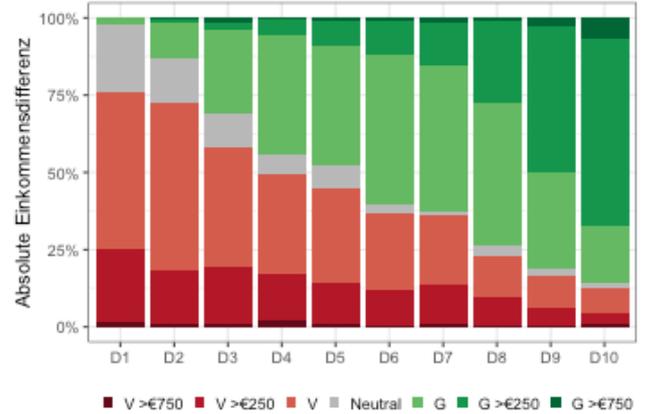


# Effekte auf Haushaltsebene

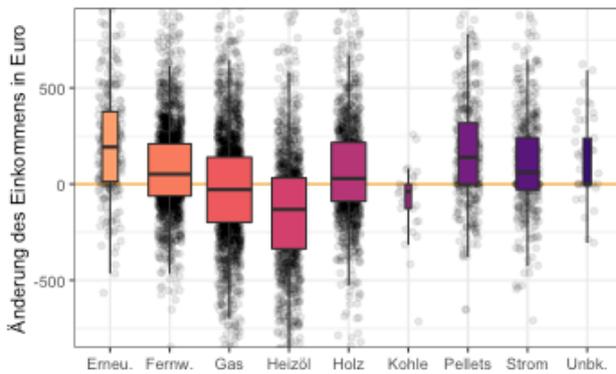
H1 • Gemeindegröße



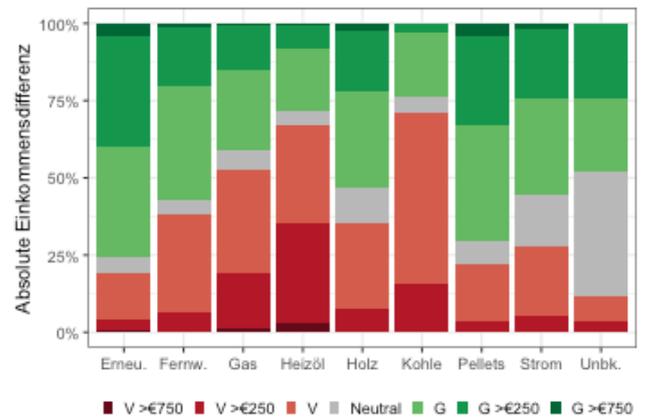
H2 • Gewinner & Verlierer: Einkommen



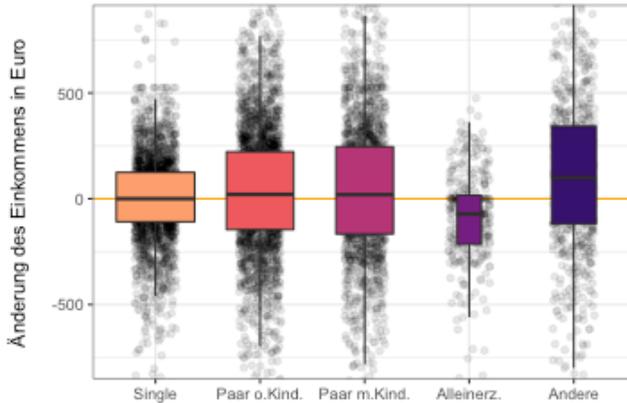
H3 • Heizungsart



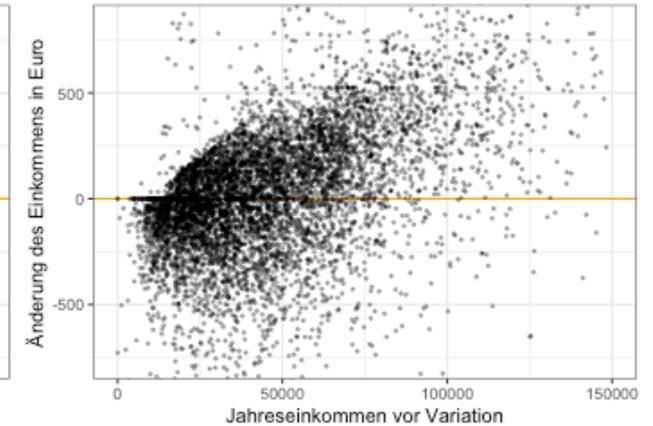
H4 • Gewinner & Verlierer: Heizungsart



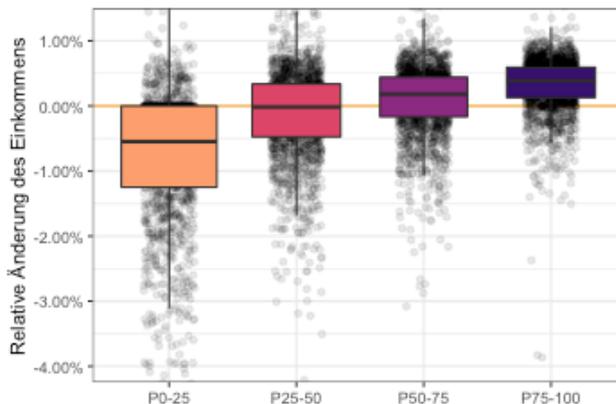
H5 • Haushaltstyp



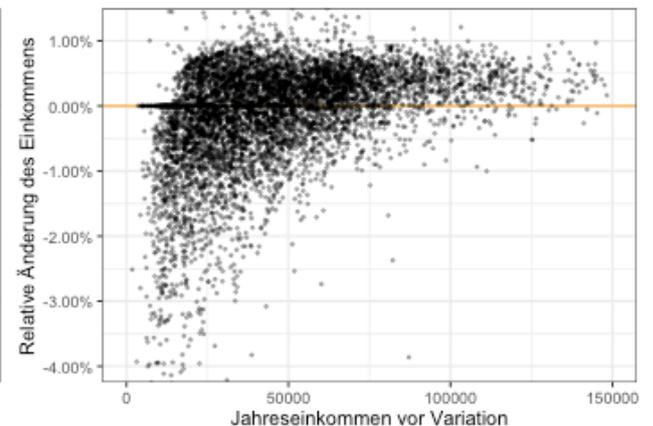
H6 • Absolute Veränderung



H7 • Relative Veränderung nach Quartilen



H8 • Relative Veränderung



## 5.4. Umstellung der Entlastungsstruktur von PendlerInnen

Die Entlastung von PendlerInnen<sup>6</sup> geschieht im Lohnsteuersystem an mehreren Stellen durch unterschiedliche Instrumente mit verschiedenen Verteilungswirkungen. Die Fahrtkosten zwischen Wohnort und Arbeitsstätte werden im derzeitigen System für unselbstständige Arbeit grundsätzlich durch den Verkehrsabsatzbetrag berücksichtigt, welcher in der Höhe von jährlich 400€<sup>7</sup> die Steuerlast direkt vermindert. Darüber hinaus werden PendlerInnen unter gewissen Voraussetzungen mit einem Pendlerpauschalbetrag begünstigt. Das derzeitige Pendlerpauschale ist in der Höhe nach der Zumutbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel und einfacher Entfernung zum Arbeitsort gestaffelt. Entsprechend dieser Kriterien kann entweder kein, das *kleine* oder das *große* Pendlerpauschale geltend gemacht werden. Als letzte Maßnahme und gekoppelt an das Pendlerpauschale vermindert der Pendlereuro als Absatzbetrag die Steuerlast. Er wird als ein fixer Eurobetrag pro einfacher Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsplatz abgegolten (derzeit 2€ pro km). Eine detaillierte Beschreibung der gesetzlichen Abläufe und Regelungen kann im **Steuerbuch 2019**<sup>8</sup> des Bundesfinanzministerium (kurz: BMF) nachgelesen werden.

Was bereits jetzt erkenntlich wird, ist, dass die Entlastung für PendlerInnen sehr komplex und starr ist und dementsprechend Änderungen im bestehenden System in der Vergangenheit öfters zu einer Verschärfung dieses Problems beigetragen haben anstatt verständliche Erleichterungen zu bringen. Wie auch schon von anderen Studien festgestellt und gefordert, wäre mehr Transparenz und eine Vereinfachung der Pendlerentlastung, die zusätzlich auch noch verkehrsmittelunabhängig fungiert durchaus wünschenswert (Köppl, Schleicher und Schratzenstaller, 2019). Bestehende Datenprobleme über die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel und der Zuordnung der Pendlerpauschalförderung<sup>9</sup> zu den einzelnen Betroffenen lassen diese Vorschläge für diesen Bericht jedoch nicht zu.

Um ein möglichst einfaches Instrument für die Entlastungen von PendlerInnen vorzuschlagen werden im Rahmen dieses Kapitels zwei Möglichkeiten diskutiert: (i) die Erhöhung des großen Pendlerpauschales und (ii) die Umwandlung des Pendlerpauschales zu einem Absatz-

---

<sup>6</sup>Als PendlerInnen werden in diesem Bericht nur Personen bezeichnet, die innerhalb des Lohnsteuersystems einen Anspruch auf das Pendlerpauschale geltend machen können.

<sup>7</sup>Für geringe Einkommen erhöht sich der Absatzbetrag um 290€ bzw. weitere 300€

<sup>8</sup>Abrufbar unter: [https://www.bmf.gv.at/services/publikationen/BMF-BR-ST\\_Steuerbuch2019.pdf?6s1wdh](https://www.bmf.gv.at/services/publikationen/BMF-BR-ST_Steuerbuch2019.pdf?6s1wdh)

<sup>9</sup>Siehe dazu auch die parlamentarische Anfrage Nr. 5770/J, abrufbar unter [https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB\\_05601/imfname\\_462488.pdf](https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB_05601/imfname_462488.pdf).

betrag. Beide Szenarien werden aufgrund der kleineren Anzahl an BezugnehmerInnen nicht aufkommensneutral gestaltet.

### 5.4.1. Erhöhung des großen Pendlerpauschales

In einer ersten Simulation wird das große Pendlerpauschale um 1 500€ angehoben und zusätzlich die Negativsteuer (Grenze der SV-Rückerstattung) für PendlerInnen um 100€ auf 200€ ausgeweitet.

**Aufkommen** Die Erhöhung des großen Pendlerpauschales ergibt ein Steueraufkommen von 230 Mio. Euro, das PendlerInnen als zusätzliches Nettoeinkommen zur Verfügung steht. Männer können einen größeren Anteil dieses Einkommens verzeichnen und besonders mittleren und oberen Einkommen kommt diese Entlastung zu Gute. Hier befinden sich die meisten PendlerInnen mit großem Pendlerpauschale. Das 3. Quartil verzeichnet 80 Mio. Euro dieser Maßnahme, das oberste 4. Quartil ganze 130 Mio. Euro. Die Entlastung liegt im Median bei ca. 400€ für PendlerInnen, berechnet auf die gesamte Bevölkerung ergibt dies keine merklichen Veränderungen. Betrachtet man jedoch nur die betroffenen Haushalte mit Pendlerpauschale, erkennt man, dass vor allem Single-Haushalte durchschnittlich 554€ bekommen, Paare mit Kindern nur 165€ .

**Individualebene** Betrachtet man die Verteilungswirkungen auf der Personenebene, kann man erkennen, dass die Verteilung leicht ungleicher wird. Wie schon erwähnt profitieren untere Einkommen nicht im selben Ausmaß wie mittlere Einkommen von dieser Maßnahme. Anhand von Grafik I2 und I4 wird ersichtlich, dass erwerbstätige Personen mit mittlerem Einkommen von dieser Form der Pendlerentlastung am meisten profitieren, absolut und relativ betrachtet. Es ist vor allem diese Gruppe, die Anspruch auf das große Pendlerpauschale aufweist (siehe Grafik I3). Betrachtet man in Sim2 die Effekte unter gleichzeitiger Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer von 50€ /tCO<sub>2</sub>, wird ersichtlich, dass nur für (die meisten) PendlerInnen die Belastung durch die Steuer aufgefangen werden kann (siehe I2). Der Median ist bei knapp 70€ (siehe I3), die Streuung ist jedoch darüber und darunter groß. In weiterer Folge stellt sich hierbei die Frage, ob die erwünschten Anreizwirkungen und gleichzeitigen Entlastungsstrukturen, welche im Rahmen einer ökosozialen Steuerreform erzielt werden sollen, gegeben sind.

**Haushaltsebene** Bei einer Analyse der Ergebnisse auf Haushaltsebene nach Gemeindegröße (H1) erkennt man zunächst, dass jene Haushalte die in ruralen Gebieten (Gemeinden mit

unter 10 000 EinwohnerInnen) leben, die meisten Punkte und somit Betroffenheit verzeichnen. Dies resultiert aus dem Umstand, dass diese Personengruppe auch die weitesten Pendelstrecken zurücklegt (legen muss) und so von der kilometerabhängigen Pendlerpauschale besonders profitiert. Bei einer gleichzeitigen Betrachtung mit der Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer kann man jedoch erkennen, dass zumindest 75% der Haushalte auch hier Verluste verzeichnen.

**Gewinner & Verlierer** Grafik H2 (Sim2) zeigt anhand des Anteils der Gewinner- und Verliererhaushalte nach äquivalisierten Einkommensdezilen eine klar regressive Wirkung der Pendlerentlastung, da über 75% der Haushalte in jedem Dezil Verluste verzeichnen (oder nicht betroffen sind), während Gewinnerhaushalte fast ausschließlich ab dem 4. Dezil zu finden sind. In Abbildung H4 wird darüber hinaus der Anteil der “Gewinner und Verlierer” nach primärer Heizungsart dargestellt. Ähnlich wie in Abbildung H3 zeigt sich jedoch kein klarer Zusammenhang zwischen jenen Haushalten die von einer Pendlerhilfe profitieren und der primären Heizungsart, bzw. können die Entlastungen keine merkliche Auswirkung auf die Steuerbelastung nach Heizungsart entfalten (einzig Haushalte die mit Holz, Pellets oder alternativen Energien heizen sind weniger steuerlich belastet).

**50€ vs. 150€/tCO<sub>2</sub>** Die Simulationsergebnisse für eine CO<sub>2</sub>-Steuer in der Höhe von 150€/tCO<sub>2</sub> sind mit derselben Gestaltung der Pendlerpauschalausweitung simuliert. Die Ergebnisse sind dementsprechend schlechter, da eine höhere Konsumsteuer mit “derselben” Entlastung an Pendlerhilfe abgedeckt wird.

Diese Seite wurde absichtlich leer gelassen.

# Erhöhung gr. Pendlerpauschale vs. 50€/tCO<sub>2</sub> (Treib- und Heizstoffe)

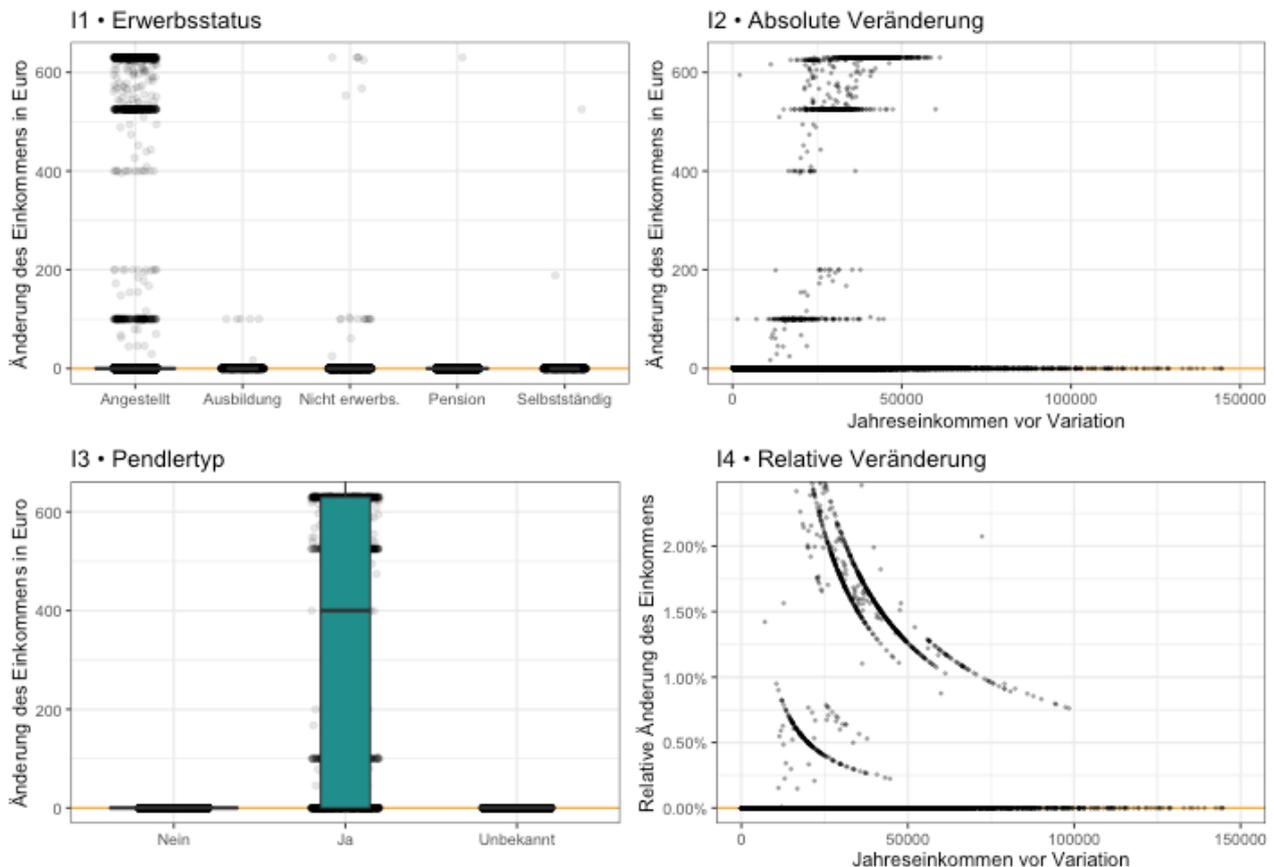
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto				Sozialversicherung			Einkommensteuer			Verbrauchsteuer			Verfüg. Einkommen		
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.3	-0.23	-0.7%	4.5	0.00	0.0%	167.3	0.23	0.1%			
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.0	-0.15	-0.7%	2.2	0.00	0.0%	99.6	0.15	0.2%			
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.3	-0.08	-0.9%	2.3	0.00	0.0%	67.7	0.08	0.1%			
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	1.1%	1.0	0.00	0.0%	8.0	0.00	0.0%			
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	-0.02	-3.2%	1.1	0.00	0.0%	29.3	0.02	0.1%			
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.0	-0.08	-1.3%	1.2	0.00	0.0%	46.7	0.08	0.2%			
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	24.8	-0.13	-0.5%	1.3	0.00	0.0%	83.3	0.13	0.2%			

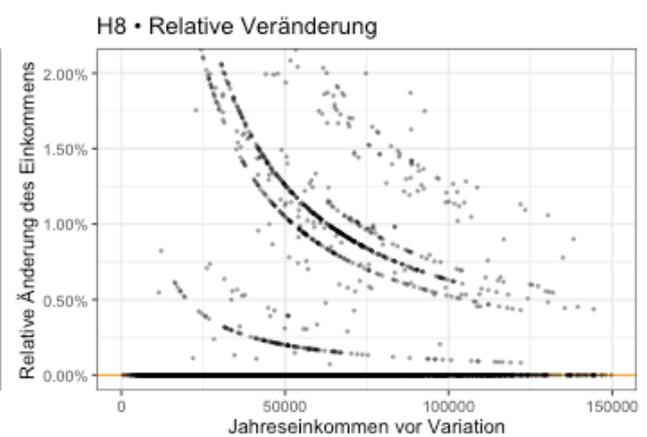
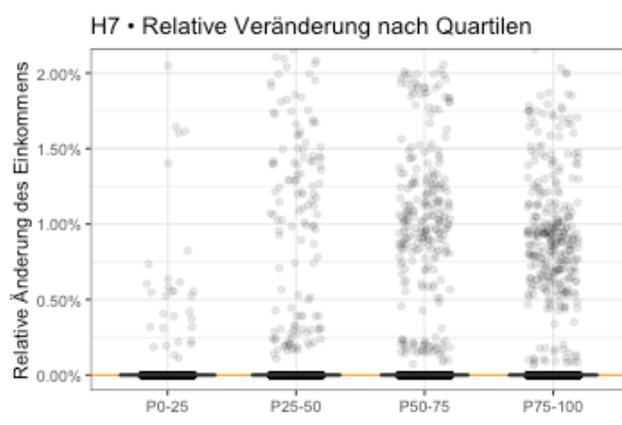
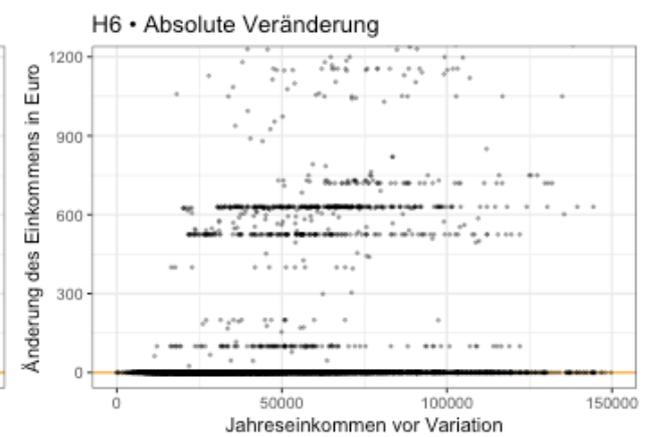
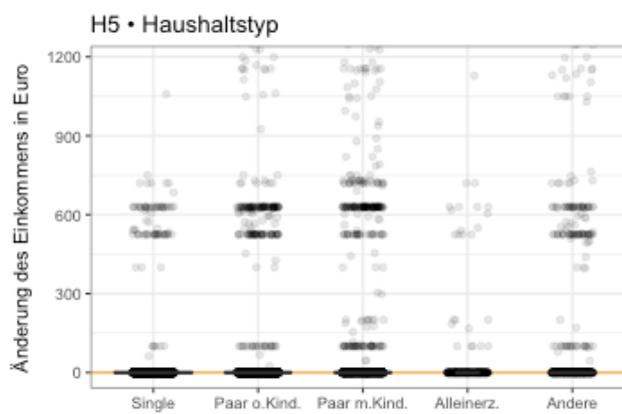
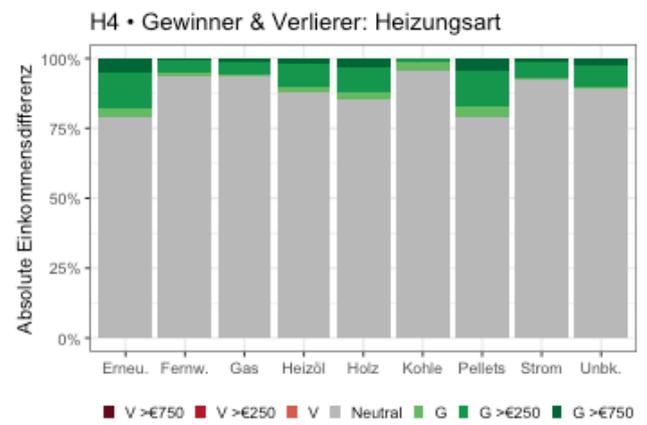
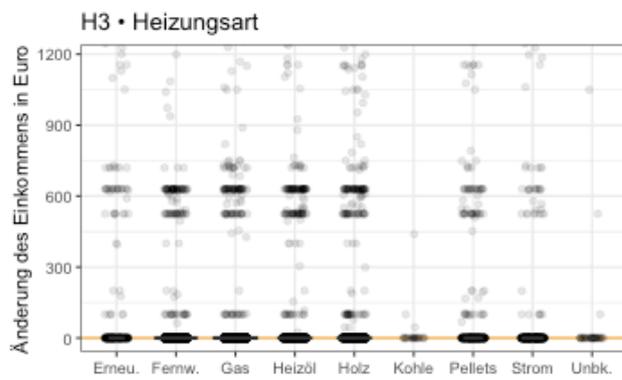
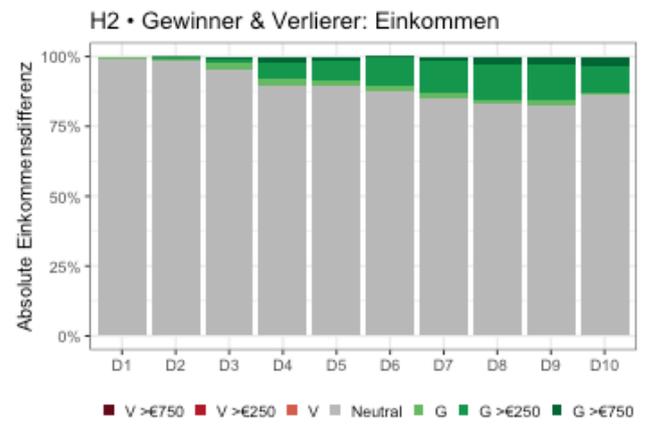
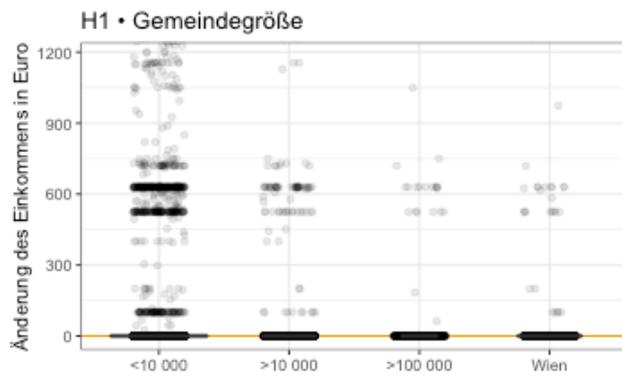
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	28	0	202	Gini	51.90	40.19	40.21	0.02	0.00
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	19	0	554	QSR	1079.34	16.58	16.61	0.02	0.00
Paar o.Kind.	25	0	307	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	30	0	165	Gini	42.40	26.82	26.83	0.01	0.00
Alleinerz.	12	0	193	MW/P50	1.20	1.10	1.10	0.00	0.00
Andere	36	0	161	QSR	16.71	4.08	4.08	0.00	0.00

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



# Erhöhung gr. Pendlerpauschale vs. Status Quo

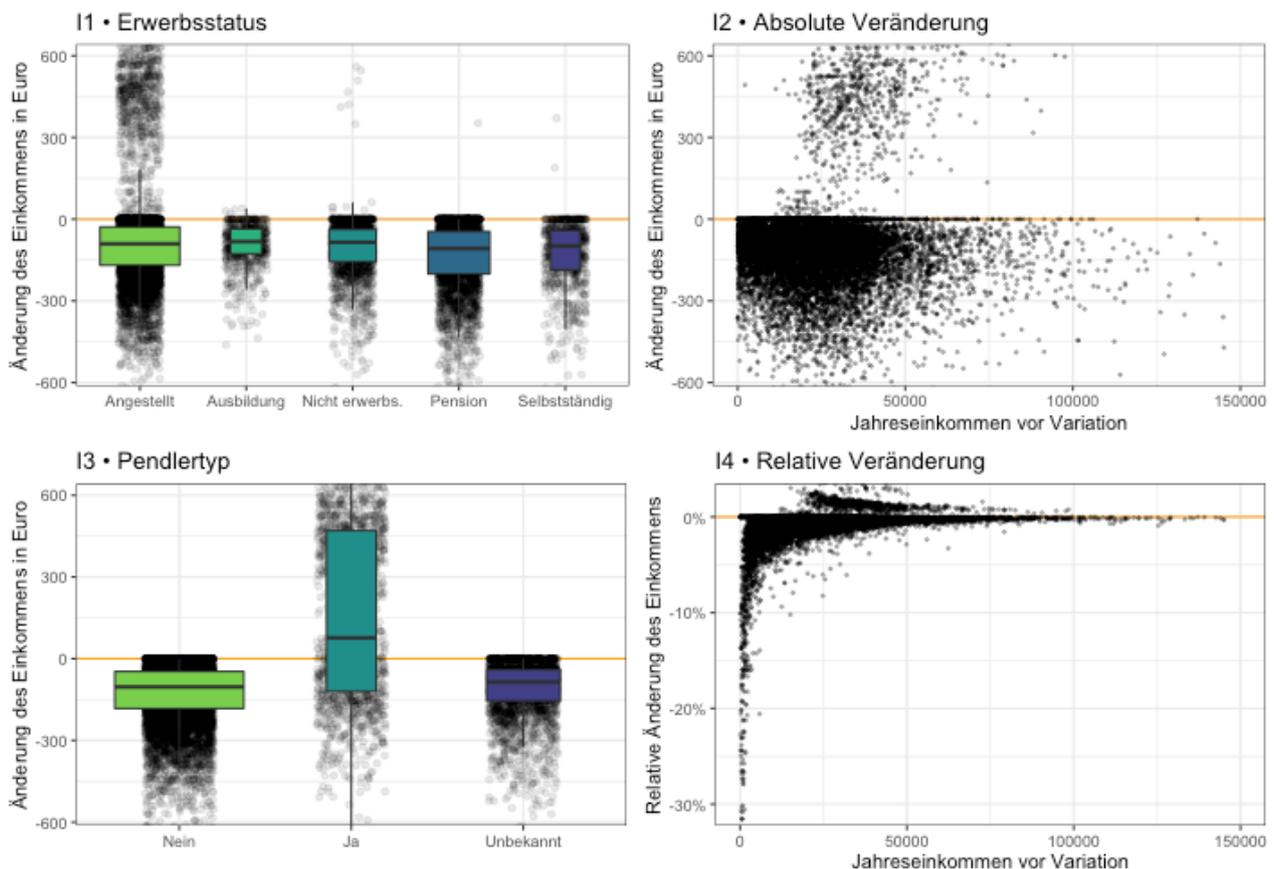
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.3	-0.23	-0.7%	4.5	0.92	26.0%	167.3	-0.69	-0.4%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.0	-0.15	-0.7%	2.2	0.45	25.7%	99.6	-0.30	-0.3%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.3	-0.08	-0.9%	2.3	0.47	26.2%	67.7	-0.39	-0.6%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	1.1%	1.0	0.20	25.8%	8.0	-0.19	-2.4%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	-0.02	-3.2%	1.1	0.22	25.8%	29.3	-0.20	-0.7%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.0	-0.08	-1.3%	1.2	0.24	26.2%	46.7	-0.16	-0.3%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	24.8	-0.13	-0.5%	1.3	0.26	26.1%	83.3	-0.13	-0.2%

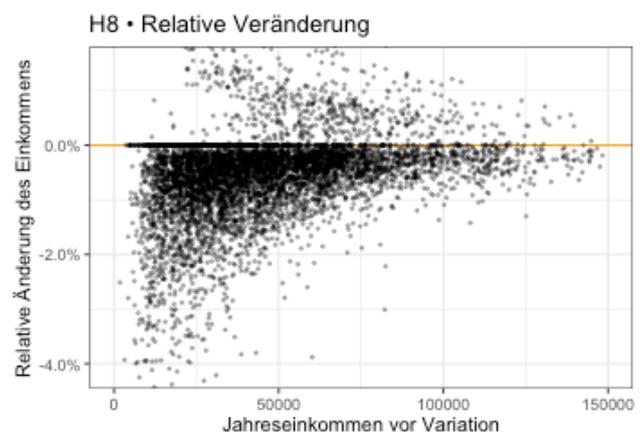
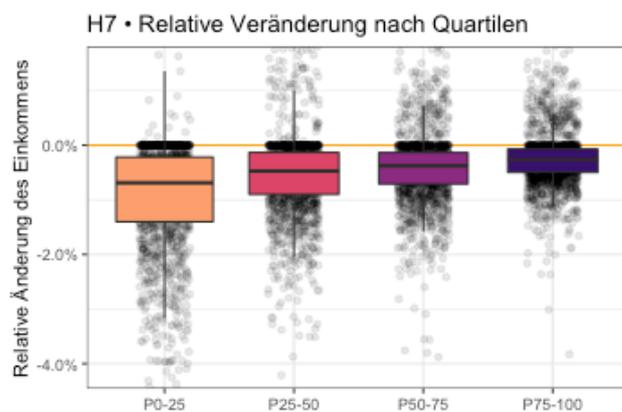
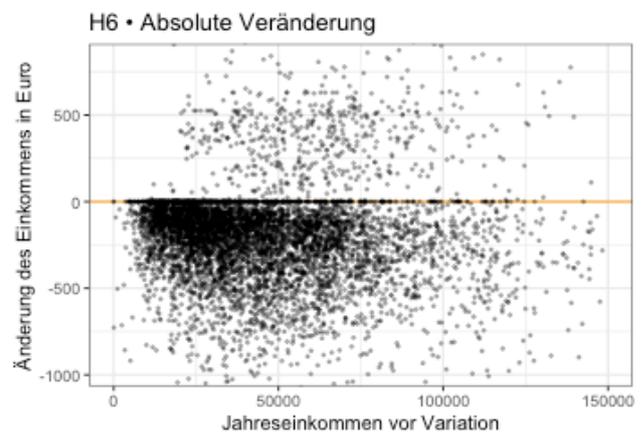
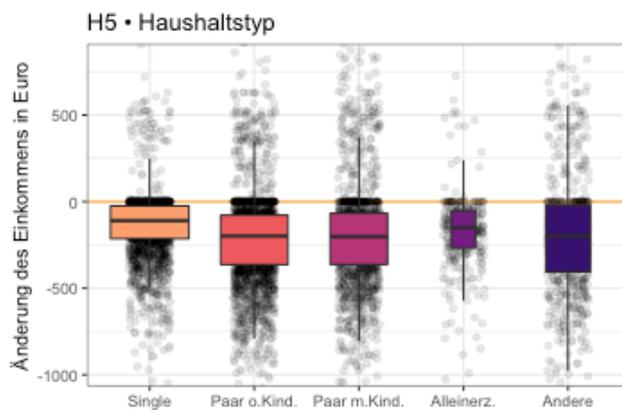
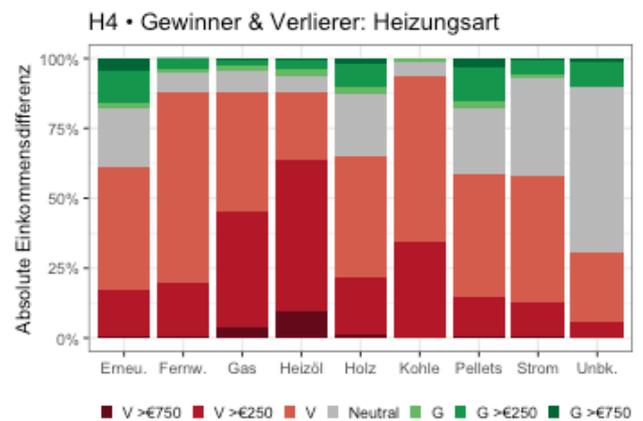
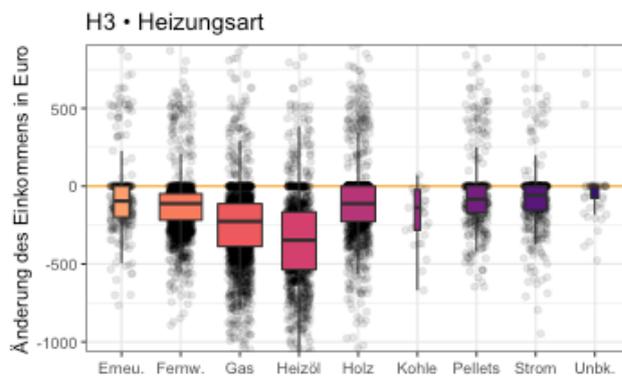
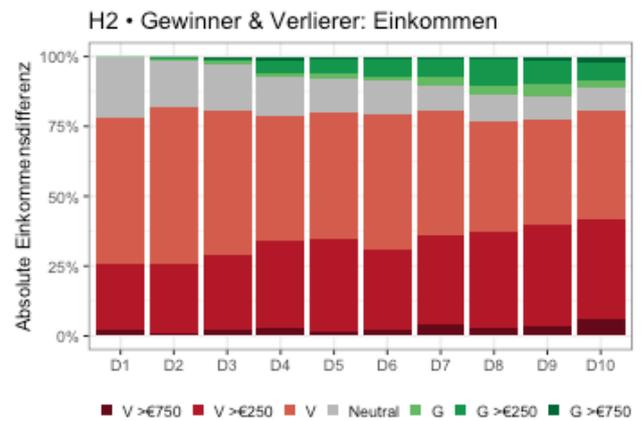
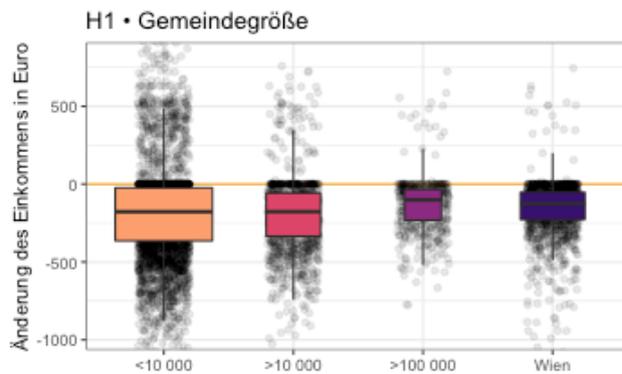
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	-81	-66	-90	Gini	51.90	40.01	40.21	0.20	0.01
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	-141	-110	-174	QSR	1079.34	16.05	16.61	0.56	0.04
Paar o.Kind.	-111	-99	-124	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	-50	-51	-54	Gini	42.40	26.72	26.83	0.11	0.00
Alleinerz.	-68	-54	-76	MW/P50	1.20	1.09	1.10	0.00	0.00
Andere	-50	-51	-54	QSR	16.71	4.05	4.08	0.03	0.01

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



## 5.4.2. Umwandlung Freibeträge in Absetzbeträge

In einer zweiten Simulation wird die Pendlerentlastung neu strukturiert. Die bisherigen Freibeträge des Pendlerpauschales werden den PendlerInnen nun nicht mehr als Freibetrag berechnet, sondern mit 48% des Freibetrages als Absetzbetrag von der Steuerbemessungsgrundlage abgezogen. Es gilt zu beachten, dass es nun auf Seiten der Absetzbeträge drei Instrumente zur Pendlerentlastung gibt: den (i) Verkehrsabsetzbetrag, den neuen (ii) Pendlerabsetzbetrag und den (iii) Pendlereuro. Analog zum vorherigen Szenario wird die Negativsteuer (Grenze der SV-Rückerstattung) für PendlerInnen um 100€ auf 200€ ausgeweitet.

**Aufkommen** Die Erhöhung des großen Pendlerpauschales ergibt ein Steueraufkommen von 180 Mio. Euro, das PendlerInnen als zusätzliches Nettoeinkommen zur Verfügung steht. Es ist damit im Aufkommen kleiner als das Volumen durch die Erhöhung des großen Pendlerpauschales. Im Vergleich zur Sim2, kann diese Maßnahme nur etwa 20% des Belastungsvolumens das durch eine CO<sub>2</sub>-Steuer entsteht generieren. Die Entlastung fällt daher sehr ungleich und vergleichsweise niedrig aus. Männer können wiederum einen größeren Anteil dieses Einkommens verzeichnen und auch hier kommt die Entlastung besonders dem dritten Einkommensquartil zu Gute. Die Verteilungsindikatoren ändern sich durch die kleine Anzahl der Betroffenen kaum, werden jedoch (wie zuvor) tendenziell ungleicher, da untere Einkommen nichts bis wenig Entlastung erfahren.

**Individualebene** Im Median liegt die Entlastung bei PendlerInnen (I3) bei ca. 40€, berechnet auf die gesamte Bevölkerung ergibt dies keine merklichen Veränderungen, der Durchschnitt beträgt nur mehr 21€ (wenn nur PendlerInnen betrachtet werden ca. 93€). Wie schon erwähnt profitieren niedrige Einkommen nicht von dieser Maßnahme, erst bei mittleren Einkommen steigt die absolute Entlastung deutlicher an. Dies ist in der Grafik I2 zu erkennen: Jahreseinkommen ab 15 000€ verzeichnen, je nach Höhe der Pendlerpauschale (und davon 48%), zunehmend mehr Nettoeinkommen, Einkommen über einem Jahreseinkommen von 60 000€ profitieren nicht mehr im gleichen Ausmaß. Dies wird auch in der relativen Ansicht der Einkommensänderung (I4) deutlich. Durch den Wegfall des Freibetrages und der Erhöhung der Steuerbemessungsgrundlage gibt es aber auch vereinzelt VerliererInnen unterhalb von 60 000€ Jahreseinkommen, die also von der Umwandlung nicht profitieren.

**Haushaltsebene** Nach Gemeindegröße (H1) oder Energieträger (H3) erkennt man zunächst keine deutlichen Entlastungen im Aggregat. Die Effekte sind durch die unterschiedliche Zusammensetzung der Haushalte breit gestreut (siehe H6 oder H8). Die Progressivität des Sys-

tems wird somit auch kaum merklich verändert, und wie bereits erwähnt, tendenziell regressiver, da obere mittlere Einkommen am stärksten profitieren.

**Gewinner & Verlierer** Bei der Analyse der Ergebnisse auf Haushaltsebene ist besonders der Vergleich mit der gleichzeitigen Einführung der CO<sub>2</sub>-Steuer interessant (Sim2). Auf Haushaltsebene verteilen sich die PendlerInnen unterschiedlich, das heißt, sie kommen sowohl in mittleren als auch in hohen äquivalisierten Einkommensdezilen vor. Wie viel die individuellen Entlastungen für das Haushaltseinkommen ausmachen ist daher unterschiedlich. Man erkennt in Grafik H2, dass vor allen in mittleren Dezilen (mehrere) Personen sind, die von einem Absetzbetrag mehr profitieren als von einem Freibetrag. Die Belastung durch eine CO<sub>2</sub>-Steuer kann jedoch auch in oberen Dezilen nur marginal abgefangen werden, da mit einer höheren Anzahl von Personen auch die Konsumsteuer steigt. Der Anteil an Verliererhaushalten bleibt in jedem Einkommensdezil konstant bei über 75%.

**50€ vs. 150€/tCO<sub>2</sub>** Die Simulationsergebnisse für eine CO<sub>2</sub>-Steuer in der Höhe von 150€/tCO<sub>2</sub> sind mit derselben Gestaltung der Umformung von Pendlerpauschale zu Pendlerabsetzbetrag mit einem Grenzsteuersatz von 48% simuliert. Die Ergebnisse sind dementsprechend schlechter, da eine höhere Konsumsteuer mit gleichem Entlastungsvolumen an Pendlerhilfe abgefördert wird.

# Pendlerpauschale zu Absetzbetrag vs. 50€/tCO<sub>2</sub> (Treib- und Heizstoffe)

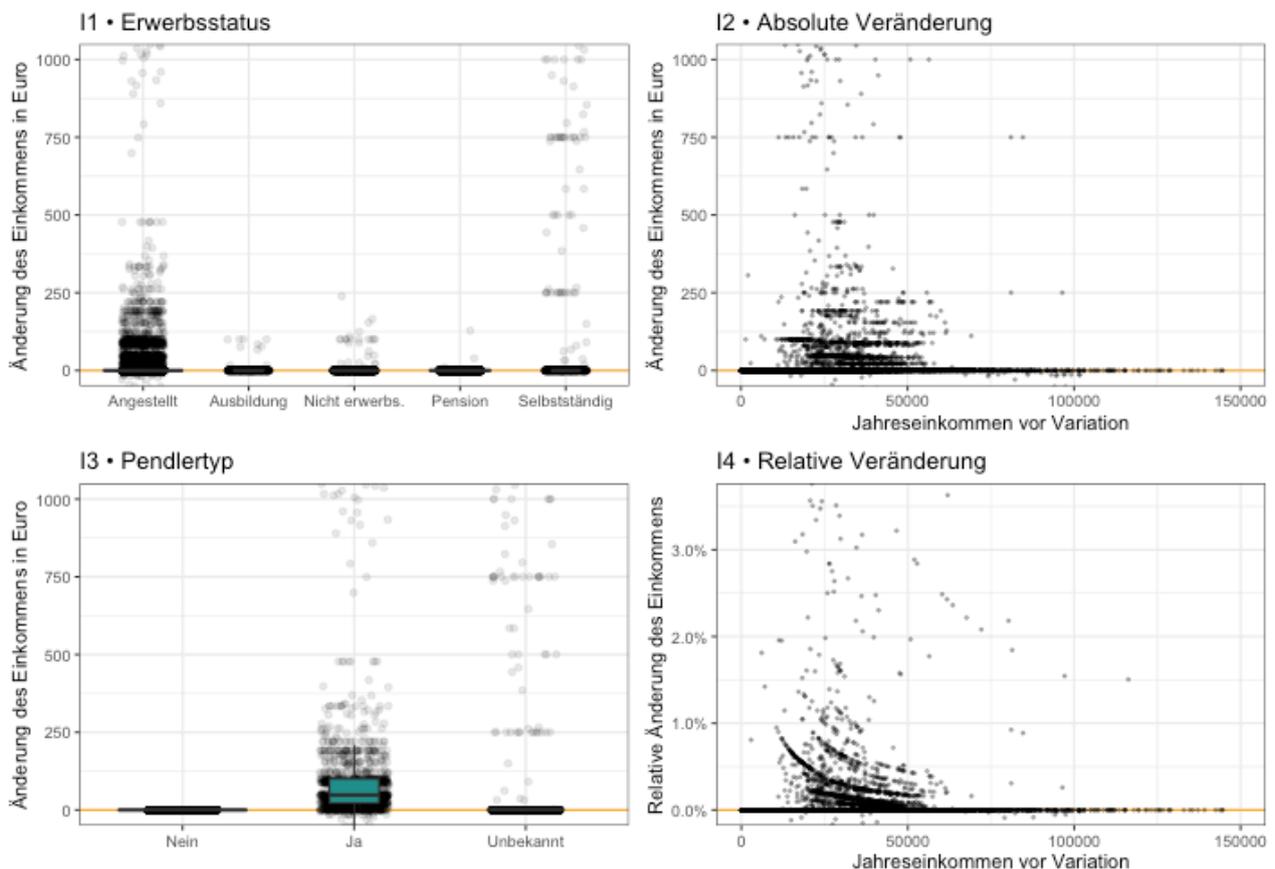
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchsteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.3	-0.18	-0.6%	4.5	0.00	0.0%	167.3	0.18	0.1%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.0	-0.12	-0.5%	2.2	0.00	0.0%	99.5	0.12	0.1%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.3	-0.06	-0.7%	2.3	0.00	0.0%	67.7	0.06	0.1%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	1.8%	1.0	0.00	0.0%	8.0	0.00	0.0%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	-0.03	-5.5%	1.1	0.00	0.0%	29.3	0.03	0.1%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.0	-0.08	-1.3%	1.2	0.00	0.0%	46.7	0.08	0.2%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	24.9	-0.06	-0.2%	1.3	0.00	0.0%	83.3	0.06	0.1%

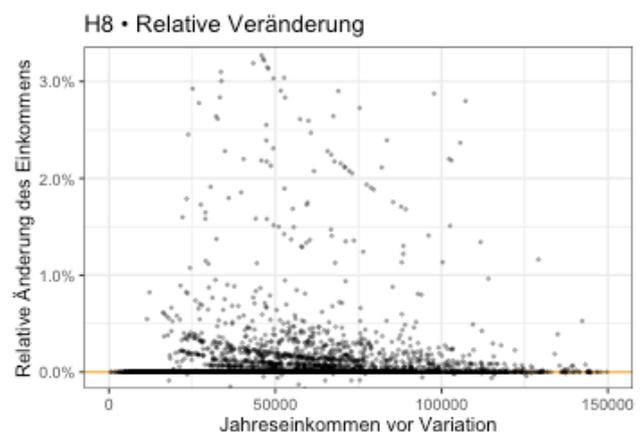
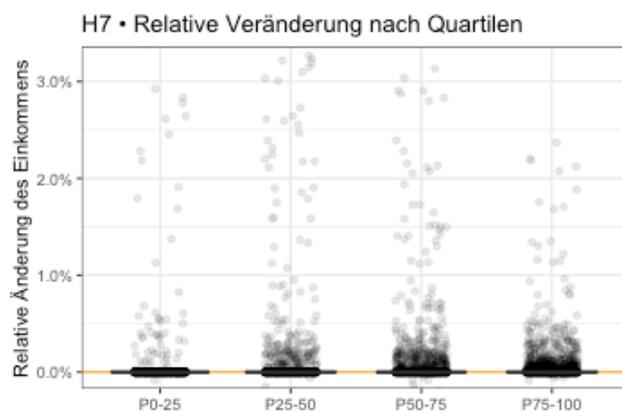
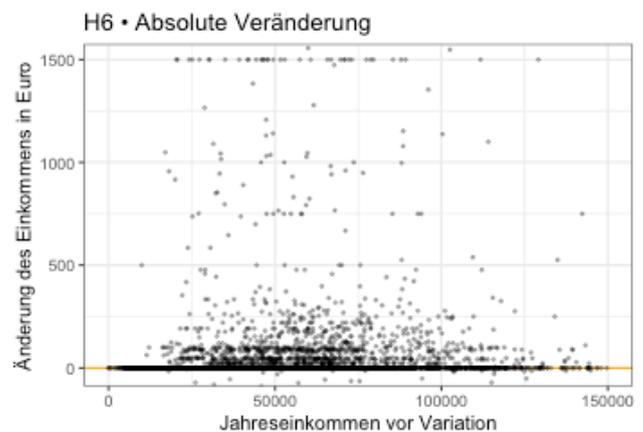
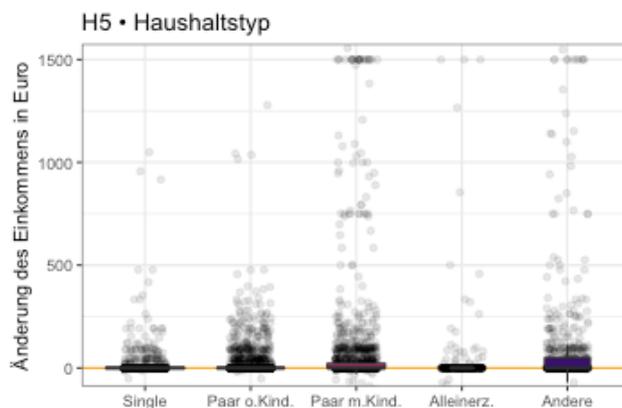
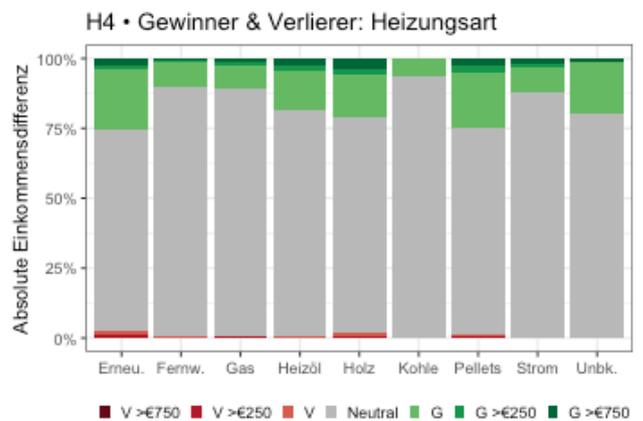
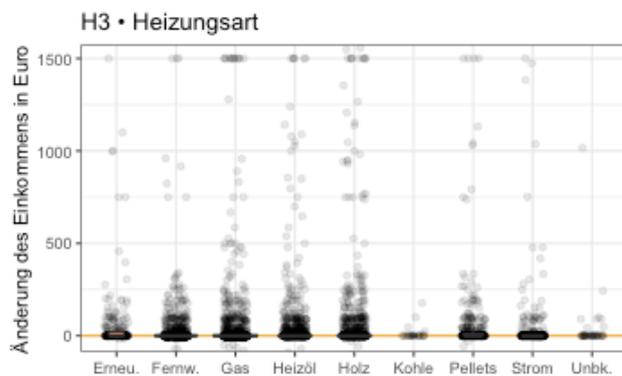
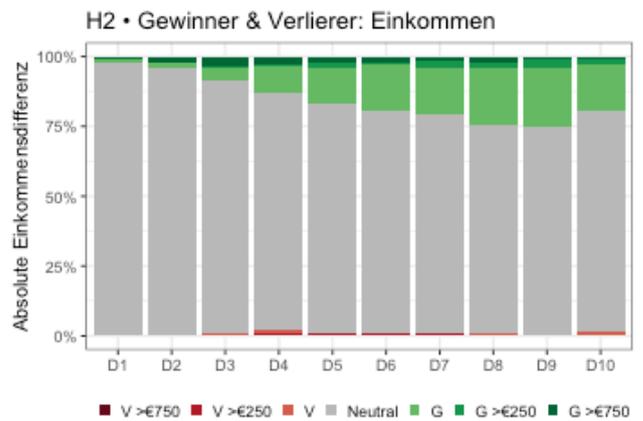
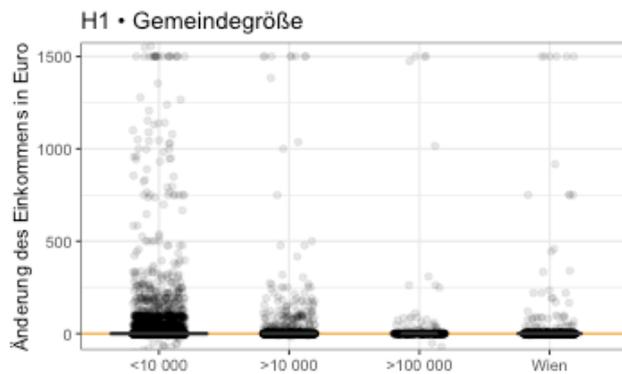
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	21	0	93	Gini	51.90	40.19	40.19	0.00	0.00
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	6	0	112	QSR	1079.34	16.59	16.59	0.01	0.00
Paar o.Kind.	7	0	58	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	35	0	113	Gini	42.40	26.82	26.78	-0.04	0.00
Alleinerz.	12	0	130	MW/P50	1.20	1.10	1.10	0.00	0.00
Andere	27	0	75	QSR	16.71	4.08	4.07	-0.01	0.00

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



# Pendlerpauschale zu Absetzbetrag vs. Status Quo

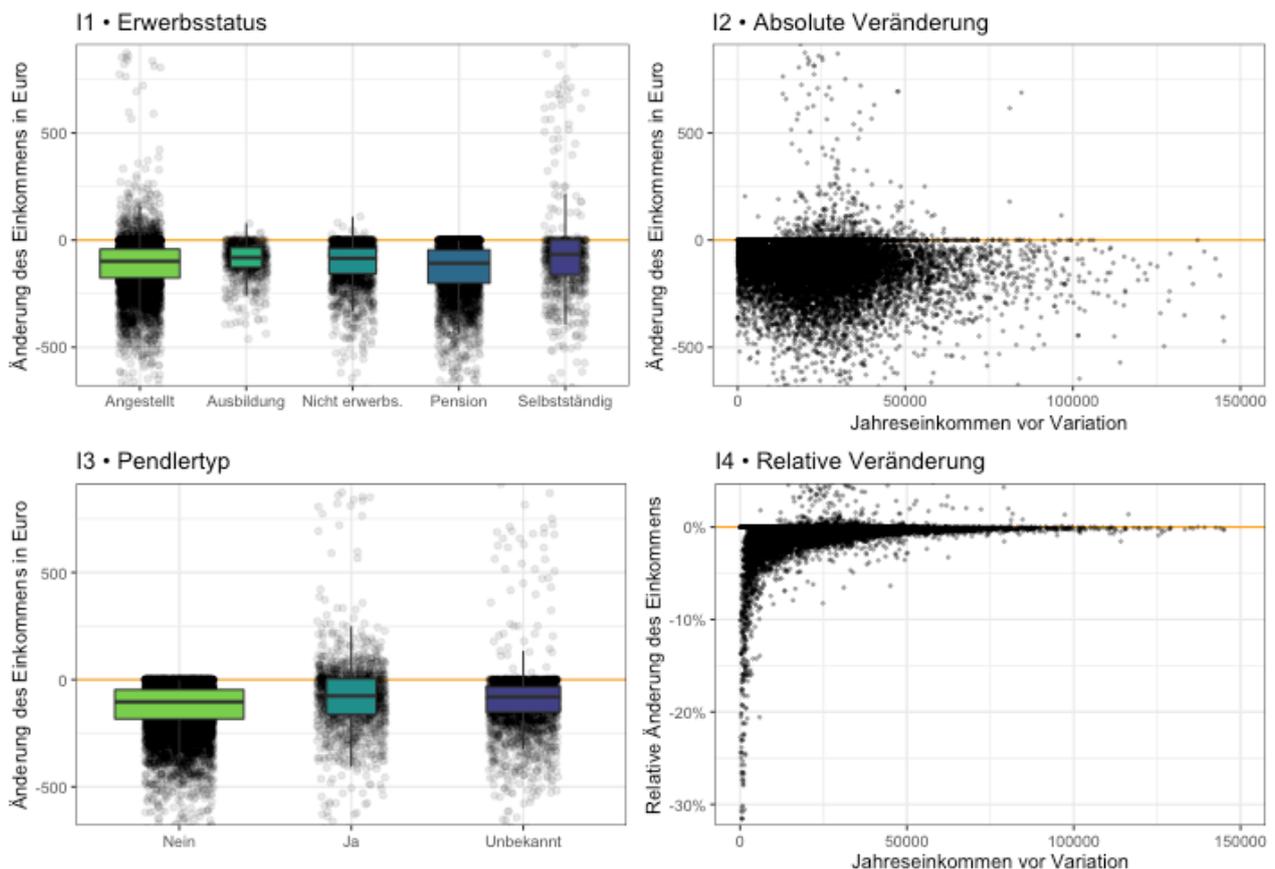
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto		Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchsteuer			Verfüg. Einkommen		
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.3	-0.18	-0.6%	4.5	0.92	26.0%	167.3	-0.74	-0.4%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.0	-0.12	-0.5%	2.2	0.45	25.7%	99.5	-0.33	-0.3%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.3	-0.06	-0.7%	2.3	0.47	26.2%	67.7	-0.41	-0.6%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	1.3%	1.0	0.20	25.8%	8.0	-0.19	-2.4%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	-0.03	-5.6%	1.1	0.22	25.8%	29.3	-0.18	-0.6%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.0	-0.08	-1.3%	1.2	0.24	26.2%	46.7	-0.16	-0.3%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	24.9	-0.06	-0.2%	1.3	0.26	26.1%	83.3	-0.20	-0.2%

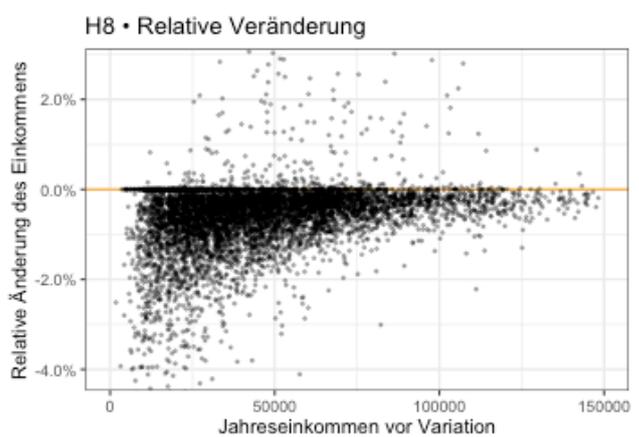
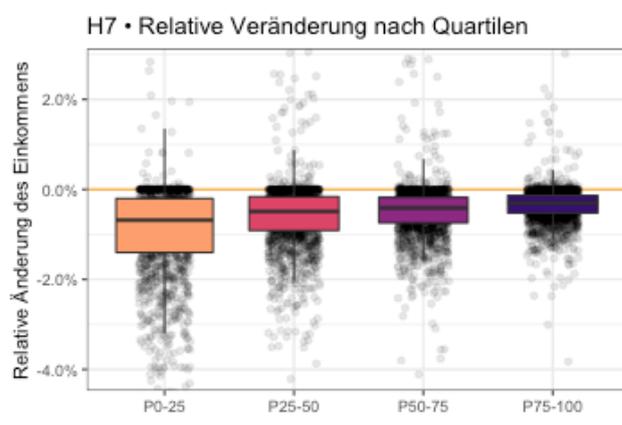
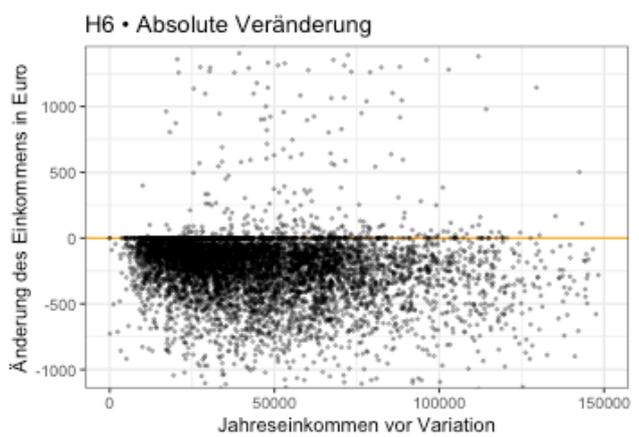
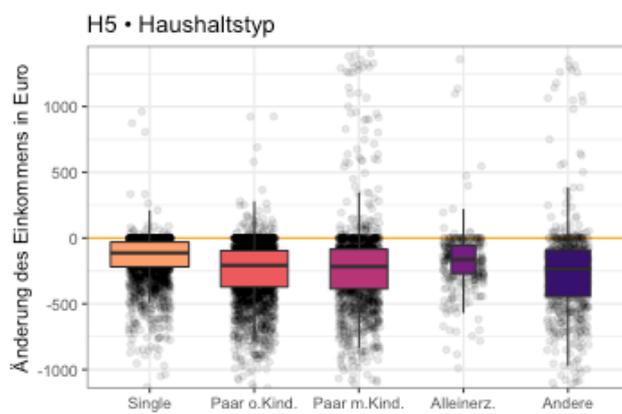
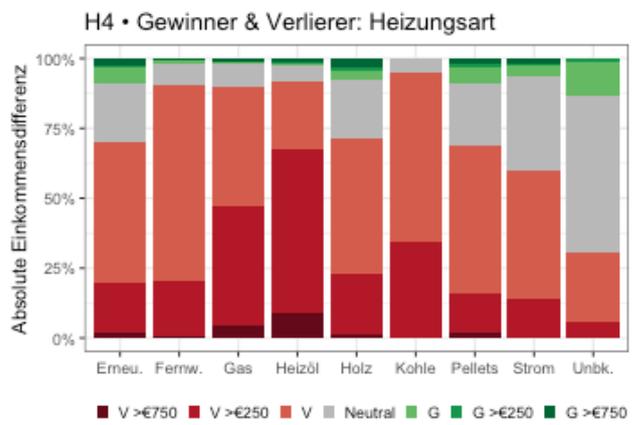
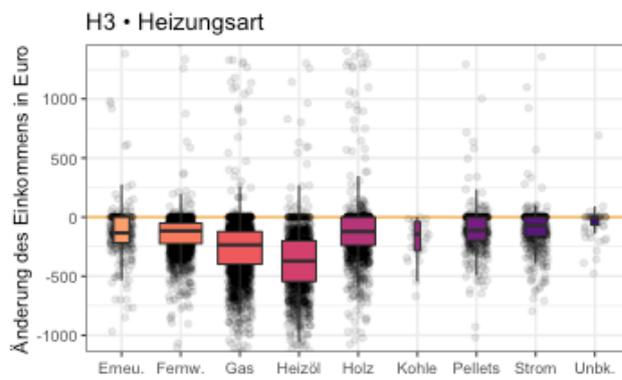
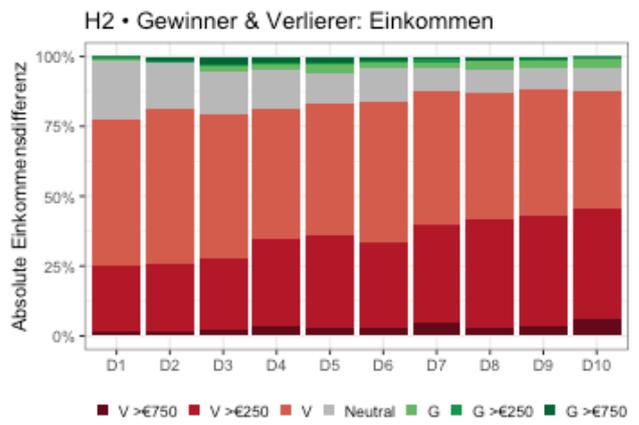
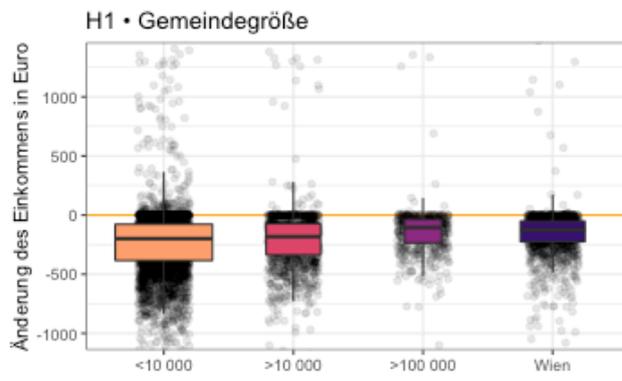
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	-88	-72	-97	Gini	51.90	40.01	40.19	0.18	0.00
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	-154	-113	-190	QSR	1079.34	16.05	16.59	0.55	0.03
Paar o.Kind.	-129	-104	-143	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	-45	-56	-48	Gini	42.40	26.72	26.78	0.06	0.00
Alleinerz.	-68	-60	-75	MW/P50	1.20	1.09	1.10	0.00	0.00
Andere	-59	-59	-62	QSR	16.71	4.05	4.07	0.02	0.01

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



## 5.5. Erhöhung des Heizkostenzuschusses

Energiearmut ist ein Problem, dass durch die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer auf Heizstoffe unbestritten verschärft werden könnte (Matzinger, 2019). Die (steuerinduzierten) Preiserhöhungen auf fossile Brennstoffe, wie etwa Gas und Heizöl, könnten die Lage von armutsbetroffenen und armutsgefährdeten Personen verschlimmern und das Problem von fehlenden Heizmöglichkeiten und kalten Wohnräumen fördern. Die Durchführung einer ökosozialen Steuerreform kann jedoch auch als Chance verstanden werden, um (Energie-)Armut zu bekämpfen. Einerseits könnten beispielsweise Investitionsförderungen für den Wechsel von Heizungssystemen implementiert werden, andererseits könnten die eingehobenen Steuermittel auch in Richtung der unteren Einkommenssegmente umverteilt werden. Weiteres soll im Rahmen dieses Kapitels diskutiert werden.

Auf Bundesländerebene gibt es bereits Heizkostenzuschüsse zwischen 110€ und 270€ (Stand 2019) für Personen mit niedrigen Einkommen.<sup>10</sup> Die Einkommensgrenzen orientieren sich dabei oftmals an den, im jeweiligen Bundesland geltenden, Mindestsicherungsgrenzen. In einigen Bundesländer müssen die Zuschüsse jedes Jahr neu gewährt werden, während etwa in Wien eine Auszahlung im Rahmen der Mindestsicherung erfolgt. Im Rahmen dieses Kapitels soll eine bundesweit einheitliche Ausweitung dieser Maßnahme diskutiert werden, um der regressiven Wirkung einer CO<sub>2</sub>-Steuer entgegenzuwirken und Energiearmut zu minimieren. Da die Mindestsicherungsgrenze in den letzten Jahren je nach Bundesland (und zum Teil je nach Region) unterschiedlich bemessen wurde und seit dem Jahr 2020 das neue Sozialhilfe-Grundsatzgesetz (gem. Art 12 B-VG, 2019) gilt, wurde diese Regelung für die Berechnung der Mindestsicherungsgrenze herangezogen.<sup>11</sup> Als Basiswert wurde die Höhe der Mindestsicherung im Jahr 2019 (917€ pro Monat) verwendet und je nach Haushaltszusammensetzung gewichtet.<sup>12</sup>

Da relativ wenige Personen in Haushalten mit einem Einkommen unter der Mindestsicherungsgrenze leben, orientiert sich der Heizkostenzuschuss nicht am Aufkommen der CO<sub>2</sub>-Steuer, sondern an den durchschnittlichen Kosten pro Haushalt, welche durch die Besteuerung

---

<sup>10</sup>Die Heizkostenzuschüsse betragen im Jahr 2019 270€ in Vorarlberg, 225€ in Tirol, 150€ in Salzburg, 110€ bzw. 180€ in Kärnten, 120€ in der Steiermark und 165€ im Burgenland. In Wien erfolgt die Auszahlung eines Heizkostenzuschusses im Rahmen der Mindestsicherung (oesterreich.gv.at, 2020).

<sup>11</sup>Am 1.1.2020 ist das Sozialhilfe Grundsatzgesetz in Kraft getreten, die degressiv gestaffelten Höchstsätze für minderjährige Kinder wurden jedoch am 12.12.2019 vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben und können von den Bundesländern frei bestimmt werden.

<sup>12</sup>Eine alleinstehende Person erhält 100% und Personen die zu zweit in einer Haushaltsgemeinschaft wohnen erhalten 70% des Basiswertes. Für das erste minderjährige Kind erhöht sich die Grenze um 25% des Basiswertes, für das zweite Kind um 15% und ab dem dritten Kind um 5% (Art 12 B-VG, 2019).

von Heizöl, Gas und Kohle entstehen. Daher wird jedem anspruchsberechtigten Haushalt ein Heizkostenzuschuss in der Höhe von 102€ im Falle einer CO<sub>2</sub>-Besteuerung in der Höhe von 50€ /tCO<sub>2</sub> zugesprochen und zwischen den erwachsenen Personen im Haushalt aufgeteilt. Bei einer CO<sub>2</sub>-Steuer in der Höhe von 150€ /tCO<sub>2</sub> erhöht sich dieser Betrag auf 305€ . Dieses Szenario ist somit nicht aufkommensneutral gestaltet, könnte jedoch als Teil eines möglichen Maßnahmenmix angedacht werden (siehe etwa Kapitel 5.6). Laut den Angaben der Statistik Austria wurden 2019 insgesamt 267 683 Personen durch die Mindestsicherung unterstützt. Anhand der Informationen der Konsumerhebung können jedoch nur 191 248 Personen (in etwa 72%) identifiziert werden, welche in anspruchsberechtigten Haushalten leben. In der Realität würde daher das Aufkommen dieser Maßnahme etwas höher ausfallen.

**Aufkommen** Die Einführung einer Steuer auf Gas, Heizöl und Kohle in der Höhe von 50€ /tCO<sub>2</sub> führt zu einer durchschnittlichen Belastung von 102€ pro Haushalt (siehe Kapitel 4.3). Dieser Betrag wurde den anspruchsberechtigten Haushalten, deren Haushaltseinkommen unter der Mindestsicherungsgrenze liegt, zugerechnet und zu gleichen Teilen zwischen den erwachsenen Personen im Haushalt aufgeteilt. Dies führt zu Gesamtkosten in der Höhe von ca. 19 Millionen Euro.<sup>13</sup> Anhand der Einkommensaggregate nach Quartilen kann man erkennen, dass durch den Heizkostenzuschuss primär Personen aus dem ersten Einkommensquartil entlastet werden (siehe Sim1). Aus diesem Grund sinkt bei einer isolierten Betrachtung des Heizkostenzuschusses auch der Gini-Koeffizient. Bei einer gemeinsamen Betrachtung mit einer Einführung der CO<sub>2</sub>-Steuer in der Höhe von 50€ /tCO<sub>2</sub> (siehe Sim2), kann man kaum noch eine Wirkung dieser Maßnahme erkennen, da diese durch die hohen Kosten einer CO<sub>2</sub>-Steuer überlagert werden. Nur das erste Quartil verliert mit 19 Millionen Euro etwas weniger Einkommen als bei einem Szenario ohne Heizkostenzuschuss (siehe Kapitel 4.4). Dadurch deuten die Verteilungsmaße auf eine Verschlechterung der Ungleichheit hin (siehe Sim2).

**Individualebene** Da nur wenige Haushalte von dieser Maßnahme profitieren können, beträgt die Entlastung pro Kopf und Jahr im Durchschnitt 2€ und im Median 0 € . Betrachtet man nur die betroffenen Haushalte, ergibt sich eine durchschnittliche Entlastung von 84€ pro Kopf (Sim1). Da der Heizkostenzuschuss pro Haushalt ausbezahlt wird, können Personen, die allein oder in Paarhaushalten leben, im Durchschnitt etwas mehr profitieren als Mehrpersonenhaushalte. Männer und Frauen profitieren in Summe etwa gleich viel. Betrachtet man die Verteilungswirkungen auf der Personenebene, kann man anhand von Grafik I1 erkennen, dass insbesondere nicht-erwerbstätige Personen und PensionistInnen von einem Heizkos-

<sup>13</sup>Wie eingangs erwähnt werden die Anzahl der anspruchsberechtigten Personen bzw. Haushalte und somit auch die Kosten im Rahmen dieses Szenarios um etwas mehr als ein Viertel unterschätzt.

tenzuschuss profitieren können. Auch einige wenige Personen die erwerbstätig oder in Ausbildung sind, leben in anspruchsberechtigten Haushalten. Bei einer gleichzeitigen Simulation der Verteilungswirkung einer CO<sub>2</sub>-Steuer, verzeichnen aufgrund der geringen Anzahl an anspruchsberechtigten Personen auch in allen Erwerbsgruppen mehr als Dreiviertel der Personen Einkommensverluste (siehe Sim2 I1). Da erwerbstätige Personen kaum von dieser Maßnahme profitieren können, gehen auch (die von einer CO<sub>2</sub>-Steuer auf Treibstoffe besonders betroffenen) PendlerInnen mehrheitlich leer aus (siehe Sim2 I3).

**Haushaltsebene** Bei einer Analyse der Verteilungswirkungen eines Heizkostenzuschusses auf Haushaltsebene nach Gemeindegröße (Sim1 H1) erkennt man, dass insbesondere Haushalte in ruralen Gebieten mit unter 10 000 EinwohnerInnen häufiger profitieren können, während in größeren Städten weniger Personen anspruchsberechtigt sind. Bei einer Analyse nach Heizungsart (Sim1 H3 und H4) sieht man, dass prinzipiell Haushalte mit allen hier berücksichtigten Heizungssystemen von dieser Maßnahme profitieren können. Am häufigsten jedoch jene Haushalte die mit Strom oder unbekanntem Energieträger heizen. Hierbei handelt es sich um Heizarten, die relativ selten in Österreich verwendet werden und eher bei einkommensschwächeren Haushalten anzufinden sind. Jene Haushalte die primär mit erneuerbaren Energieformen heizen, sind (aufgrund ihres tendenziell höheren Einkommens) nur selten anspruchsberechtigt. Eine Analyse der Einkommensveränderungen nach Haushaltstyp (H5) zeigt wiederum, dass am häufigsten Single- und Paarhaushalte von dieser Maßnahme profitieren können. Anhand von Grafik H7 (Sim1) kann man zudem erkennen, dass ausschließlich Haushalte des ersten äquivalisierten Einkommensquartils durch diese Entlastungsmaßnahme Einkommen dazugewinnen.

**Gewinner & Verlierer** Grafik H2 zeigt anhand des Anteils der Gewinner- und Verliererhaushalte nach äquivalisierten Einkommensdezilen, dass ausschließlich Haushalte im ersten Dezil profitieren können. Da jedoch nur wenige Haushalte anspruchsberechtigt sind, bleiben auch im ersten Einkommensdezil ca. 70% Verliererhaushalte bestehen. In Abbildung H4 (Sim2) wird darüber hinaus der Anteil der "Gewinner und Verlierer" nach primärer Heizungsart dargestellt. Da der Großteil der Heizungsarten nicht primär vom Einkommen abhängt, sondern eher vom Wohnort und dem Gebäudealter (siehe Kapitel 4.4) und auch Treibstoffausgaben besteuert werden, sind über alle Kategorien hinweg Verluste zu verzeichnen. Die geringsten Einkommensverluste zeigen sich bei Haushalten, welche mit Strom und unbekanntem Energieformen heizen, während bei jenen die primär mit Gas, Heizöl, Fernwärme und Kohle heizen der größte Anteil an Haushalten mit Einkommensverlusten beobachtet werden kann.

**50€ vs. 150€/tCO<sub>2</sub>** Die Simulationsergebnisse für eine CO<sub>2</sub>-Steuer in der Höhe von 150€/tCO<sub>2</sub> und die Rückvergütung in Form eines Heizkostenzuschusses in der Höhe von 305€ pro Haushalt befindet sich im Appendix (siehe Kapitel III). Die Ergebnisse bleiben in Hinblick auf die grundsätzlichen Verteilungswirkungen relativ ähnlich wie jene die in diesem Kapitel. Die Höhe der Entlastung durch den Heizkostenzuschuss bzw. der Belastung durch eine CO<sub>2</sub>-Steuer verdreifacht sich jedoch. Besonders auffällig sind dabei die mitunter sehr starken Einkommensverluste für Haushalte die primär mit Heizöl oder Gas heizen, deren Haushaltseinkommen jedoch über der Mindestsicherungsgrenze liegt (siehe Sim2 H4). So würden etwa 50% bzw. 75% der Haushalte, die primär Gas bzw. Heizöl als Brennstoff verwenden, mehr als 750€ an verfügbarem Einkommen pro Jahr verlieren.

# Heizkostenzuschuss vs. 50€/tCO<sub>2</sub> (Treib- und Heizstoffe)

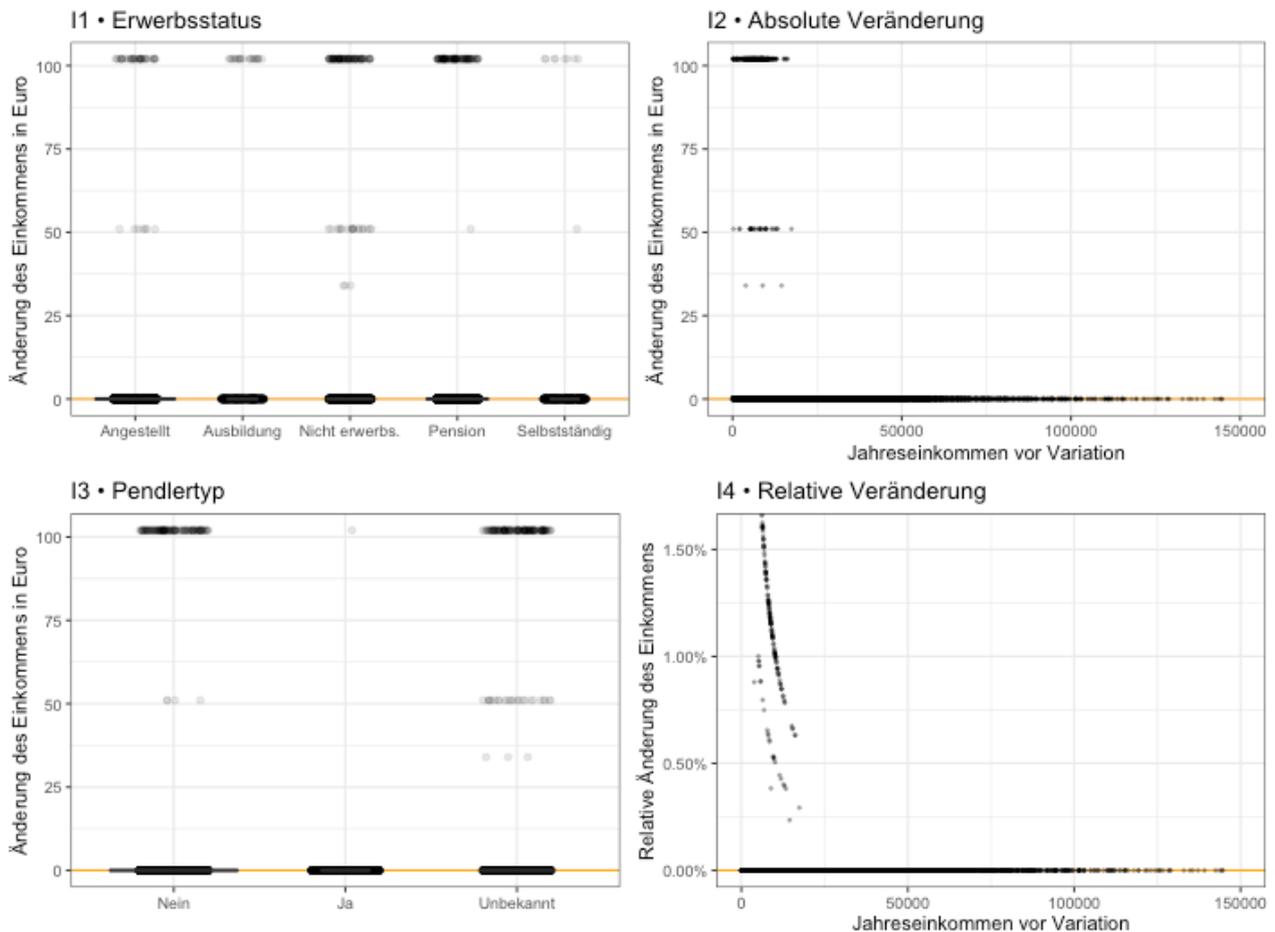
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto		Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchsteuer			Verfüg. Einkommen		
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.5	0.00	0.0%	4.5	0.00	0.0%	167.1	0.02	0.0%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.2	0.00	0.0%	2.2	0.00	0.0%	99.4	0.01	0.0%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.4	0.00	0.0%	2.3	0.00	0.0%	67.7	0.01	0.0%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	0.0%	1.0	0.00	0.0%	8.0	0.02	0.2%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	0.00	0.0%	1.1	0.00	0.0%	29.3	0.00	0.0%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.1	0.00	0.0%	1.2	0.00	0.0%	46.6	0.00	0.0%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	24.9	0.00	0.0%	1.3	0.00	0.0%	83.2	0.00	0.0%

## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

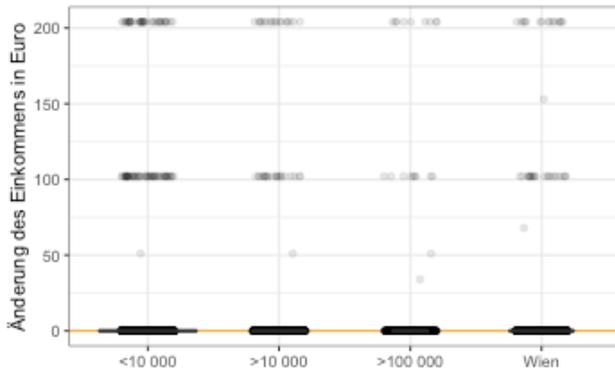
Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	2	0	84	Gini	51.90	40.19	40.18	-0.01	0.00
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	5	0	102	QSR	1079.34	16.59	16.53	-0.06	0.00
Paar o.Kind.	4	0	101	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	1	0	44	Gini	42.40	26.82	26.81	-0.01	0.00
Alleinerz.	3	0	62	MW/P50	1.20	1.10	1.10	0.00	0.00
Andere	1	0	60	QSR	16.71	4.08	4.07	0.00	0.00

## Effekte auf Individualebene

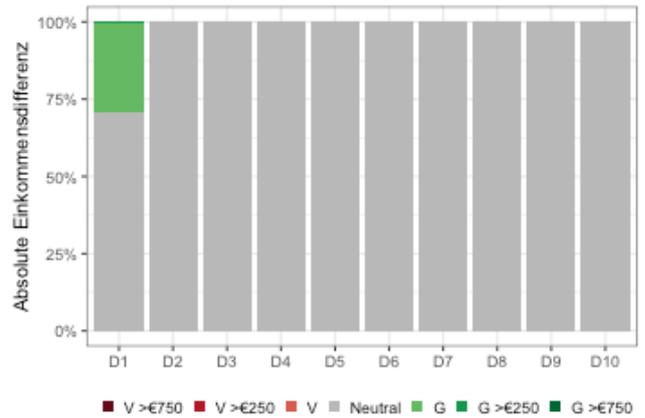


# Effekte auf Haushaltsebene

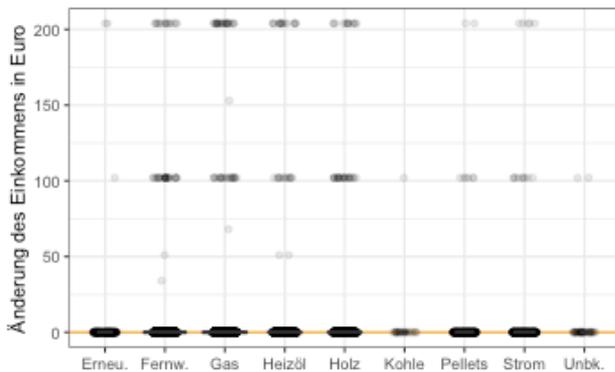
H1 • Gemeindegröße



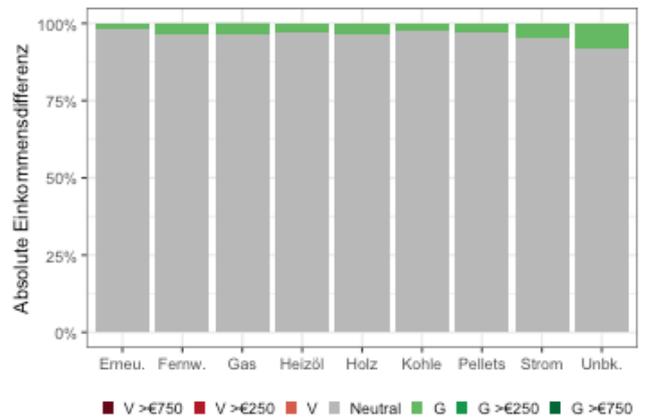
H2 • Gewinner & Verlierer: Einkommen



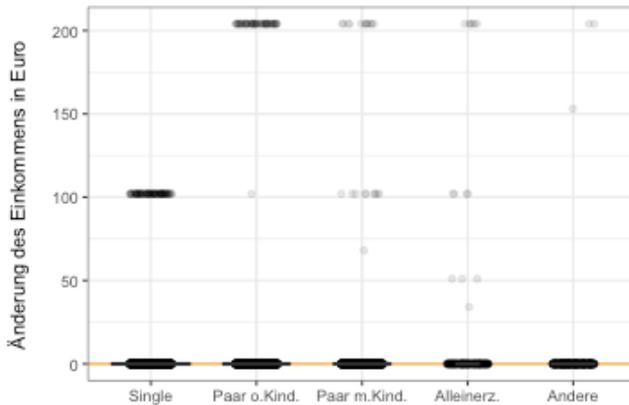
H3 • Heizungsart



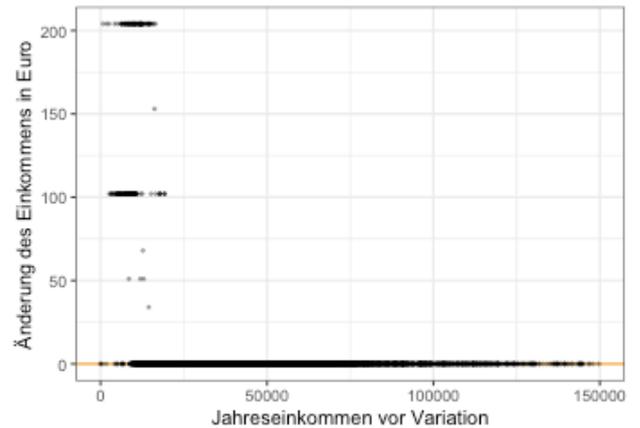
H4 • Gewinner & Verlierer: Heizungsart



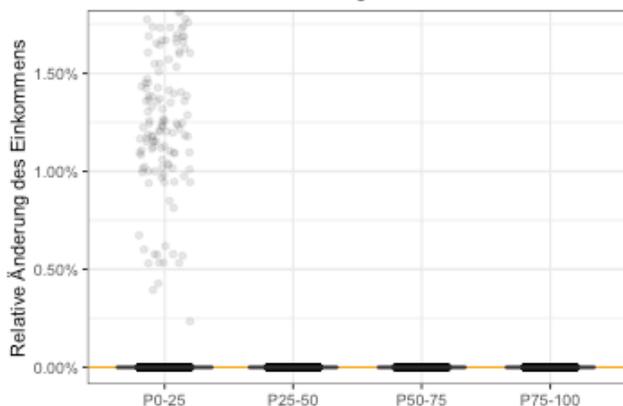
H5 • Haushaltstyp



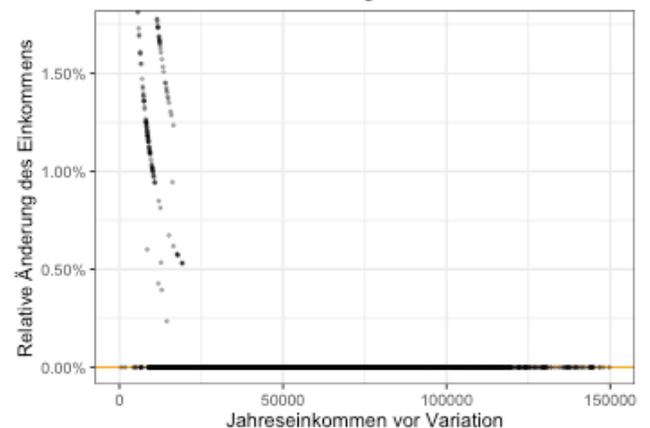
H6 • Absolute Veränderung



H7 • Relative Veränderung nach Quartilen



H8 • Relative Veränderung



# Heizkostenzuschuss vs. Status Quo

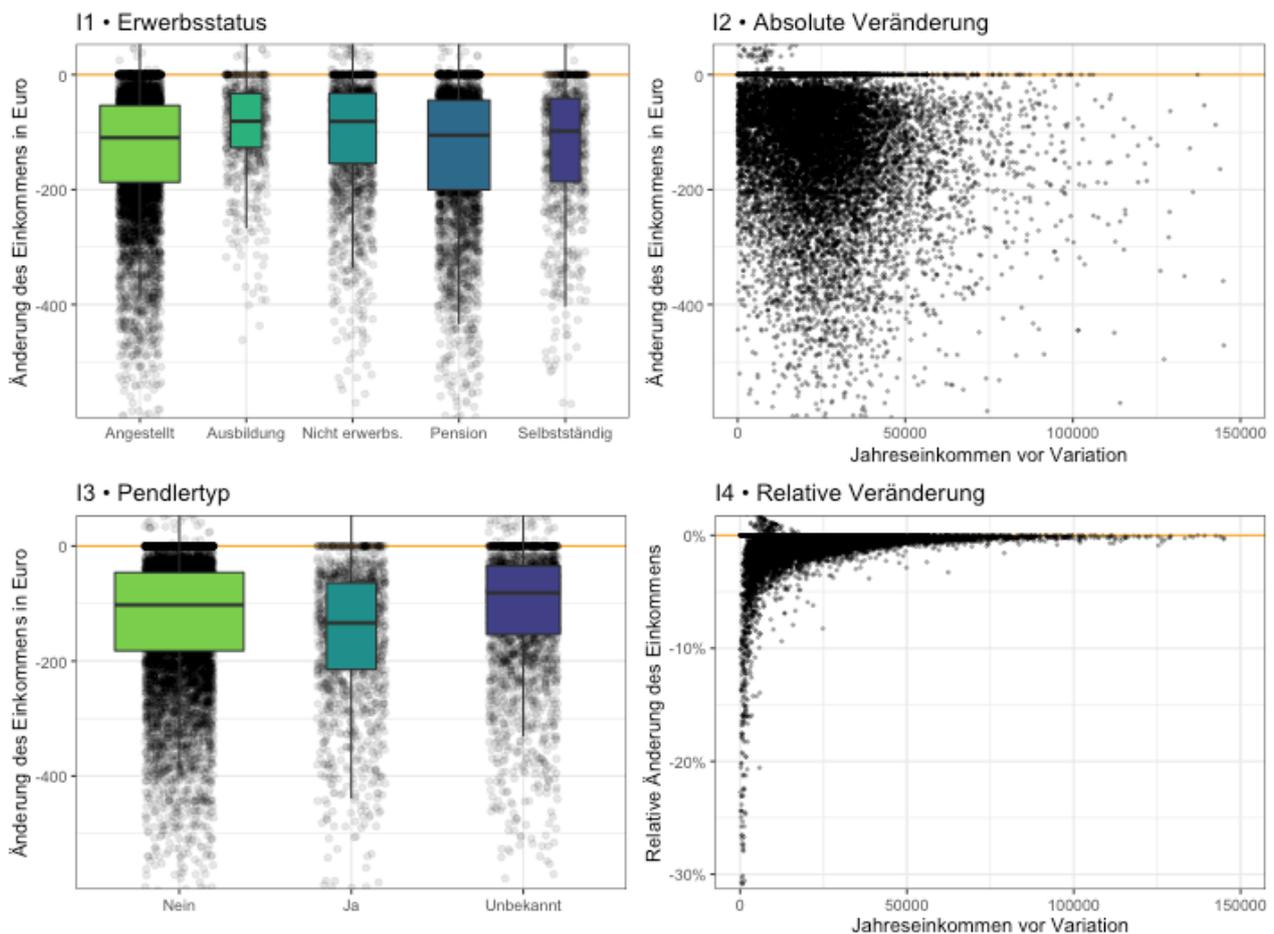
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung			Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen		
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.5	0.00	0.0%	4.5	0.92	26.0%	167.1	-0.90	-0.5%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.2	0.00	0.0%	2.2	0.45	25.7%	99.4	-0.44	-0.4%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.4	0.00	0.0%	2.3	0.47	26.2%	67.7	-0.46	-0.7%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	0.0%	1.0	0.20	25.8%	8.0	-0.18	-2.2%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	0.00	0.0%	1.1	0.22	25.8%	29.3	-0.22	-0.7%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.1	0.00	0.0%	1.2	0.24	26.2%	46.6	-0.24	-0.5%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	25.0	0.00	0.0%	1.3	0.26	26.1%	83.2	-0.26	-0.3%

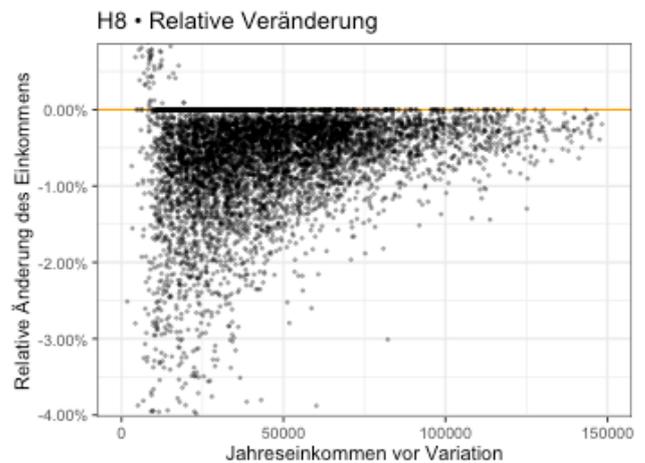
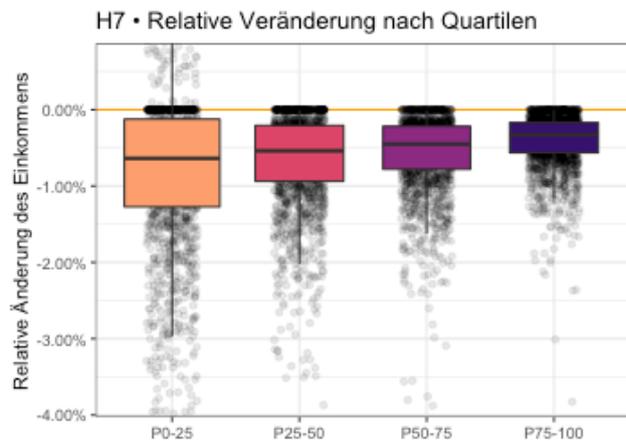
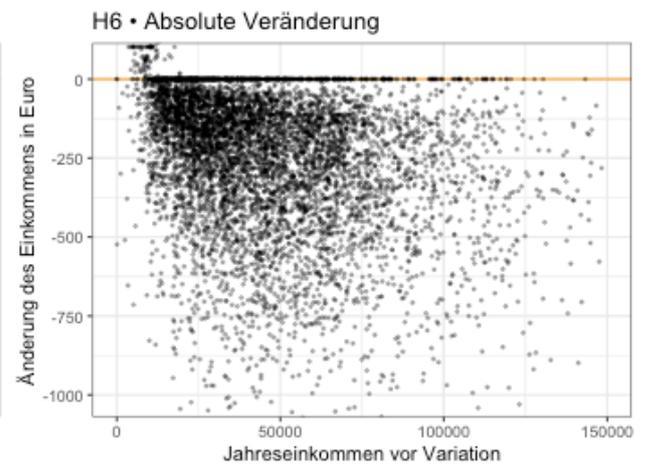
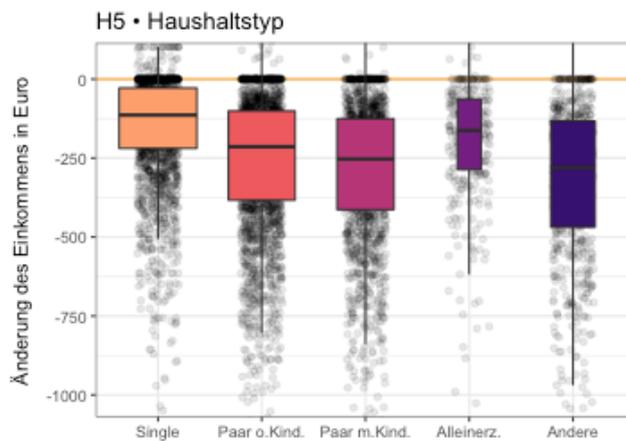
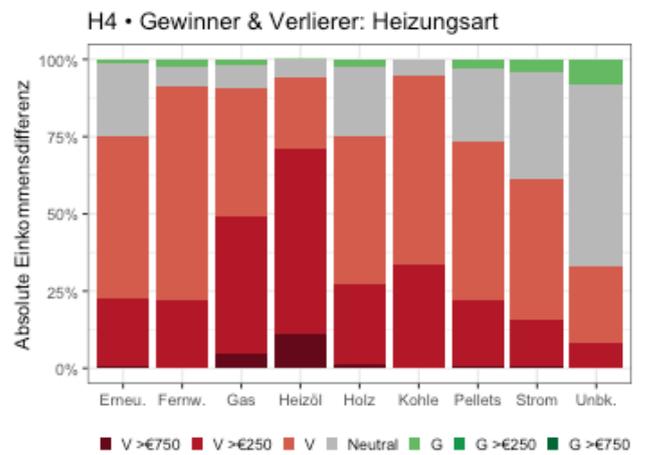
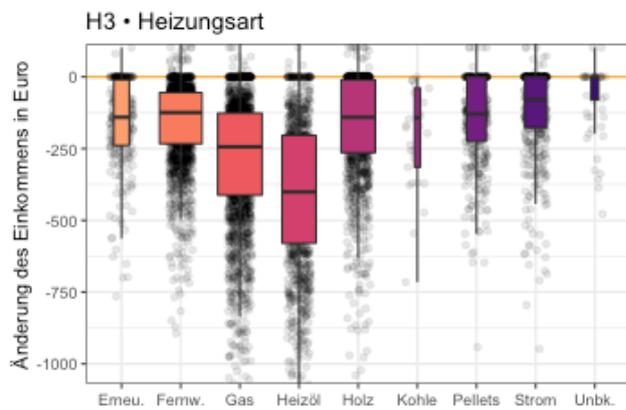
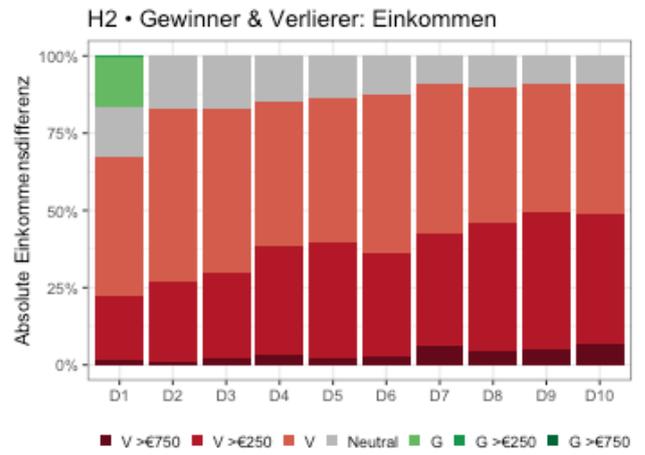
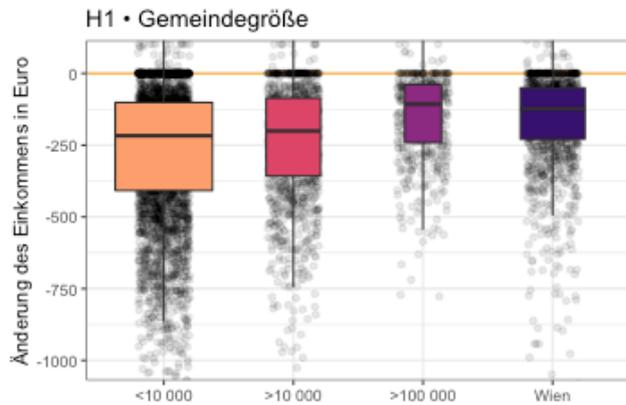
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	-106	-79	-119	Gini	51.90	40.01	40.18	0.17	0.00
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	-155	-114	-190	QSR	1079.34	16.05	16.53	0.48	0.03
Paar o.Kind.	-133	-107	-148	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	-79	-63	-86	Gini	42.40	26.72	26.81	0.09	0.00
Alleinerz.	-77	-60	-86	MW/P50	1.20	1.09	1.10	0.00	0.00
Andere	-86	-70	-94	QSR	16.71	4.05	4.07	0.02	0.01

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



## 5.6. Maßnahmenmix

Der folgende Vorschlag besteht aus einer Kombination bereits simulierter Rückvergütungsmaßnahmen. Sie sollen verschiedene Vorteile der einzelnen Maßnahmen kombinieren und so helfen, die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer sozial verträglich zu gestalten.

Folgende Maßnahmen werden in dieser Simulation gleichzeitig simuliert:

- **824 Mio. Euro** fließen in einen einkommensabhängigen Ökobonus von 110€ pro erwachsene Person und einen pauschalen Kinderzuschlag von 100€ pro Kind (siehe Kapitel 5.1.3).
- **36 Mio. Euro** werden in einen Heizkostenzuschuss von 200€ pro anspruchsberechtigten Haushalt investiert (siehe Kapitel 5.5).
- **180 Mio. Euro** fallen für die Umgestaltung der Pendlerpauschale von Freibeträgen in Absetzbeträge an (siehe Kapitel 5.4.2)

Dieser Maßnahmenmix kostet in Summe **1,035 Mrd. Euro** und übersteigt das Aufkommen einer CO<sub>2</sub>-Steuer in der Höhe von 50€/tCO<sub>2</sub> (920 Mio. Euro) um **120 Mio. Euro** und ist somit nicht aufkommensneutral.

Der einkommensabhängige Ökobonus in der Höhe von 110€ kommt allen Personen deren Einkommen unter der dritten Tarifstufe liegt im vollen Ausmaß zugute und wird für jene mit einer Steuerbemessungsgrundlage zwischen 31 000€ und 60 000€ (vierte Tarifstufe) auf 0€ eingeschliffen. Alle Personen deren Einkommen über der vierten Tarifstufe liegt erhalten keinen Ökobonus. Um Mehrbelastungen von Familien zu berücksichtigen wurde zusätzlich ein pauschaler Kinderzuschlag in der Höhe von 100€ für minderjährige Haushaltsmitglieder über alle Einkommensstufen hinweg implementiert. Der Heizkostenzuschuss ist an die Mindestsicherung geknüpft und soll so einkommensschwächere Haushalten dabei unterstützen die Auswirkungen von erhöhten Energiekosten im Ausmaß von 200€ abzufedern. Dieser Betrag orientiert sich an den durchschnittlichen Kosten einer Besteuerung von Gas für die davon betroffenen Haushalte (ca. 185€ pro Haushalt). Durch die Umgestaltung der Pendlerpauschale zum Absetzbetrag können PendlerInnen 48% ihres bisherigen Pendlerpauschales von ihrer Steuerlast absetzen. Sie gehören zu einer potenziell stärker belasteten Gruppe aufgrund weiterer Strecken zur Arbeitsstätte. Diese Maßnahme entlastet jedoch vor allem mittlere Einkommen bei individueller Betrachtung und führt auf Haushaltsebene zu einer Entlastung der oberen Hälfte der Einkommensverteilung.

**Aufkommen** Betrachtet man die Aufkommensänderung unabhängig von der Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer (Sim1), kann man erkennen, dass sich das verfügbare Einkommen in Summe um 1,035 Mrd. Euro erhöht. Die Aufkommen teilen sich wie bereits in der Einleitung dieses Kapitels erwähnt verschieden auf die einzelnen Maßnahmen auf: zu 824 Mio. Euro auf den einkommensabhängigen Ökobonus, 36 Mio. Euro auf den Heizkostenzuschuss und 180 Mio. Euro für die Umgestaltung der Pendlerentlastung. Betrachtet man die Verteilung auf die verschiedenen Einkommensquartile in Sim1, erkennt man, dass den beiden unteren jeweils 260 Mio. Euro zu kommen, dem dritten 300 Mio. und dem reichsten Quartil 210 Mio. Euro. Relativ bedeutet das für das unterste Einkommensviertel die größte Nettoeinkommensveränderung von 3,3%. Hier wirken vor allem der Heizkostenzuschuss und der Ökobonus. In den mittleren und oberen Quartilen schlägt, neben dem Ökobonus (und insbesondere dem Kinderzuschlag), vor allem die Umgestaltung der Pendlerentlastung an. Frauen profitieren mit 53 Mio. Euro etwas mehr von diesem Maßnahmenmix als Männer (51 Mio. Euro), da diese in einem größeren Ausmaß vom einkommensabhängigen Ökobonus profitieren können. Bei einer gleichzeitigen Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer in der Höhe von 50€/tCO<sub>2</sub> zeigt sich, dass die unteren drei Quartile zwischen 40 und 60 Mio. Euro dazugewinnen, während das oberste Quartil in Summe 50 Mio. Euro verliert. Relativ betrachtet gewinnt das erste Quartil mit 0,8% am meisten dazu, gefolgt von 0,2% im zweiten und 0,1% im dritten Quartil. Das vierte Quartil verliert 0,1% des verfügbaren Einkommens. Sowohl im Szenario Sim1, als auch bei einem Szenario mit gleichzeitiger Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer (Sim2) gehen die Verteilungsindikatoren leicht zurück, was ein Zeichen für eine progressive Umverteilung ist.

**Individualebene** Die Entlastung pro Kopf und Jahr durch diesen Maßnahmenmix beträgt im Durchschnitt 122€ und im Median 108€ (Sim1). Da der größte Teil des Aufkommens in den einkommensabhängigen Ökobonus mit Kinderzuschlag fließt, können Paare mit Kindern, "andere" Haushalte und Alleinerziehende im Durchschnitt (pro Kopf) am meisten profitieren. Bei einer gleichzeitigen Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer in der Höhe von 50€/tCO<sub>2</sub> beträgt der Einkommensgewinn pro Kopf und Jahr im Durchschnitt 14€ und im Median 28€. Single- und Paarhaushalte verlieren um Durchschnitt 47€ bzw. 26€ pro Kopf, während Paare mit Kindern, Alleinerziehende und "andere" Haushalte zwischen 40€ und 53€ dazugewinnen. Betrachtet man die Verteilungswirkungen nach Erwerbsstatus, kann man zunächst erkennen, dass im Rahmen des Maßnahmenmix alle Erwerbsgruppen profitieren können (siehe Sim1 I1). Bei einer gleichzeitigen Analyse der Verteilungswirkung einer CO<sub>2</sub>-Steuer zeigt sich, dass auch hier im Median das Einkommen über fast alle Erwerbsgruppen leicht ansteigt. Nur das Einkommen der PensionistInnen bleibt im Median in etwa gleich (siehe Sim2 I1). Die Auswertung des Szenarios nach Pendlertyp zeigt zudem, dass etwas mehr als die Hälfte der Pendle-

rInnen Einkommen dazugewinnen, während das Einkommen jener Personen, die keine Pendlerentlastung erhalten, im Median etwa gleichbleibt (Sim2 I3).

**Haushaltsebene** Eine Analyse auf Haushaltsebene zeigt, dass Gemeinden mit weniger als 100 000 bzw. 10 000 EinwohnerInnen am meisten Einkommen durch diesen Maßnahmenmix dazugewinnen können (siehe Sim1 H1). Bei einer gleichzeitigen Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer in der Höhe von 50€/tCO<sub>2</sub> erkennt man jedoch, dass Städte mit über 100 000 EinwohnerInnen (und Wien) im Median am meisten profitieren, da rurale Gebiete aufgrund der hohen Treibstoffausgaben besonders von einer CO<sub>2</sub>-Steuer betroffen sind (siehe Sim2 H1). Bei Betrachtung der Einkommensveränderungen nach primärer Heizungsart (H3) kann man erkennen, dass durch diesen Maßnahmenmix alle Heizungstypen in etwa gleich profitieren können. Wenn jedoch gleichzeitig die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer simuliert wird, zeigt sich das wiederum über die Hälfte jener Haushalte die primär mit Gas oder Heizöl heizen Einkommensverluste verzeichnen müssen (siehe Sim2 H3). Durch den Maßnahmenmix können zudem insbesondere Familienhaushalte, wie etwa Paarhaushalte mit Kindern, Alleinerziehende oder "Anderer" (Haushalte mit erwachsenen Kindern, Mehrgenerationenhaushalte etc.) Einkommensgewinne erzielen (siehe Sim1 H5), da hier mehrere Personen von den unterschiedlichen Maßnahmen, wie etwa dem Ökobonus, dem Kinderzuschlag oder der Umgestaltung der Pendlerentlastung profitieren können. Die Analyse der relativen Einkommensveränderung nach äquivalisierten Einkommensquartilen zeigt, die progressive Wirkung dieses Maßnahmenbündels. Während mehr als die Hälfte der unteren beiden Quartile Einkommen dazugewinnen, bleibt das Einkommen für die obere Hälfte der Verteilung im Median in etwa gleich.

**Gewinner & Verlierer** Die Gewinner- und Verlierergrafiken H2 und H4 beziehen sich auf die Haushaltsebene, was bedeutet, dass das Haushaltseinkommen als Grundlage herangezogen wird. Da einige Personen mit geringem (Individual-)Einkommen, wie etwa jene die Teilzeit arbeiten oder sich noch in Ausbildung befinden, durchaus auch mit einkommensstärkeren Personen zusammenwohnen, kann es der Fall sein, dass sich diese dann in den oberen (Haushalts-)Einkommensdezilen befinden. Aus diesem Grund und weil reichere Haushalte auch vom Kinderzuschlag und den Entlastungen im Pendlerbereich profitieren können, findet sich nur ein relativ kleiner Anteil der Haushalte (im zehnten Dezil), das nicht von diesen Maßnahmen profitieren kann.

Der Anteil an Haushalten mit einem Nettozuwachs von mehr als 250€ liegt im 1. Dezil (aufgrund des Heizkostenzuschusses) bei ca. 50% (siehe Sim1 H2). Das zweite und dritte Dezil kann nur verhältnismäßig wenig profitieren, da diese Haushalte tendenziell eher aus wenigen Haushaltsmitgliedern (und Kindern) bestehen und somit nicht so sehr vom Ökobonus

(mit Kinderzuschlag) profitieren können, wie etwa die Haushalte der mittleren und oberen Einkommensdezile. Zudem ist ihr Einkommen zu hoch für einen Heizkostenzuschuss, von dem ausschließlich das erste Dezil profitieren kann. Aufgrund der Einkommensabhängigkeit des Ökobonus ist der Anteil der Haushalte mit Zugewinnen von über 250€ verhältnismäßig gering.

In Szenario Sim2 (inklusive CO<sub>2</sub>-Steuer), steigen die Anteile der Verliererhaushalte in jedem Dezil stetig an, wobei sich im ersten Dezil besonders viele Gewinnerhaushalte (ca. 75%) und im 10. Dezil besonders viele Verliererhaushalte (ca. 70%) befinden. Bei den restlichen Dezilen liegt der Verliereranteil zwischen 30% und 50%. Getrennt nach Heizungstyp analysiert, kann man erkennen, dass insbesondere Haushalte, die primär mit Heizöl oder Gas heizen, von der Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer betroffen sind und jene Kosten nicht vollständig durch den Maßnahmenmix ausgleichen können. Um hier eine sozialverträgliche Lösung zu finden die gezielt die Lage dieser Haushalte erleichtern, müssen eventuell weitere Maßnahmen folgen (z.B. Förderung des Heizungsaustausches).

**50€ vs. 150€ /tCO<sub>2</sub>** Für die Simulation des 150€ /tCO<sub>2</sub>-Szenarios wurden die Eckpunkte des Maßnahmenmix nochmals angepasst. Folgende Maßnahmen werden in dieser Simulation gemixt:

- **2,75 Mrd. Euro** fließen in einen einkommensabhängigen Ökobonus von 400€ pro erwachsene Person und einen pauschalen Kinderzuschlag von 200€ pro Kind (siehe Kapitel III).
- **56 Mio. Euro** werden in einen Heizkostenzuschuss von 305€ pro anspruchsberechtigten Haushalt investiert (siehe Kapitel III). Dieser Betrag entspricht der durchschnittlichen Belastung eines Haushaltes durch die Besteuerung von Heizstoffen.
- **180 Mio. Euro** fallen für die Umgestaltung der Pendlerpauschale von Freibeträgen in Absetzbeträge an (siehe Kapitel III). Da die Entlastungsmaßnahme keine Änderung der Ausweitung des Pendlerpauschalbetrages vorsieht (sondern nur die Umwandlung in den Absetzbetrag) werden die Grenzen der Umwandlung mit einem Grenzsteuersatz von 48% beibehalten.

# Maßnahmenmix vs. 50€/tCO<sub>2</sub> (Treib- und Heizstoffe)

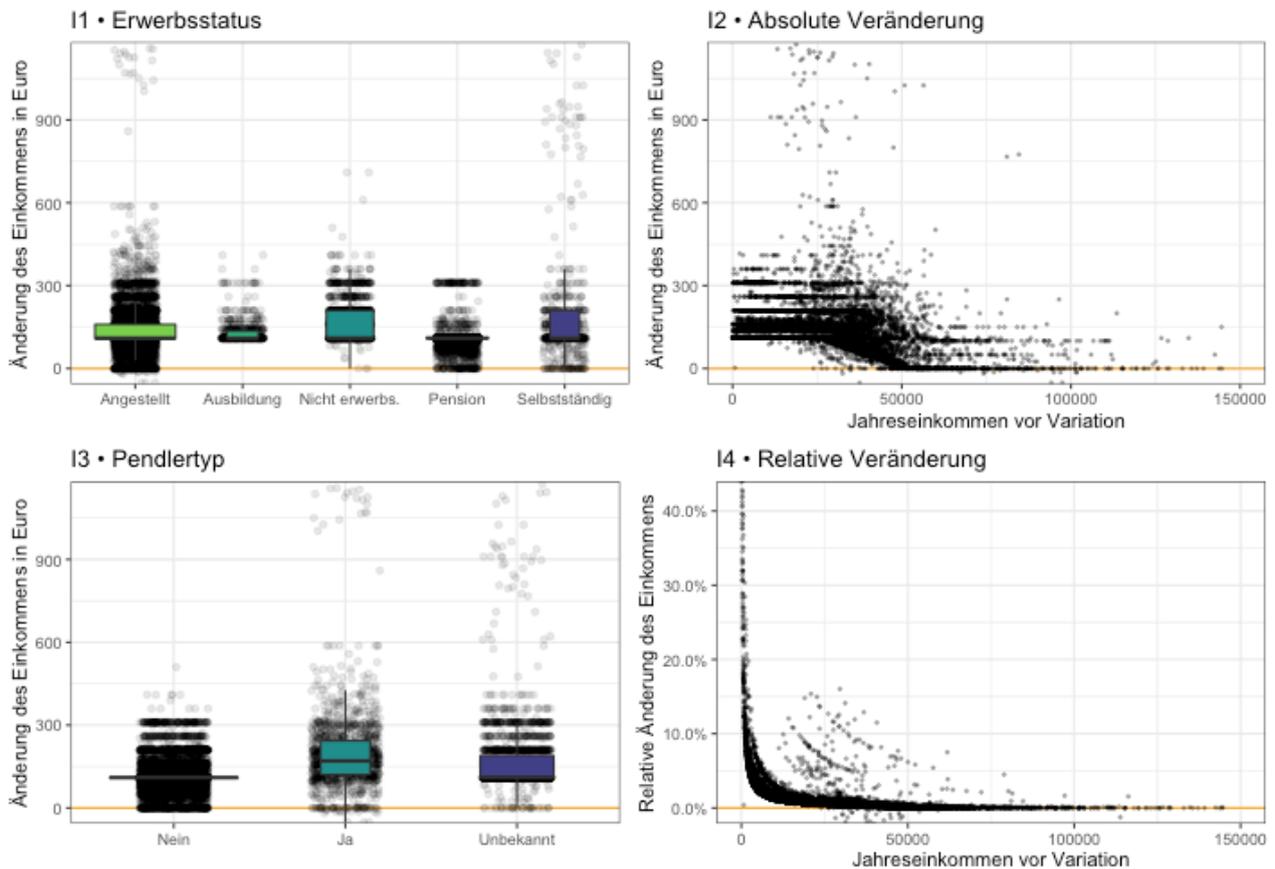
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto		Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen		
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.3	-0.18	-0.6%	4.5	0.00	0.0%	168.1	1.03	0.6%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.0	-0.12	-0.5%	2.2	0.00	0.0%	99.9	0.51	0.5%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.3	-0.06	-0.7%	2.3	0.00	0.0%	68.2	0.53	0.8%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	1.8%	1.0	0.00	0.0%	8.2	0.26	3.3%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	-0.03	-5.5%	1.1	0.00	0.0%	29.5	0.26	0.9%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.0	-0.08	-1.3%	1.2	0.00	0.0%	46.9	0.30	0.6%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	24.9	-0.06	-0.2%	1.3	0.00	0.0%	83.4	0.21	0.3%

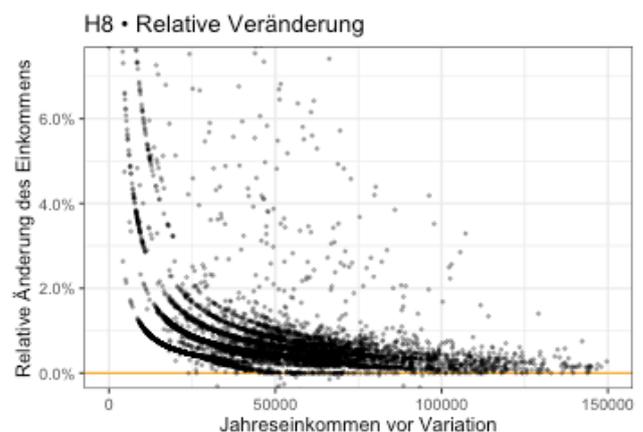
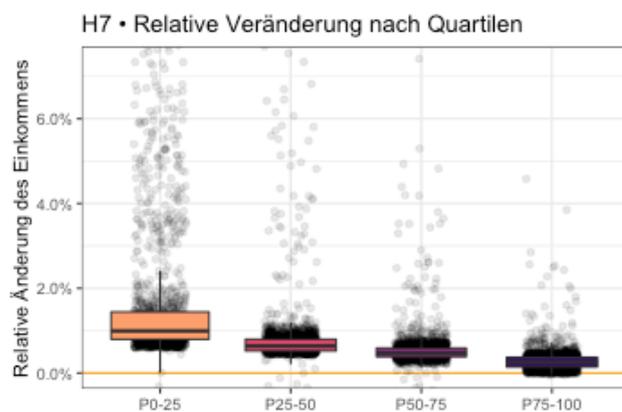
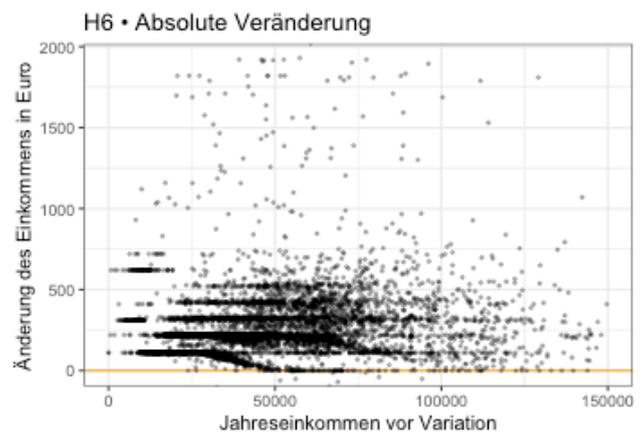
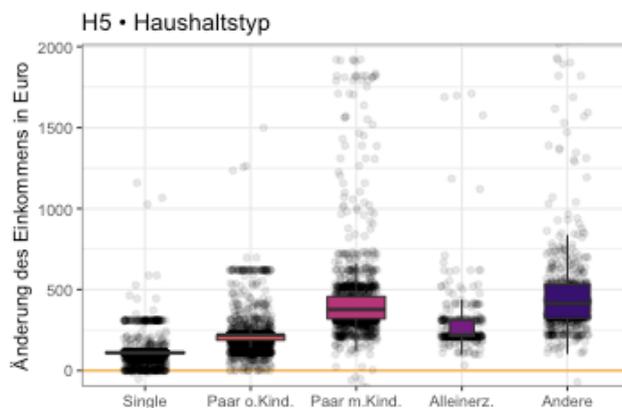
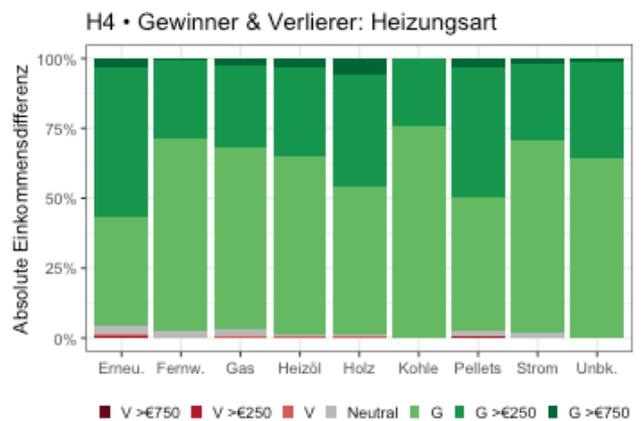
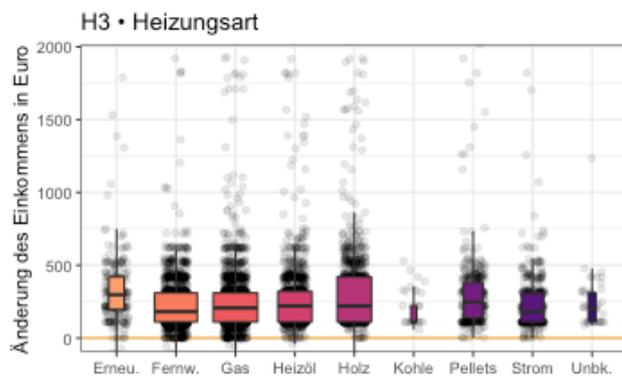
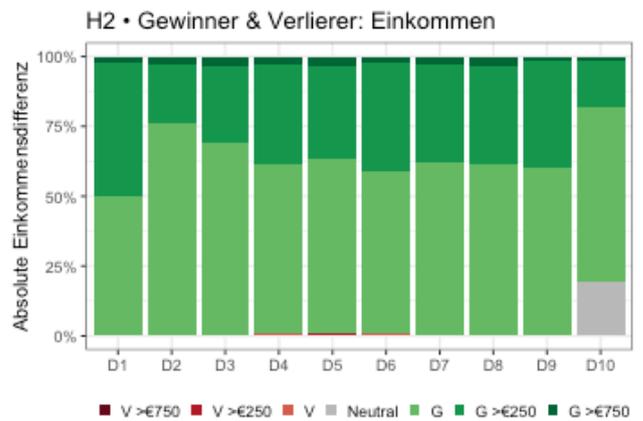
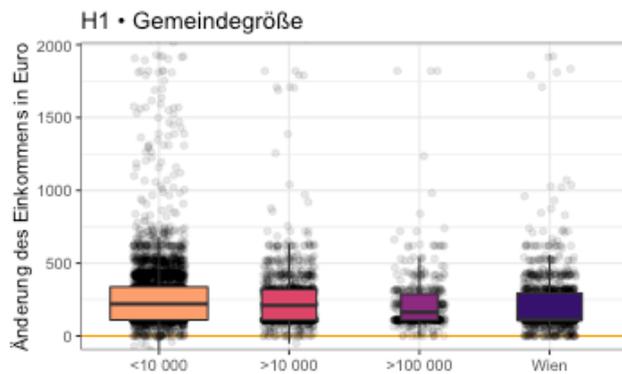
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	122	108	123	Gini	51.90	40.19	39.93	-0.26	-0.01
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	113	110	118	QSR	1079.34	16.59	15.84	-0.74	-0.04
Paar o.Kind.	111	110	112	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	132	105	132	Gini	42.40	26.82	26.59	-0.23	-0.01
Alleinerz.	120	105	120	MW/P50	1.20	1.10	1.10	0.00	0.00
Andere	127	108	127	QSR	16.71	4.08	4.02	-0.06	-0.01

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



# Maßnahmenmix vs. Status Quo

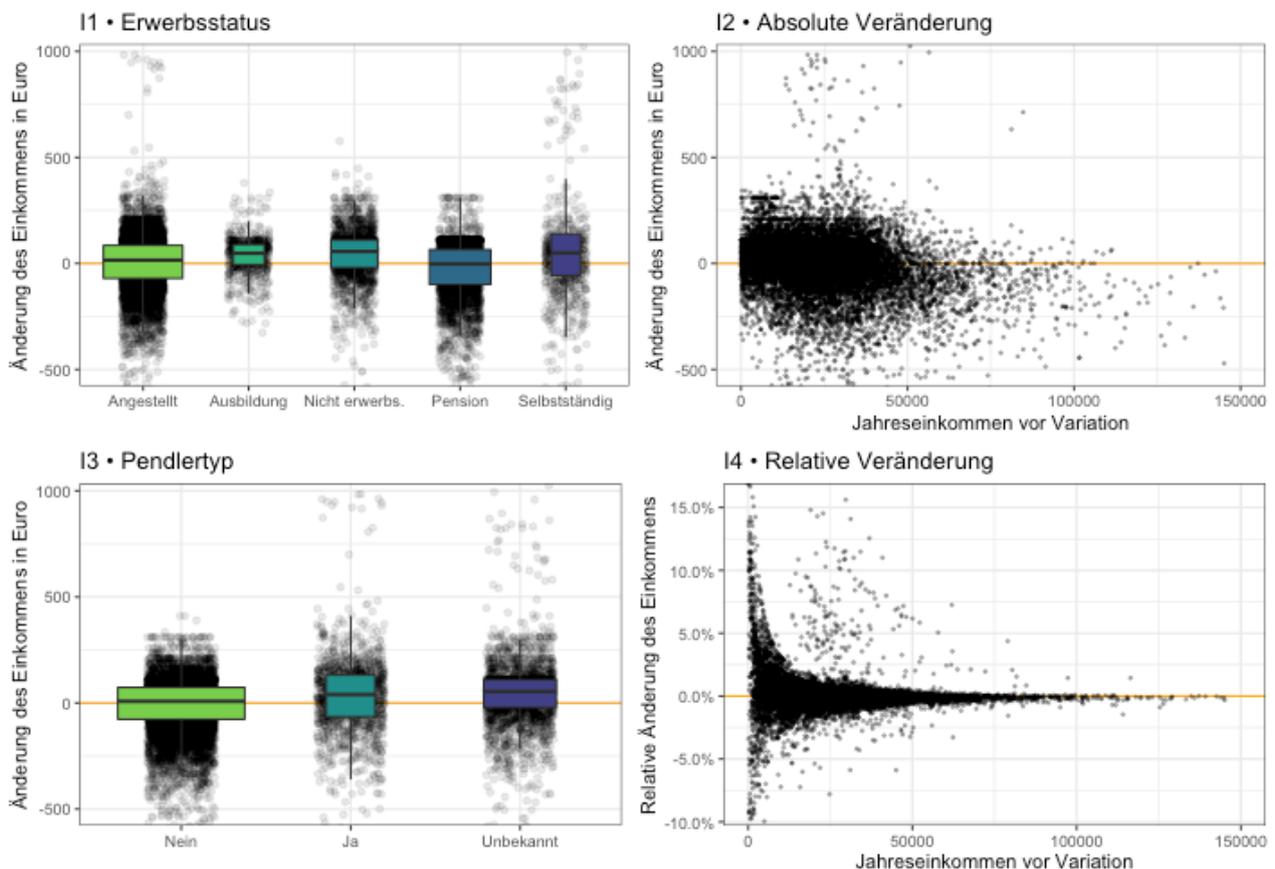
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.3	-0.18	-0.6%	4.5	0.92	26.0%	168.1	0.12	0.1%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.0	-0.12	-0.5%	2.2	0.45	25.7%	99.9	0.06	0.1%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.3	-0.06	-0.7%	2.3	0.47	26.2%	68.2	0.06	0.1%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	1.3%	1.0	0.20	25.8%	8.2	0.06	0.8%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	-0.03	-5.6%	1.1	0.22	25.8%	29.5	0.04	0.2%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.0	-0.08	-1.3%	1.2	0.24	26.2%	46.9	0.06	0.1%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	24.9	-0.06	-0.2%	1.3	0.26	26.1%	83.4	-0.05	-0.1%

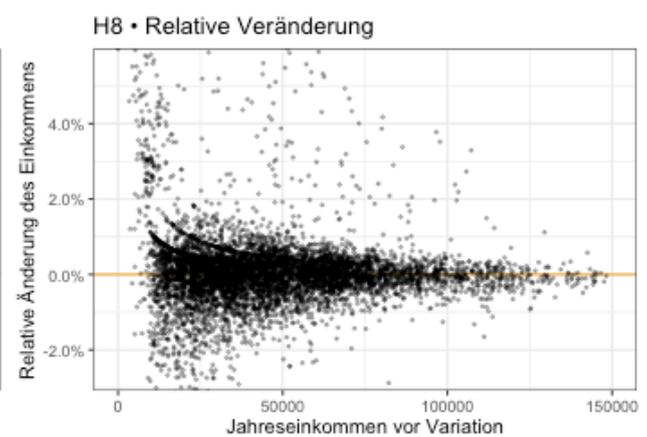
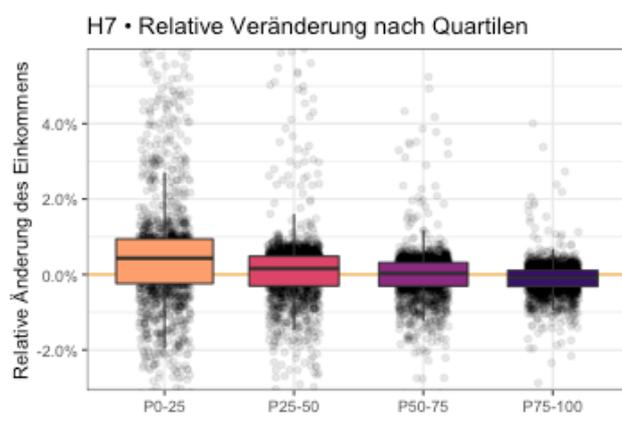
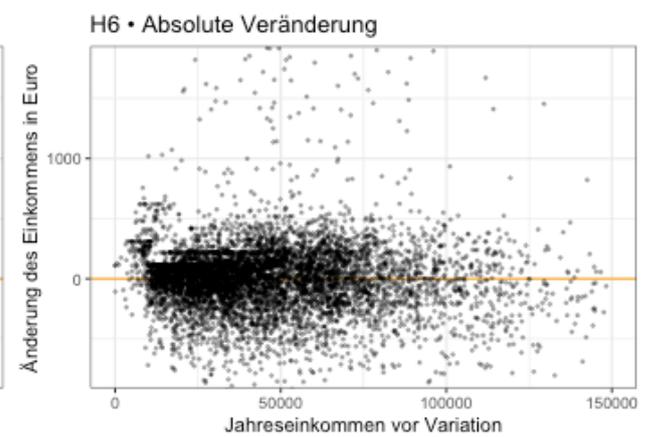
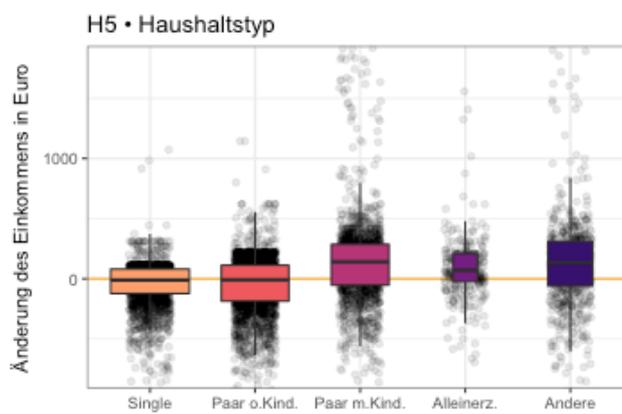
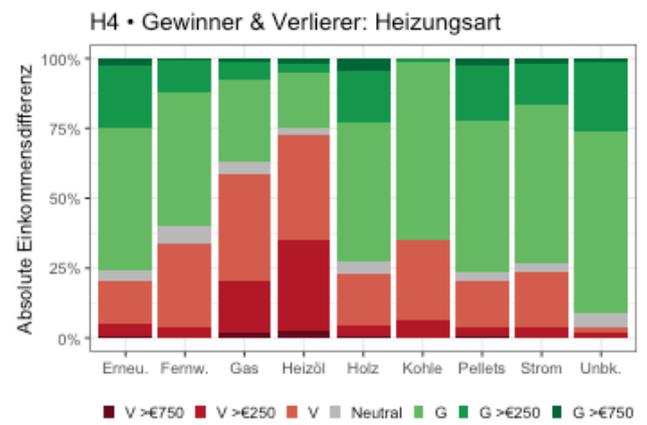
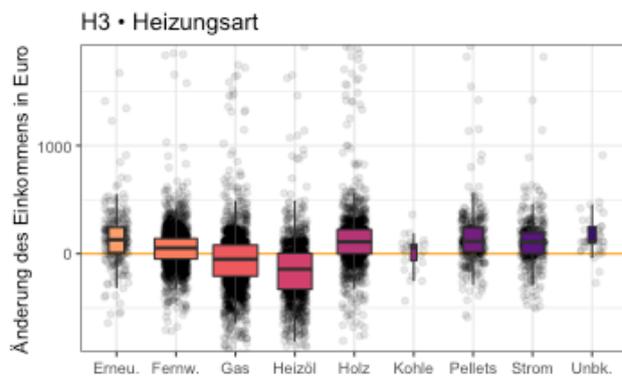
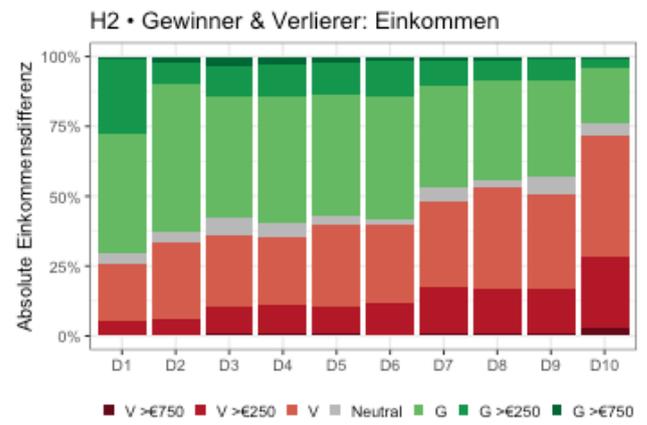
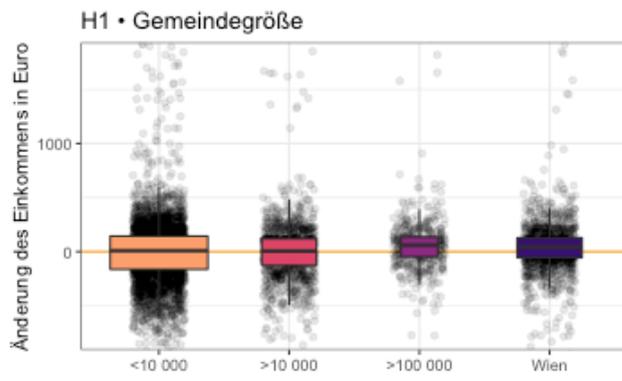
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	14	28	14	Gini	51.90	40.01	39.93	-0.08	0.00
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	-47	-11	-47	QSR	1079.34	16.05	15.84	-0.20	-0.01
Paar o.Kind.	-26	-4	-26	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	53	44	53	Gini	42.40	26.72	26.59	-0.13	0.00
Alleinerz.	40	46	40	MW/P50	1.20	1.09	1.10	0.00	0.00
Andere	41	39	41	QSR	16.71	4.05	4.02	-0.03	-0.01

## Effekte auf Individualebene

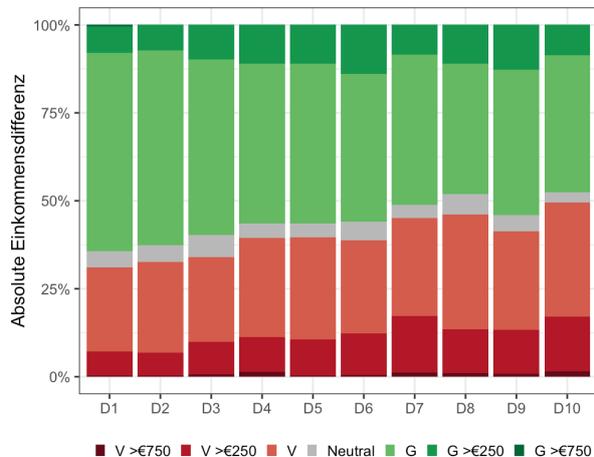


# Effekte auf Haushaltsebene



## 5.7. Übersicht Entlastungsmaßnahmen

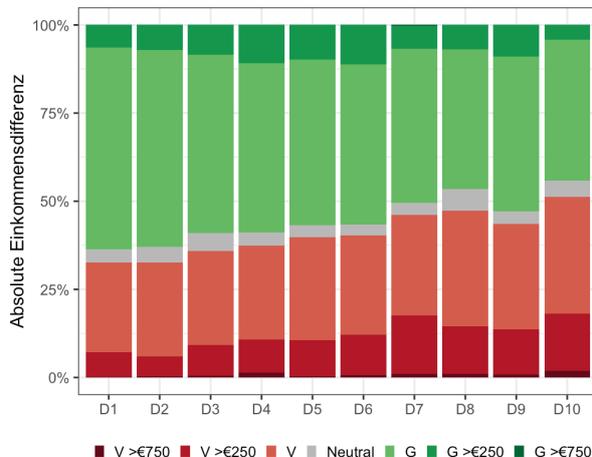
### 1) Ökobonus



#### Ø Einkommensänderung und Verteilungswirkungen

Δ Einkommen pro Kopf		Δ Gini-Koeffizient	
Gesamt	0	Haushalte:	-0.03 ↓
Single	-28	Individuen:	-0.04 ↓
Paar o.Kind.	-5		
Paar m.Kind.	-1		
Alleinerz.	-6		
Andere	31		

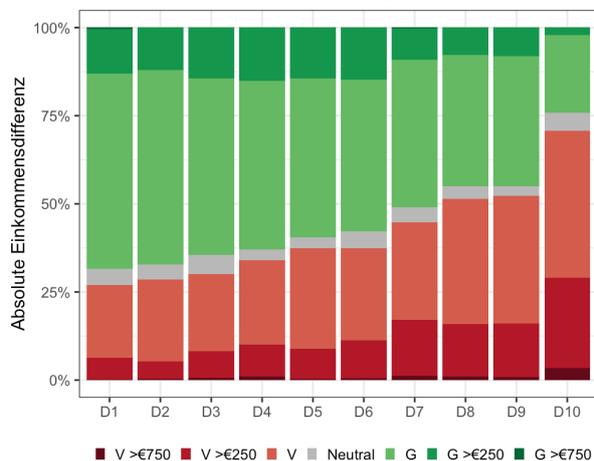
### 2) Ökobonus mit Kinderzuschlag



#### Ø Einkommensänderung und Verteilungswirkungen

Δ Einkommen pro Kopf		Δ Gini-Koeffizient	
Gesamt	0	Haushalte:	-0.04 ↓
Single	-41	Individuen:	-0.03 ↓
Paar o.Kind.	-18		
Paar m.Kind.	15		
Alleinerz.	13		
Andere	26		

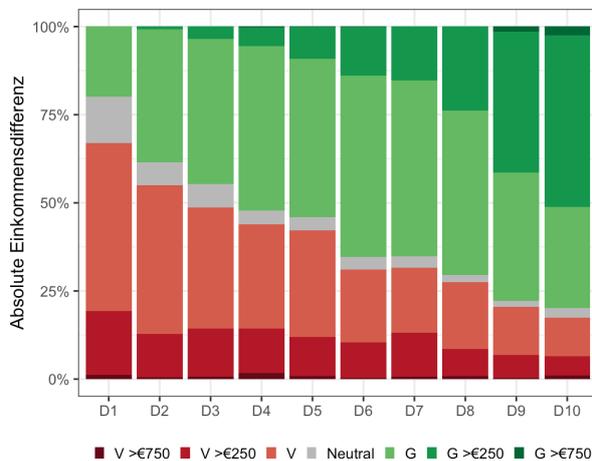
### 3) Einkommensabhängiger Ökobonus mit Kinderzuschlag



#### Ø Einkommensänderung und Verteilungswirkungen

Δ Einkommen pro Kopf		Δ Gini-Koeffizient	
Gesamt	0	Haushalte:	-0.09 ↓
Single	-42	Individuen:	-0.08 ↓
Paar o.Kind.	-20		
Paar m.Kind.	15		
Alleinerz.	20		
Andere	28		

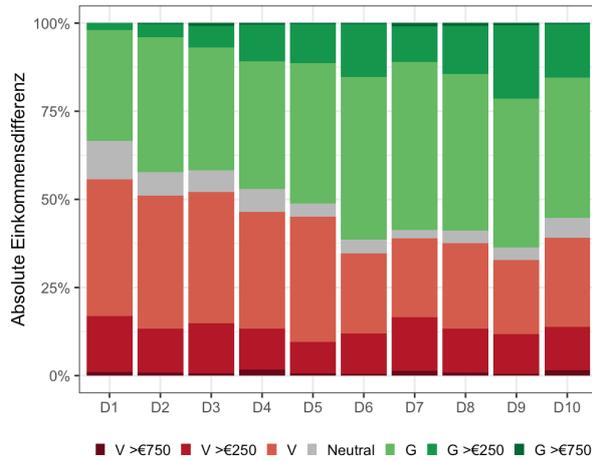
### 4) Senkung des KV-Beitragsatzes



#### Ø Einkommensänderung und Verteilungswirkungen

Δ Einkommen pro Kopf		Δ Gini-Koeffizient	
Gesamt	12	Haushalte:	0.11 ↑
Single	0	Individuen:	0.19 ↑
Paar o.Kind.	16		
Paar m.Kind.	8		
Alleinerz.	-22		
Andere	31		

### 5) Senkung des 1. und 2. Steuersatzes inkl. Erhöhung der Negativsteuer



#### Ø Einkommensänderung und Verteilungswirkungen

	Δ Einkommen pro Kopf	Δ Gini-Koeffizient
Gesamt	-2	Haushalte: 0.05 ↑
Single	-22	Individuen: 0.10 ↑
Paar o.Kind.	-7	
Paar m.Kind.	-1	
Alleinerz.	-16	
Andere	21	

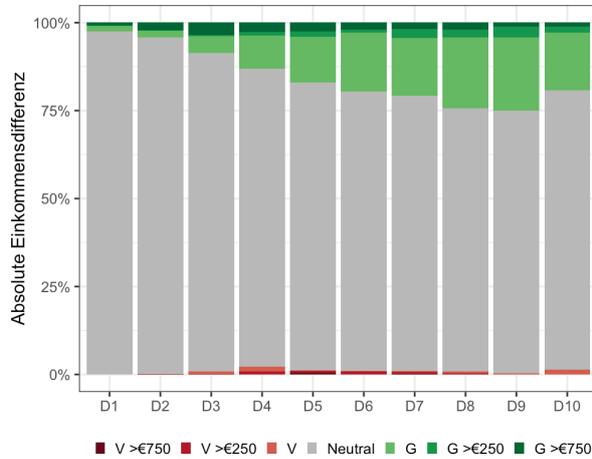
### 6) Tarifsenkung ohne Erhöhung der Negativsteuer



#### Ø Einkommensänderung und Verteilungswirkungen

	Δ Einkommen pro Kopf	Δ Gini-Koeffizient
Gesamt	11	Haushalte: 0.17 ↑
Single	-3	Individuen: 0.28 ↑
Paar o.Kind.	16	
Paar m.Kind.	10	
Alleinerz.	-35	
Andere	27	

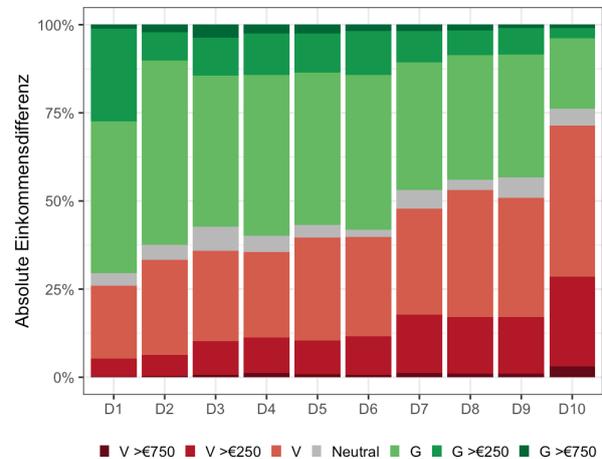
### 7) Umwandlung Freibeträge in Absetzbeträge mit Grenzsteuersatz 48%\*



#### Ø Einkommensänderung und Verteilungswirkungen

	Δ Einkommen pro Kopf	Δ Gini-Koeffizient
Gesamt	21	Haushalte: -0.04 ↓
Single	6	Individuen: 0.00 →
Paar o.Kind.	7	
Paar m.Kind.	35	
Alleinerz.	12	
Andere	27	

### 8) Maßnahmenmix



#### Ø Einkommensänderung und Verteilungswirkungen

	Δ Einkommen pro Kopf	Δ Gini-Koeffizient
Gesamt	14	Haushalte: -0.13 ↓
Single	-47	Individuen: -0.08 ↓
Paar o.Kind.	-26	
Paar m.Kind.	53	
Alleinerz.	40	
Andere	41	

\*Szenario 7) zeigt nur die Entlastung dieser Maßnahme und nicht die Wirkung der CO2-Steuer.

# Literatur

- AEA (2019): *Energiepreisindex (EPI) Der Österreichischen Energieagentur*.
- Art 12 B-VG (1. Juni 2019): *Bundesrecht Konsolidiert: Gesamte Rechtsvorschrift Für Sozialhilfe-Grundsatzgesetz*.
- Bach, Stefan, Michelle Harnisch und Niklas Isaak (2018): „Verteilungswirkungen der Energiepolitik – Personelle Einkommensverteilung“. In: *Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie*, S. 50.
- Bach, Stefan, Niklas Isaak, Claudia Kemfert, Uwe Kunert, Wolf-Peter Schill, Sophie Schmalz, Nicole Wägner und Aleksandar Zaklan (2019): *CO<sub>2</sub>-Bepreisung Im Wärme- Und Verkehrssektor: Diskussion von Wirkungen Und Alternativen Entlastungsoptionen*. DIW Berlin.
- Bach, Von Stefan, Niklas Isaak, Claudia Kemfert und Nicole Wägner (2019): „Lenkung, Aufkommen, Verteilung: Wirkungen von CO<sub>2</sub>-Bepreisung und Rückvergütung des Klimapakets“. In: *DIW aktuell* 24, S. 8.
- Budgetdienst (2019): *Verteilungswirkungen Einer CO<sub>2</sub>-Steuer Auf Haushaltsebene. Anfragebeantwortung Des Budgetdienst*. Wien: Republik Österreich Parlamentsdirektion.
- Dachverband der österreichischen Sozialversicherung (2019): *Beitragsrechtliche Werte in der Sozialversicherung 2020*.
- Die neue Volkspartei und Die Grünen – Die Grüne Alternative (2020): *Aus Verantwortung Für Österreich. Regierungsprogramm 2020 – 2024*.
- FGW (2019): *Gas Und Fernwärme in Österreich. Zahlenspiegel 2019*.
- Gartner, Gerald, Markus Hametner und Danijel Beljan (2019): „Kein Anschluss in Dieser Gemeinde“. In: *Addendum*.
- GIS (2019): *GIS Befreiung: Haushalts-Nettoeinkommen*.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), Hrsg. (2014): *Climate Change 2014: Mitigation of Climate Change: Working Group III Contribution to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. New York, NY: Cambridge University Press. 1435 S. ISBN: 978-1-107-05821-7 978-1-107-65481-5.
- IPCC (2019): *2006 IPCC Guidelines for National Greenhouse Gas Inventories. Volume 2: Energy*.

- Kirchner, Mathias, Mark Sommer, Kurt Kratena, Daniela Kletzan-Slamanig und Claudia Kettner-Marx (1. März 2019): „CO2 Taxes, Equity and the Double Dividend – Macroeconomic Model Simulations for Austria“. In: *Energy Policy* 126, S. 295–314. ISSN: 0301-4215.
- Köpl, Angela, Stefan Schleicher und Margit Schratzenstaller (2019): *Policy Brief: Fragen Und Fakten Zur Bepreisung von Treibhausgasemissionen*. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Kreutzer Fischer & Partner Consulting GmbH (2016): *Nah- Und Fernwärme - Preisanalyse. Analyse Des Angebots Aus Konsumentenperspektive in Wien, Niederösterreich Und Der Steiermark*.
- Mattauch, Linus u. a. (5. Feb. 2020): „Antworten auf zentrale Fragen zur Einführung von CO2-Preisen (Version 2.0) – Gestaltungsoptionen und ihre Auswirkungen für den schnellen Übergang in die klimafreundliche Gesellschaft“. In: *Diskussionsbeiträge der Scientists for Future 2* 2020.3, 43 pp.
- Matzinger, Sandra (2019): *Energiearmut Effektiv Bekämpfen – Ein Vielschichtiges Phänomen Fordert Mehrdimensionale Antworten*. A&W-Blog.
- oesterreich.gv.at (2020): *Ermäßigungen Und Finanzielle Unterstützungen in Den Bundesländern*. URL: [https://www.oesterreich.gv.at/themen/senior\\_innen/ermaessigungen\\_und\\_finanzielle\\_unterstuetzungen\\_fuer\\_senioren/1.html](https://www.oesterreich.gv.at/themen/senior_innen/ermaessigungen_und_finanzielle_unterstuetzungen_fuer_senioren/1.html).
- Pothen, Frank und Michael Hübler (2018): *A Forward Calibration Method for New Quantitative Trade Models*. Working Paper 643. Hannover Economic Papers (HEP).
- Republik Österreich (2020): *Mineralölsteuergesetz 1995 - Bundesrecht Konsolidiert, Fassung Vom 21.07.2020*. URL: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10004908> (besucht am 21. 07. 2020).
- Rocha-Akis, Silvia u. a. (2019): „Umverteilung durch den Staat in Österreich 2015“. In: *WIFO Projektbericht Nr. 5717*, S. 184.
- Statistik Austria (2019a): *Energiestatistik: Mikrozensus Energieeinsatz Der Haushalte 2017/2018*.
- (2019b): *Jahresdurchschnittspreise Und -Steuern Für Die Wichtigsten Energieträger 2017*.
- Umweltbundesamt (2019a): *Berechnung von Treibhausgas (THG)-Emissionen Verschiedener Energieträger*.
- (2019b): *Sachstandsbericht Mobilität*.

## **Teil III.**

### **Appendix: Szenarien mit 150€ /t CO<sub>2</sub>**

**Ökobonus (150€ /t CO<sub>2</sub>)**

Diese Seite wurde absichtlich leer gelassen.

# Ökobonus vs. 150€/tCO<sub>2</sub> (Treib- und Heizstoffe)

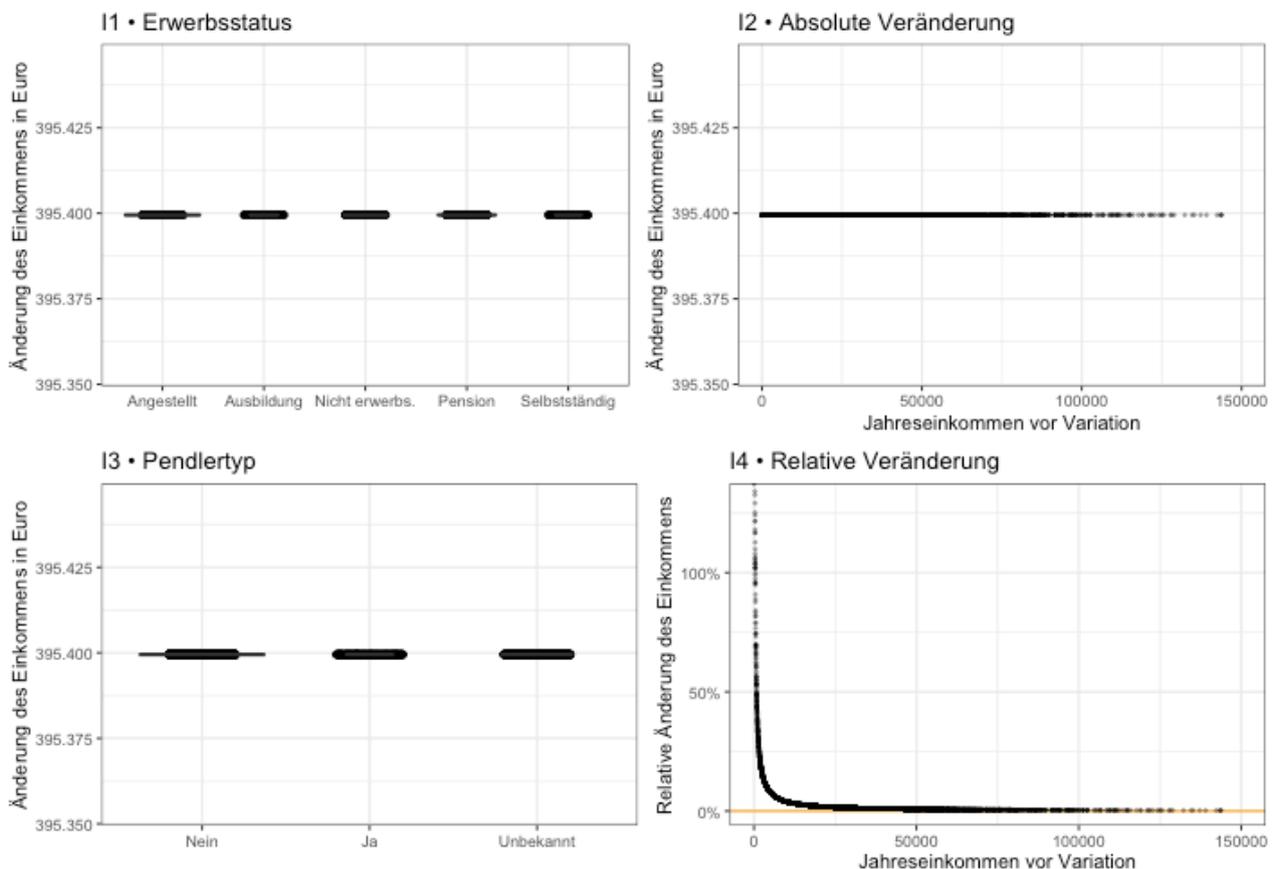
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.5	0.00	0.0%	6.3	0.00	0.0%	168.0	2.75	1.7%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.2	0.00	0.0%	3.1	0.00	0.0%	99.8	1.33	1.4%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.4	0.00	0.0%	3.2	0.00	0.0%	68.2	1.42	2.1%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	0.0%	1.4	0.00	0.0%	8.2	0.69	9.1%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	0.00	0.0%	1.5	0.00	0.0%	29.5	0.69	2.4%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.1	0.00	0.0%	1.6	0.00	0.0%	46.8	0.69	1.5%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	24.9	0.00	0.0%	1.8	0.00	0.0%	83.4	0.69	0.8%

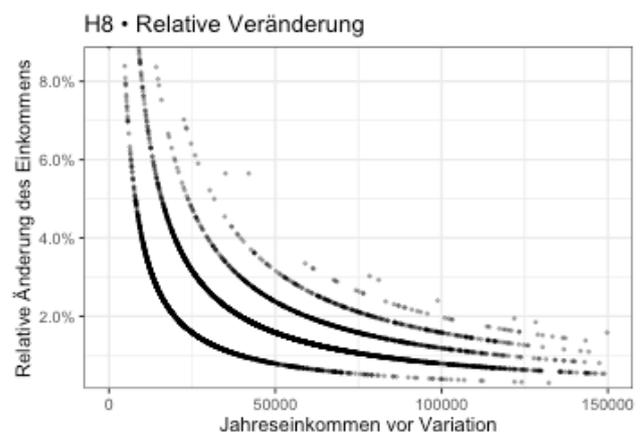
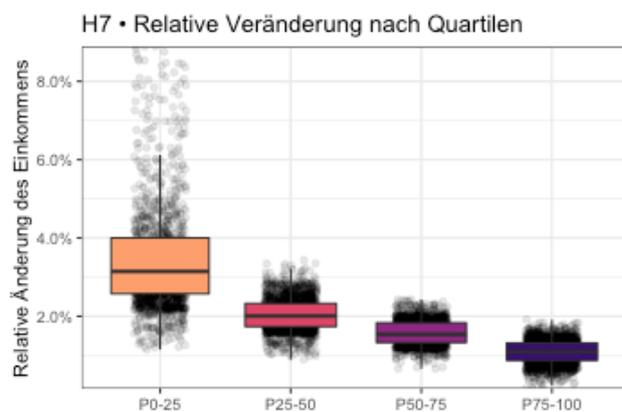
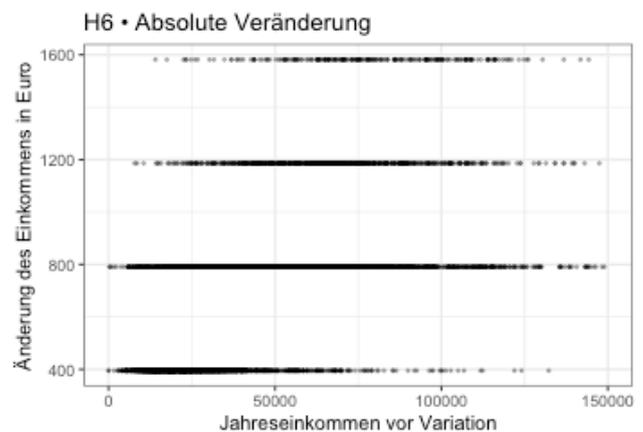
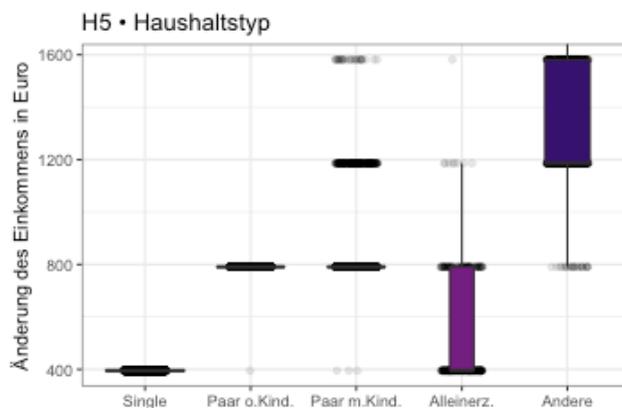
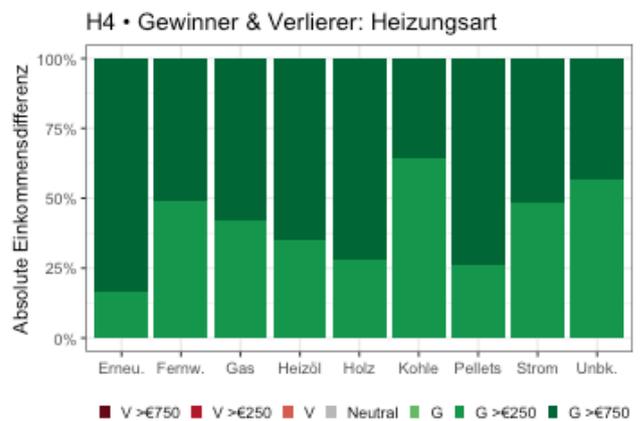
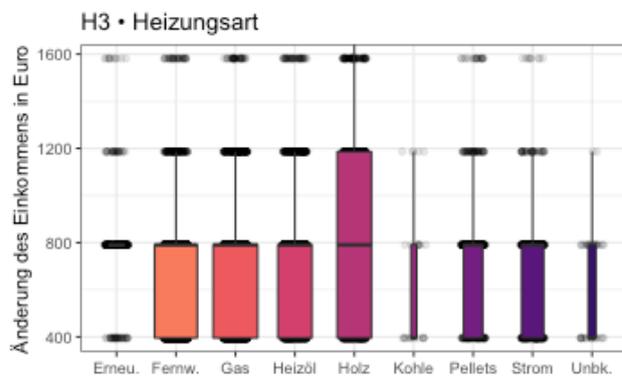
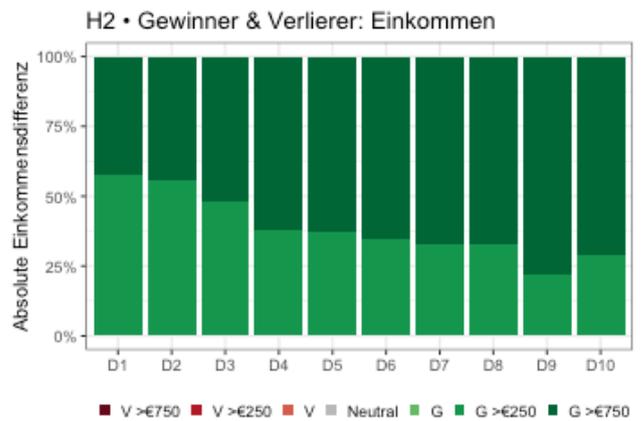
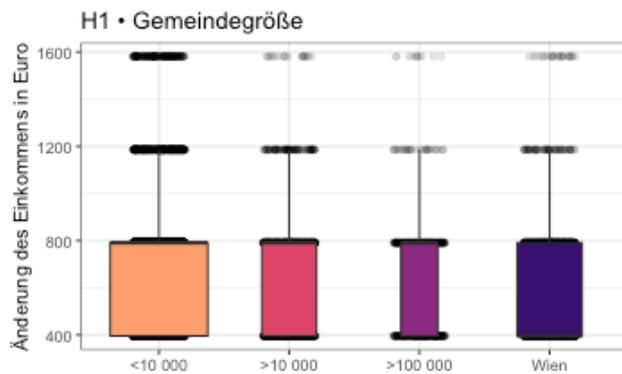
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	325	395	325	Gini	51.90	40.57	39.91	-0.67	-0.02
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	395	395	395	QSR	1079.34	17.79	15.75	-2.04	-0.11
Paar o.Kind.	395	395	395	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	234	198	234	Gini	42.40	27.03	26.64	-0.39	-0.01
Alleinerz.	223	198	223	MW/P50	1.20	1.10	1.09	0.00	0.00
Andere	351	395	351	QSR	16.71	4.13	4.03	-0.10	-0.02

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



# Ökobonus vs. Status Quo

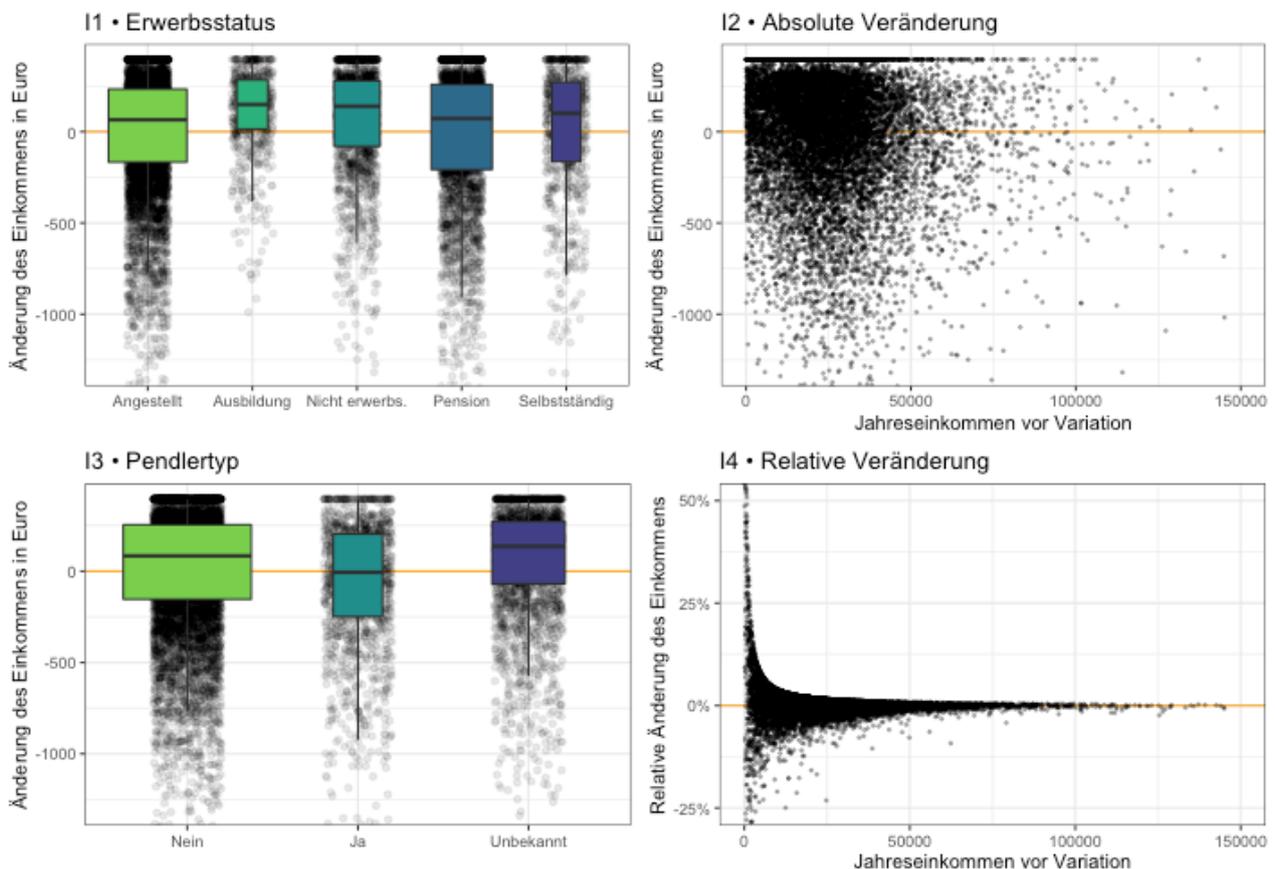
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.5	0.00	0.0%	6.3	2.75	78.0%	168.0	0.00	0.0%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.2	0.00	0.0%	3.1	1.35	77.2%	99.8	-0.02	0.0%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.4	0.00	0.0%	3.2	1.40	78.7%	68.2	0.02	0.0%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	0.0%	1.3	0.59	77.5%	8.3	0.10	1.3%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	0.00	0.0%	1.5	0.65	77.4%	29.5	0.03	0.1%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.1	0.00	0.0%	1.7	0.73	78.6%	46.8	-0.04	-0.1%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	25.0	0.00	0.0%	1.8	0.78	78.3%	83.4	-0.10	-0.1%

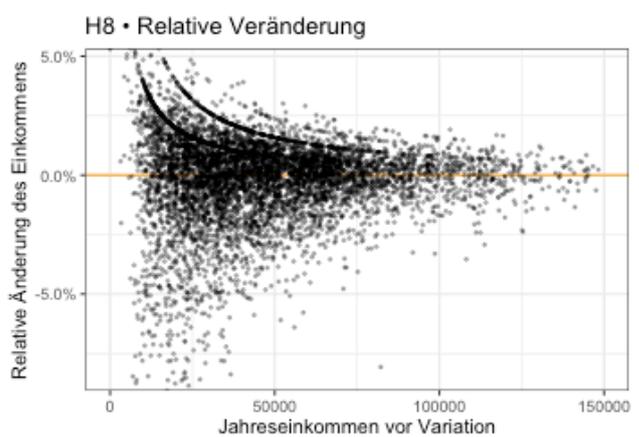
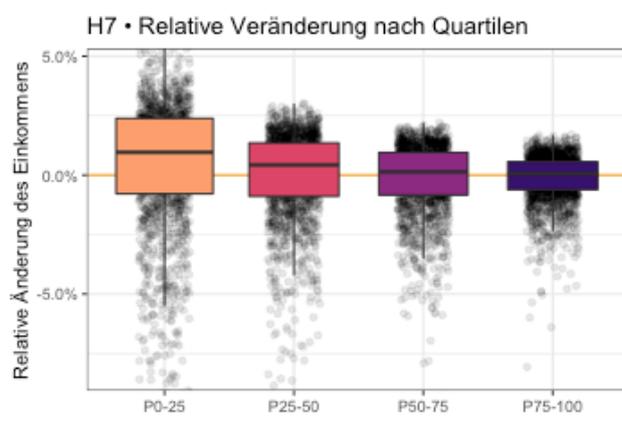
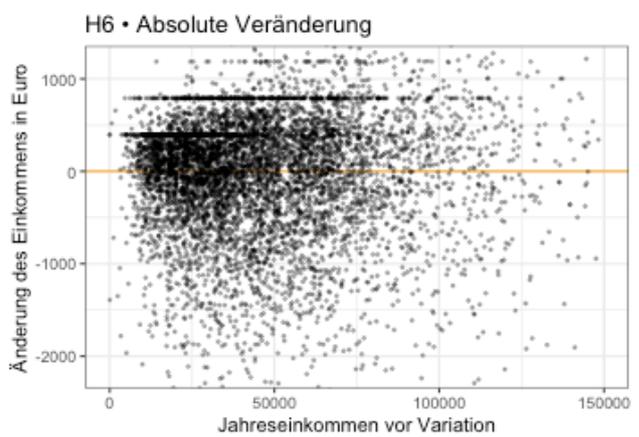
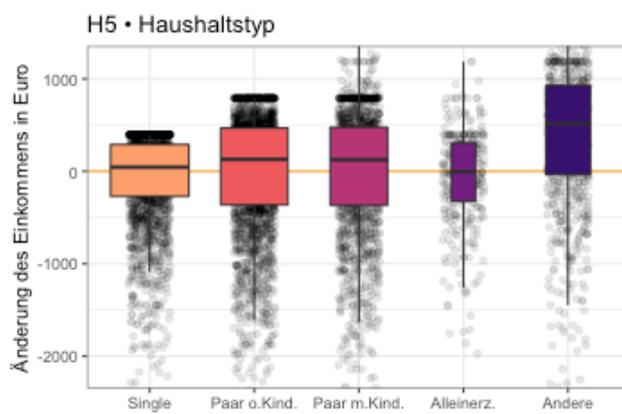
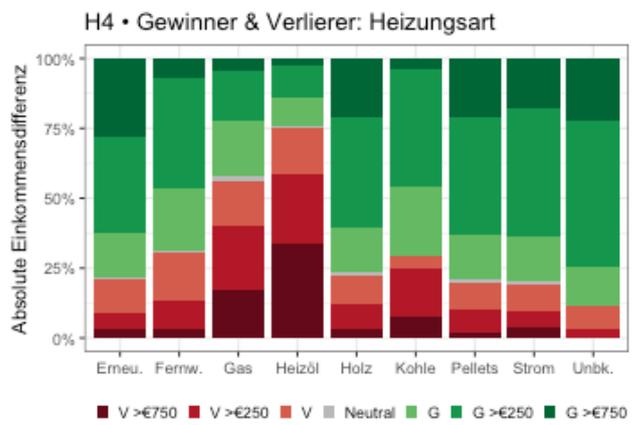
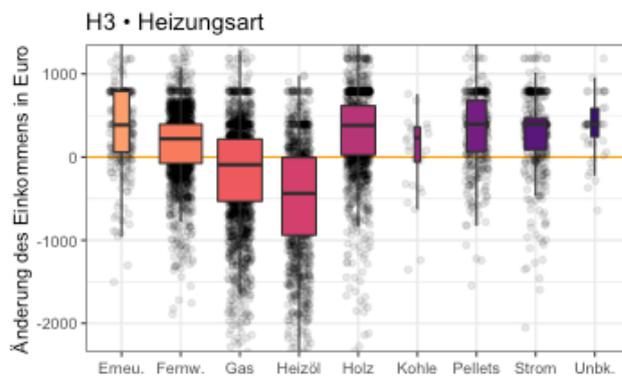
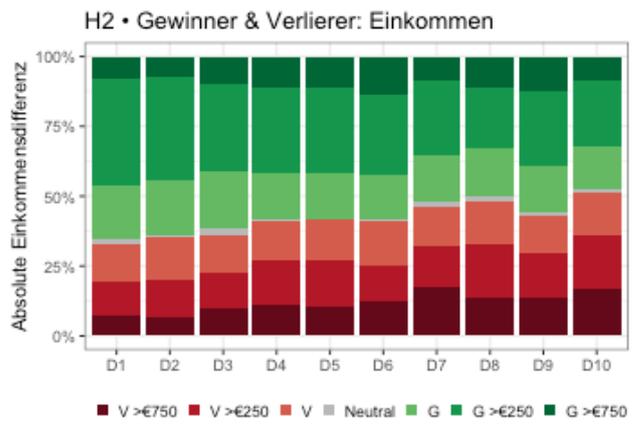
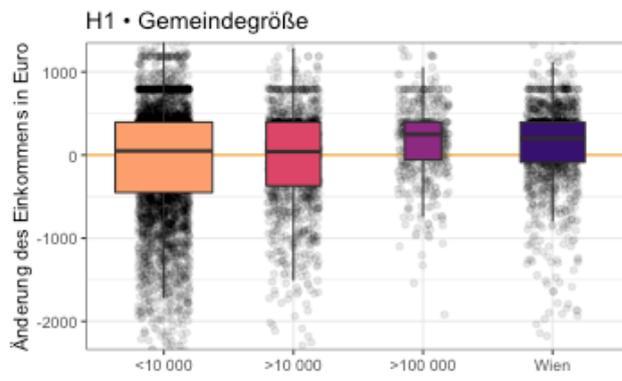
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	0	59	0	Gini	51.90	40.01	39.91	-0.10	0.00
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	-85	45	-85	QSR	1079.34	16.05	15.75	-0.30	-0.02
Paar o.Kind.	-14	65	-14	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	-4	32	-4	Gini	42.40	26.72	26.64	-0.08	0.00
Alleinerz.	-18	-4	-18	MW/P50	1.20	1.09	1.09	0.00	0.00
Andere	93	135	93	QSR	16.71	4.05	4.03	-0.02	0.00

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



# Ökobonus mit Kinderzuschlag vs. 150€/tCO<sub>2</sub> (Treib- und Heizstoffe)

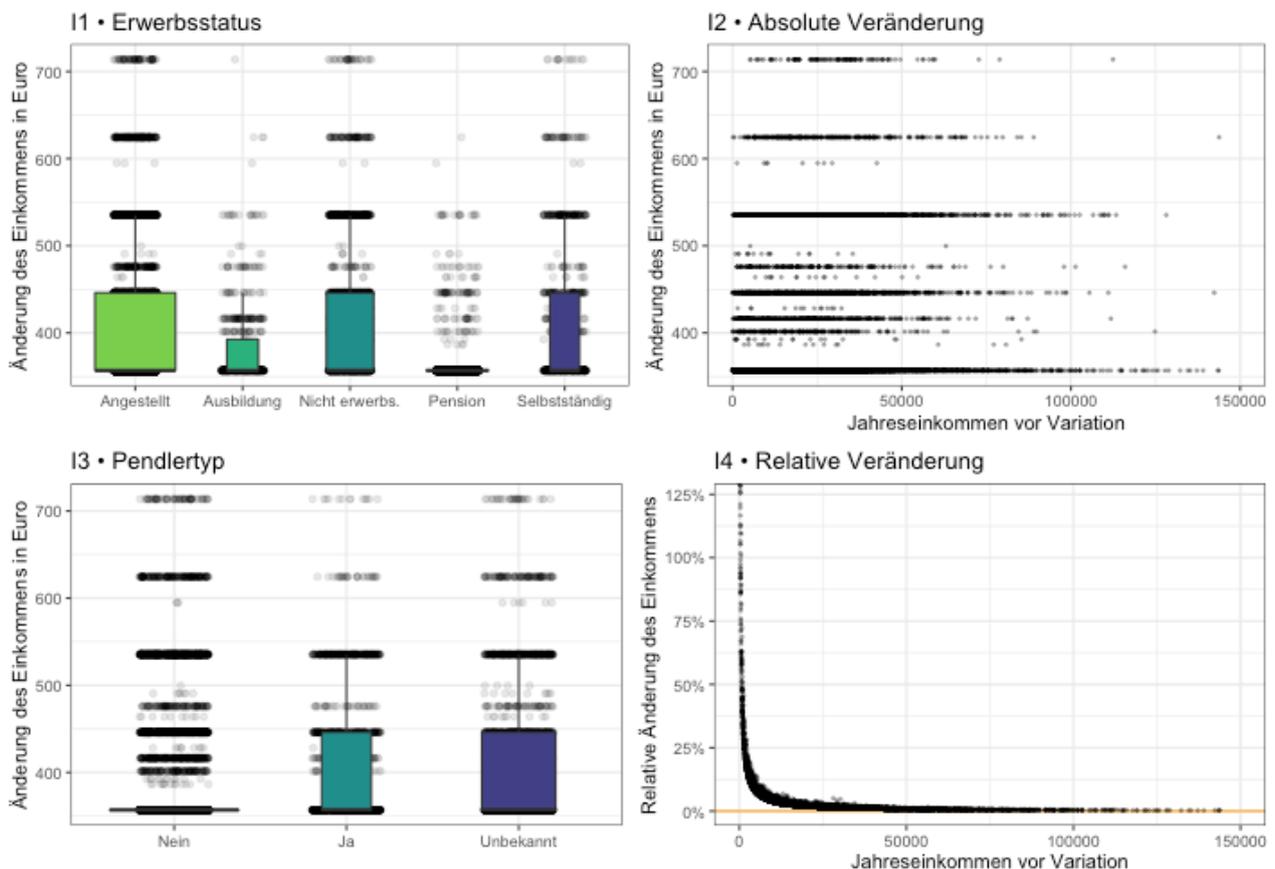
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchsteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.5	0.00	0.0%	6.3	0.00	0.0%	168.0	2.75	1.7%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.2	0.00	0.0%	3.1	0.00	0.0%	99.8	1.33	1.3%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.4	0.00	0.0%	3.2	0.00	0.0%	68.2	1.43	2.1%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	0.0%	1.4	0.00	0.0%	8.2	0.68	9.0%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	0.00	0.0%	1.5	0.00	0.0%	29.5	0.68	2.4%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.1	0.00	0.0%	1.6	0.00	0.0%	46.8	0.68	1.5%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	24.9	0.00	0.0%	1.8	0.00	0.0%	83.4	0.71	0.9%

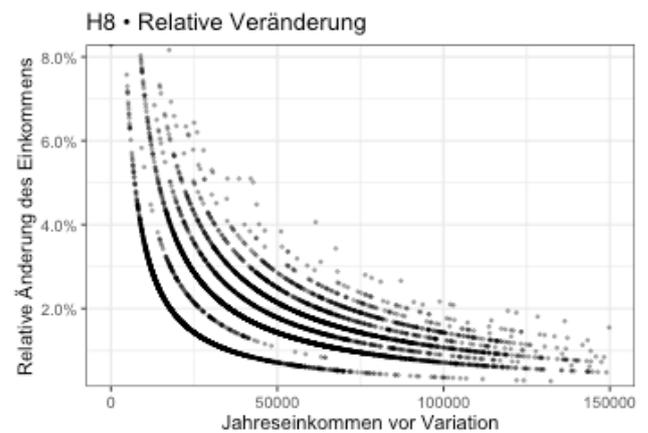
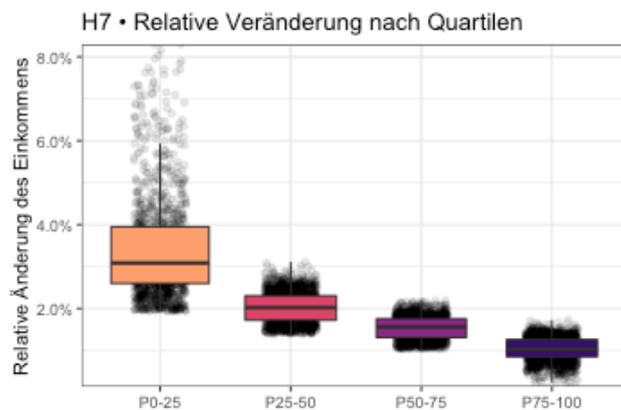
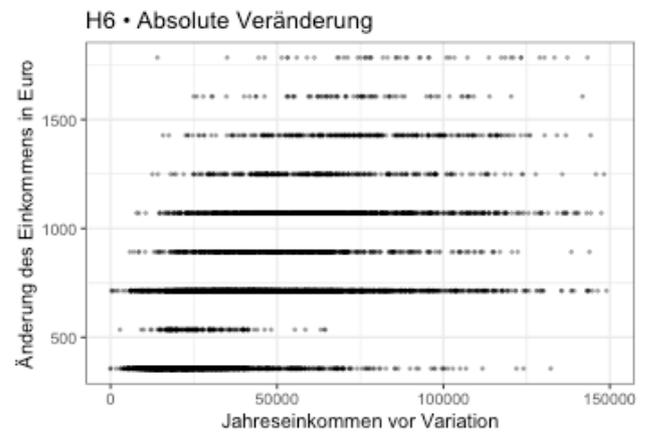
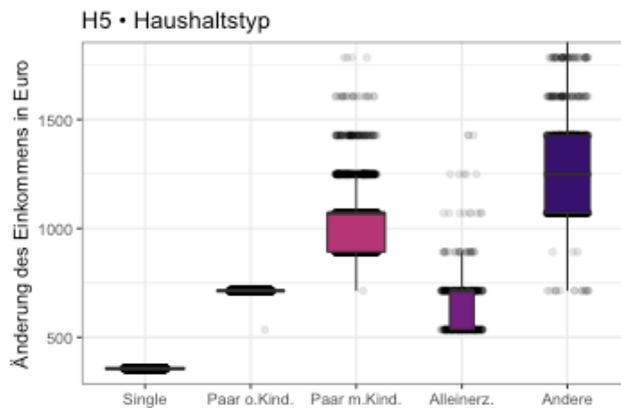
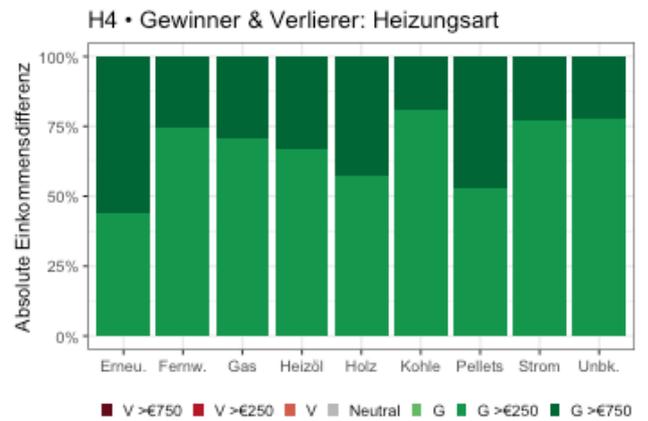
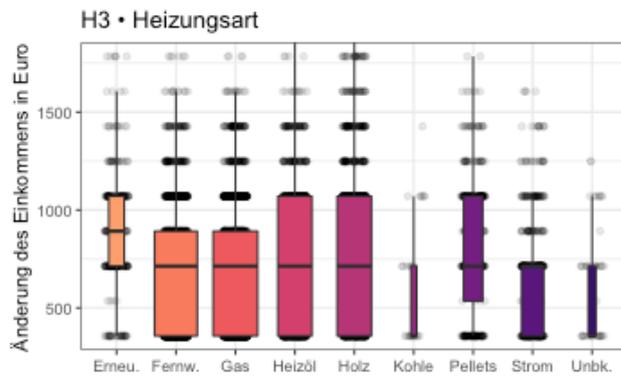
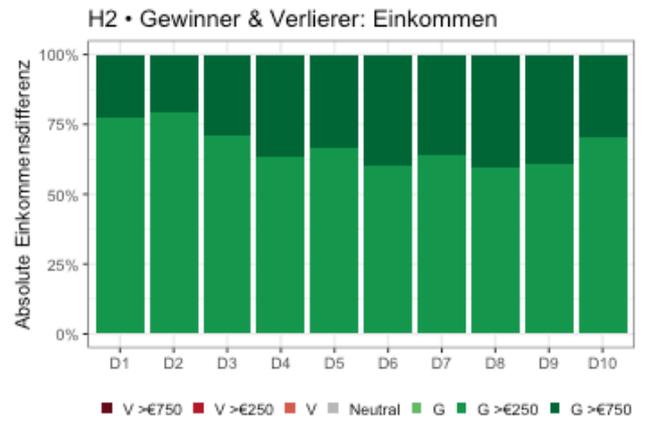
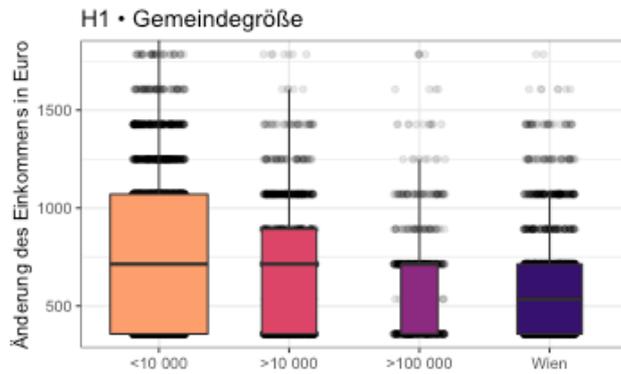
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	325	357	325	Gini	51.90	40.57	39.92	-0.65	-0.02
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	357	357	357	QSR	1079.34	17.79	15.79	-2.00	-0.11
Paar o.Kind.	357	357	357	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	284	268	284	Gini	42.40	27.03	26.60	-0.43	-0.02
Alleinerz.	279	268	279	MW/P50	1.20	1.10	1.09	0.00	0.00
Andere	337	357	337	QSR	16.71	4.13	4.02	-0.12	-0.03

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



# Ökobonus mit Kinderzuschlag vs. Status Quo

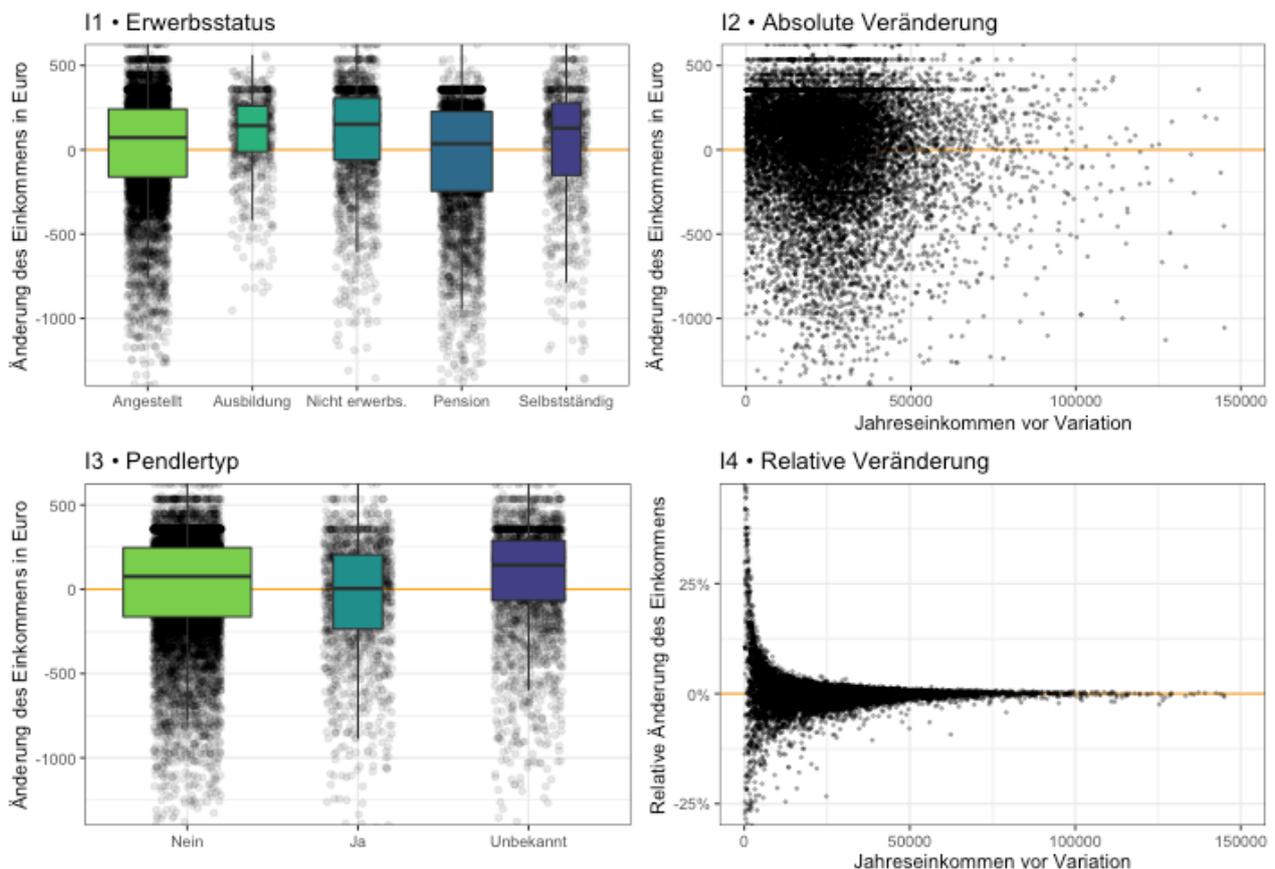
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.5	0.00	0.0%	6.3	2.75	78.0%	168.0	0.00	0.0%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.2	0.00	0.0%	3.1	1.35	77.2%	99.8	-0.02	0.0%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.4	0.00	0.0%	3.2	1.40	78.7%	68.2	0.02	0.0%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	0.0%	1.3	0.59	77.5%	8.2	0.09	1.1%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	0.00	0.0%	1.5	0.65	77.4%	29.5	0.03	0.1%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.1	0.00	0.0%	1.7	0.73	78.6%	46.8	-0.05	-0.1%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	25.0	0.00	0.0%	1.8	0.78	78.3%	83.4	-0.08	-0.1%

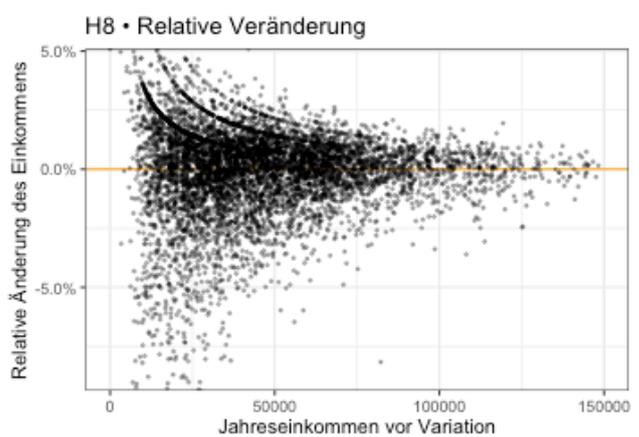
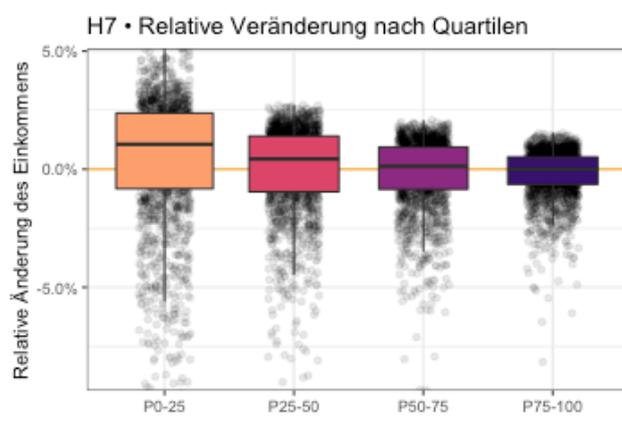
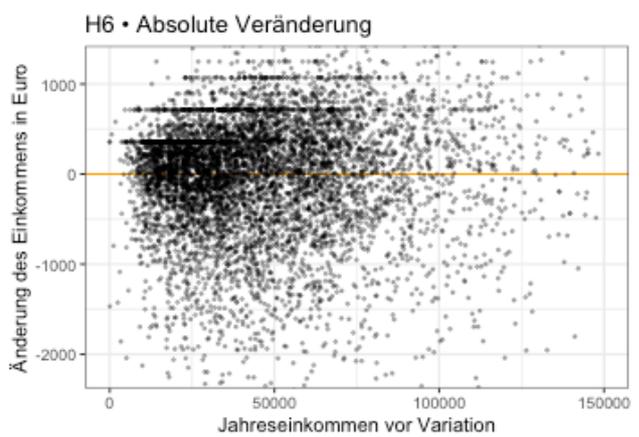
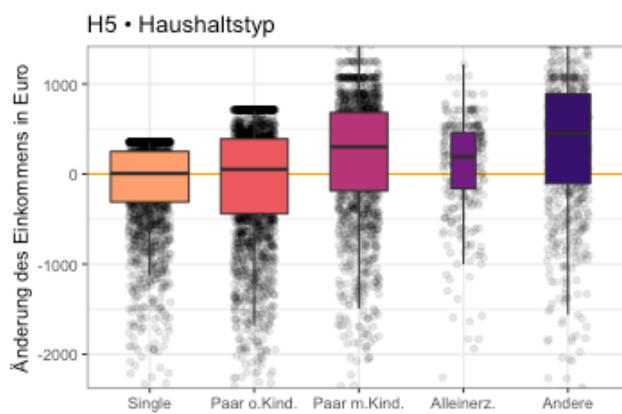
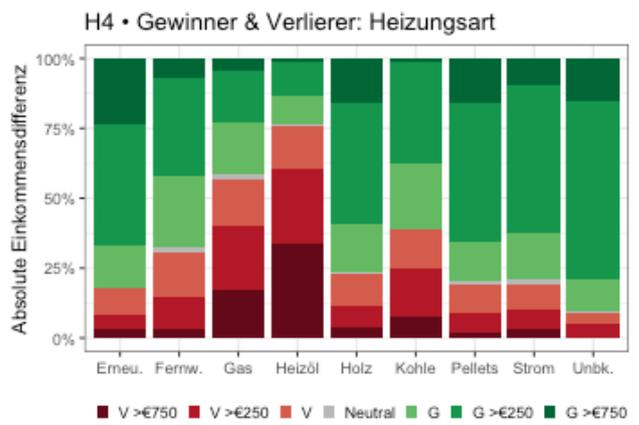
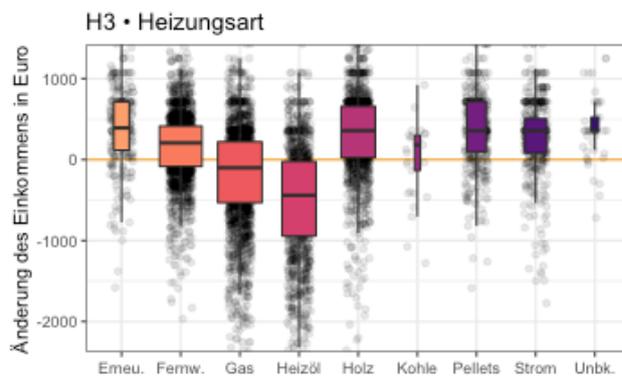
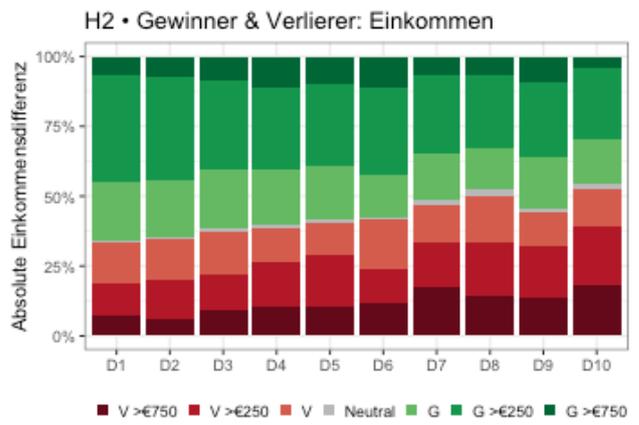
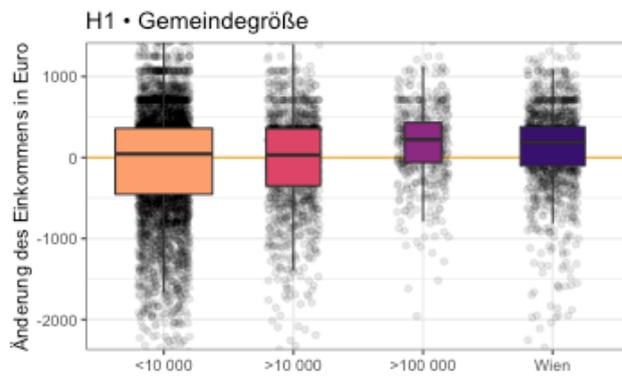
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	0	81	0	Gini	51.90	40.01	39.92	-0.08	0.00
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	-123	6	-123	QSR	1079.34	16.05	15.79	-0.26	-0.02
Paar o.Kind.	-53	27	-53	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	46	92	46	Gini	42.40	26.72	26.60	-0.12	0.00
Alleinerz.	38	92	38	MW/P50	1.20	1.09	1.09	0.00	0.00
Andere	79	119	79	QSR	16.71	4.05	4.02	-0.03	-0.01

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



# Einkommensabhängiger Ökobonus vs. 150€/tCO<sub>2</sub> (Treib- und Heizstoffe)

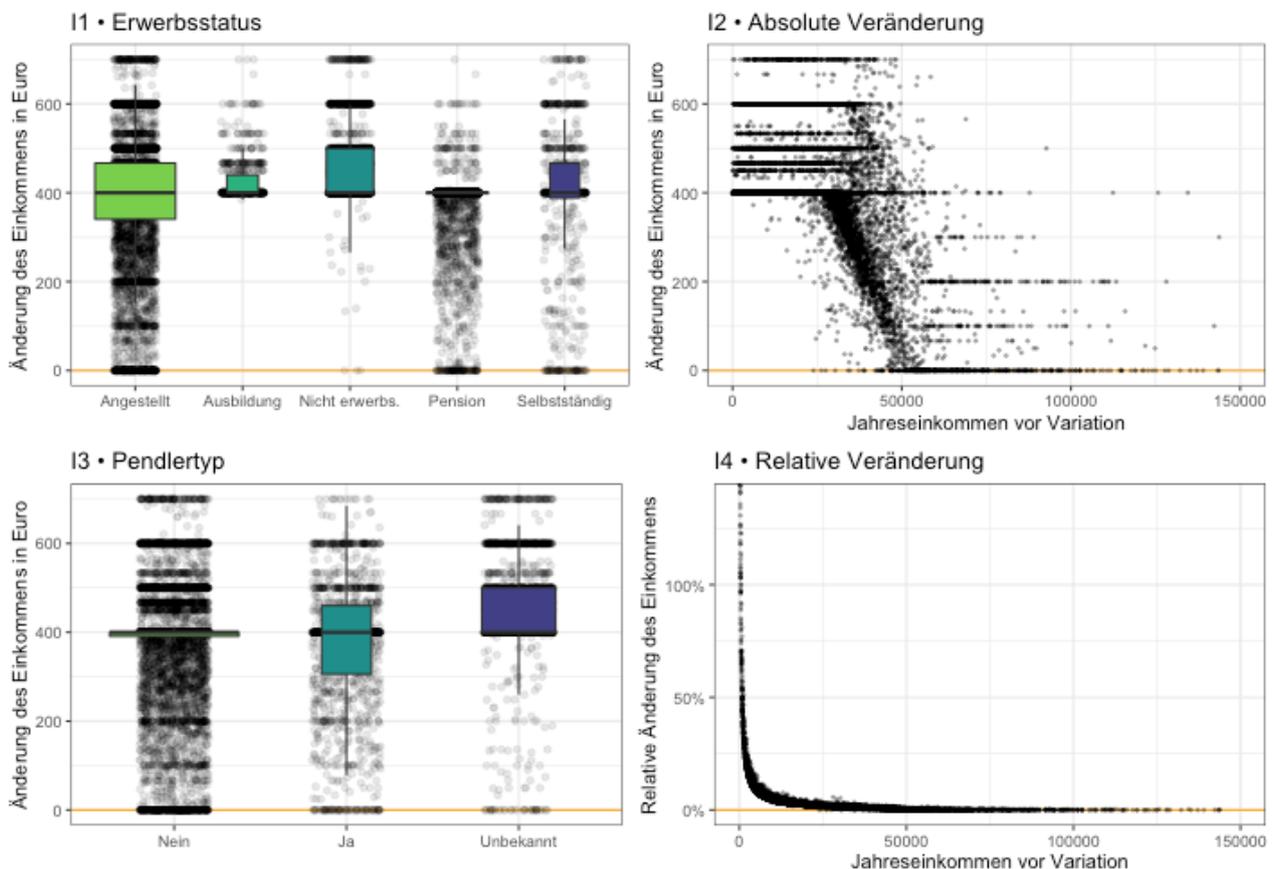
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.5	0.00	0.0%	6.3	0.00	0.0%	168.0	2.75	1.7%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.2	0.00	0.0%	3.1	0.00	0.0%	99.7	1.23	1.3%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.4	0.00	0.0%	3.2	0.00	0.0%	68.3	1.52	2.3%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	0.0%	1.4	0.00	0.0%	8.3	0.76	10.1%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	0.00	0.0%	1.5	0.00	0.0%	29.6	0.77	2.7%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.1	0.00	0.0%	1.6	0.00	0.0%	46.9	0.75	1.6%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	24.9	0.00	0.0%	1.8	0.00	0.0%	83.2	0.47	0.6%

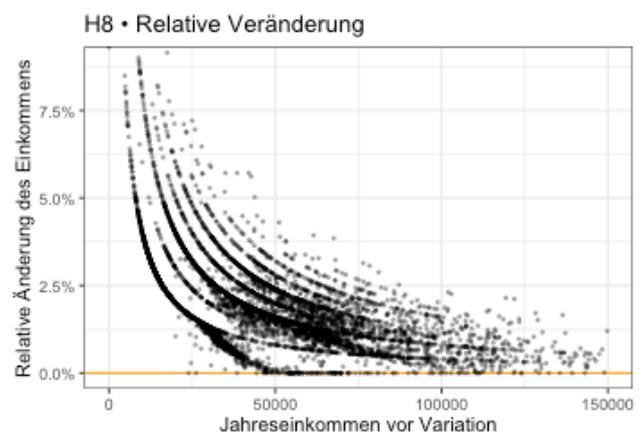
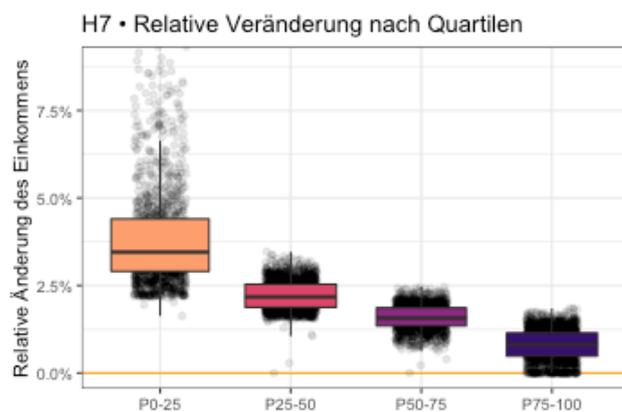
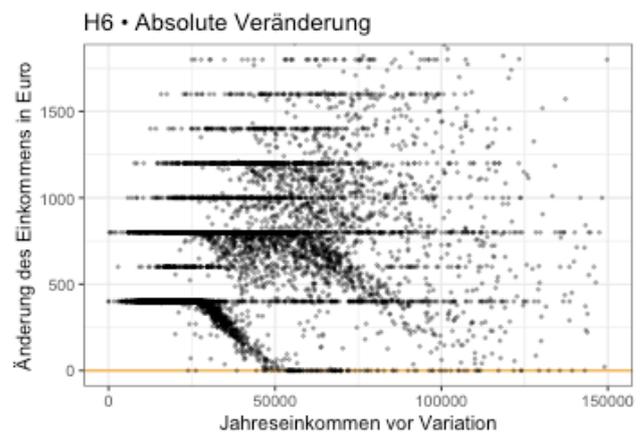
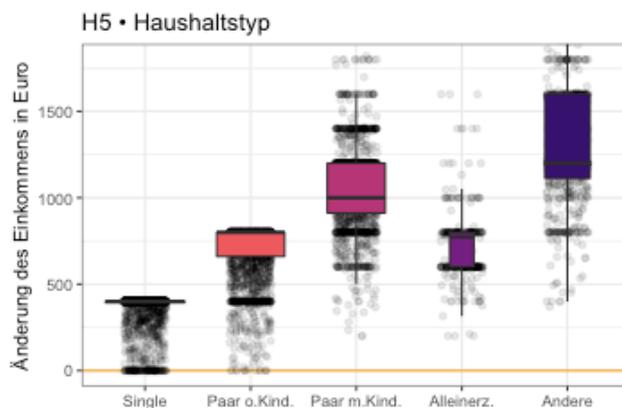
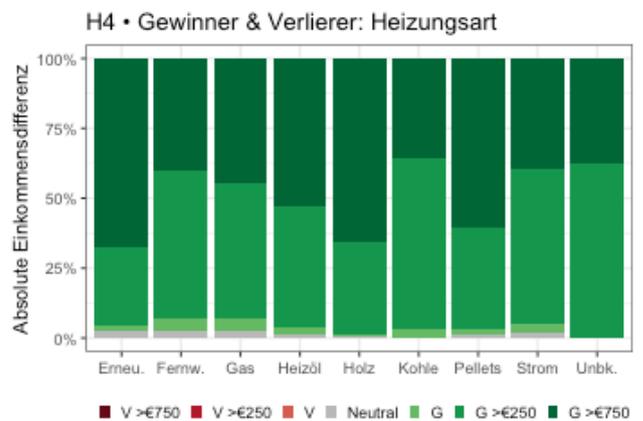
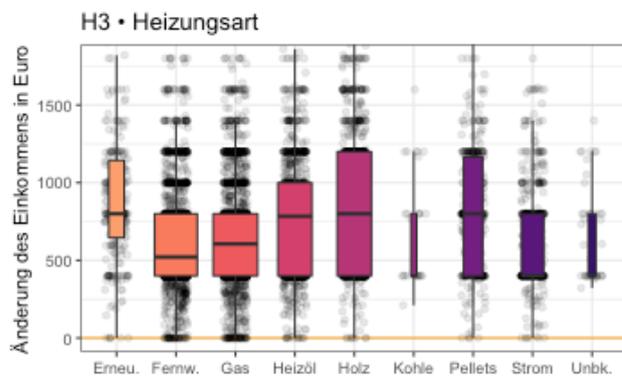
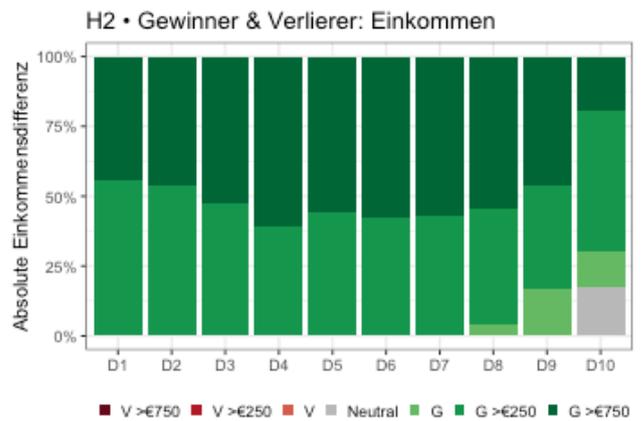
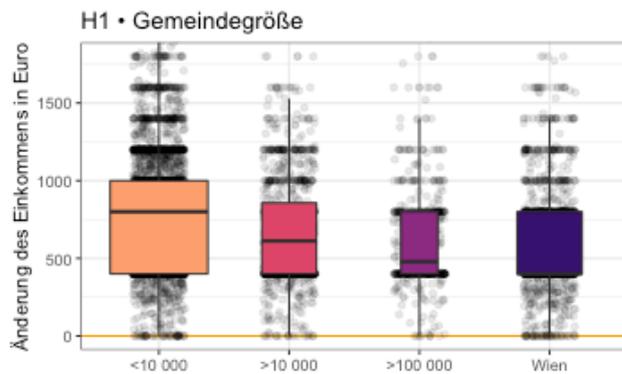
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	325	333	327	Gini	51.90	40.57	39.76	-0.81	-0.02
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	354	400	370	QSR	1079.34	17.79	15.49	-2.29	-0.13
Paar o.Kind.	350	400	352	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	284	293	284	Gini	42.40	27.03	26.47	-0.55	-0.02
Alleinerz.	299	300	299	MW/P50	1.20	1.10	1.09	0.00	0.00
Andere	341	350	341	QSR	16.71	4.13	4.00	-0.14	-0.03

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



# Einkommensabhängiger Ökobonus vs. Status Quo

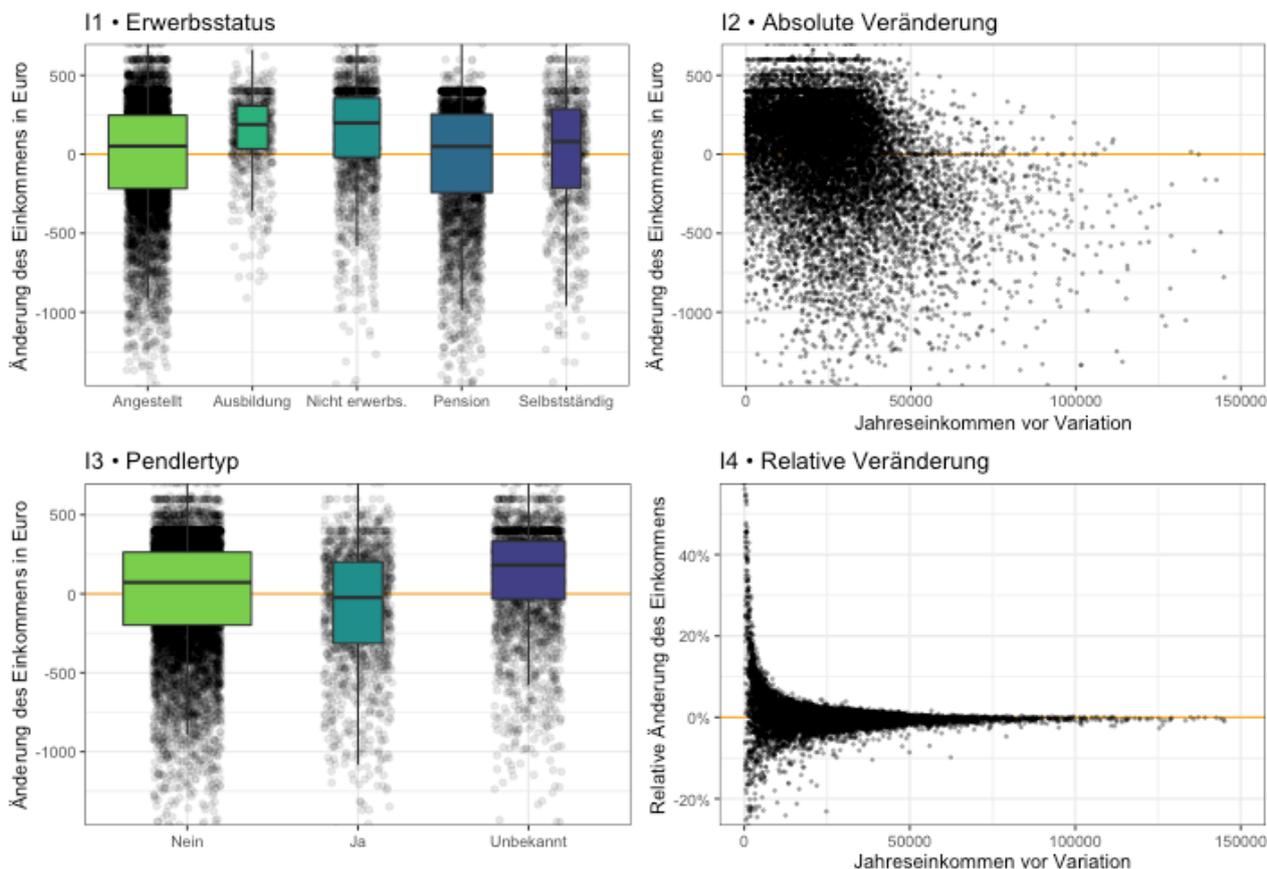
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.5	0.00	0.0%	6.3	2.75	78.0%	168.0	0.00	0.0%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.2	0.00	0.0%	3.1	1.35	77.2%	99.7	-0.12	-0.1%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.4	0.00	0.0%	3.2	1.40	78.7%	68.3	0.11	0.2%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	0.0%	1.3	0.59	77.5%	8.3	0.18	2.1%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	0.00	0.0%	1.5	0.65	77.4%	29.6	0.11	0.4%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.1	0.00	0.0%	1.7	0.73	78.6%	46.9	0.02	0.0%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	25.0	0.00	0.0%	1.8	0.78	78.3%	83.2	-0.31	-0.4%

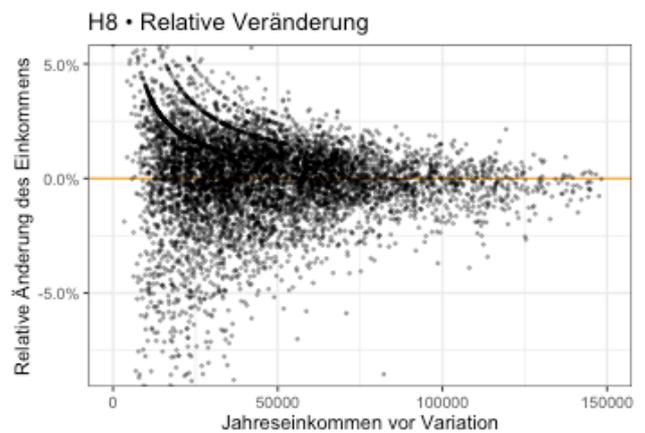
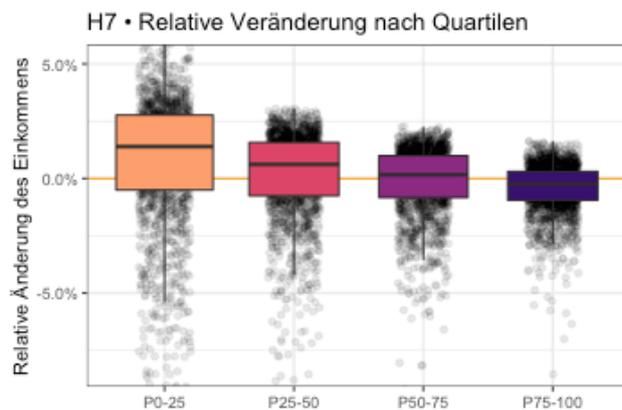
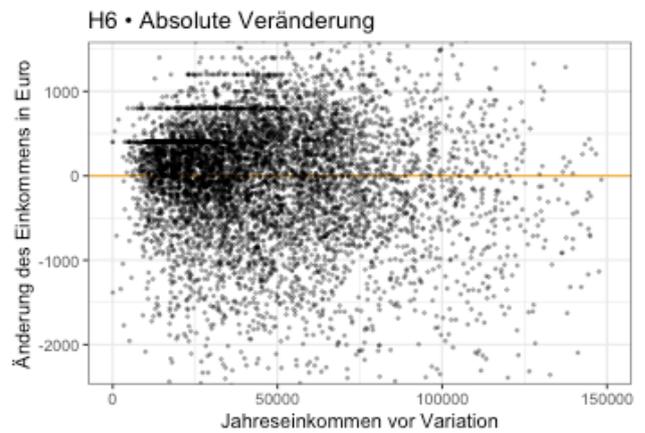
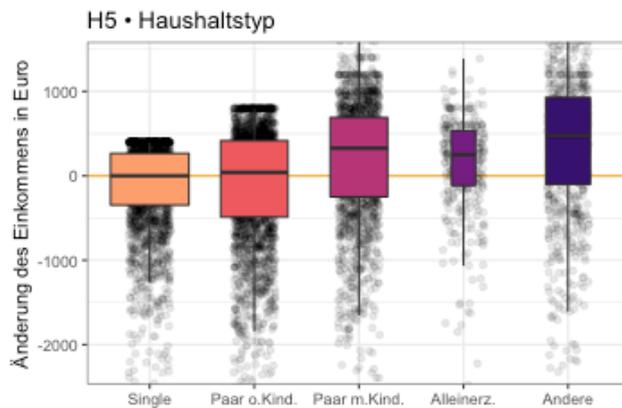
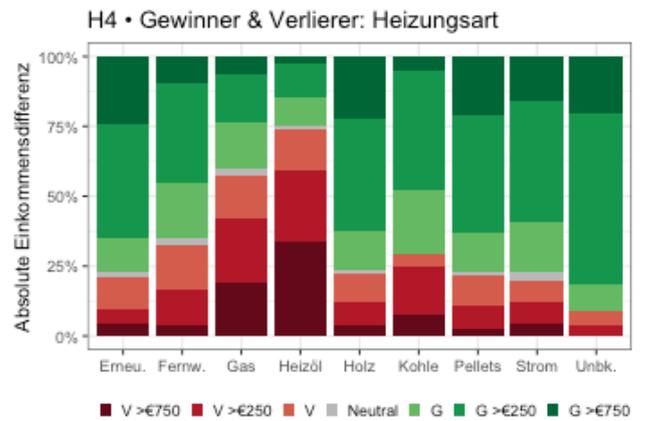
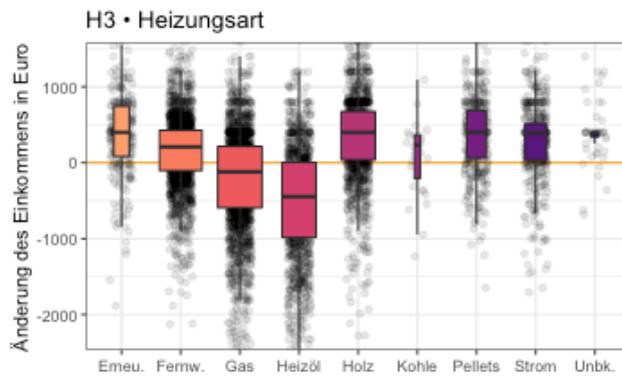
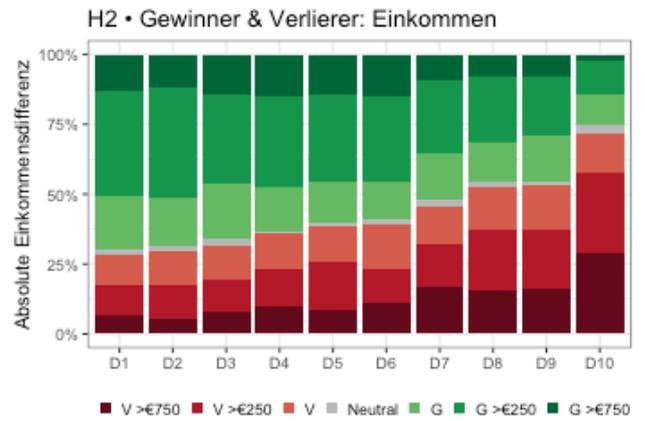
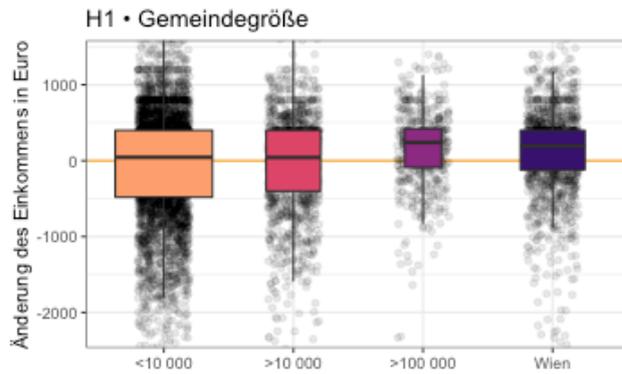
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	-1	83	-1	Gini	51.90	40.01	39.76	-0.24	-0.01
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	-126	0	-127	QSR	1079.34	16.05	15.49	-0.55	-0.03
Paar o.Kind.	-59	20	-59	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	45	93	45	Gini	42.40	26.72	26.47	-0.25	-0.01
Alleinerz.	58	98	58	MW/P50	1.20	1.09	1.09	0.00	0.00
Andere	83	133	83	QSR	16.71	4.05	4.00	-0.05	-0.01

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



# **Entlastungen im Bereich Sozialversicherung (150€ /t CO<sub>2</sub>)**

# SV: Senkung KV-Beitrag vs. 150€/tCO<sub>2</sub> (Treib- und Heizstoffe)

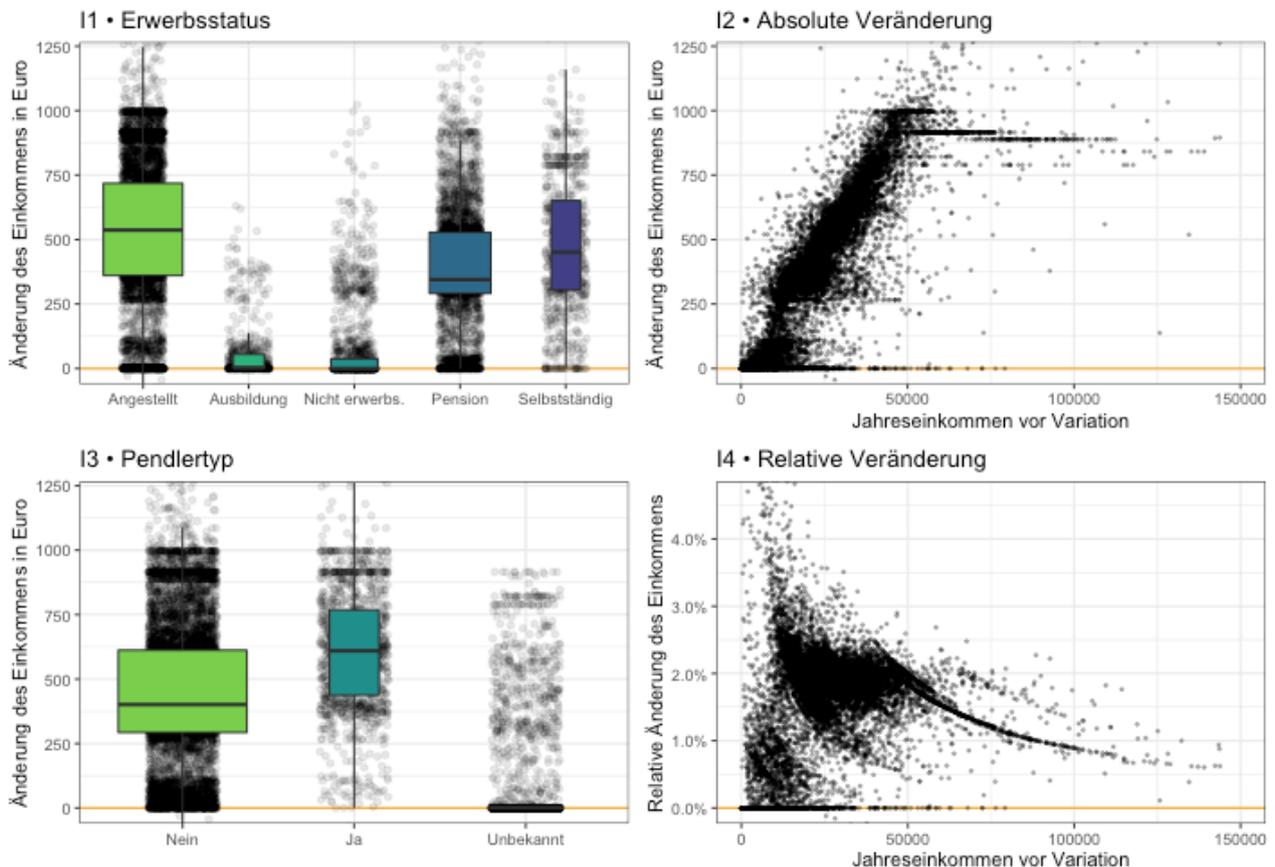
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung			Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen		
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	25.1	-4.09	-14.0%	32.9	1.43	4.5%	6.3	0.00	0.0%	167.9	2.67	1.6%
Männer	132	16.1	-2.52	-13.6%	24.1	0.93	4.0%	3.1	0.00	0.0%	100.1	1.59	1.6%
Frauen	77	9.0	-1.57	-14.9%	8.9	0.49	5.9%	3.2	0.00	0.0%	67.8	1.08	1.6%
P0-25	6	0.6	-0.11	-16.1%	-0.1	0.03	-31.0%	1.4	0.00	0.0%	7.6	0.08	1.0%
P25-50	29	3.1	-0.60	-16.4%	0.8	0.14	23.7%	1.5	0.00	0.0%	29.3	0.46	1.6%
P50-75	57	7.0	-1.20	-14.6%	6.5	0.39	6.4%	1.6	0.00	0.0%	47.0	0.81	1.8%
P75-100	118	14.4	-2.18	-13.2%	25.8	0.86	3.4%	1.8	0.00	0.0%	84.0	1.32	1.6%

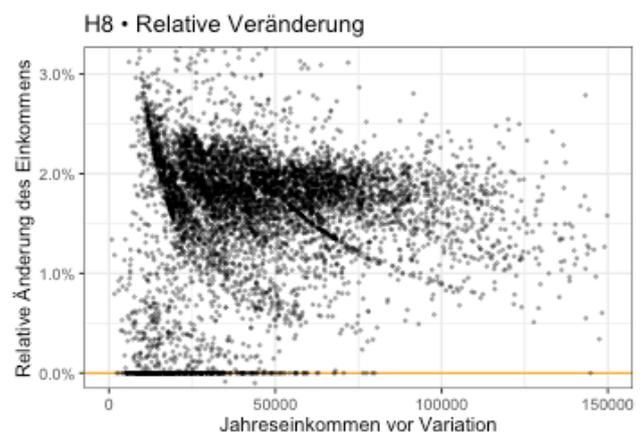
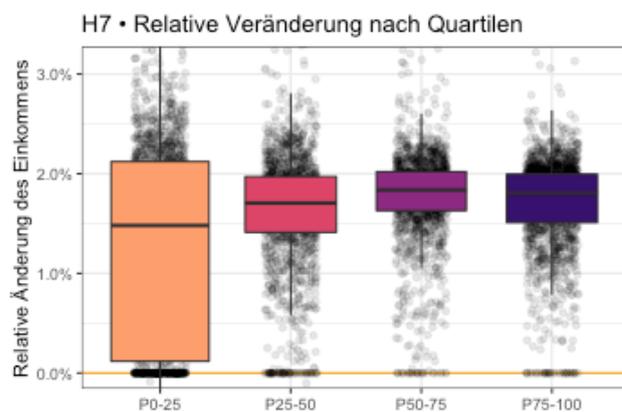
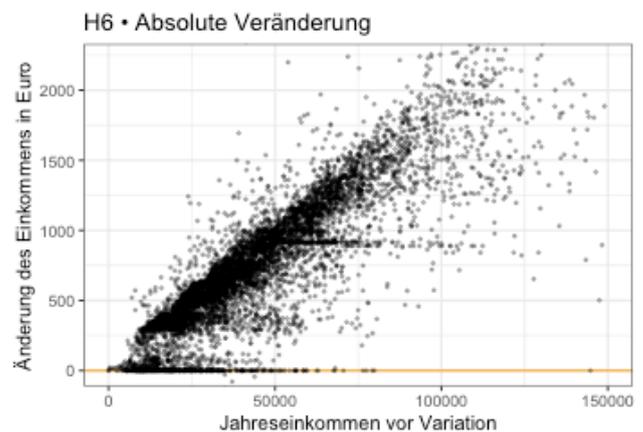
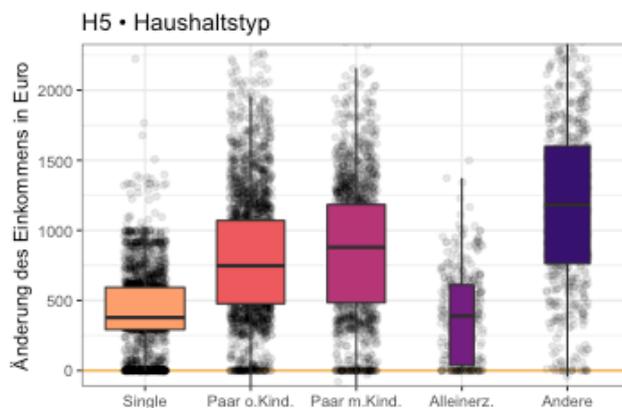
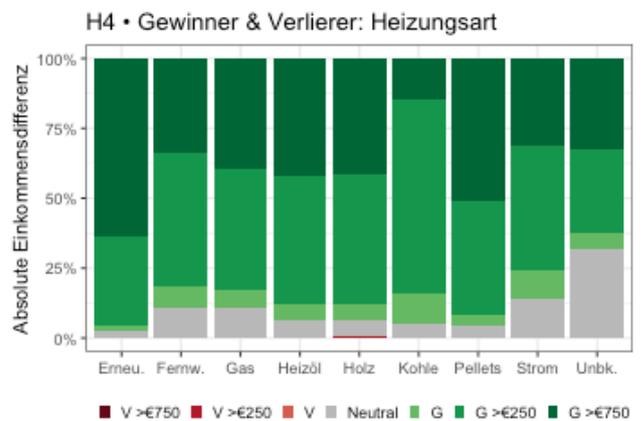
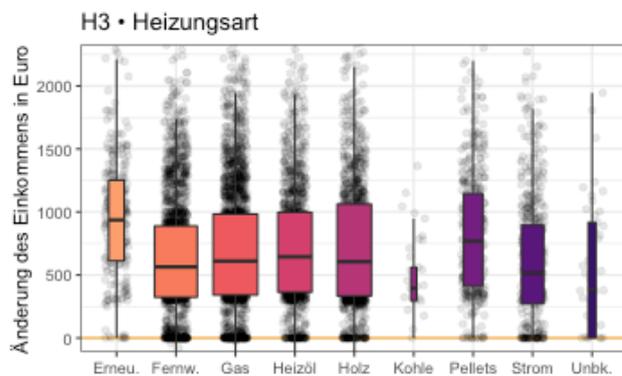
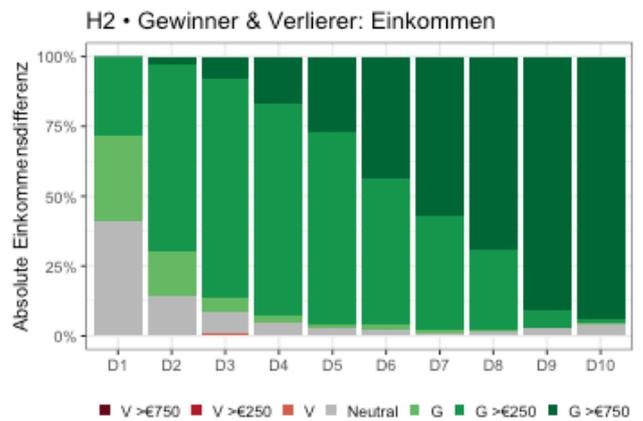
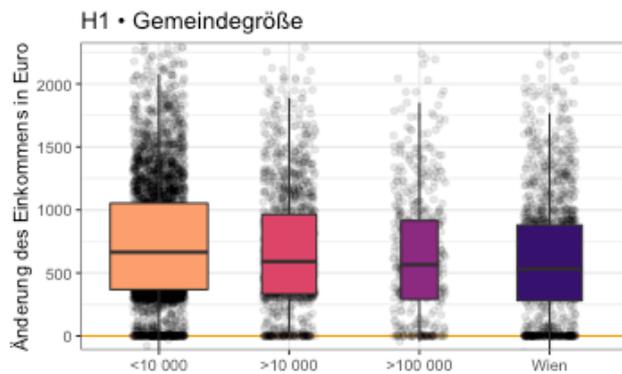
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	315	295	339	Gini	51.90	40.57	40.58	0.01	0.00
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	417	378	481	QSR	1079.34	17.79	17.87	0.08	0.00
Paar o.Kind.	397	374	412	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	228	223	244	Gini	42.40	27.03	27.07	0.04	0.00
Alleinerz.	152	131	202	MW/P50	1.20	1.10	1.10	0.00	0.00
Andere	307	291	317	QSR	16.71	4.13	4.15	0.02	0.00

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



# SV: Senkung KV-Beitrag vs. Status Quo

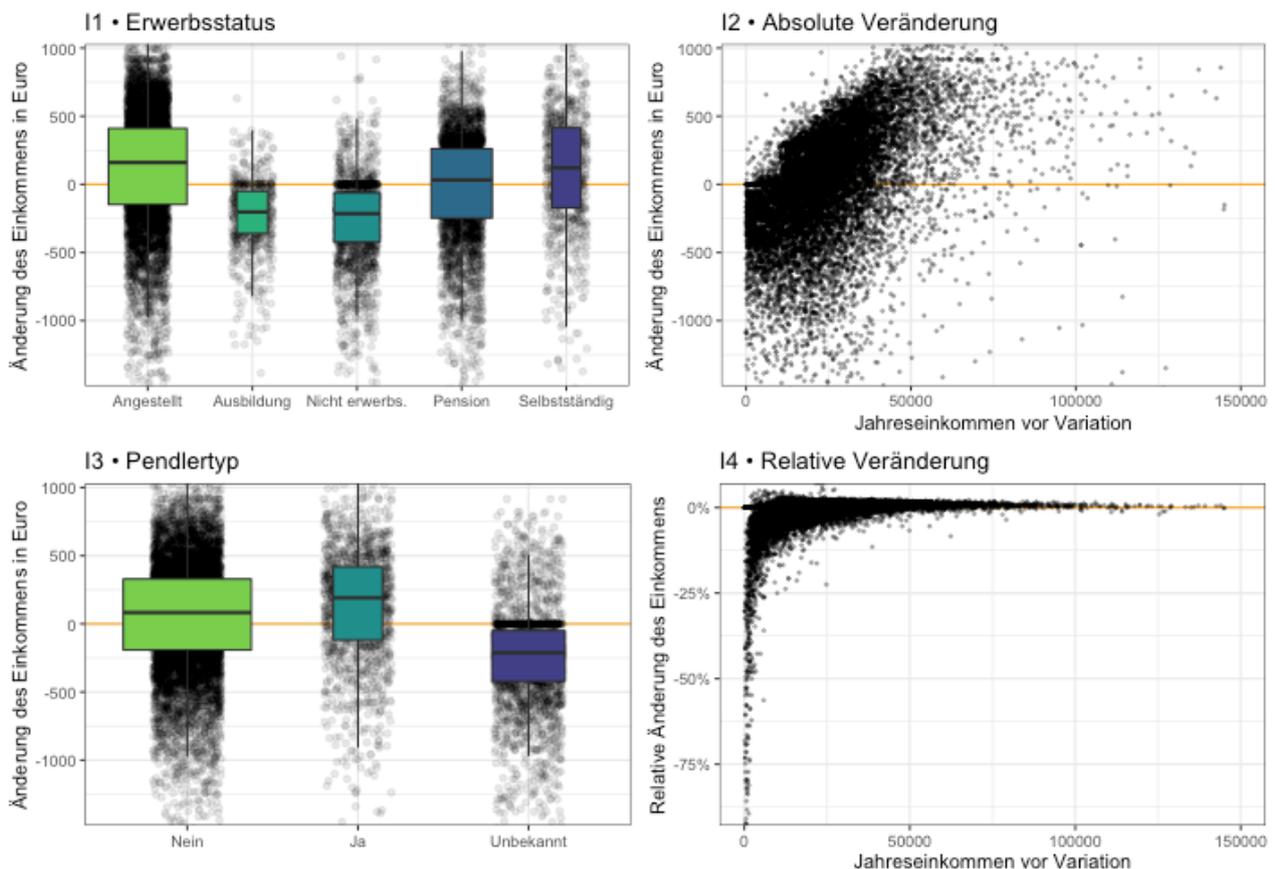
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung			Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen		
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	25.1	-4.09	-14.0%	32.9	1.43	4.5%	6.3	2.75	78.0%	167.9	-0.09	-0.1%
Männer	132	16.1	-2.52	-13.6%	24.1	0.93	4.0%	3.1	1.35	77.2%	100.1	0.24	0.2%
Frauen	77	9.0	-1.57	-14.9%	8.9	0.49	5.9%	3.2	1.40	78.7%	67.8	-0.33	-0.5%
P0-25	6	0.6	-0.11	-16.4%	-0.1	0.03	-29.8%	1.3	0.59	77.5%	7.6	-0.51	-6.2%
P25-50	29	3.1	-0.60	-16.4%	0.7	0.14	24.2%	1.5	0.65	77.4%	29.3	-0.20	-0.7%
P50-75	57	7.0	-1.20	-14.6%	6.5	0.39	6.4%	1.7	0.73	78.6%	47.0	0.08	0.2%
P75-100	118	14.4	-2.18	-13.2%	25.8	0.86	3.4%	1.8	0.78	78.3%	84.0	0.54	0.6%

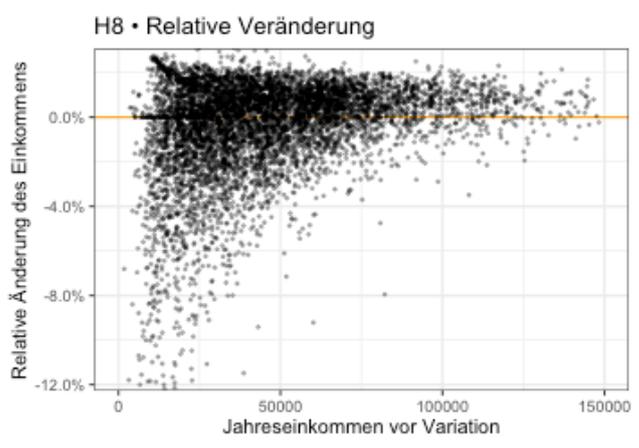
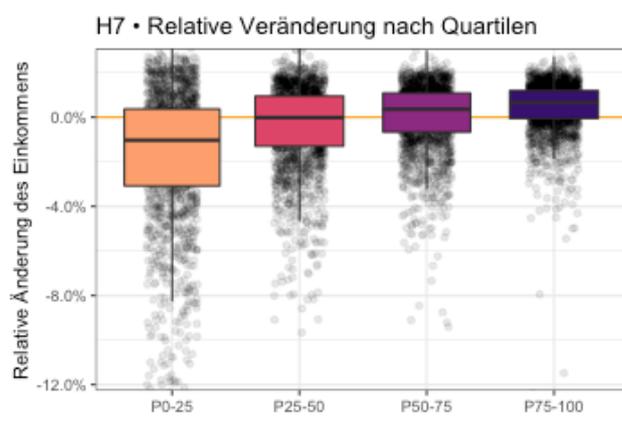
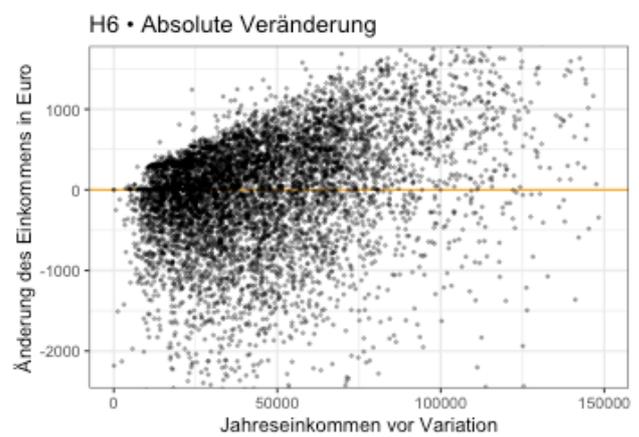
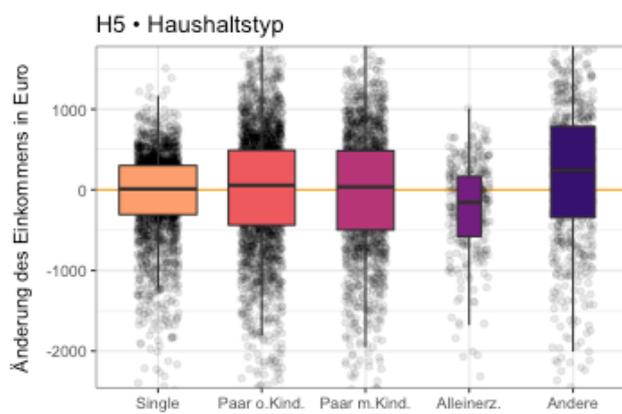
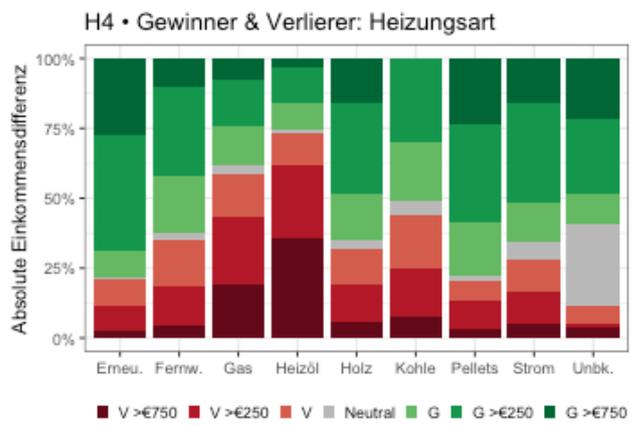
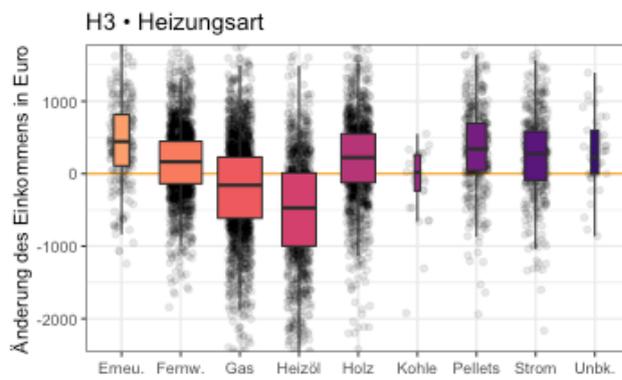
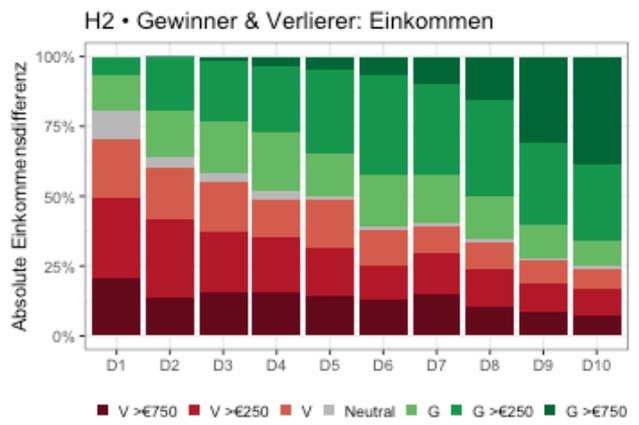
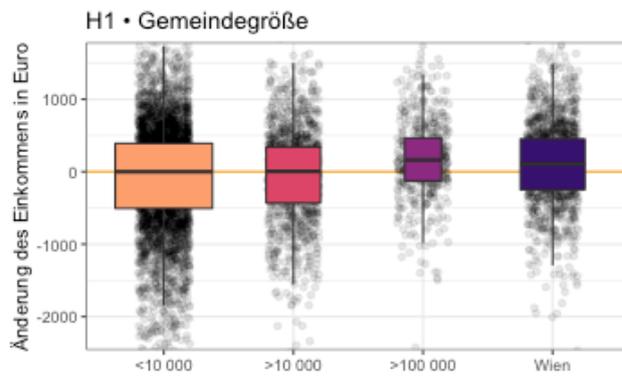
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	-10	20	-11	Gini	51.90	40.01	40.58	0.58	0.01
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	-64	11	-66	QSR	1079.34	16.05	17.87	1.82	0.11
Paar o.Kind.	-13	28	-13	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	-11	9	-11	Gini	42.40	26.72	27.07	0.35	0.01
Alleinerz.	-89	-66	-91	MW/P50	1.20	1.09	1.10	0.00	0.00
Andere	49	71	49	QSR	16.71	4.05	4.15	0.10	0.03

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



## **Entlastungen im Bereich Lohn- und Einkommenssteuer (150€ /t CO<sub>2</sub>)**

# Steuersenkung u. Erhöhung Negst. vs. 150€/tCO<sub>2</sub> (Treib- und Heizstoffe)

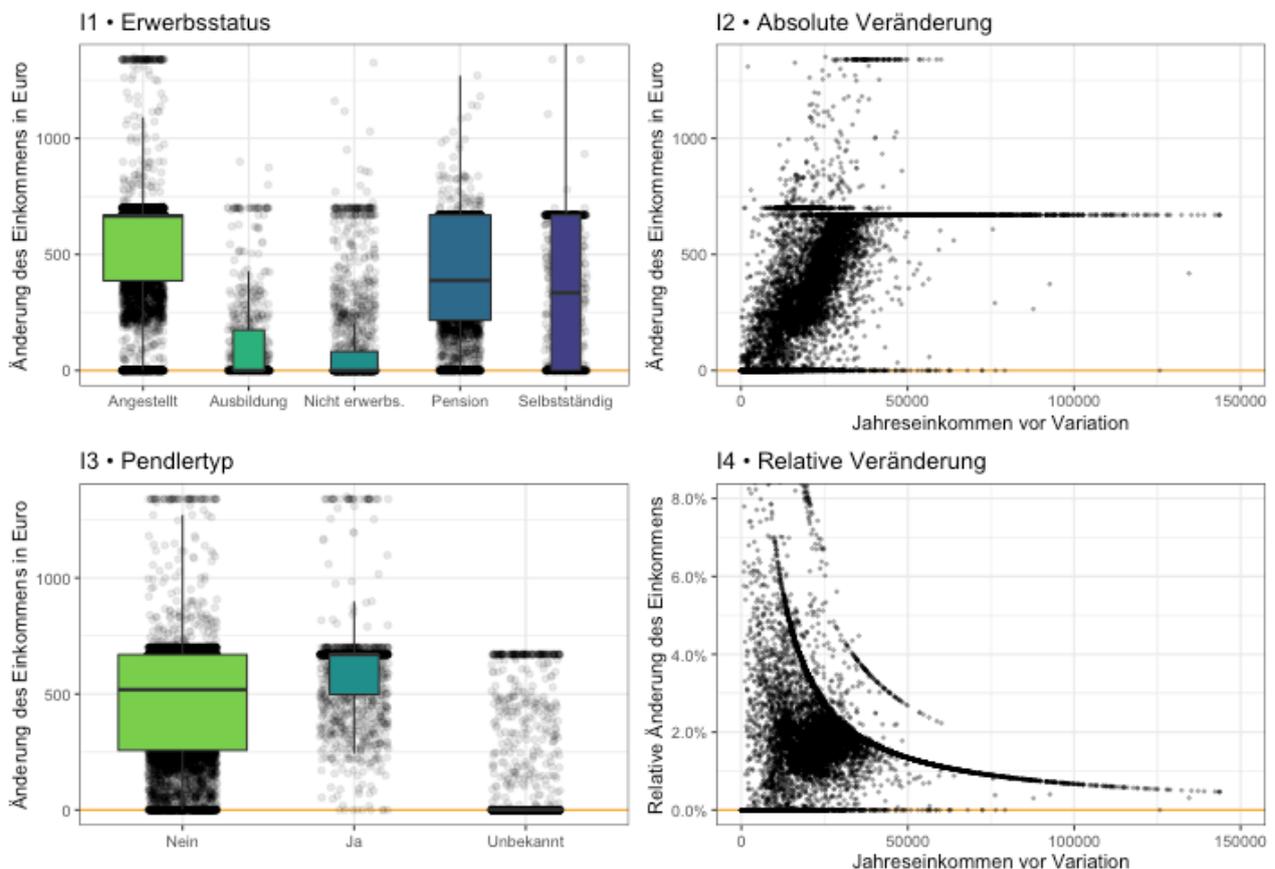
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	28.8	-2.71	-8.6%	6.3	0.00	0.0%	168.0	2.71	1.6%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	21.6	-1.54	-6.6%	3.1	0.00	0.0%	100.0	1.54	1.6%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	7.2	-1.18	-14.1%	3.2	0.00	0.0%	67.9	1.18	1.8%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.2	-0.11	95.6%	1.4	0.00	0.0%	7.7	0.11	1.4%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.0	-0.61	-100.3%	1.5	0.00	0.0%	29.5	0.61	2.1%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	5.2	-0.87	-14.2%	1.6	0.00	0.0%	47.0	0.87	1.9%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	23.8	-1.13	-4.5%	1.8	0.00	0.0%	83.8	1.13	1.4%

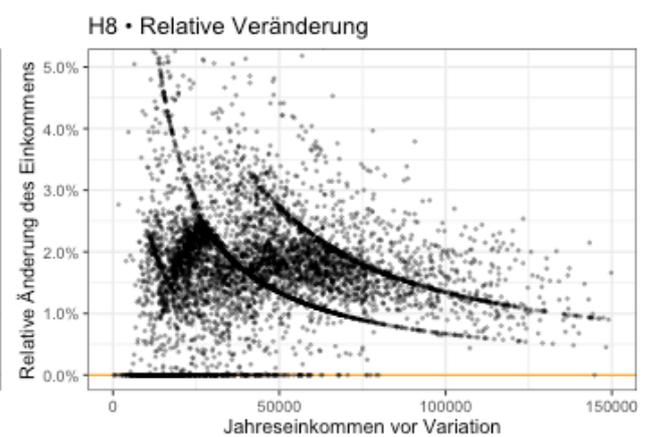
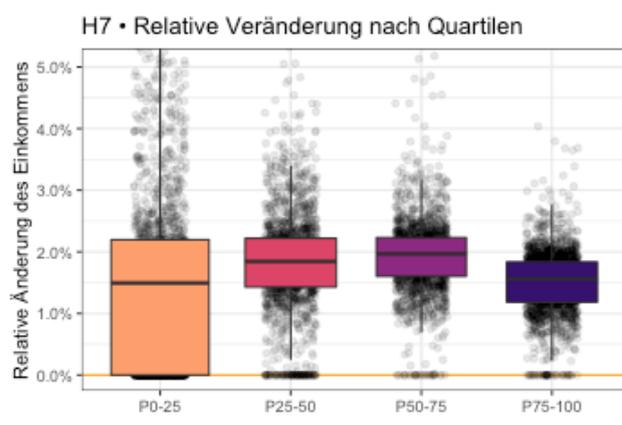
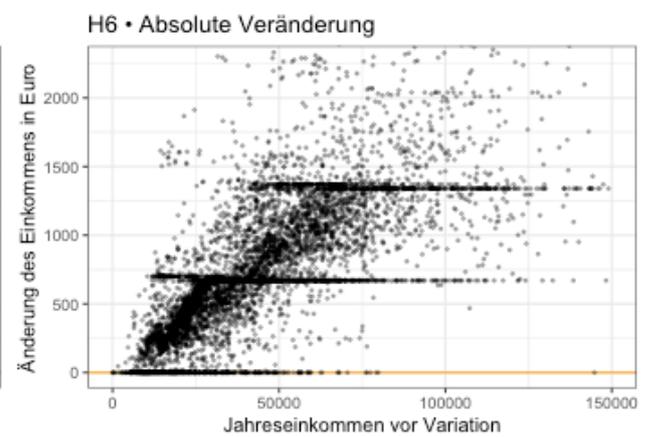
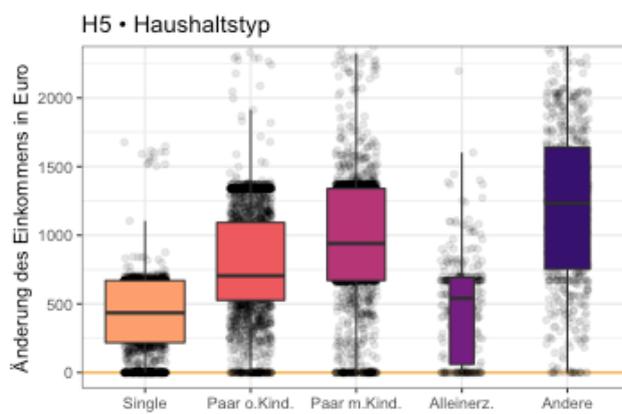
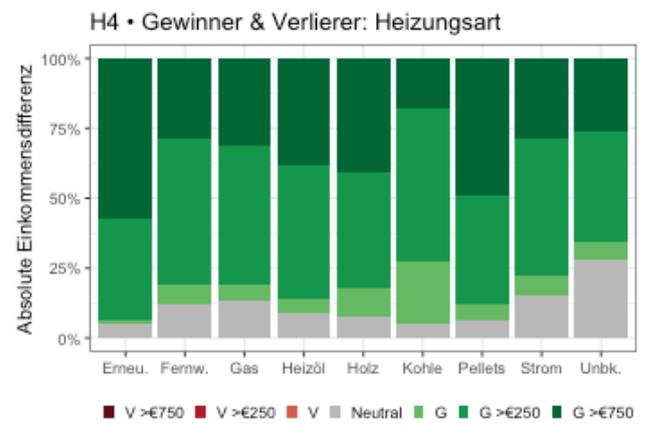
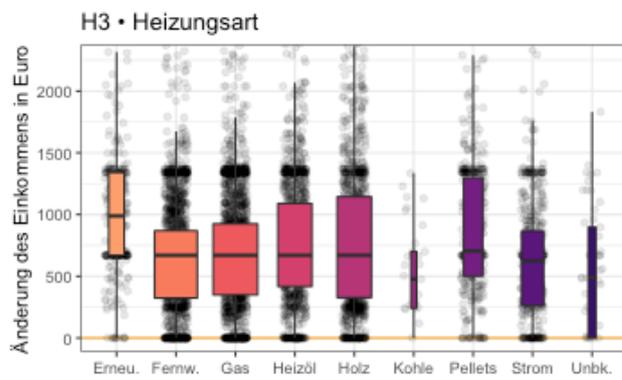
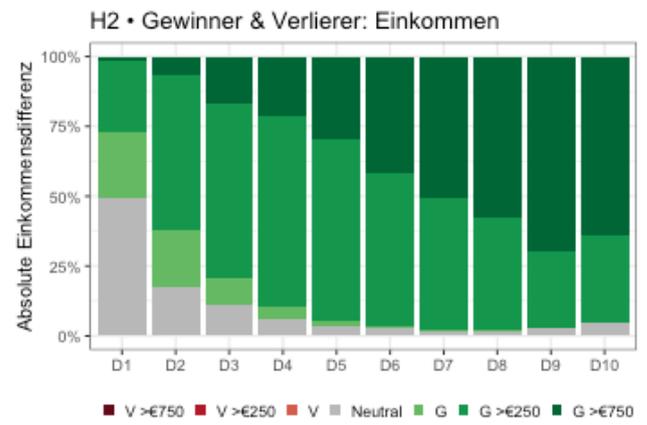
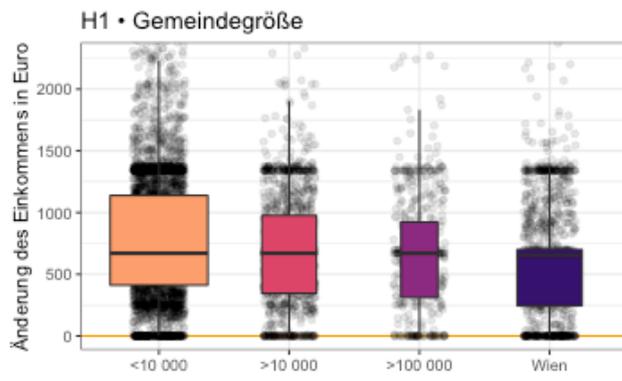
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	320	317	353	Gini	51.90	40.57	40.45	-0.13	0.00
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	411	435	489	QSR	1079.34	17.79	17.77	-0.02	0.00
Paar o.Kind.	390	352	415	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	242	233	269	Gini	42.40	27.03	26.96	-0.07	0.00
Alleinerz.	184	184	252	MW/P50	1.20	1.10	1.09	0.00	0.00
Andere	316	316	330	QSR	16.71	4.13	4.13	0.00	0.00

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



# Steuersenkung u. Erhöhung Negst. vs. Status Quo

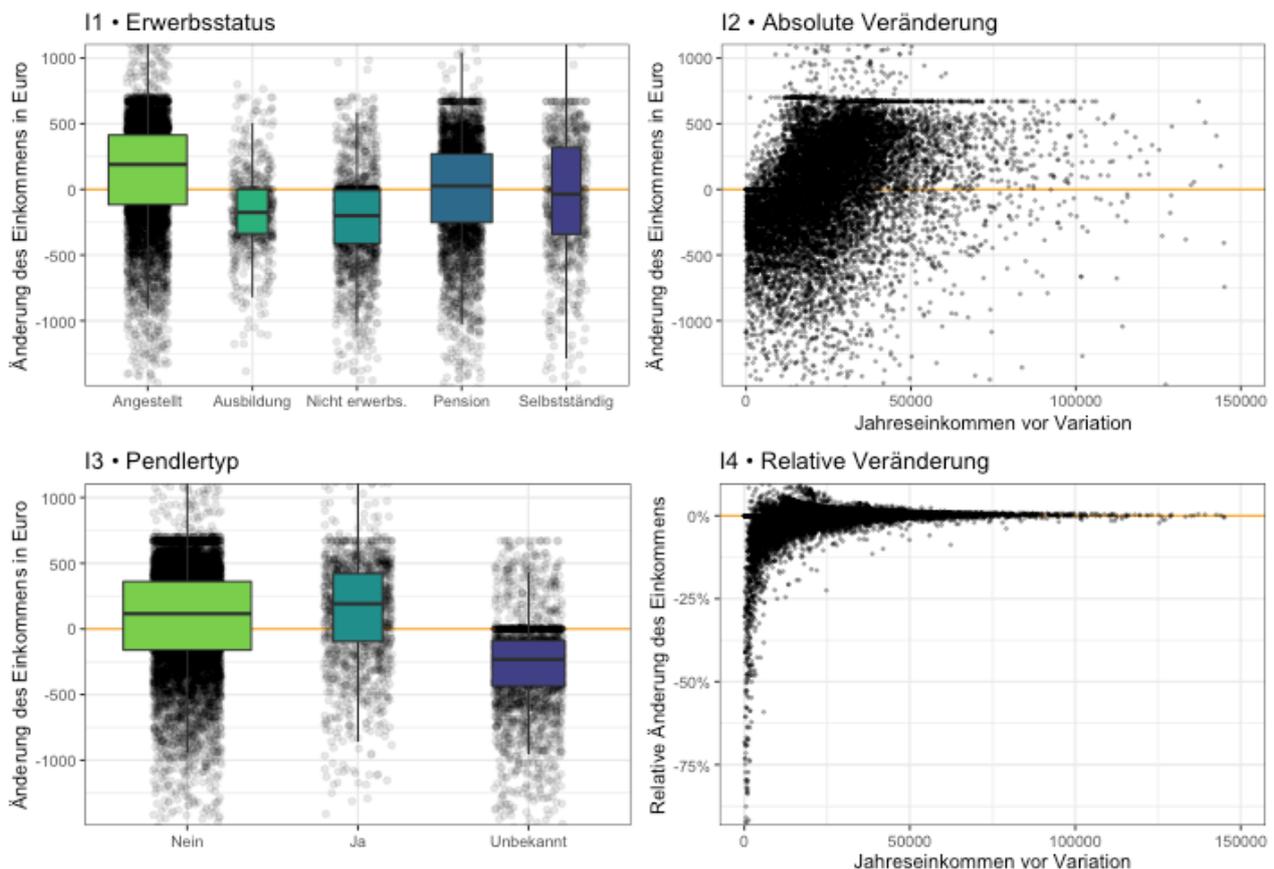
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	28.8	-2.71	-8.6%	6.3	2.75	78.0%	168.0	-0.04	0.0%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	21.6	-1.54	-6.6%	3.1	1.35	77.2%	100.0	0.19	0.2%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	7.2	-1.18	-14.1%	3.2	1.40	78.7%	67.9	-0.23	-0.3%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.2	-0.11	92.5%	1.3	0.59	77.5%	7.7	-0.48	-5.9%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.0	-0.61	-102.5%	1.5	0.65	77.4%	29.4	-0.05	-0.2%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	5.2	-0.87	-14.3%	1.7	0.73	78.6%	47.0	0.14	0.3%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	23.8	-1.13	-4.5%	1.8	0.78	78.3%	83.8	0.34	0.4%

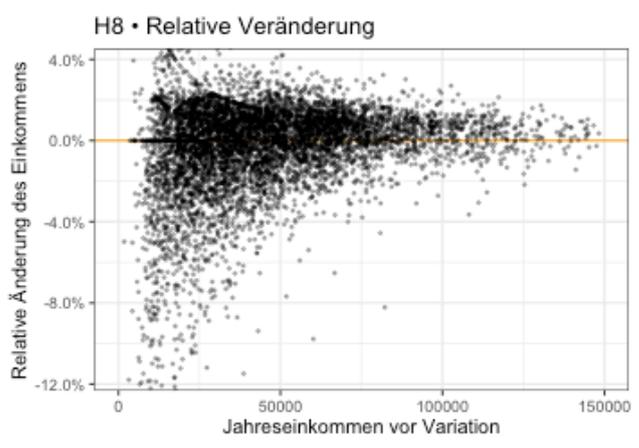
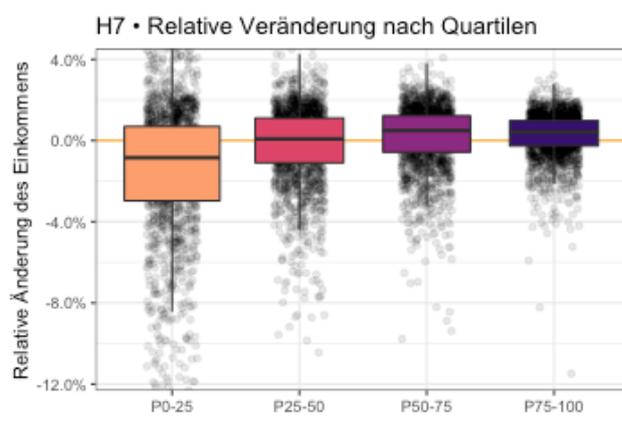
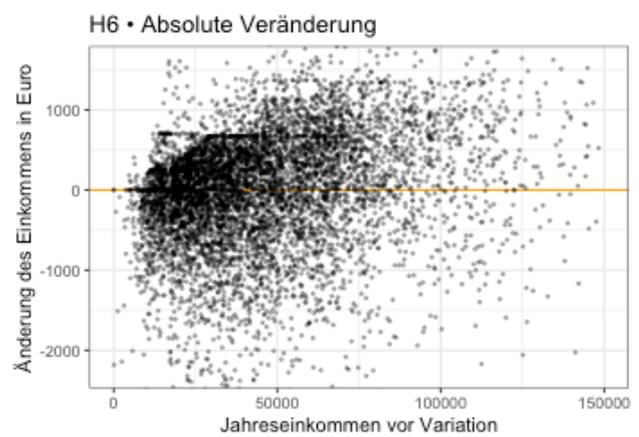
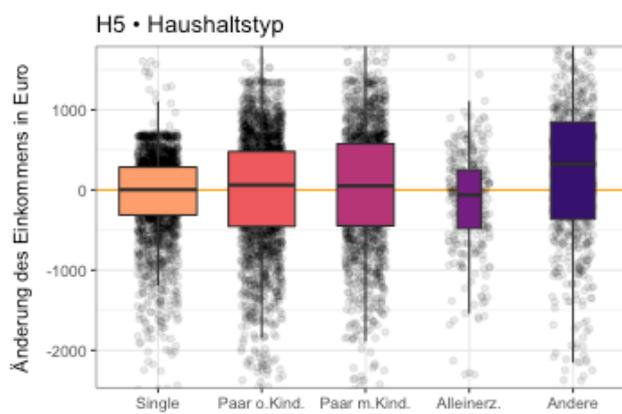
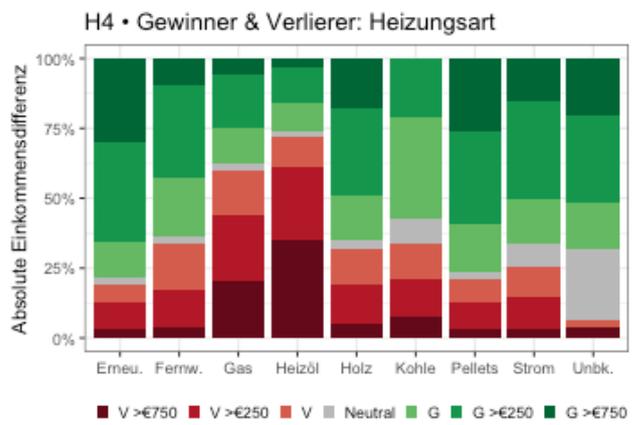
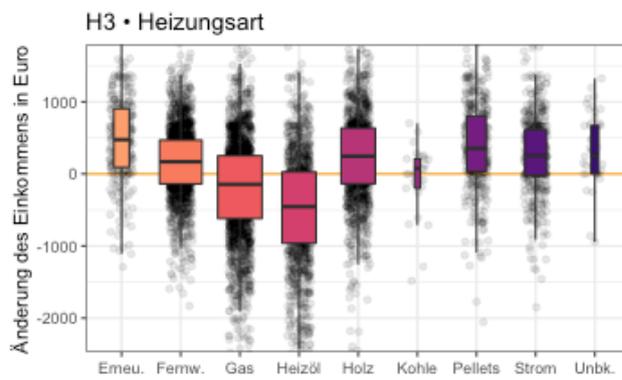
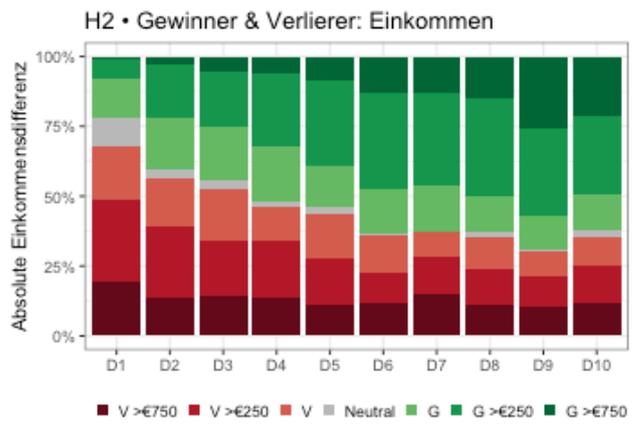
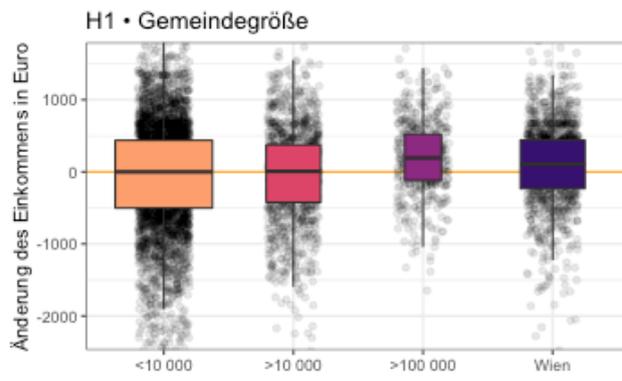
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	-5	25	-5	Gini	51.90	40.01	40.45	0.44	0.01
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	-69	3	-72	QSR	1079.34	16.05	17.77	1.72	0.11
Paar o.Kind.	-20	31	-20	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	4	9	4	Gini	42.40	26.72	26.96	0.24	0.01
Alleinerz.	-57	-45	-59	MW/P50	1.20	1.09	1.09	0.00	0.00
Andere	58	87	58	QSR	16.71	4.05	4.13	0.08	0.02

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



## **Pendlerentlastungen (150€ /t CO<sub>2</sub>)**

# Erhöhung gr. Pendlerpauschale vs. 150€/tCO<sub>2</sub> (Treib- und Heizstoffe)

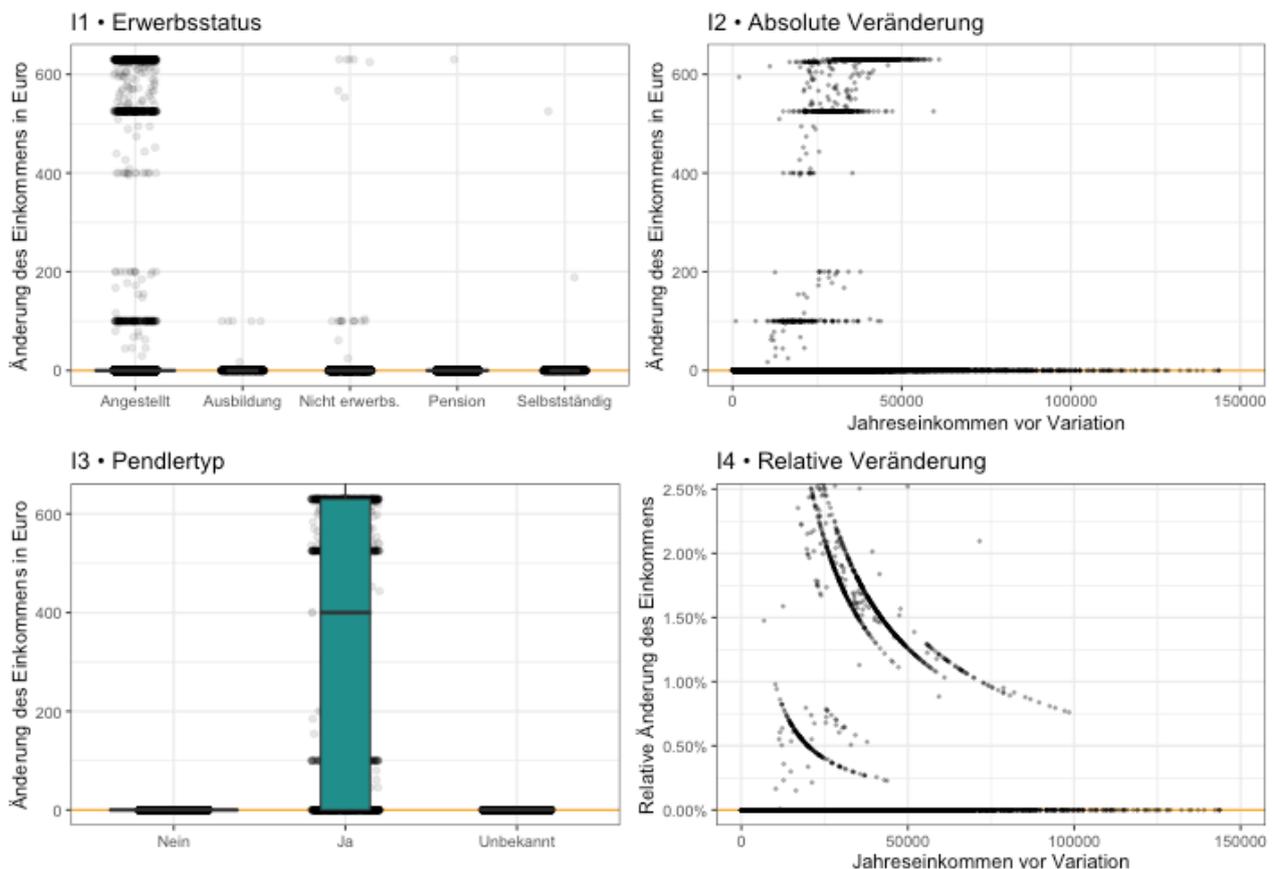
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.3	-0.23	-0.7%	6.3	0.00	0.0%	165.5	0.23	0.1%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.0	-0.15	-0.7%	3.1	0.00	0.0%	98.7	0.15	0.2%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.3	-0.08	-0.9%	3.2	0.00	0.0%	66.8	0.08	0.1%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	1.1%	1.4	0.00	0.0%	7.6	0.00	0.0%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	-0.02	-3.2%	1.5	0.00	0.0%	28.9	0.02	0.1%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.0	-0.08	-1.3%	1.6	0.00	0.0%	46.2	0.08	0.2%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	24.8	-0.13	-0.5%	1.8	0.00	0.0%	82.8	0.13	0.2%

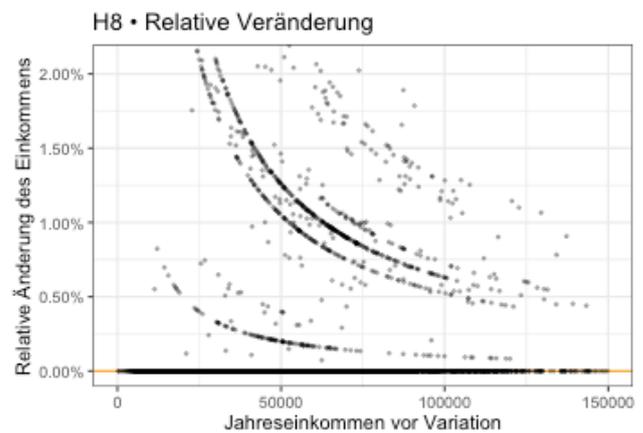
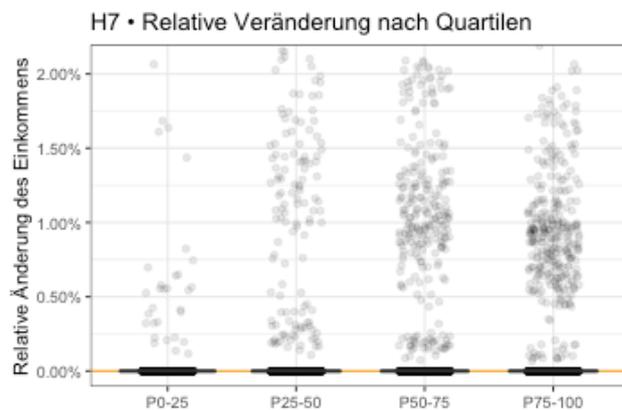
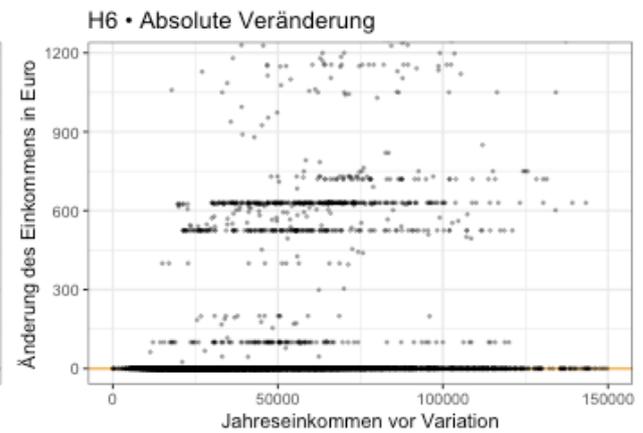
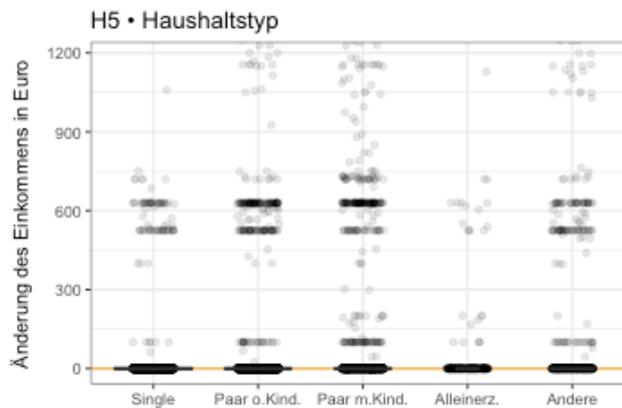
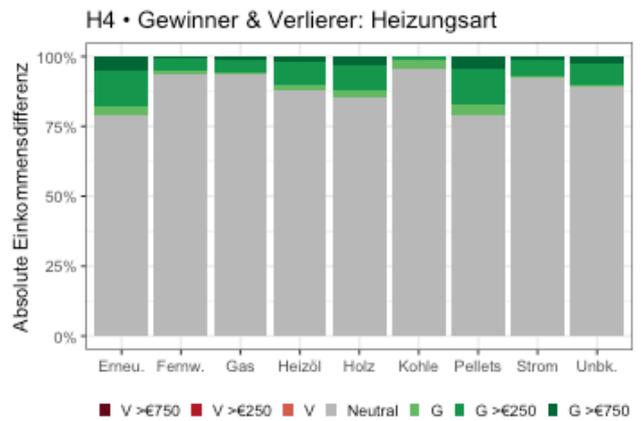
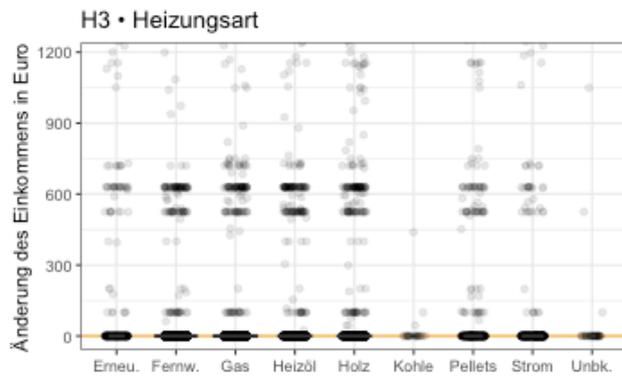
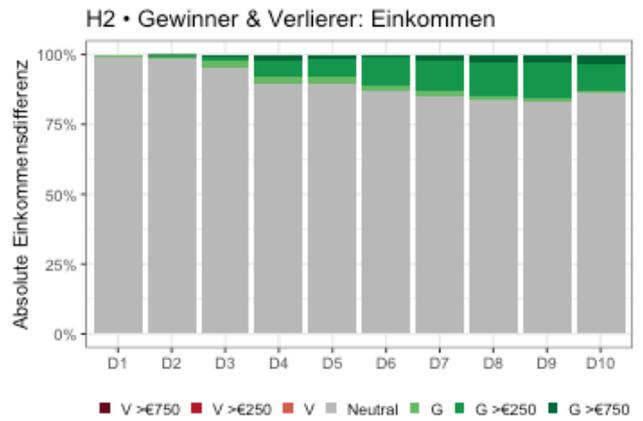
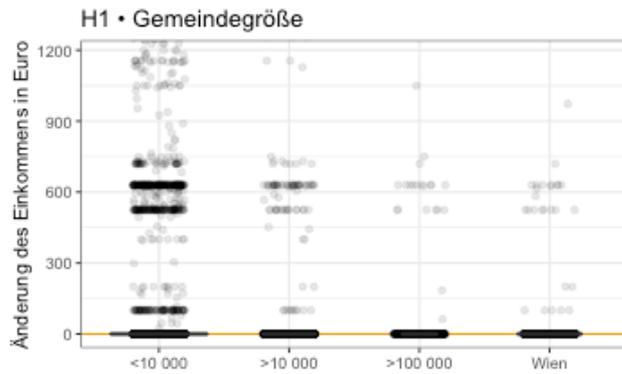
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	28	0	202	Gini	51.90	40.58	40.59	0.02	0.00
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	19	0	554	QSR	1079.34	17.79	17.81	0.02	0.00
Paar o.Kind.	25	0	307	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	30	0	165	Gini	42.40	27.03	27.04	0.01	0.00
Alleinerz.	12	0	193	MW/P50	1.20	1.10	1.10	0.00	0.00
Andere	36	0	161	QSR	16.71	4.14	4.14	0.00	0.00

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



# Erhöhung gr. Pendlerpauschale vs. Status Quo

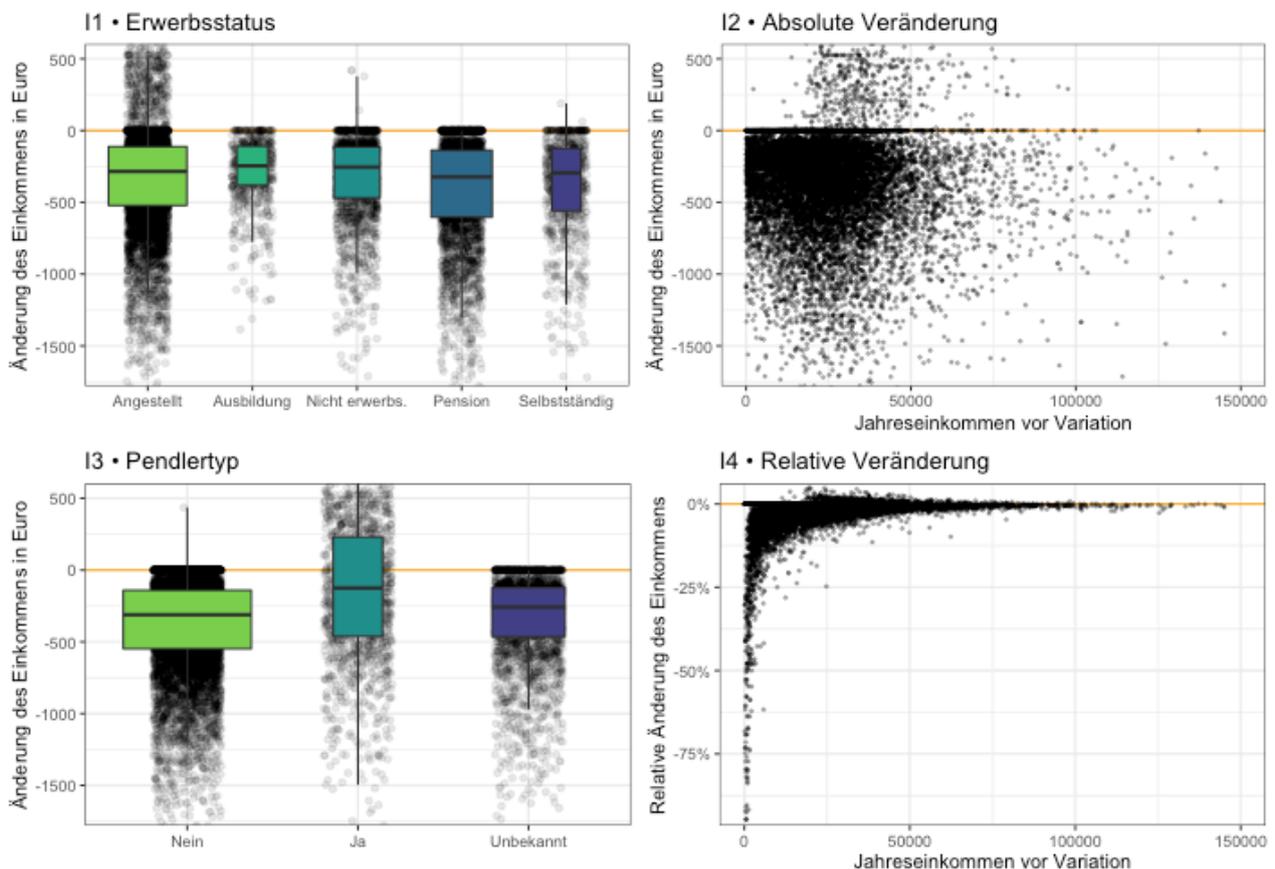
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchsteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.3	-0.23	-0.7%	6.3	2.75	78.0%	165.5	-2.52	-1.5%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.0	-0.15	-0.7%	3.1	1.35	77.2%	98.7	-1.20	-1.2%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.3	-0.08	-0.9%	3.2	1.40	78.7%	66.8	-1.33	-1.9%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	1.1%	1.3	0.59	77.5%	7.6	-0.58	-7.2%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	-0.02	-3.2%	1.5	0.65	77.4%	28.9	-0.64	-2.2%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.0	-0.08	-1.3%	1.7	0.73	78.6%	46.2	-0.65	-1.4%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	24.8	-0.13	-0.5%	1.8	0.78	78.3%	82.8	-0.65	-0.8%

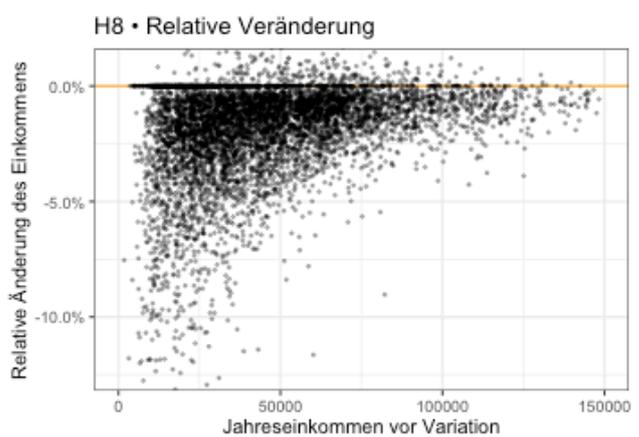
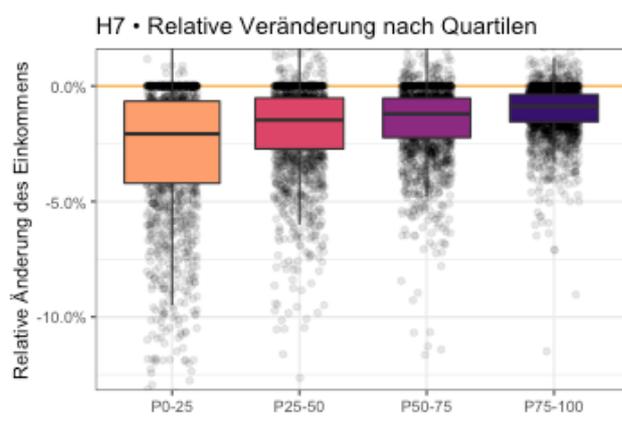
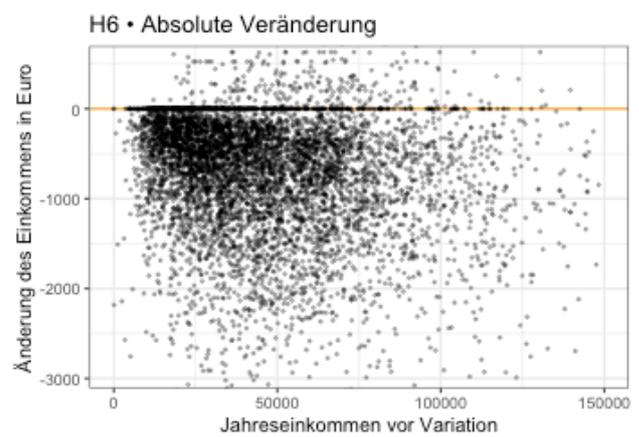
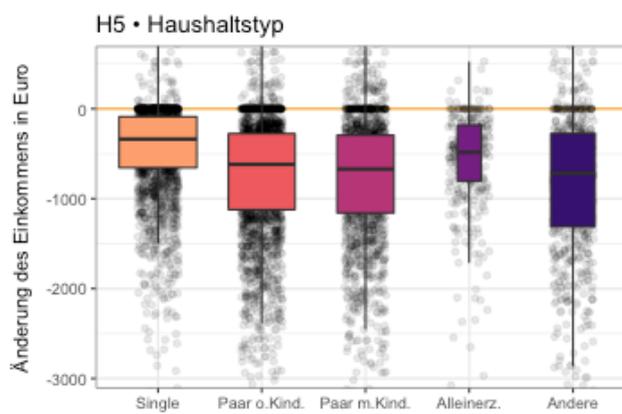
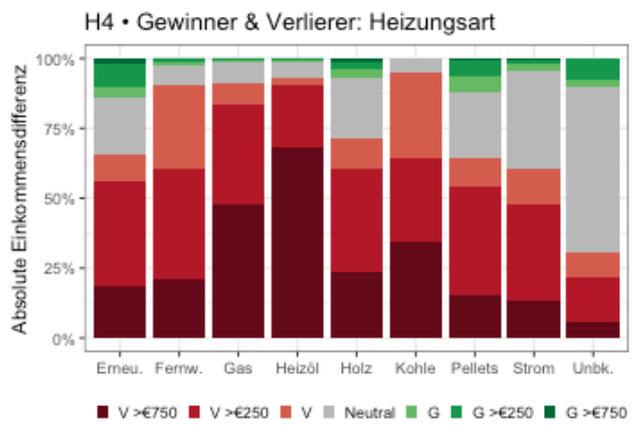
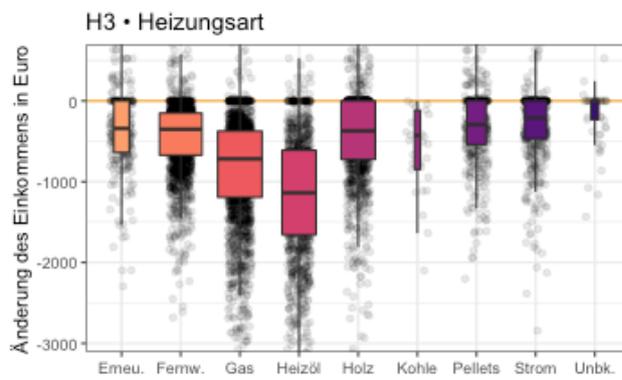
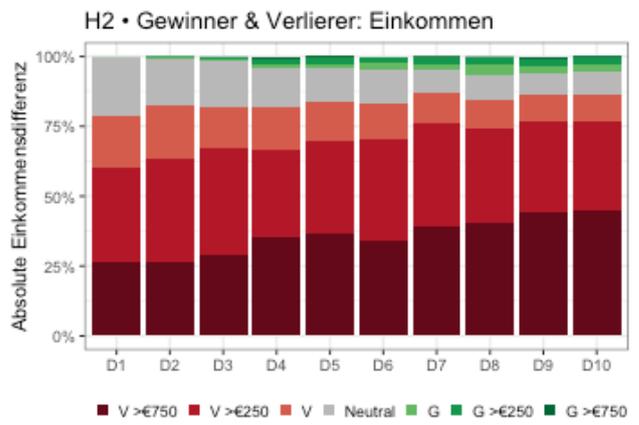
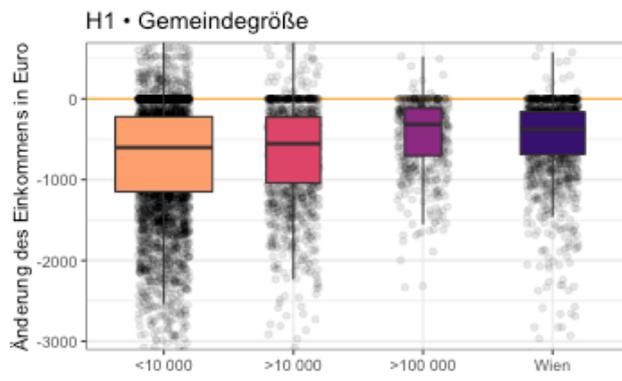
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	-298	-213	-331	Gini	51.90	40.01	40.59	0.58	0.01
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	-461	-337	-571	QSR	1079.34	16.05	17.81	1.77	0.11
Paar o.Kind.	-384	-309	-428	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	-209	-170	-225	Gini	42.40	26.72	27.04	0.32	0.01
Alleinerz.	-229	-169	-256	MW/P50	1.20	1.09	1.10	0.00	0.00
Andere	-222	-180	-240	QSR	16.71	4.05	4.14	0.09	0.02

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



# Pendlerpauschale zu Absetzbetrag vs. 150€/tCO<sub>2</sub> (Treib- und Heizstoffe)

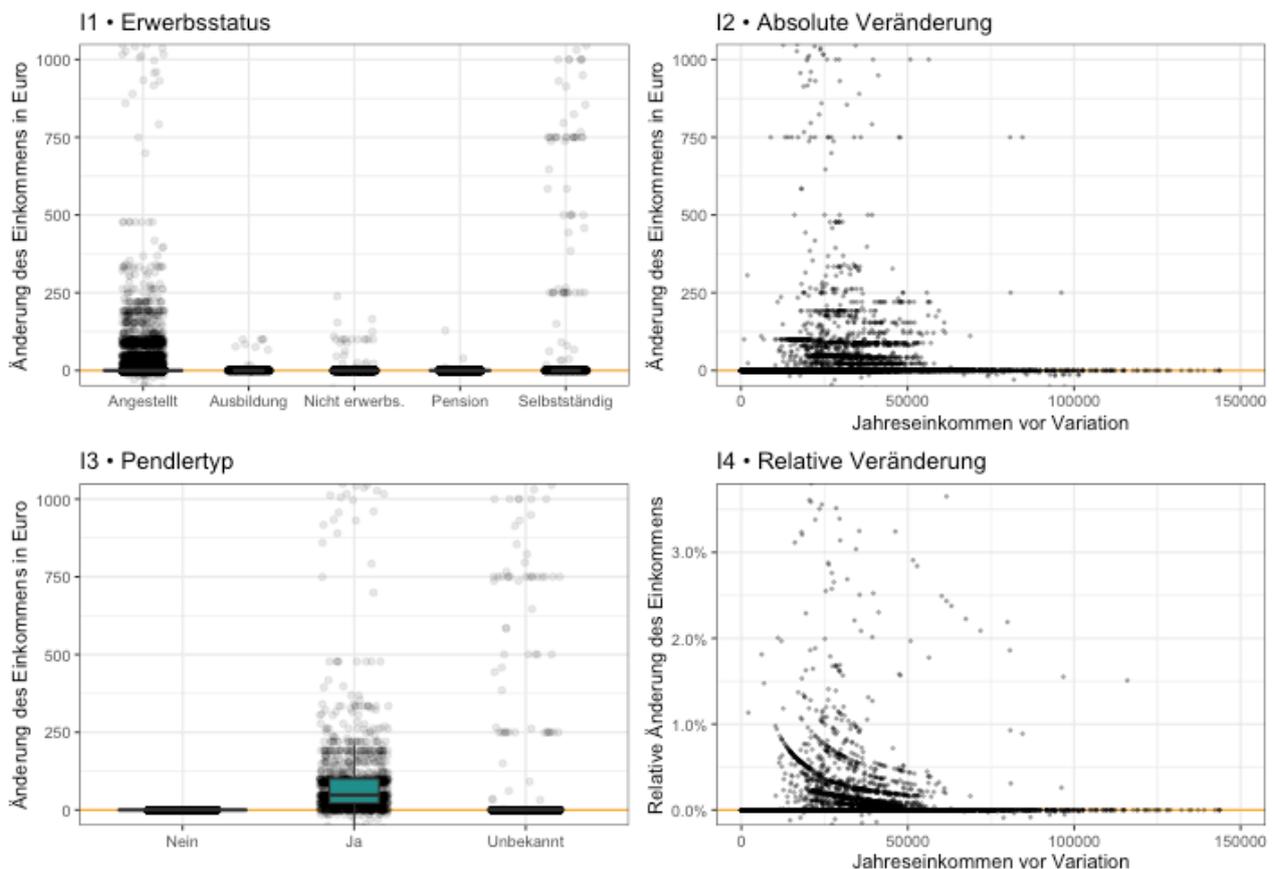
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung			Einkommensteuer			Verbrauchsteuer			Verfüg. Einkommen		
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.3	-0.18	-0.6%	6.3	0.00	0.0%	165.4	0.18	0.1%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.0	-0.12	-0.5%	3.1	0.00	0.0%	98.6	0.12	0.1%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.3	-0.06	-0.7%	3.2	0.00	0.0%	66.8	0.06	0.1%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	1.7%	1.4	0.00	0.0%	7.6	0.00	0.0%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	-0.03	-5.4%	1.5	0.00	0.0%	28.9	0.03	0.1%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.0	-0.08	-1.3%	1.6	0.00	0.0%	46.2	0.08	0.2%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	24.8	-0.06	-0.2%	1.8	0.00	0.0%	82.8	0.06	0.1%

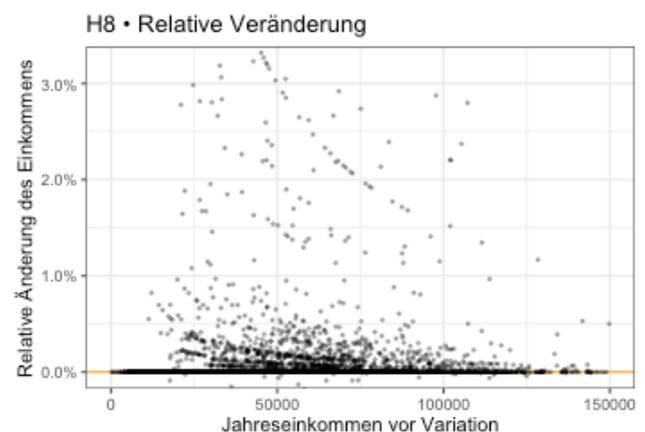
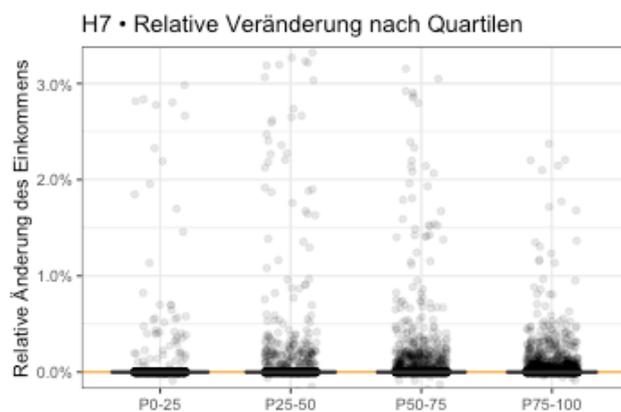
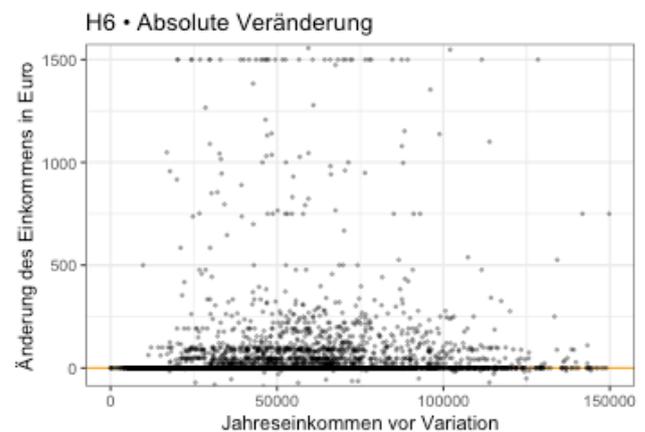
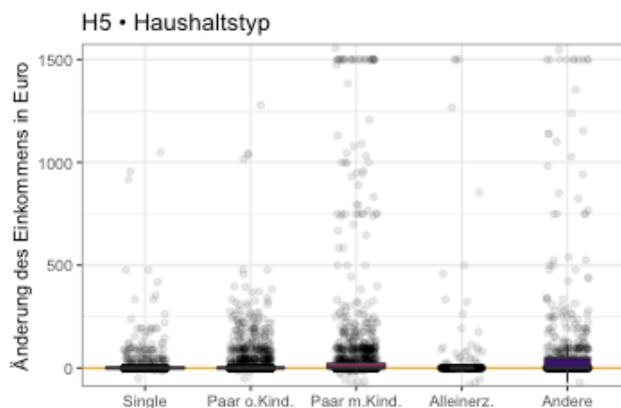
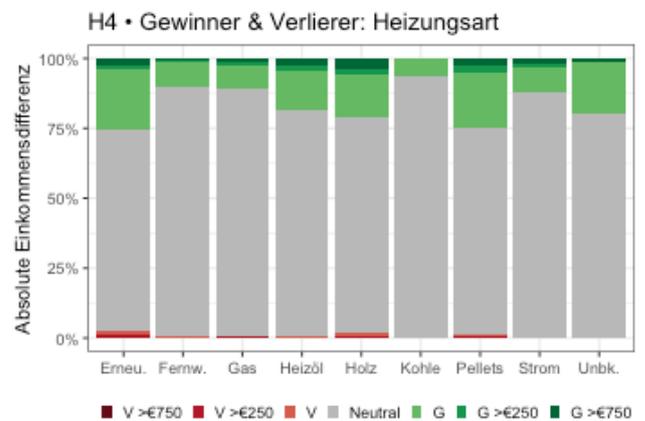
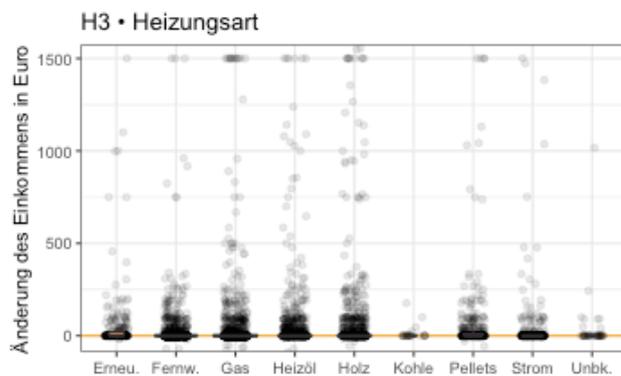
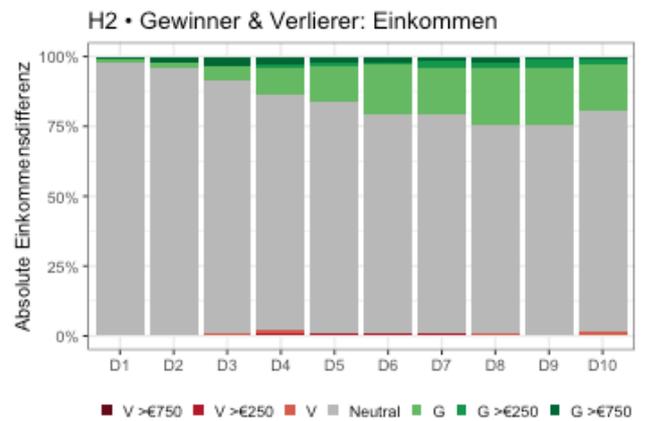
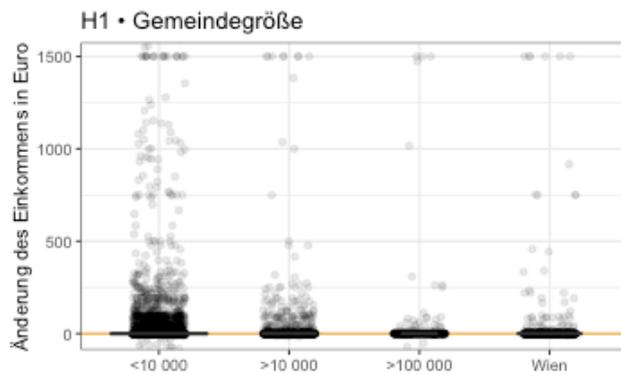
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	21	0	93	Gini	51.90	40.57	40.57	0.00	0.00
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	6	0	112	QSR	1079.34	17.79	17.79	0.00	0.00
Paar o.Kind.	7	0	58	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	35	0	114	Gini	42.40	27.03	26.99	-0.04	0.00
Alleinerz.	12	0	130	MW/P50	1.20	1.10	1.10	0.00	0.00
Andere	27	0	75	QSR	16.71	4.13	4.13	-0.01	0.00

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



# Pendlerpauschale zu Absetzbetrag vs. Status Quo

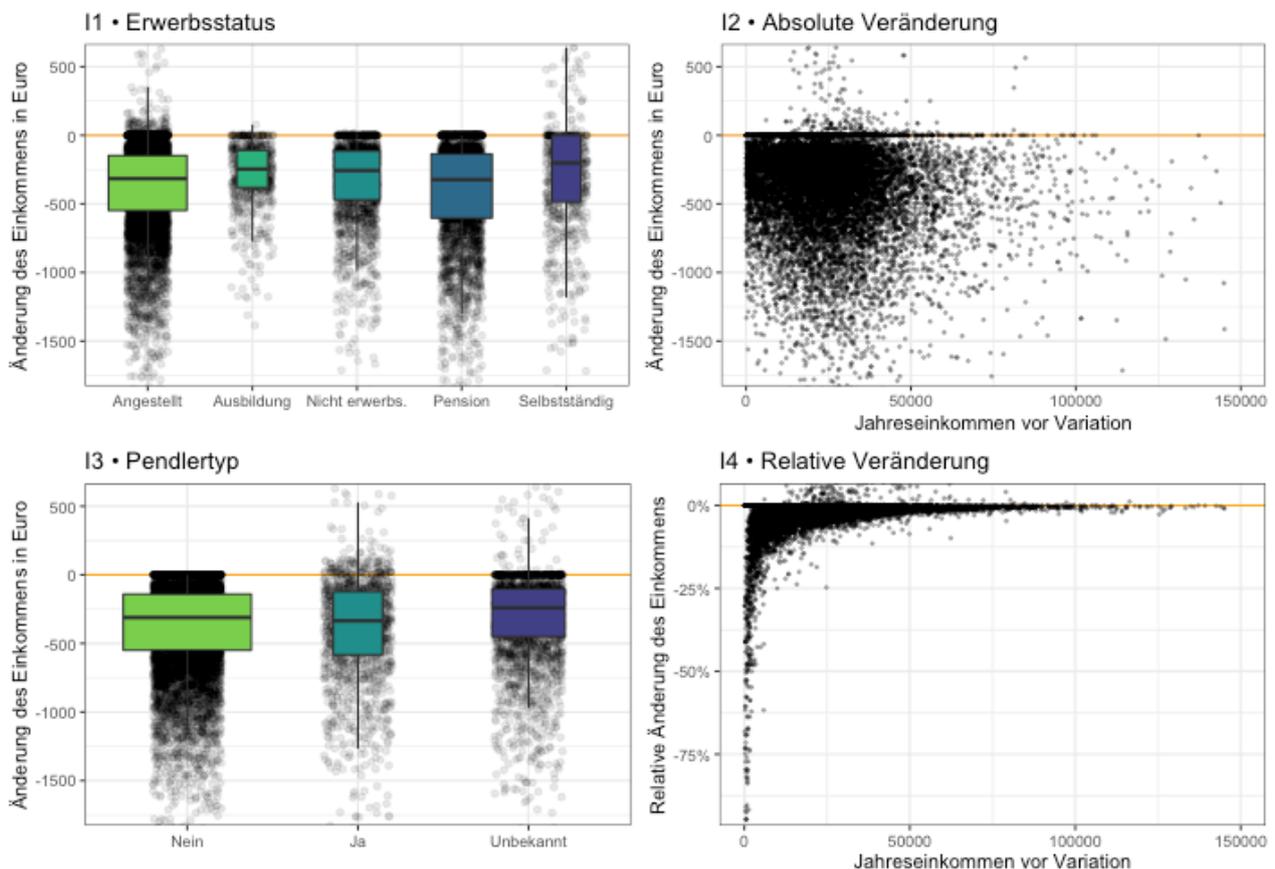
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchsteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.3	-0.18	-0.6%	6.3	2.75	78.0%	165.4	-2.58	-1.5%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.0	-0.12	-0.5%	3.1	1.35	77.2%	98.6	-1.23	-1.2%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.3	-0.06	-0.7%	3.2	1.40	78.7%	66.8	-1.35	-2.0%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	1.3%	1.3	0.59	77.5%	7.6	-0.58	-7.2%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	-0.03	-5.6%	1.5	0.65	77.4%	28.9	-0.62	-2.1%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.0	-0.08	-1.3%	1.7	0.73	78.6%	46.2	-0.65	-1.4%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	24.9	-0.06	-0.2%	1.8	0.78	78.3%	82.7	-0.72	-0.9%

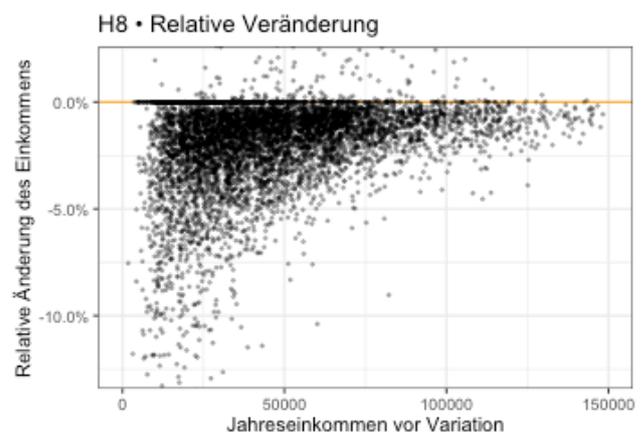
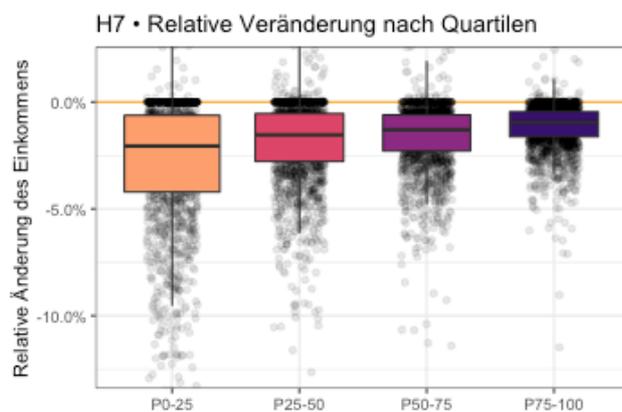
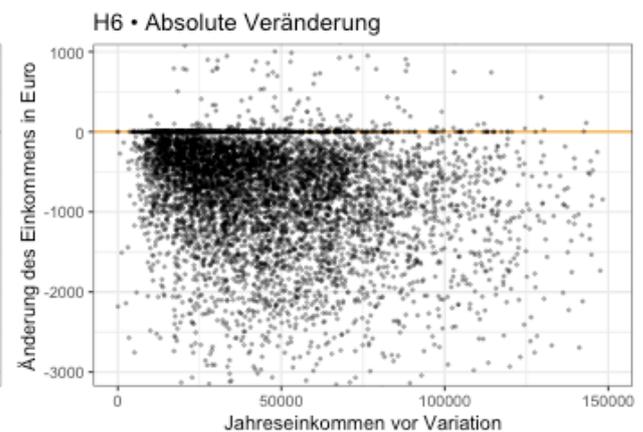
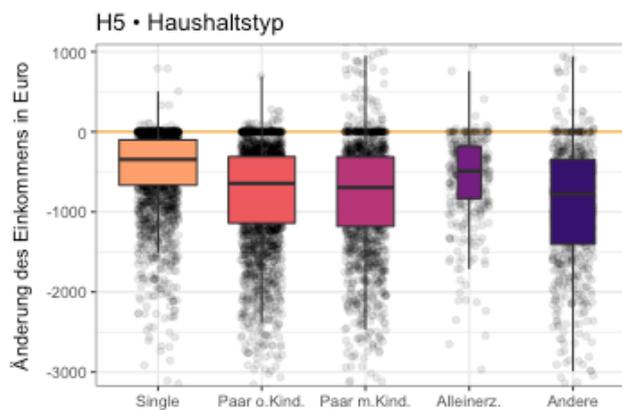
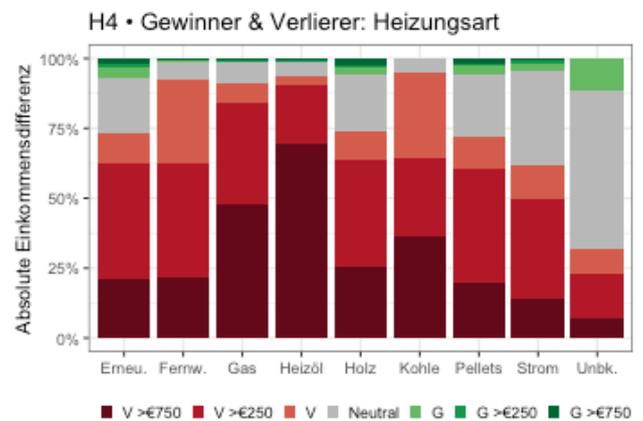
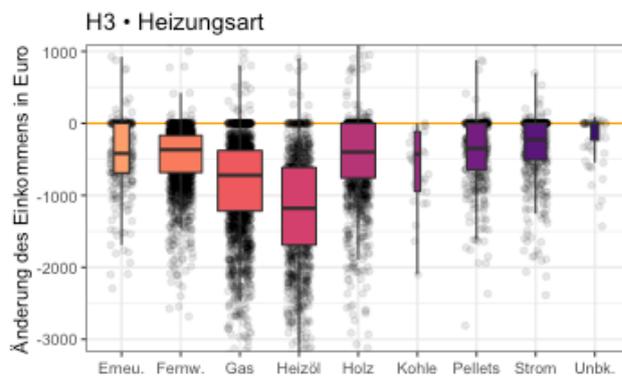
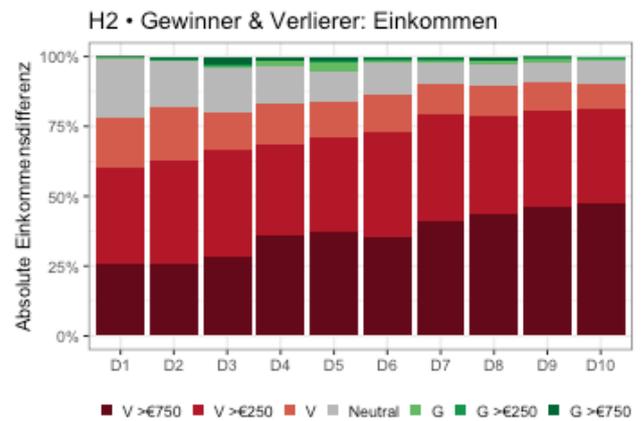
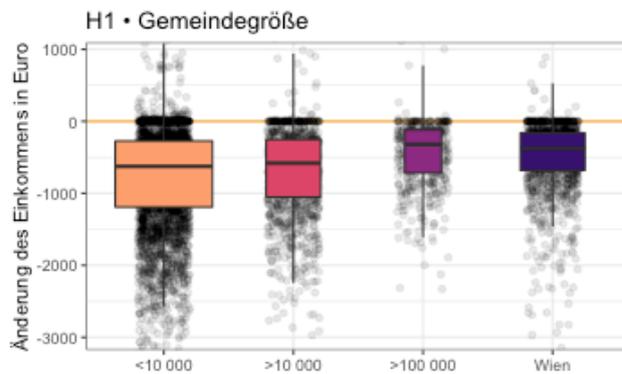
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	-304	-229	-336	Gini	51.90	40.01	40.57	0.56	0.01
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	-474	-345	-587	QSR	1079.34	16.05	17.79	1.74	0.11
Paar o.Kind.	-402	-323	-446	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	-204	-177	-217	Gini	42.40	26.72	26.99	0.27	0.01
Alleinerz.	-229	-181	-253	MW/P50	1.20	1.09	1.10	0.00	0.00
Andere	-231	-192	-245	QSR	16.71	4.05	4.13	0.08	0.02

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



# **Einführung eines Heizkostenzuschusses (150€ /t CO<sub>2</sub>)**

# Heizkostenzuschuss vs. 150€/tCO<sub>2</sub> (Treib- und Heizstoffe)

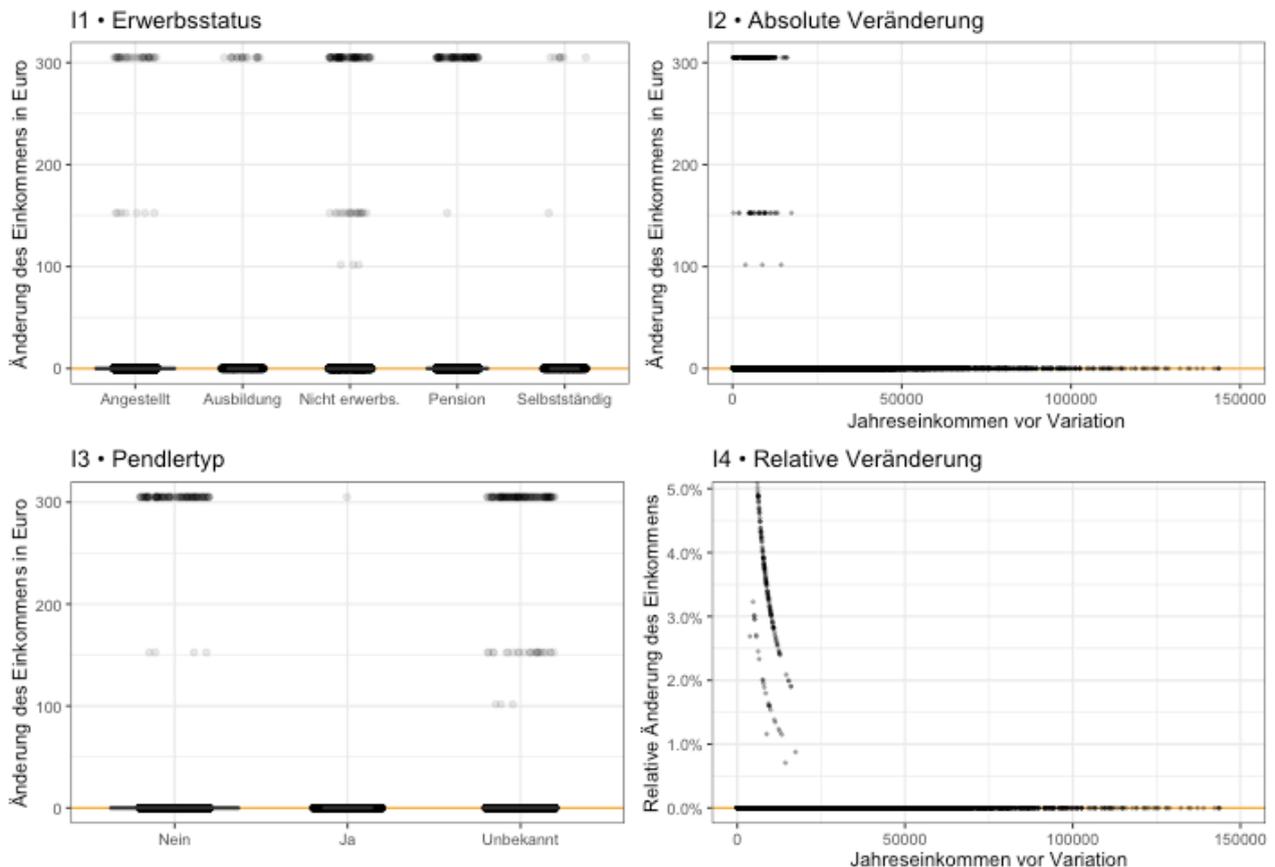
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto		Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen		
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.5	0.00	0.0%	6.3	0.00	0.0%	165.3	0.06	0.0%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.2	0.00	0.0%	3.1	0.00	0.0%	98.5	0.03	0.0%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.4	0.00	0.0%	3.2	0.00	0.0%	66.8	0.03	0.0%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	0.0%	1.4	0.00	0.0%	7.6	0.05	0.7%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	0.00	0.0%	1.5	0.00	0.0%	28.8	0.00	0.0%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.1	0.00	0.0%	1.6	0.00	0.0%	46.1	0.00	0.0%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	24.9	0.00	0.0%	1.8	0.00	0.0%	82.7	0.00	0.0%

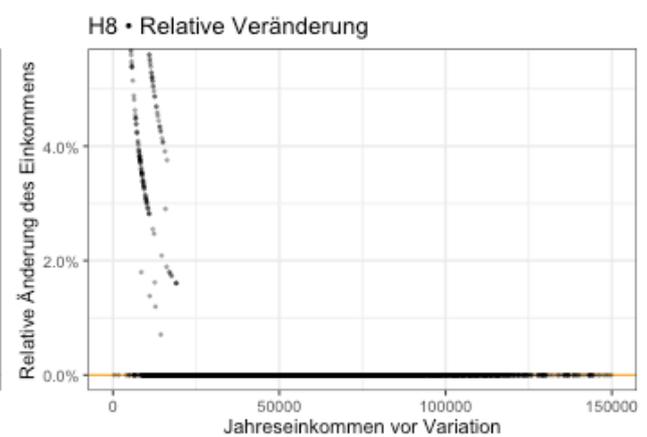
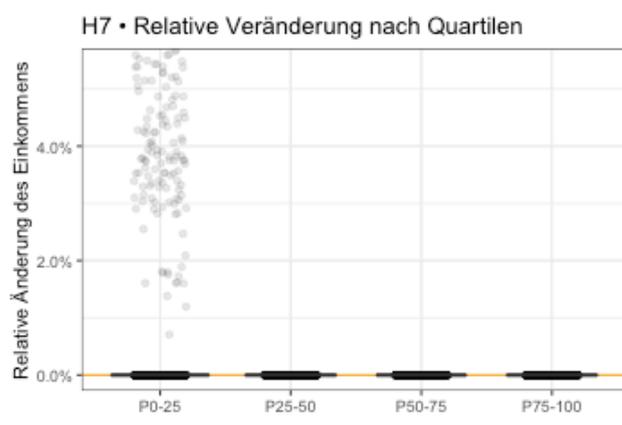
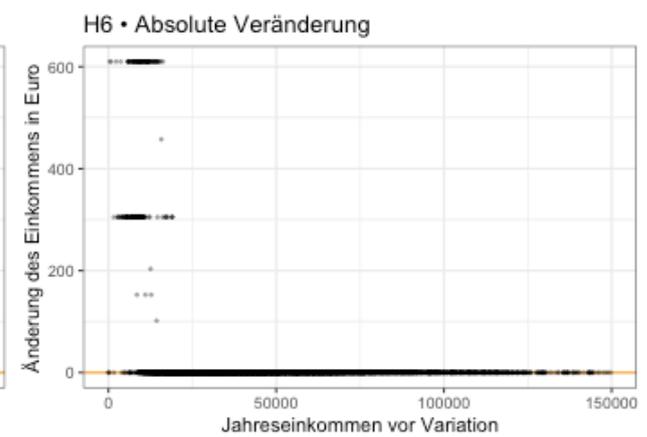
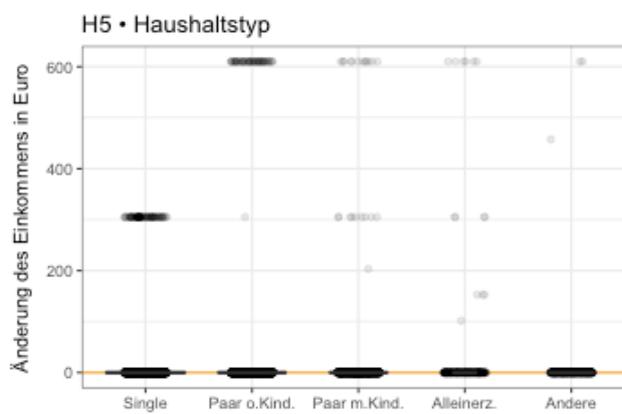
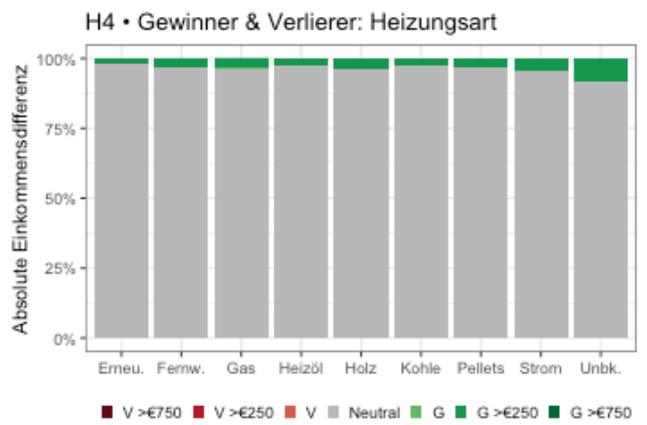
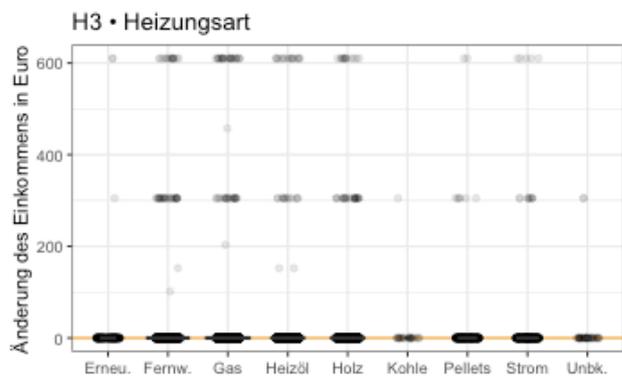
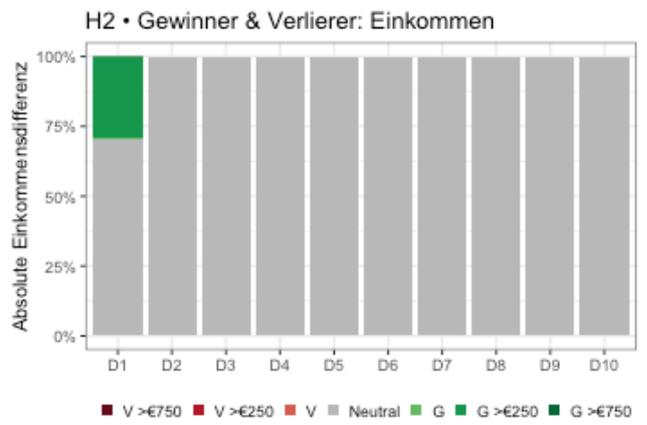
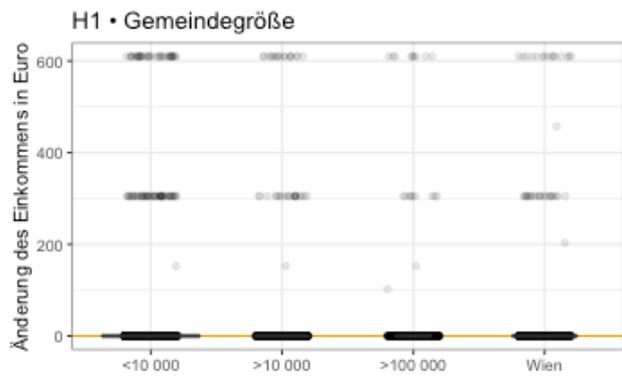
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	7	0	252	Gini	51.90	40.57	40.54	-0.04	0.00
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	15	0	305	QSR	1079.34	17.79	17.62	-0.17	-0.01
Paar o.Kind.	11	0	302	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	2	0	131	Gini	42.40	27.03	26.99	-0.04	0.00
Alleinerz.	10	0	184	MW/P50	1.20	1.10	1.10	0.00	0.00
Andere	2	0	179	QSR	16.71	4.13	4.12	-0.01	0.00

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



# Heizkostenzuschuss vs. Status Quo

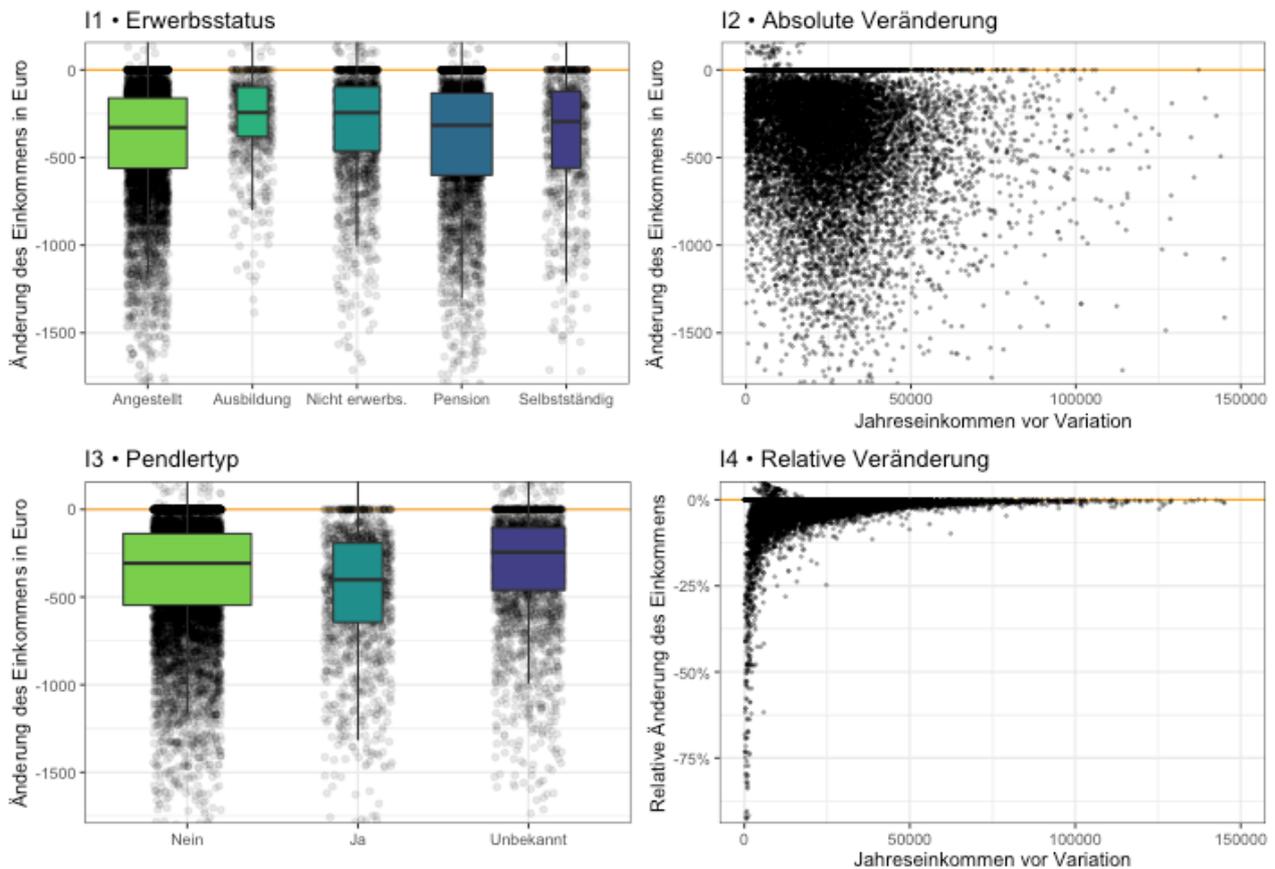
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchsteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.5	0.00	0.0%	6.3	2.75	78.0%	165.3	-2.70	-1.6%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.2	0.00	0.0%	3.1	1.35	77.2%	98.5	-1.32	-1.3%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.4	0.00	0.0%	3.2	1.40	78.7%	66.8	-1.38	-2.0%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	0.0%	1.3	0.59	77.5%	7.6	-0.53	-6.5%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	0.00	0.0%	1.5	0.65	77.4%	28.8	-0.65	-2.2%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.1	0.00	0.0%	1.7	0.73	78.6%	46.2	-0.73	-1.6%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	25.0	0.00	0.0%	1.8	0.78	78.3%	82.7	-0.78	-0.9%

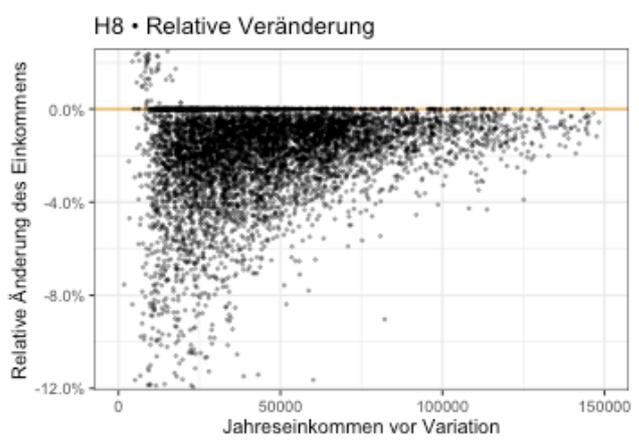
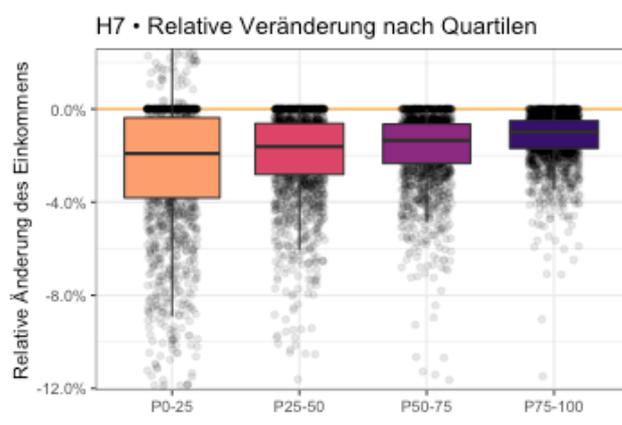
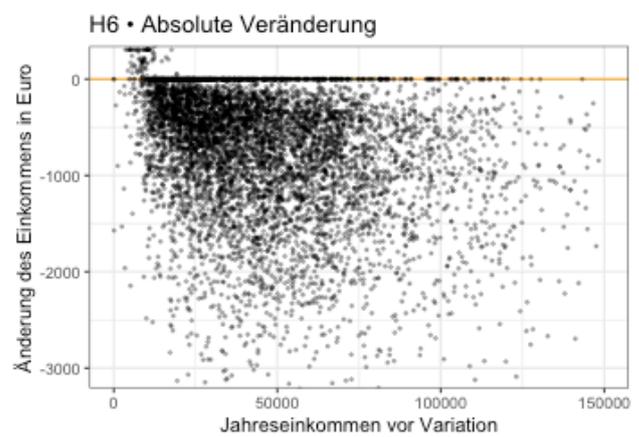
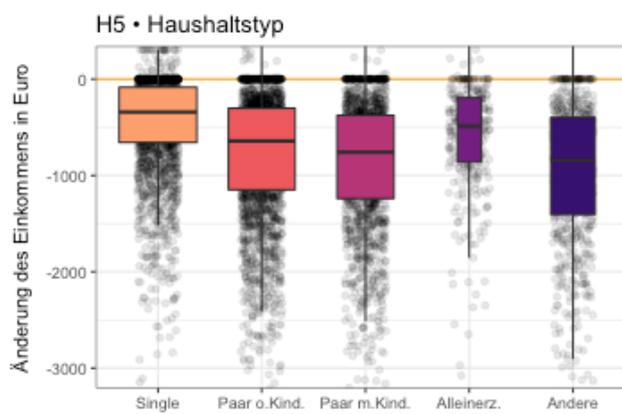
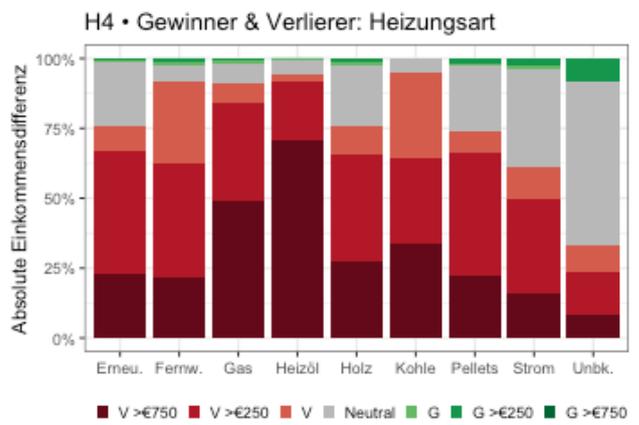
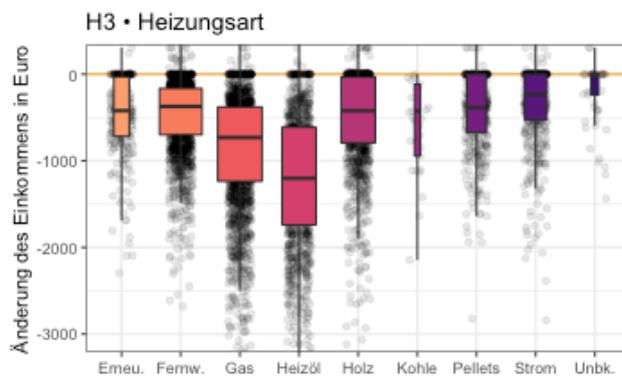
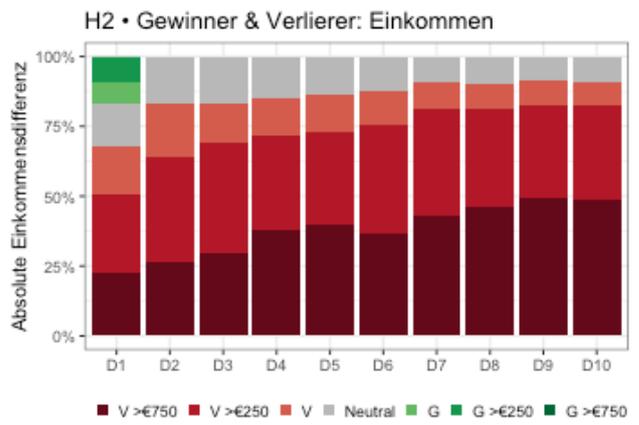
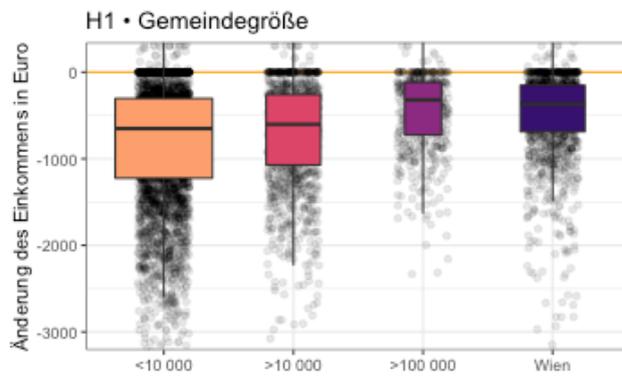
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	-319	-236	-357	Gini	51.90	40.01	40.54	0.53	0.01
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	-466	-342	-570	QSR	1079.34	16.05	17.62	1.57	0.10
Paar o.Kind.	-398	-321	-443	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	-237	-190	-258	Gini	42.40	26.72	26.99	0.27	0.01
Alleinerz.	-231	-180	-258	MW/P50	1.20	1.09	1.10	0.00	0.00
Andere	-257	-211	-283	QSR	16.71	4.05	4.12	0.07	0.02

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



## **Maßnahmenmix (150€ /t CO<sub>2</sub>)**

# Maßnahmenmix 150 vs. 150€/tCO<sub>2</sub> (Treib- und Heizstoffe)

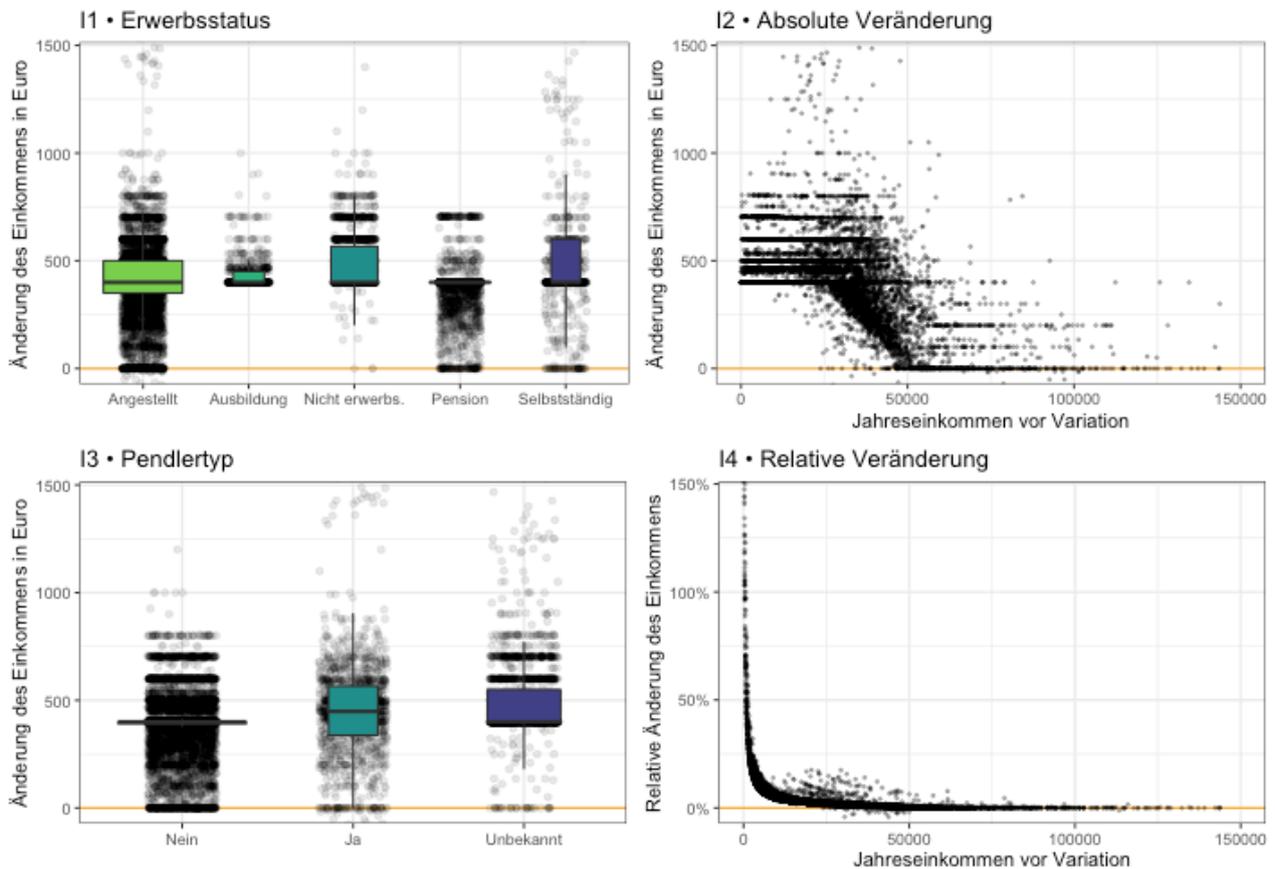
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchssteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.3	-0.18	-0.6%	6.3	0.00	0.0%	168.2	2.98	1.8%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.0	-0.12	-0.5%	3.1	0.00	0.0%	99.9	1.38	1.4%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.3	-0.06	-0.7%	3.2	0.00	0.0%	68.3	1.60	2.4%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	1.7%	1.4	0.00	0.0%	8.4	0.81	10.8%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	-0.03	-5.4%	1.5	0.00	0.0%	29.6	0.80	2.8%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.0	-0.08	-1.3%	1.6	0.00	0.0%	47.0	0.83	1.8%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	24.8	-0.06	-0.2%	1.8	0.00	0.0%	83.2	0.53	0.6%

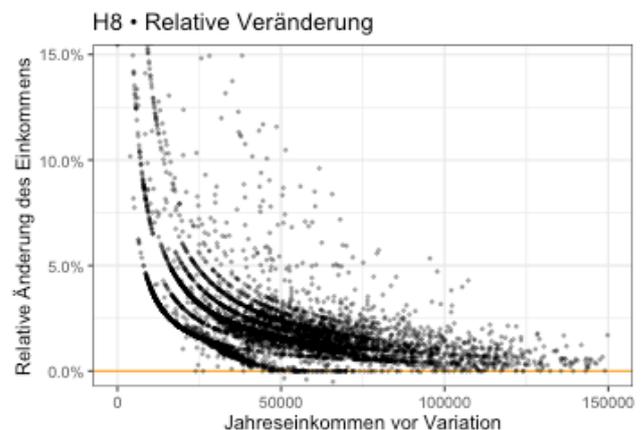
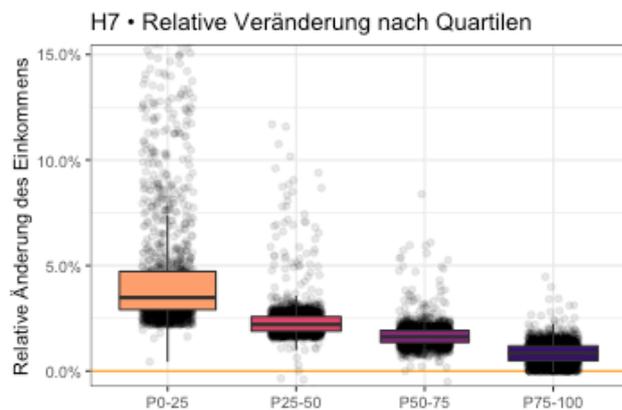
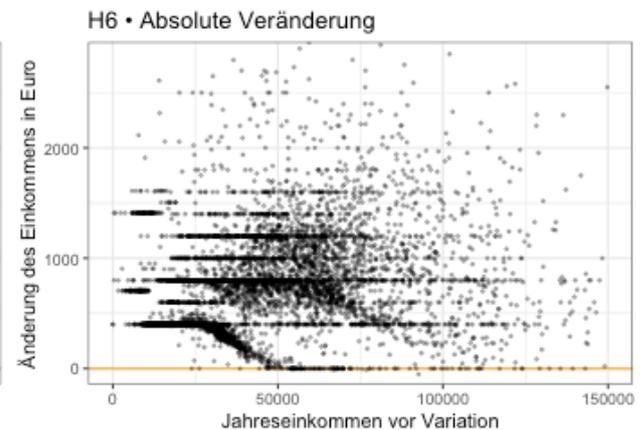
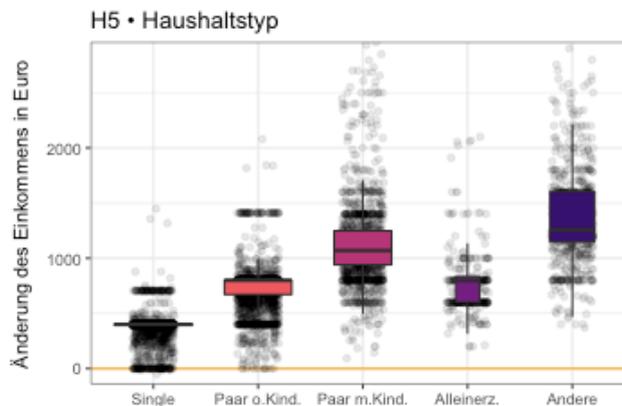
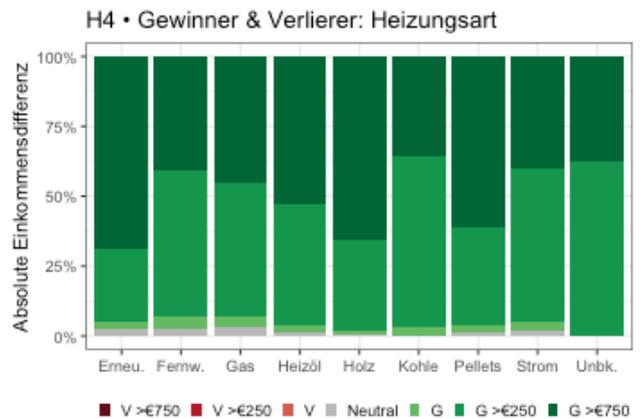
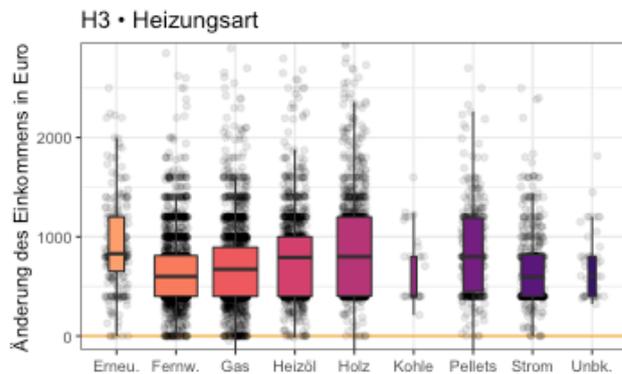
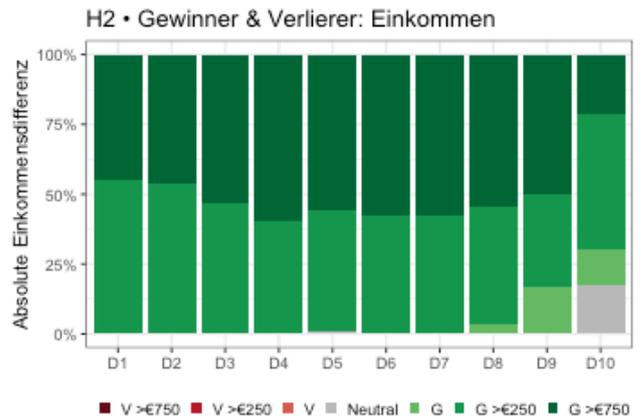
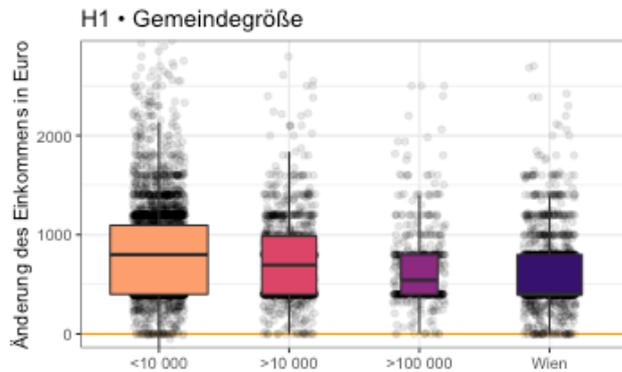
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	351	350	354	Gini	51.90	40.57	39.73	-0.85	-0.02
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	375	400	391	QSR	1079.34	17.79	15.38	-2.40	-0.14
Paar o.Kind.	368	400	370	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	320	300	320	Gini	42.40	27.03	26.40	-0.63	-0.02
Alleinerz.	321	300	321	MW/P50	1.20	1.10	1.09	0.00	0.00
Andere	369	368	369	QSR	16.71	4.13	3.97	-0.16	-0.04

## Effekte auf Individualebene



# Effekte auf Haushaltsebene



# Maßnahmenmix 150 vs. Status Quo

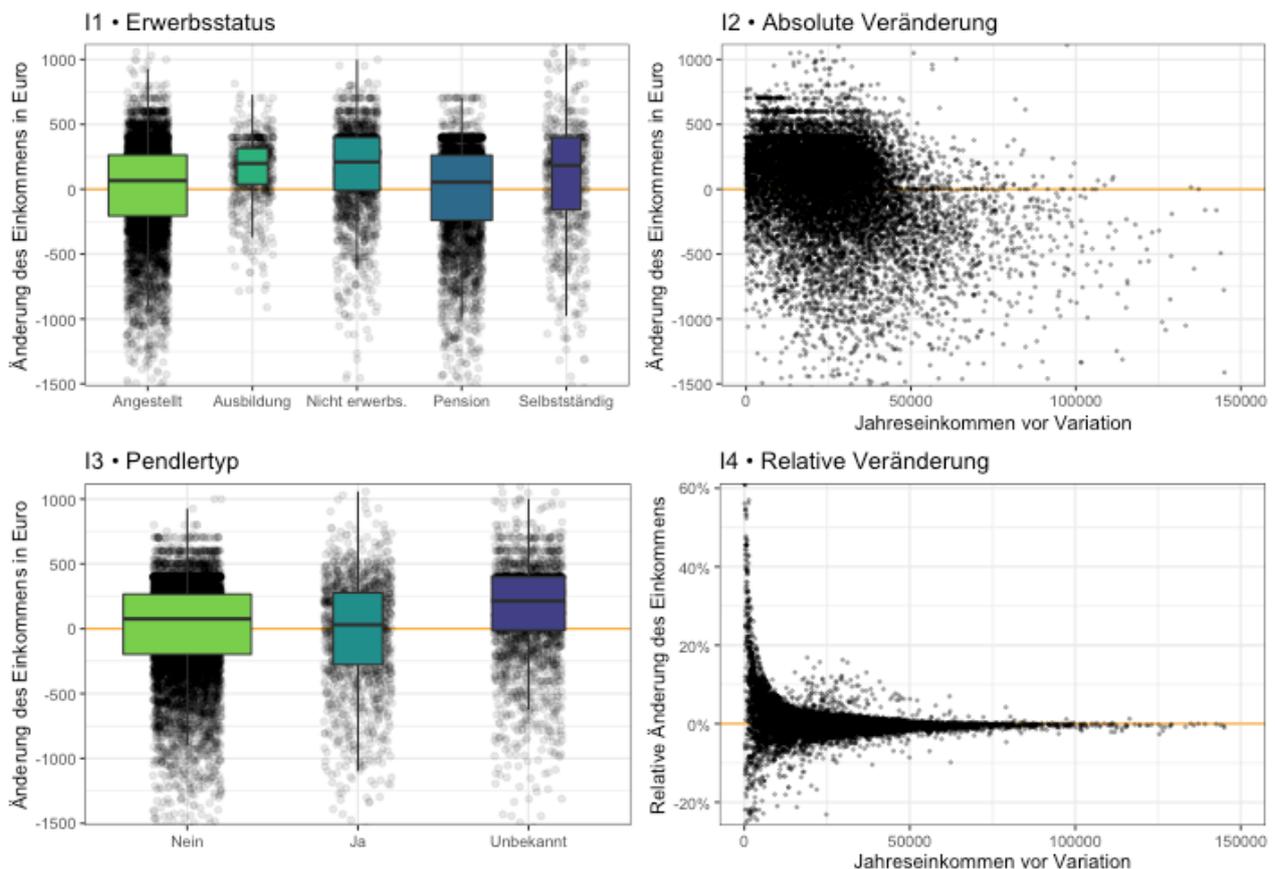
## Aggregate und Abgabenaufkommen

	Brutto	Sozialversicherung		Einkommensteuer			Verbrauchsteuer			Verfüg. Einkommen			
	Mrd. €	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)	Mrd. €	Δ	Δ (%)
Gesamt	210	29.1	0.00	0.0%	31.3	-0.18	-0.6%	6.3	2.75	78.0%	168.2	0.22	0.1%
Männer	132	18.6	0.00	0.0%	23.0	-0.12	-0.5%	3.1	1.35	77.2%	99.9	0.03	0.0%
Frauen	77	10.6	0.00	0.0%	8.3	-0.06	-0.7%	3.2	1.40	78.7%	68.3	0.20	0.3%
P0-25	6	0.7	0.00	0.0%	-0.1	0.00	1.3%	1.3	0.59	77.5%	8.4	0.23	2.8%
P25-50	29	3.7	0.00	0.0%	0.6	-0.03	-5.6%	1.5	0.65	77.4%	29.6	0.15	0.5%
P50-75	57	8.2	0.00	0.0%	6.0	-0.08	-1.3%	1.7	0.73	78.6%	47.0	0.10	0.2%
P75-100	118	16.6	0.00	0.0%	24.9	-0.06	-0.2%	1.8	0.78	78.3%	83.2	-0.26	-0.3%

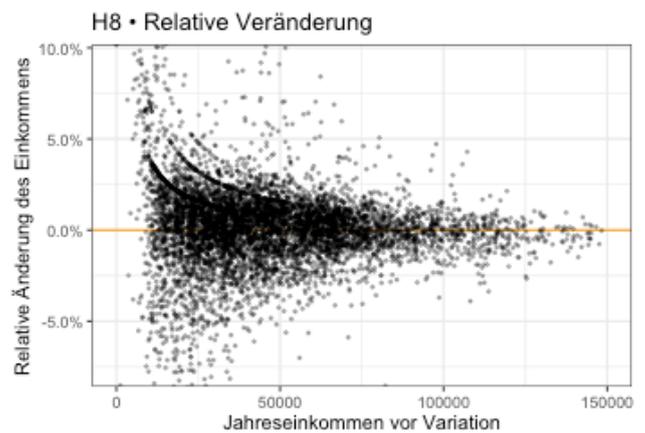
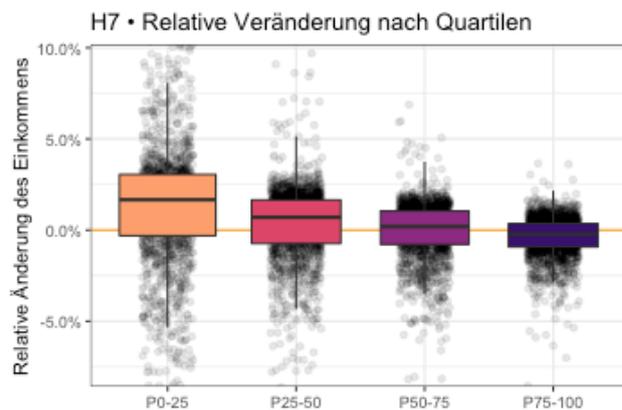
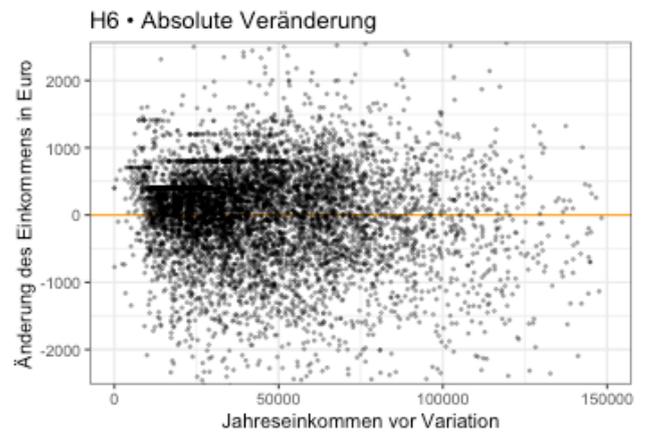
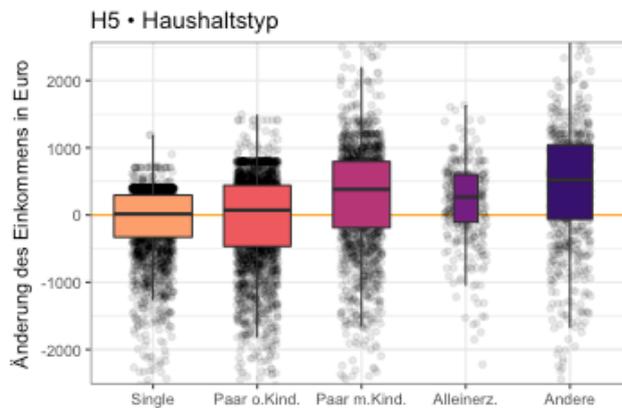
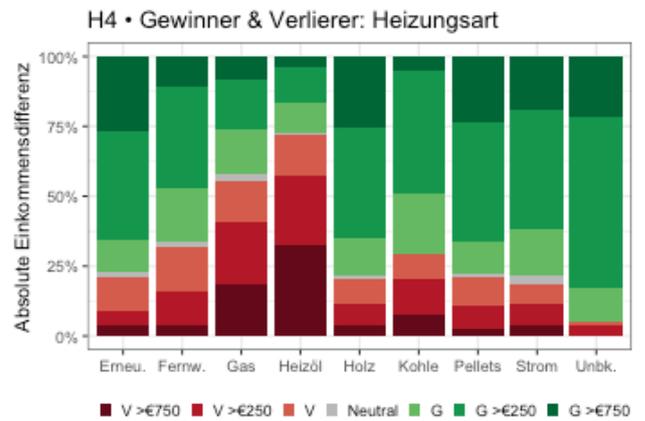
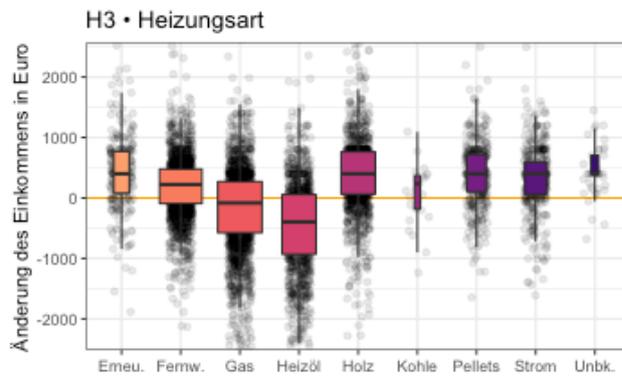
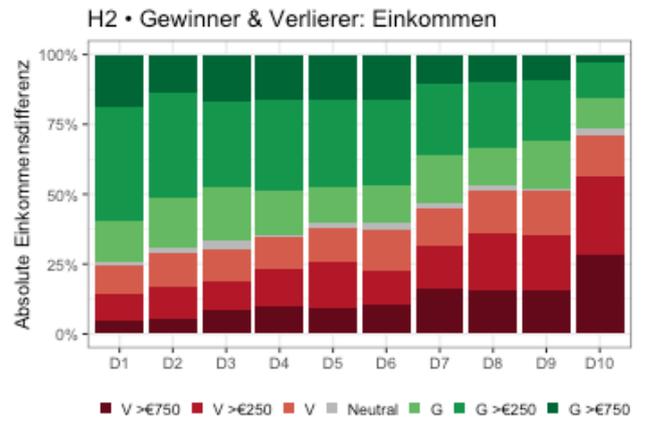
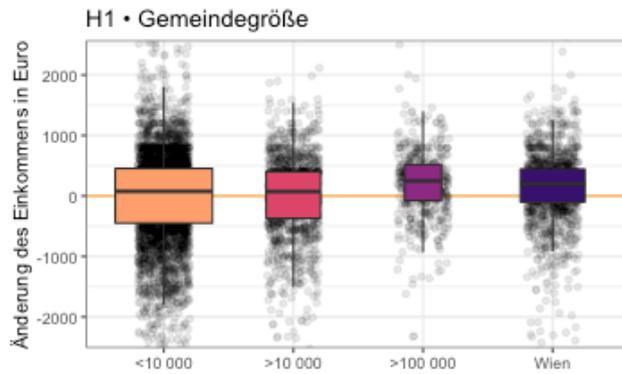
## Durchschnittliche Veränderung und Verteilungswirkungen

Pro Kopf & Jahr (€)	Mittelwert	Median	MW ohne 0	Brutto	Verfüg. (alt)	Verfüg. (neu)	Δ	Δ (%)	
<b>Alle Haushalte</b>				<b>Individuen</b>					
Gesamt	26	95	26	Gini	51.90	40.01	39.73	-0.28	-0.01
<b>Haushaltstypen</b>				MW/P50	1.24	1.10	1.10	0.00	0.00
Single	-106	15	-106	QSR	1079.34	16.05	15.38	-0.66	-0.04
Paar o.Kind.	-41	36	-41	<b>Haushalte</b>					
Paar m.Kind.	81	111	81	Gini	42.40	26.72	26.40	-0.32	-0.01
Alleinerz.	80	116	80	MW/P50	1.20	1.09	1.09	0.00	0.00
Andere	111	150	111	QSR	16.71	4.05	3.97	-0.08	-0.02

## Effekte auf Individualebene

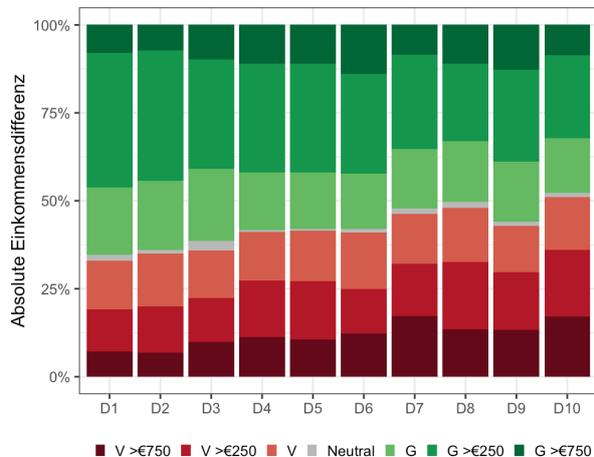


# Effekte auf Haushaltsebene



# Übersicht Entlastungsmaßnahmen 150€ pro Tonne CO<sub>2</sub>

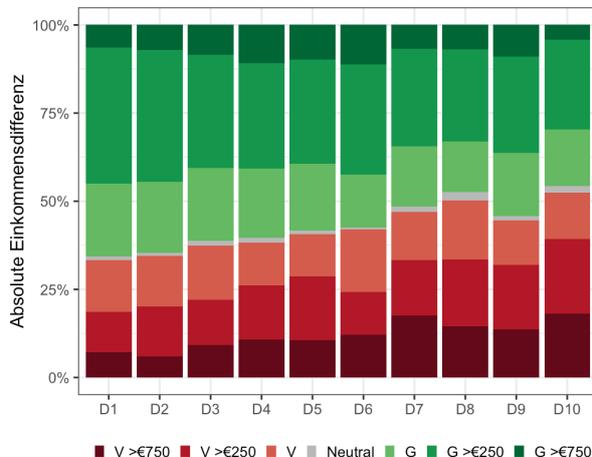
### 1) Ökobonus



#### Ø Einkommensänderung und Verteilungswirkungen

Δ Einkommen pro Kopf		Δ Gini-Koeffizient	
Gesamt	0	Haushalte:	-0.08 ↓
Single	-85	Individuen:	-0.10 ↓
Paar o.Kind.	-14		
Paar m.Kind.	-4		
Alleinerz.	-18		
Andere	93		

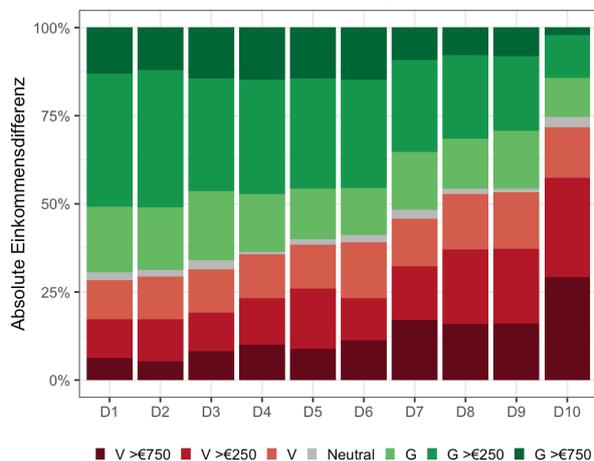
### 2) Ökobonus mit Kinderzuschlag



#### Ø Einkommensänderung und Verteilungswirkungen

Δ Einkommen pro Kopf		Δ Gini-Koeffizient	
Gesamt	0	Haushalte:	-0.12 ↓
Single	-123	Individuen:	-0.08 ↓
Paar o.Kind.	-53		
Paar m.Kind.	46		
Alleinerz.	38		
Andere	79		

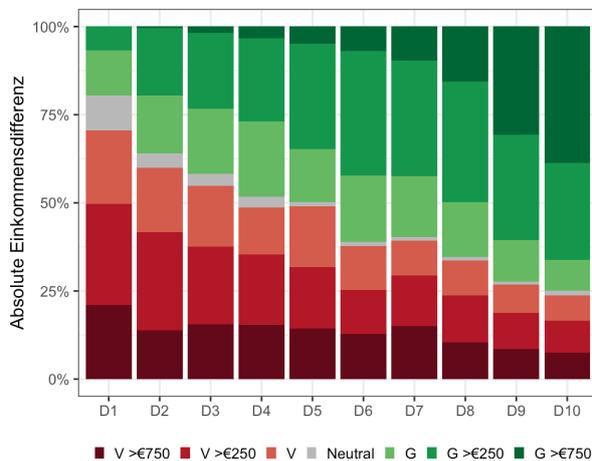
### 3) Einkommensabhängiger Ökobonus mit Kinderzuschlag



#### Ø Einkommensänderung und Verteilungswirkungen

Δ Einkommen pro Kopf		Δ Gini-Koeffizient	
Gesamt	-1	Haushalte:	-0.25 ↓
Single	-126	Individuen:	-0.24 ↓
Paar o.Kind.	-59		
Paar m.Kind.	45		
Alleinerz.	58		
Andere	83		

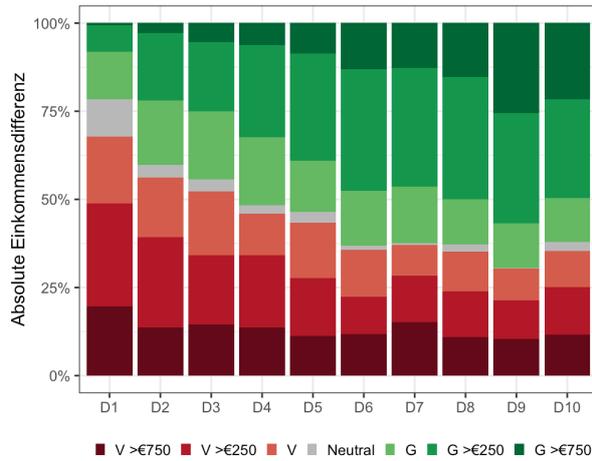
### 4) Senkung des KV-Beitragsatzes



#### Ø Einkommensänderung und Verteilungswirkungen

Δ Einkommen pro Kopf		Δ Gini-Koeffizient	
Gesamt	-10	Haushalte:	0.35 ↑
Single	-64	Individuen:	0.58 ↑
Paar o.Kind.	-13		
Paar m.Kind.	-11		
Alleinerz.	-89		
Andere	49		

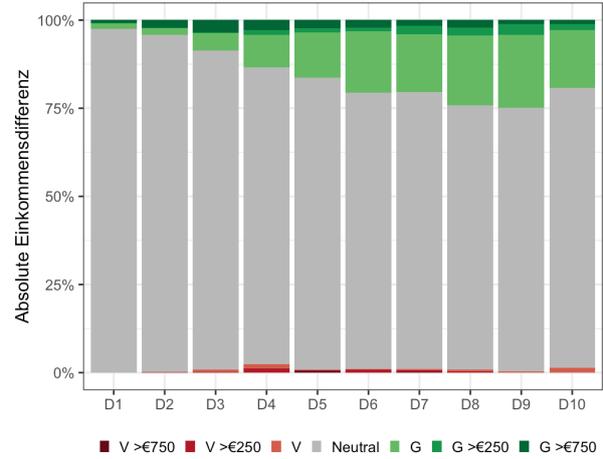
5) Senkung des 1. und 2. Steuersatzes inkl. Erhöhung der Negativsteuer



Ø Einkommensänderung und Verteilungswirkungen

Δ Einkommen pro Kopf		Δ Gini-Koeffizient	
Gesamt	-5	Haushalte:	0.24 ↑
Single	-69	Individuen:	0.44 ↑
Paar o.Kind.	-20		
Paar m.Kind.	4		
Alleinerz.	-57		
Andere	58		

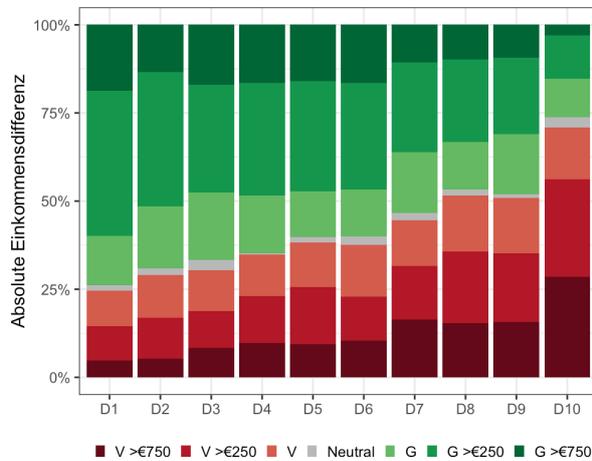
6) Umwandlung Freibeträge in Absetzbeträge mit Grenzsteuersatz 48%\*



Ø Einkommensänderung und Verteilungswirkungen

Δ Einkommen pro Kopf		Δ Gini-Koeffizient	
Gesamt	21	Haushalte:	-0.04 ↓
Single	6	Individuen:	0.0 →
Paar o.Kind.	7		
Paar m.Kind.	35		
Alleinerz.	12		
Andere	27		

7) Maßnahmenmix



Ø Einkommensänderung und Verteilungswirkungen

Δ Einkommen pro Kopf		Δ Gini-Koeffizient	
Gesamt	26	Haushalte:	-0.32 ↓
Single	-106	Individuen:	-0.28 ↓
Paar o.Kind.	-41		
Paar m.Kind.	81		
Alleinerz.	80		
Andere	111		

\*Szenario 7) zeigt nur die Entlastung dieser Maßnahme und nicht die Wirkung der CO2-Steuer.

## **Die AutorInnen:**

**Stefan Humer** ist Ökonom und Assistant Professor am Institut für Verteilungsfragen (INEQ) an der Wirtschaftsuniversität Wien.

**Vanessa Lechinger** ist Ökonomin und Doktorandin am Institut für Verteilungsfragen (INEQ) an der Wirtschaftsuniversität Wien.

**Eva Six** ist Ökonomin und Doktorandin am Institut für Verteilungsfragen (INEQ) an der Wirtschaftsuniversität Wien.

<p><b>„Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft“</b>  <b>Die Working Paper-Reihe der AK Wien</b></p>
------------------------------------------------------------------------------------------------------------

sind unregelmäßig erscheinende Hefte, in denen aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik behandelt werden. Sie sollen in erster Linie Informationsmaterial und Diskussionsgrundlage für an diesen Fragen Interessierte darstellen.

**Ab Heft 80 sind die Beiträge auch als pdf-Datei zum Herunterladen im Internet**

<http://wien.arbeiterkammer.at/service/studien/MaterialienzuWirtschaftundGesellschaft/index.html>

Heft 188	Sarah M. Tesar	Populismus und Wirtschaftspolitik: Die wirtschaftspolitische Programmatik populistischer Parteien in Südeuropa, April 2019
Heft 189	Romana Brait u. a.	Keine Transparenz, Investitionen in Arbeit, Klima und gerechte Verteilung fehlen. AK-Analyse des Stabilitätsprogramms, April 2019
Heft 190	Dietmar Aigner u. a.	Digitale Transformation im Steuerrecht; Juni 2019
Heft 191	Schratzenstaller u. a.	Die Auswirkungen der gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage auf Österreich, Juli 2019
Heft 192	Susanne Forstner u. a.	Makroökonomische Auswirkungen von Reformoptionen für eine Senkung der Körperschaftsbesteuerung, Juli 2019
Heft 193	Vasily Astrov u. a.	Die Lohnentwicklung in den Westbalkanländern, Moldau und der Ukraine, August 2019
Heft 194	Adi Buxbaum u. a.	Wohlstandsbericht 2019, Oktober 2019
Heft 195	Christoph Scherrer	Trumps neues Handelsabkommen mit Mexiko: Besserer Schutz für ArbeiterInnen?, November 2019
Heft 196	Reinhold Russinger	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1995 bis 2018, Jänner 2020
Heft 197	Stefan Jestl u. a.	Distributional National Austria (DINA) for Austria 2004-2016, März 2020
Heft 198	Georg Adam	Zur Dynamik der Arbeitsbeziehungen in vier EU-Mitgliedsländern, März 2020
Heft 199	Georg Adam u.a.	Ist Zeit das neue Geld? Arbeitszeitverkürzung in österreichischen Kollektivverträgen, März 2020
Heft 200	Georg Feigl u. a.	Budget 2020: Schritte zur Überwindung der Corona Krise, Mai 2020
Heft 201	Julia Hofmann u. a.	Gerechtigkeits-Check: Wie fair findet Österreich die Einkommens- und Vermögensverteilung?; Juli 2020
Heft 202	Gerald Gogola	Arbeitsplatzschaffende und personenbezogene Förderungen in Österreich und Deutschland – Ein Vergleich, September 2020
Heft 203	Michael Mesch	Der kollektivvertragliche Deckungsgrad in 24 europäischen Ländern 2000-2017, September 2020
Heft 204	Jana Schultheiß u. a.	Wohlstandsbericht 2020, September 2020
Heft 205	Georg Feigl u.a.	Zu spät, zu wenig, nicht ausreichend fokussiert. Budgetpolitik in der CORONA-Krise. Analyse des Bundesvorschlags 2021 und darüber hinaus, November 2020
Heft 206	Ines Heck u.a.	Vermögenskonzentration in Österreich – Ein Update auf Basis des HFCS 2017, November 2020
Heft 207	Stefan Humer u.a.	Ökosoziale Steuerreform: Aufkommens- und Verteilungswirkungen; Jänner 2021

---

Eigentümer, Verleger, Herausgeber und Vervielfältiger: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien; alle: 1041 Wien, Prinz Eugen-Straße 20-22, Postfach 534



978-3-7063-0852-6